VATNIK SUPPE / DOSSIER ZUR HISTORISCHEN ERINNERUNG / Nr. 1

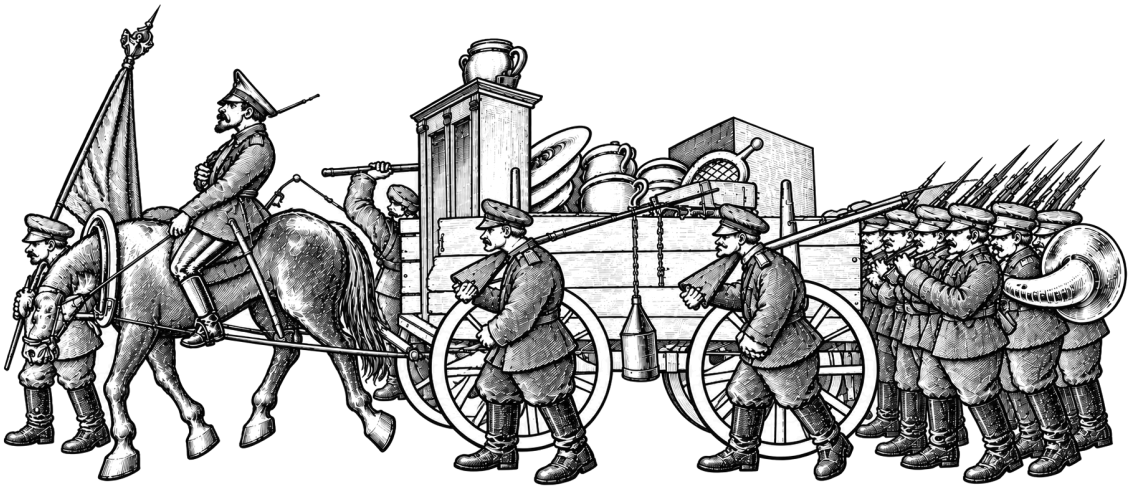
Der Holodomor: Völkermord durch Aushungerung

Die Auslöschung einer Nation

Dossier zur historischen Erinnerung von Vatnik Suppe

November 2026





VATNIK SUPPE

DOSSIER ZUR HISTORISCHEN ERINNERUNG

Nr. 1

Inhalt

Einleitung 4

1. Die Tatsachen 6

1.1 Der Holodomor im historischen Zusammenhang 6

1.1.1 Holodomor, Asharshylyq, Hungerplan und Holocaust 9

1.1.2 Die Hungersnot unter Lenin, 1921–23 14

1.1.3 Die Nachkriegshungersnot, 1946–47 16

1.2 Verlauf, Mechanismen und menschliche Folgen 16

1.3 Getreideexporte und staatliche Prioritäten 27

1.4 Internationales Wissen und Handeln 31

1.5 Duranty, ein früher Vatnik 38

1.6 Das stalinistische Propagandanetzwerk 44

2. Die Völkermordabsicht 48

2.1 Menschengemachte Hungersnot, Völkermord und Demozid 48

2.2 Wissen, Befehle und Eskalation 50

2.3 Ukraine, Kubangebiet und nationale Zielrichtung 52

2.4 Einwände, Bewertung und Anerkennung 55

2.5 Wer war Stalin? Macht, Ideologie und Verantwortung 56

2.5.1 Lenin und der Parteistaat 56

2.5.2 Stalins Diktatur: Terror, Zwangsarbeit und nationale Repression 61

2.5.3 Außenpolitik und imperiale Herrschaft 69

2.6 Der Fluch der Schwarzerde 76

2.7 Autoritarismus, Sozialismus und Imperialismus 81

3. Die Auslöschung der Ukraine als wiederkehrendes Muster russischer Herrschaft 91

3.1 Staatlichkeit, Sprache und kulturelle Auslöschung 92

3.2 Der Holodomor im Angriff auf die Ukraine als Nation 98

3.3 Seit 2014: Besatzung und Völkermordvorwürfe 103

3.4 Ukrainisches Getreide in Russlands heutigem Krieg 105

3.5 Russlands heutiger Krieg gegen die Ukraine als Nation 108

3.6 Deportation und Russifizierung ukrainischer Kinder 113

3.7 Stalin und Lenin in Putins Erinnerungspolitik 115

3.8 Erinnerungsgesetze, Geschichtsumschreibung und Büchervernichtung 121

Schluss 128

Quellen und Literatur 130

Leseempfehlungen 130

Quellenverzeichnis 136

Bildnachweise 155

Einleitung

Heute, am 28. November 2026, begeht die Ukraine den Holodomor-Gedenktag und erinnert an die Opfer der Hungersnot von 1932–33.

Am Mittwoch, dem 30. November 2022, vier Tage nach dem Holodomor-Gedenktag jenes Jahres, verbreitete der offizielle Account des russischen Außenministeriums Äußerungen Maria Sacharowas. Sie führte die Hungersnot vor allem auf „eine äußerst schlechte Ernte“ zurück und bestritt, dass damit die ukrainische nationale Identität unterdrückt werden sollte. Am Samstag, dem 25. November 2023, dem Holodomor-Gedenktag jenes Jahres,[1] wies die russische Botschaft in Washington die Aussage als „falsche These“ zurück, dass die sowjetische Führung Millionen Ukrainer vorsätzlich habe verhungern lassen. Sie führte die Katastrophe auf Ernteausfälle und Versorgungsengpässe zurück und stellte sie als gemeinsame sowjetische Tragödie dar. Dieselbe Erklärung bestritt Zusammenhänge mit Russlands Krieg und wies Vorwürfe zur ukrainischen Landwirtschaft und zur weltweiten Ernährungssicherheit zurück.

Am 17. März 2026 verbreitete der offizielle Kanal des russischen Außenministeriums einen Auszug, in dem von einem „erfundenen Holodomor“ die Rede war. Die Passage stammte aus Dmitri Medwedews Artikel vom 24. Dezember 2025. Der Beitrag stellte den ukrainischen Nationalismus als Werkzeug des Westens dar und verknüpfte diese Erzählung mit der heutigen westlichen Unterstützung für die Ukraine. Die Hungersnot anzuerkennen, zugleich aber zu bestreiten, dass sie sich gezielt gegen die Ukrainer als Nation richtete, ist eine Form der Leugnung des Holodomors. Den Holodomor als Erfindung abzutun, geht noch weiter.

Die Leugnung hat auch greifbare Formen angenommen. Die Besatzungsbehörden ließen das Holodomor-Denkmal in Mariupol am 19. Oktober 2022 abtragen. Im besetzten Luhansk zerstörten sie am 17. Juli 2024 die Denkmäler für die Opfer des Holodomors und der stalinistischen Repression.

Warum bestreitet Russlands diplomatischer Dienst noch immer die Vernichtung, die unter Stalin vor mehr als neunzig Jahren angerichtet wurde? Warum dulden russische Besatzer keine Denkmäler für die Opfer des stalinistischen Terrors, obwohl auch Millionen Russen ihm zum Opfer fielen? Diese

[1] Die Ukraine begeht den Holodomor-Gedenktag jedes Jahr am vierten Samstag im November gemäß dem Präsidialdekret Nr. 1310/98 vom 26. November 1998. 2022 fiel er auf Samstag, den 26. November, 2023 auf Samstag, den 25. November.

Fragen betreffen die Verantwortung für massenhaftes Sterben, das Recht der Ukraine, ihre eigene Vergangenheit zu deuten, und den Zusammenhang zwischen der Kontrolle über Nahrung und der Kontrolle über das Leben einer Nation.

Russlands Einmarsch und die Annexion der Krim 2014[2], der Krieg im Donbas und die groß angelegte Invasion vom Februar 2022 verleihen diesen Fragen unmittelbare Bedeutung. Getreide ist Teil des Konflikts geworden: durch die Aneignung von Vorräten aus besetzten Gebieten, Angriffe auf Landwirtschaft und Häfen sowie die Einschränkung von Exportwegen. Im Februar 2025 erfassten die EU-Sanktionen ausdrücklich auch Schiffe, die gestohlenes ukrainisches Getreide transportieren. UN-Beobachter dokumentierten auch im März 2026 Angriffe auf die Hafeninfrastruktur.

Am 17. Juni 2022 erzählte Margarita Simonjan, die Chefredakteurin von RT, Putin mit breitem Lächeln einen „sehr zynischen Witz“: „Вся надежда на голод“ – „Unsere ganze Hoffnung ruht auf dem Hunger.“ Sie hoffte, eine neue Hungersnot werde den Westen dazu bringen, die Sanktionen aufzuheben und sich mit Russland anzufreunden.

Dieses Dossier legt die Tatsachen zum Holodomor dar, untersucht die Belege für die Völkermordabsicht, ordnet ihn in den umfassenderen Angriff auf die Ukraine als Nation ein und kehrt schließlich zum heutigen Konflikt um Geschichte und Nahrung zurück.



„Bittere Erinnerung an die Kindheit“, eine Skulptur zum Gedenken an die im Holodomor getöteten Kinder, am Holodomor-Mahnmal in Kyjiw, 23. November 2019.

[2] Siehe Vatnik Soup, *Crimea: A Ukrainian Destiny*, Dossier zur historischen Erinnerung. In Vorbereitung.

1. Die Tatsachen

1.1 Der Holodomor im historischen Zusammenhang

Der Holodomor verheerte 1932–33 die sowjetische Ukraine. Millionen Menschen starben, weil gewaltsame Getreidebeschaffung, Lebensmittelkonfiszierungen und Fluchtbeschränkungen den Haushalten die Lebensgrundlage entzogen. Eine 2015 veröffentlichte demografische Rekonstruktion schätzt die Zahl der zusätzlichen Todesfälle in der sowjetischen Ukraine für 1932–34 auf 3,9 Millionen; fast neun Zehntel davon entfielen auf das Jahr 1933. Diese Zahl umfasst weder ausgebliebene Geburten noch Todesfälle in anderen Sowjetrepubliken. Die Zerstörung traf auch die Überlebenden: Familien verloren Kinder und Eltern, ihre Existenzgrundlage und die Gemeinschaften, auf denen ihr Alltag beruhte. Seinem Ausmaß nach gehört der Holodomor zu den größten Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Welche Politik und welche Menschen diese Zerstörung zu verantworten hatten, muss gesondert untersucht werden.

Zeitraum	Ereignis	Bezugsgebiet und Bevölkerung	Todesopfer	Anteil an der Ausgangsbevölkerung	Hauptkategorie
1958–62[3]	Hungersnot während des Großen Sprungs nach vorn[4]	China (~647 Mio., 1958)	≈36 Millionen	~5,6 %	Hungersnot; staatliche Zwangspolitik
1928–30	Hungersnot	Fünf nordchinesische Provinzen (~113 Mio., 1923[5])	≈10 Millionen	~9 %	Hungersnot
1933–45	Holocaust	Europäische Juden (~9,5 Mio., 1933)	≈6 Millionen	~63 %	Völkermord

[3] Zwanzig ausgewählte Hungersnöte, Völkermorde, Demozide und Fälle von Massensterben in Haft aus dem 20. Jahrhundert, geordnet nach der zitierten Schätzung (gegebenenfalls nach dem Mittelwert einer Spanne). Die Quellen verbinden Rummels Tabellen und die Hungersnot-Zusammenstellung der World Peace Foundation mit den in den Zeilen verlinkten Fachschätzungen. Gesamtopferzahlen von Kriegen und Bürgerkriegen, eigenständige Epidemien und Naturkatastrophen sind ausgeschlossen; kriegsbedingte Hungersnöte und gezielte Tötungen kommen weiterhin infrage. Kategorien können sich überschneiden; die Aufnahme einer Hungersnot setzt keine Absicht voraus. Die Auswahl ist nicht erschöpfend. Die ungefähren Prozentwerte setzen die gesamte Opferzahl ins Verhältnis zur Bevölkerung zu Beginn des Ereignisses. Grundlage ist die angegebene Schätzung für das Anfangsjahr oder der nächstgelegene, eindeutig datierte Bevölkerungsstand vor dem Ereignis. Es handelt sich nicht um jährliche Sterberaten. Bei Gulag und sowjetischen Kriegsgefangenen ist die gesamte sowjetische Bevölkerung die Bezugsgröße. Für die chinesischen Regionen werden historische Provinzschätzungen verwendet; die Spannen für Sichuan und Kambodscha berücksichtigen unsichere Bevölkerungszahlen. Soweit verfügbar, wird mit ungerundeten Forschungsergebnissen gerechnet. Einer Mindestopferzahl entspricht auch ein Mindestanteil. Die Zeile zum Asharshylyq nennt sowohl die Verluste ethnischer Kasachen im Verhältnis zur kasachischen Bevölkerung als auch die Gesamtverluste im Verhältnis zu allen Einwohnern Sowjetkasachstans; die kasachischen Todesopfer sind in der Gesamtzahl enthalten.

[4] Zur ausführlicheren Erörterung von Maos Hungersnot siehe Vatnik Soup, *The Great Leap Backwards: China's Maoist regime, then and now*, Dossier zur historischen Erinnerung. In Vorbereitung.

[5] H. G. W. Woodhead (Hrsg.), *The China Year Book 1926–7*, S. 3.

Zeitraum	Ereignis	Bezugsgebiet und Bevölkerung	Todesopfer	Anteil an der Ausgangsbevölkerung	Hauptkategorie
1921–22	Hungersnot	Hungergebiet in Südrussland und der Ukraine (~33–37 Mio., 1921)	≈5,2 Millionen	~14–16 %	Hungersnot; Requisitionen, Dürre, Kriegsfolgen
1934–37	Hungersnot	Sichuan, China (~50–70 Mio., um 1934)	≈5 Millionen	~7–10 %	Hungersnot
1937–45	Kriegsbedingte Hungersnöte	Henan, Hebei und Shandong, China (~99 Mio., um 1937)	≈5 Millionen	~5 %	Hungersnot
1949–53	Tötungen im Zuge der Landreform	China (~542 Mio., 1949)	4,5 Millionen[6]	~0,8 %	Demozid
1941–44	Nationalsozialistische Hungerpolitik	Im Krieg besetzte sowjetische Gebiete (~88 Mio., 1941)	≈4,1 Millionen	~5 %	Hungersnot / Völkermord
1918–20	Hungersnot in Nordrussland	Gebiet der späteren UdSSR, gesamte Bevölkerung (~142 Mio., 1917)	≈4 Millionen	~3 %	Hungersnot
1932–34	Holodomor	Sowjetische Ukraine (~31,4 Mio., 1932)	≈3,9 Millionen[7]	~12,6 %	Hungersnot / Völkermord
1941–45	Nationalsozialistischer Mord an sowjetischen Kriegsgefangenen	UdSSR, gesamte Bevölkerung (~197 Mio., 1941[8])	≈3,3 Millionen	~1,7 %	Demozid; einschließlich Hungertoter
1942–44	Hungersnot	Ungeteiltes Bengalen, Britisch-Indien (~60,3 Mio., 1941)	≈3 Millionen	~5 %	Hungersnot; Kriegspolitik und Zugang zu Nahrung
1942–45	Hungersnot	Java, japanisch besetztes Indonesien (~50,5 Mio., 1942)	≈1,8 Mio.	~3,6 %	Hungersnot
1939–45	Nationalsozialistischer Mord an nichtjüdischen polnischen Zivilisten	Nichtjüdische Bevölkerung Polens vor dem Krieg (~32 Mio., 1939)	≈1,8 Millionen	~6 %	Demozid

[6] Schätzungen von R. J. Rummel.

[7] Die Holodomor-Schätzung zählt zusätzliche Todesfälle in der sowjetischen Ukraine 1932–34, ohne ausgebliebene Geburten und andere Regionen. Die Holocaust-Schätzung betrifft jüdische Opfer; die Schätzungen für sowjetische Kriegsgefangene und nichtjüdische Polen betreffen gesonderte Opfergruppen. Kambodschas Gesamtzahl umfasst Todesfälle außerhalb jener Gruppen, für die Völkermord festgestellt wurde. Die Zahlen beschreiben unterschiedliche Bevölkerungen und sich überschneidende Ereignisse und dürfen nicht addiert werden.

[8] Ю. А. Поляков (ред.), *Население России в XX веке, том 2: 1940–1959* (2001), S. 12–13.

Zeitraum	Ereignis	Bezugsgebiet und Bevölkerung	Todesopfer	Anteil an der Ausgangsbevölkerung	Hauptkategorie
1975–79	Herrschaft der Roten Khmer	Kambodscha (~7,3–7,9 Mio., 1975)	1,5–2 Millionen	~19–27 %	Demozid; einschließlich Völkermord
1964–75	Politische Tötungen im Umfeld der Kulturrevolution	China (~692 Mio., 1964)	1,613 Millionen[9]	~0,2 %	Demozid
1930–53	Gulag: Lager und Kolonien der Stalinzeit[10]	UdSSR, gesamte Bevölkerung (~157 Mio., 1930)	≥1,6 Millionen[11]	~1 %	Massensterben in Haft
1930–33	Asharshylyq	Ethnische Kasachen; alle Einwohner Sowjetkasachstans	≈1,3 Mio. Kasachen; ≈1,5 Mio. insgesamt	>⅓ der Kasachen; ~25 % aller Einwohner	Hungersnot; Zwangskollektivierung; Völkermord
1971	Massenmord	Ostpakistan / Bangladesch (~72,3 Mio., 1971)	1,5 Millionen[12]	~2,1 %	Völkermord / Demozid
1974	Hungersnot	Bangladesch (~76,2 Mio., 1974)	≈1,5 Millionen	~2 %	Hungersnot

[9] Schätzungen von R. J. Rummel. Seine Zahlen zur Kulturrevolution umfassen 1964–75; der übliche Zeitraum ist 1966–76.

[10] Siehe Vatnik Soup, *The Gulag: Soviet-Russian concentration camps, then and now*, Dossier zur historischen Erinnerung. In Vorbereitung. Anne Applebaum schätzt, dass in den Jahren 1930–53 rund 18 Millionen Sowjetbürger die Lager durchliefen („Inside the Gulag“, 15. Juni 2000). Zur Einordnung der Größenordnung entspricht dies ungefähr 11 % der 157,4 Millionen Einwohner der UdSSR zu Beginn des Jahres 1930: eine kumulierte Gesamtzahl über 24 Jahre, nicht die Zahl der gleichzeitig Inhaftierten. Der höchste zum 1. Januar erfasste Bestand in der Zeitreihe für Lager und Kolonien betrug 1950 2 561 351 (Edwin Bacon, 1992, Tabelle 2, S. 1071), etwa 1,4 % der 178,5 Millionen Einwohner der Sowjetunion in jenem Jahr (amtliche sowjetische Bevölkerungsstatistik, 1967, S. 15). Diese Haftzahlen schließen die gesondert erfassten Sondersiedlungen und andere Formen der Zwangsarbeit aus. Die Zahl der Todesopfer in der Haupttabelle ist eine eigenständige Messgröße.

[11] Von Steven Barnes angeführte Mindestschätzung der Gulag-Sterblichkeit, zitiert in Erik van Rees Rezension von 2012.

[12] Schätzungen von R. J. Rummel.

1.1.1 Holodomor, Asharshylyq, Hungerplan und Holocaust

Holodomor (ukrainisch **Голодомор**) verbindet *голод* (*holod*, Hunger oder Hungersnot) mit *морити* (*moryty*, Leiden oder Tod verursachen). Die verwandte Wendung *морити голодом* (*moryty holodom*) bedeutet, durch Aushungern Leiden und Tod herbeizuführen. Der Name bezeichnet somit das Töten durch Hunger. Als etablierter historischer Eigenname steht Holodomor für den Hungergenozid in der sowjetischen Ukraine 1932–33.[13]

Die Ukraine erlebte unter sowjetischer Herrschaft drei große Hungersnöte: 1921–23 unter Lenin, 1932–33 unter Stalin und erneut 1946–47. Ihre Wiederkehr wirft Fragen nach der Abschöpfung von Ressourcen, politischen Prioritäten und den Menschen auf, deren Leben die Staatsführung zu opfern bereit war. Die Umstände und die Belege für die jeweilige Absicht unterscheiden sich jedoch. Das Holodomor-Museum grenzt den Völkermord von 1932–33 von den anderen sowjetischen, künstlich herbeigeführten Massenhungersnöten ab.

Der Plural **голодомори** (*holodomory*, „Holodomore“) wird in der ukrainischen Geschichtsschreibung auch für alle drei Hungersnöte verwendet. Die Bibliografie des Ukrainischen Instituts für Nationales Gedenken enthält Werke, die den Begriff in diesem weiteren Sinne gebrauchen. Hier bezeichnet **der Holodomor** ausschließlich die Jahre 1932–33; die frühere und die Nachkriegshungersnot werden durch ihre Jahreszahlen benannt.

[13] Einige Quellen führen *Holodomor* auf eine Lehnübersetzung aus dem Tschechischen zurück: ein aus ukrainischen Bestandteilen gebildetes Wort, das sich in seiner Bedeutung an einem tschechischen Vorbild orientiert. Das tschechische *hladomor* bezeichnet eine Hungersnot; daneben ist eine Bedeutung im Sinn von *hladomorna* belegt: ein Gefängnis, in dem Gefangene vorsätzlich verhungern gelassen wurden. Unter dem Stichwort *hladomorna* beschreibt *Ottův slovník naučný*, Bd. 11 (1897), S. 330 Gefangene, die zum Hungertod verurteilt waren. Diese Bedeutung könnte als Vorbild für den Sinn des vorsätzlichen Aushungerns im ukrainischen Begriff gedient haben; eine direkte Übernahme gerade dieser Bedeutung ist jedoch nicht nachgewiesen. Schtepas *Знадібки до словника чужослів* (Toronto, 1967), S. 26 führt *holodomor* ausdrücklich als Entsprechung zu *holod navmysnyi* („absichtlich herbeigeführter Hunger“) an.

Asharshylyq: die kasachische Hungersnot, 1930–33



Rückkehr in das Gebiet Pawlodar, 1932.

Der engste Vergleich innerhalb der Sowjetunion ist der Asharshylyq (Ашаршылық), die kasachische Hungersnot von 1930–33. Zwangskollektivierung, Viehrequisitionen und erzwungene Sesshaftmachung zerstörten die Lebensgrundlagen der Viehhalter. Tiere lieferten Nahrung und Transportmittel und ermöglichten die Fortführung ihrer Wirtschaftsweise; ihre Vernichtung bedeutete weit mehr als einen vorübergehenden Mangel an Fleisch. Kasachstan verlor rund neun Zehntel seines Viehbestands; mehr als ein Drittel der ethnischen Kasachen starb.[14]

Der gemeinsame Mechanismus ist unmittelbar: Nimmt man einer Bevölkerung die Grundlage ihrer Ernährung, hungern die Menschen.

Bevölkerung und wichtigste Ernährungsgrundlage	Was die sowjetische Politik entzog oder zerstörte	Folgen für das Überleben
Ukrainische Landhaushalte: Getreide und Brot neben anderen Lebensmitteln	Getreide und Lebensmittelvorräte der Haushalte; Zugang zu Ersatznahrung und Fluchtwegen	Die Menschen verloren die Nahrung, auf die sie angewiesen waren, und konnten daran gehindert werden, sie anderswo zu beschaffen.
Kasachische Hirtenhaushalte: Vieh als Quelle für Fleisch, Milch und Tauschmittel für Getreide	Herden durch Requisitionen und die zerstörerische Umgestaltung der Viehwirtschaft unter Zwangskollektivierung und erzwungener Sesshaftmachung	Die Menschen verloren Nahrung, Kaufkraft, Transportmittel und die Tiere, die sie für die nächste Saison benötigten.

[14] Sarah Cameron, „The Kazakh Famine of the 1930s“, Interview der Library of Congress, 24. August 2016; Vortrag vom 26. März 2012, über den Elena Volkava berichtete, Wilson Center, 2. Mai 2012; Interview mit Iaroslav Kovalchuk, *Commons*, 22. November 2024. Cameron unterscheidet zwischen ungefähr 1,5 Millionen Todesopfern unter der Bevölkerung Kasachstans und etwa 1,3 Millionen ethnisch kasachischen Todesopfern und betont die demografische Unsicherheit. Mehr als ein Drittel der ethnischen Kasachen starb, gegenüber ungefähr einem Viertel aller Einwohner. Die Zahl der ethnisch kasachischen Todesopfer ist Teil der Gesamtzahl. Todesfälle während der Flucht bedeuten, dass Flüchtlinge und Todesopfer nicht als einander ausschließende Gruppen gezählt werden können.

Asharshylyq: die kasachische Hungersnot, 1930–33 (Fortsetzung)

Getreide und Vieh waren die Mittel, um am Leben zu bleiben. Die Behörden brauchten kein ausgefeiltes Wirtschaftsmodell, um zu wissen, dass ihr Entzug Menschen töten konnte. Es waren unterschiedliche Ernährungssysteme, keine ausschließlichen Ernährungsweisen; in beiden Fällen entzog staatlicher Zwang die Lebensgrundlage.[15]

Auch die Viehhalter waren auf den Handel angewiesen, um Getreide zu erhalten. Getreideablieferungsquoten zwangen manche dazu, Tiere zu verkaufen, um Getreide für den Staat zu kaufen. Requirierte Tiere dienten vor allem der Versorgung Moskaus und Leningrads, während Berichte über die Hungersnot die Führung erreichten. Schlachtungen, Krankheiten und Futtermangel vergrößerten die Verluste; ohne ihre Herden konnten viele Überlebende ihre nomadische Lebensweise nicht fortsetzen.[16]

Die Flucht wurde zu einer Überlebensstrategie. Zugleich veränderte die gewaltsame Umgestaltung der kasachischen Gesellschaft die Bedingungen, unter denen ihr nationales Leben fortbestehen konnte. Sarah Camerons *The Hungry Steppe*[17] behandelt Hungersnot, Gewalt und die Entstehung des sowjetischen Kasachstan als zusammenhängende Geschichte. Landwirtschaftsexperten hatten gewarnt, die erzwungene Sesshaftmachung könne die Weidewirtschaft zerstören; wer das Nomadentum verteidigte, wurde anschließend denunziert. Die Gefahr war schon vor der Katastrophe erkannt worden.

Auch Flucht und der Umgang mit Flüchtlingen gehören zu den Argumenten für die Anerkennung des Asharshylyq als Völkermord. Ein Justizbericht vom 27. Juni 1932, wiedergegeben in einer Darstellung über kasachische Flüchtlinge in Westsibirien, hält fest, dass kasachische Bergarbeiter schlechter untergebracht und ernährt wurden als russische. Dieselbe Darstellung berichtet von Gewalt, Versuchen, Flüchtlinge zurückzuschicken, sowie von Hilfsbemühungen einzelner Beamter und Nachbarn.

[15] Zur kasachischen Ernährung, zur saisonalen Bedeutung von Fleisch und Milch sowie zur wachsenden Rolle eingetauschten Getreides siehe Sarah Cameron, *The Hungry Steppe: Famine, Violence, and the Making of Soviet Kazakhstan* (Cornell University Press, 2018), Kapitel 1, S. 39–40. Zu Requisitionen und der umfassenderen Zerstörung pastoraler Lebensgrundlagen siehe die Quellen in der umgebenden Asharshylyq-Darstellung. Der Vergleich beschreibt wichtige Grundlagen der Ernährung, keine ausschließlichen Ernährungsweisen oder identischen politischen Maßnahmen.

[16] Cameron, „Mounting Socialism on Camel's Back", 22. November 2024, zu Getreidequoten, Viehverlusten und Berichten nach Moskau; Isabelle Ohayon, „La famine kazakhe : à l'origine de la sédentarisation", „Le contexte" und „Les victimes"; Niccolò Pianciola, „Sacrificing the Qazaqs", *Journal of Central Asian History* 1(2) (2022), S. 225–272, Zusammenfassung. Pianciola benennt untragbare Requisitionen zur Versorgung der Hauptstädte; zu den Tierverlusten gehörten auch Schlachtungen, Krankheit, mangelhafte Versorgung und über Grenzen verbrachte Herden.

[17] Sarah Cameron, *The Hungry Steppe: Famine, Violence, and the Making of Soviet Kazakhstan* (Cornell University Press, 2018).

Asharshylyq: die kasachische Hungersnot, 1930–33 (Fortsetzung)



Gedenkstein, Almaty, 2009.

Die kasachische Katastrophe hat ihre eigene Geschichte zerstörter Lebensgrundlagen, nationaler Umwälzung und des Überlebens. In der gesamten Sowjetunion setzte die staatliche Verfügungsgewalt über Nahrung und Bewegungsfreiheit mehrere nationale Gemeinschaften einer tödlichen Politik aus. Der Vergleich erweitert den Blick auf die Verantwortung und wahrt zugleich die Besonderheit der Erfahrungen jeder Bevölkerung.

Auch das nationalsozialistische Vernichtungsprogramm richtete sich gegen mehr als eine Opfergruppe. Im Holocaust ermordeten Deutschland, seine Verbündeten und Kollaborateure etwa sechs Millionen Juden, rund zwei Drittel der europäischen Juden. In Europa lebten 1933 ungefähr 9,5 Millionen Juden; weltweit waren es 1939 etwa 16,6 Millionen. Das NS-Regime strebte mit dem heute als Holocaust oder Schoah bekannten Völkermord die Vernichtung des jüdischen Volkes an.[18] Andere nationalsozialistische Verfolgungs- und Vernichtungskampagnen richteten sich gegen Roma, Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen, psychiatrische Patienten[19] und Bevölkerungen, die enteignet, versklavt oder vernichtet werden sollten.

Der Hungerplan von 1941 verband die Eroberung sowjetischen Territoriums mit der Versorgung Deutschlands und seiner Streitkräfte. Nahrungsmittel sollten der unterworfenen Bevölkerung entzogen werden; massenhaftes Verhungern wurde als Folge in Kauf

[18] *Holocaust* geht auf einen griechischen Begriff für ein vollständig durch Feuer verzehrtes Opfer zurück. Schon während des Krieges verwendeten Autoren das Wort zur Beschreibung der nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden; nach dem Krieg setzte es sich als gebräuchliche englische Bezeichnung durch. Auch *Schoah* (hebräisch שׁוֹאָה, „Katastrophe“; השואה, *HaSchoah*, „die Katastrophe“, mit bestimmtem Artikel) wurde bereits während des Krieges verwendet. Diese Namen bezeichnen die Verfolgung und Vernichtung, die die Opfer erlitten. NS-Funktionäre verwendeten den Euphemismus „Endlösung der Judenfrage“ für den ab 1941 durchgeführten systematischen Mord an den europäischen Juden. Dieses Mordprogramm bildete den Höhepunkt der umfassenderen Verfolgung, die der Begriff Holocaust bezeichnet. Siehe die Erläuterungen zur Terminologie und die Darstellung der „Endlösung“ des United States Holocaust Memorial Museum; Dan Michman, “Why Is the Shoah Called ‘the Shoah’ or ‘the Holocaust’?”, *The Journal of Holocaust Research* 35(4) (2021), S. 233–256.

[19] Das nationalsozialistische Mordprogramm, euphemistisch „Euthanasie“ genannt, richtete sich gegen Menschen in Heil- und Pflegeanstalten, darunter Patienten mit der Diagnose Schizophrenie und anderen psychiatrischen oder neurologischen Erkrankungen. Im zentral organisierten Programm „Aktion T4“ wählten ärztliche Gutachter die Opfer anhand von Meldebögen aus; ein rotes Pluszeichen kennzeichnete die Entscheidung zur Ermordung. Die Patienten wurden aus ihren Anstalten in Tötungsanstalten gebracht und vergast. Die ärztliche Auswahl konnte damit einem Todesurteil gleichkommen. In einer eidesstattlichen Erklärung, die im Nürnberger Ärzteprozess vorgelegt wurde, räumte der T4-Organisator Viktor Brack ein, die Entscheidung habe allein im Ermessen der Ärzte gelegen. Die Morde durch medizinisches Personal, unter anderem durch Medikamentenüberdosierung und Verhungernlassen, gingen nach dem Abbruch des zentralen T4-Programms im August 1941 weiter. Personal und Tötungsmethoden aus dem T4-Programm wurden später beim Massenmord an den europäischen Juden eingesetzt, unter anderem in den Vernichtungslagern der „Aktion Reinhardt“. Siehe die Darstellung des Auswahlverfahrens am Gedenk- und Informationsort T4, Bracks eidesstattliche Erklärung, Absatz 11 und die Geschichte des Programms beim United States Holocaust Memorial Museum.

genommen. Die Planungen gingen von ungefähr dreißig Millionen Hungertoten aus. Die landwirtschaftlichen Ressourcen der Ukraine waren für das Vorhaben von zentraler Bedeutung, doch es erstreckte sich auch auf Russland und Belarus. Die nationalsozialistische Besatzungspolitik ließ Zivilisten und sowjetische Kriegsgefangene vorsätzlich verhungern.

Die Besatzer planten auch die Übernahme sowjetischer Kollektiv- und Staatsbetriebe in der Landwirtschaft. Mit ihrer Beibehaltung ließen sich Ernten leichter requirieren; der gesamte örtliche Apparat des sowjetischen Systems ging damit jedoch nicht in deutsche Hände über. Hans-Joachim Riecke, ein hoher Landwirtschaftsfunktionär der Besatzungsverwaltung, schilderte später, wie evakuiertes Personal ersetzt werden musste und der sowjetische Kontrollapparat nicht wiederhergestellt werden konnte.

Die damit verbundenen Entwürfe zum *Generalplan Ost* sahen eine deutsche Besiedlung durch Vertreibung und Unterwerfung der ansässigen Bevölkerung vor. Erhard Wetzels Stellungnahme vom 27. April 1942 zu einem Plan des Reichssicherheitshauptamts nennt folgende vorgesehene Vertreibungen:

Im Plan bezeichnete Bevölkerung	Zur Vertreibung vorgesehener Anteil
Polen	80–85 %
„Westukrainer“	65 %
Belarusen	75 %

Die Pläne verbanden Vertreibung, Zwangsarbeit, rassistische Selektion und Vernichtung; das Deutsche Historische Museum beschreibt ihre koloniale Zielsetzung. Sie wurden nicht in ihrem gesamten vorgesehenen Umfang verwirklicht, doch die Besatzung brachte Massenmord und Vertreibung.

Der Bezug zur Ukraine ist konkret: Sowohl stalinistische als auch nationalsozialistische Vorhaben machten die Kontrolle über Nahrung, ihre Erzeuger und das Territorium zu Machtinstrumenten. Bei der Verfolgung dieser Ziele betrachteten die Verantwortlichen ganze Bevölkerungen als entbehrlich.

Auch die Hilfspolitik zeigt Unterschiede in den Entscheidungen der Machthaber. Die American Relief Administration (ARA) konnte nach anfänglicher sowjetischer Behinderung schließlich 1921–23 in der Ukraine tätig werden; während des Holodomors wurden internationale Hilfsangebote abgewiesen. Private Geldüberweisungen, karitative Missionen, sowjetisch finanzierte Saatgutkäufe und UNRRA-Lieferungen nach dem Krieg waren jedoch andere Versorgungskanäle. Hilfe zuzulassen, ihren Empfängerkreis einzuschränken und ihre ausländische Herkunft zu verschleiern, waren selbst Formen politischer Machtausübung. Die Unterlagen zur Öffentlichkeitsarbeit der ARA zeigen, dass der Kampf um die Deutung der Hilfe die Hilfslieferungen begleitete.

1.1.2 Die Hungersnot unter Lenin, 1921–23

Schon ein Jahrzehnt vor dem Holodomor hatte die Ukraine unter bolschewistischer Herrschaft massenhaftes Verhungern erlebt. In den Jahren 1921–23 trafen Dürre und Kriegszerstörungen auf eine Landwirtschaft, die Requisitionen und Zwang unterworfen war. Umweltbedingungen erklären jedoch weder, warum weiterhin Getreide aus der Ukraine abtransportiert wurde, noch, warum Hilfe verzögert wurde. Die Encyclopedia of Ukraine beschreibt das Zusammenwirken von Ernteausfällen, übermäßiger Abschöpfung und dem Abtransport ukrainischer Lebensmittel nach Russland. Es ging auch darum, wer Anspruch auf Nahrung hatte und wessen Überleben Vorrang besaß.

An der ausländischen Hilfe trat diese Rangordnung offen zutage. Die Arbeit der ARA in der Ukraine stieß zunächst auf sowjetische Behinderung, während die Hilfe auf das russische Wolgagebiet ausgerichtet wurde. Eine gesonderte Vereinbarung für die Ukraine trat am 10. Januar 1922 in Kraft. Die American Relief Administration und das American Jewish Joint Distribution Committee halfen anschließend Menschen verschiedener Religionsgemeinschaften. Die Hilfe wurde schließlich zugelassen, doch die Verzögerung hatte Folgen: Schon die Bereitschaft, Hilfe zu gestatten, war eine politische Entscheidung.

Das Problem der Getreideexporte bestand ebenfalls schon vor Stalins Kollektivierung. Die sowjetische Entscheidung, die Ausfuhren trotz anhaltenden Hungers und der Proteste von Hilfsorganisationen wiederaufzunehmen, verband die Beschaffung ausländischen Kapitals mit dem Entzug von Nahrung, die Menschen zum Überleben brauchten. Hier zeigte sich bereits der Konflikt zwischen staatlichen Wirtschaftszielen und dem Überleben der ukrainischen Bevölkerung.

Lenins Anweisungen, 1921–22



Lenin spricht am 5. Mai 1920 auf dem Swerdlow-Platz in Moskau zu Soldaten. Rechts stehen Leo Trotzki und Lew Kamenew.

In seiner Notiz vom 18. Mai 1921 an Michail Frunse, mit Abschriften an Petrowskyj, Rakowskyj und die ukrainische Parteiführung, schreibt Lenin: „Die Hauptfrage für die gesamte Sowjetmacht, eine Frage auf Leben und Tod für uns, besteht darin, in der Ukraine 200–300 Millionen Pud aufzubringen." Ausgangspunkt seiner Notiz ist Bucharins Bericht über eine ausgezeichnete Ernte im Süden. Lenin weist Frunse an, die Salzvorräte unter militärische Kontrolle zu stellen, um die Beschaffung zu unterstützen.

Am 26. August 1921 forderte er die Auflösung des öffentlichen Hungerhilfekomitees sowie die Verhaftung oder Verbannung seiner nichtbolschewistischen Organisatoren.[20]

Am 9. November 1921, in einem an W. M. Michailow übersandten Entwurf für einen Politbürobeschluss, bestand Lenin erneut auf der Lebensmittelbeschaffung in der Ukraine und auf der „Lieferung von 57 Millionen Pud an uns". Er verlangte energische Maßnahmen sowie zweimal monatlich Berichte über Beschaffung und Versand in die RSFSR. Dies war eine Lieferforderung, kein Nachweis über die tatsächlich versandte Menge.

In einem geheimen Brief vom 19. März 1922 an Molotow für das Politbüro wollte Lenin Hunger und geschwächten Widerstand nutzen, um kirchliche Wertgegenstände in Russland zu beschlagnahmen: „Jetzt und nur jetzt, da in den Hungergebieten Menschen gegessen werden und Hunderte, wenn nicht Tausende Leichen auf den Straßen liegen, können wir die Wegnahme des Kircheneigentums mit rasendster und schonungslosester Energie betreiben – und müssen es daher auch tun –, ohne davor zurückzuschrecken, den geringsten Widerstand niederzuschlagen." Er wollte damit auch Mittel für die Staatsverwaltung, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die sowjetische Diplomatie in Genua beschaffen.

In demselben Brief verlangte er, Widerstand durch Hinrichtungen zu brechen: „Je mehr Vertreter der reaktionären Geistlichkeit und der reaktionären Bourgeoisie wir bei dieser Gelegenheit erschießen können, desto besser."

Die Kontinuitäten sind konkret: gewaltsame Abschöpfung, ungleiche Prioritäten, Behinderung von Hilfe und der politische Einsatz des Hungers.

[20] Lenin, an Stalin und das Politbüro, 26. August 1921, *Collected Works*, Bd. 45 (Progress Publishers, 1976), S. 268–270. Er schlug die Verhaftung Prokopowitschs, die Zerstreuung anderer nichtbolschewistischer Mitglieder unter Überwachung und eine zweimonatige Pressekampagne der Verspottung und Schikanierung vor. Dem öffentlichen Allrussischen Hungerhilfekomitee gehörten bolschewistische Funktionäre und eine parteilose Mehrheit an; es war von der ARA zu unterscheiden. Siehe auch Lord Emmotts zeitgenössischen Bericht vom 11. August 1921, *HL Deb*, Bd. 43, Sp. 508–509.

1.1.3 Die Nachkriegshungersnot, 1946–47

Nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs traf die Ukraine 1946–47 unter Stalin eine weitere Hungersnot. Eine schwere Dürre verschärfte den Zusammenbruch der Landwirtschaft. Dennoch setzten die sowjetischen Behörden weiterhin drückende Ablieferungsquoten durch und bedrohten Funktionäre, die die geforderten Lebensmittel nicht beschaffen konnten. Die Encyclopedia of Ukraine berichtet, dass requirierte Vorräte in sowjetisch kontrollierte Länder Osteuropas ausgeführt wurden, während Ukrainer hungerten. Kriegsschäden und Erntebedingungen waren reale Belastungen; Entscheidungen über Beschaffung, Verteilung und Exporte bestimmten, wie sie sich auf die Bevölkerung auswirkten.

Menschen reisten auf der Suche nach Nahrung nach Westen, in Gebiete, in denen die Kollektivierung weniger weit fortgeschritten war. Die Behörden versuchten, diese Bewegung und den Verkauf von Lebensmitteln an Ankommende zu behindern. Wieder verdeckte die öffentliche sowjetische Leugnung eine Katastrophe, für die die sowjetische Führung Verantwortung trug.

Ein diplomatisches Memorandum der USA vom 27. Mai 1948 dokumentiert UNRRA-Lieferungen in die Ukraine und nach Belarus im Rahmen eines überwiegend von den Vereinigten Staaten finanzierten Programms. Internationale Nachkriegshilfe begleitete somit die Hungersnot, allerdings durch ein anderes Programm als die ARA-Mission von 1921–23.

1.2 Verlauf, Mechanismen und menschliche Folgen

Der Holodomor entstand durch die gewaltsame Umgestaltung des ländlichen Lebens. Der 1928 eingeführte Erste Fünfjahresplan konzentrierte die Investitionen auf die Schwerindustrie. Getreide sollte die wachsende städtische Arbeiterschaft ernähren; Exporte halfen, eingeführte Maschinen zu bezahlen. Die landwirtschaftliche Produktion wurde den vom Staat gesetzten industriellen Prioritäten untergeordnet. Die bäuerlichen Haushalte sollten die dafür nötigen Ressourcen abgeben.

NEP und Fünfjahrespläne

Lenin führte die Neue Ökonomische Politik (NEP; russisch: *новая экономическая политика*, НЭП) im März 1921 angesichts des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, bäuerlichen Widerstands und der Erschöpfung nach dem Bürgerkrieg ein. In *Über die Naturalsteuer* (April 1921) forderte er die Wiederbelebung der bäuerlichen Produktion: Eine Steuer sollte die Zwangsrequisitionen ersetzen; nach ihrer Entrichtung sollten die Bauern ihre Überschüsse handeln dürfen. Private Kleinproduktion und Handel lebten wieder auf, während die Partei die politische Macht und der Staat die Kontrolle über die wichtigsten Industriezweige behielten. Dieser Rückzug trug der Tatsache Rechnung, dass die gewaltsame Abschöpfung die Produktionsfähigkeit untergraben hatte.

NEP und Fünfjahrespläne (Fortsetzung)

Stalins Erster Fünfjahresplan für 1928–32 lenkte die Investitionen in eine rasche Industrialisierung und ersetzte die Ordnung der NEP durch Zwangskollektivierung. In seinem Bericht vom 7. Januar 1933 stellt Stalin die Schwerindustrie und die Umgestaltung der Landwirtschaft als zentrale Errungenschaften dar. Pläne sollten Ressourcen aufeinander abstimmen und künftige Produktionskapazitäten schaffen. Der Druck, ihre Vorgaben zu erfüllen, konnte stattdessen diese Kapazitäten aufzehren, unerwünschte Informationen unterdrücken und gemeldete Erfolge stärker belohnen als dauerhaft tragfähige Ergebnisse.



Jakow Guminer, 1931. „Die Arithmetik eines industriell-finanziellen Gegenplans: 2 + 2 plus die Begeisterung der Arbeiter = 5." Die Pfeile tragen die Aufschriften „1929, 1930" und „1931, 1932" (Übersetzung aus dem Russischen).[21]

Die Industriegeschichte der Ukraine begann nicht mit Stalin. Im 19. Jahrhundert trugen britisches, französisches und belgisches Kapital sowie Fachwissen zur Entwicklung des Donbas und der südlichen Ukraine bei; das Hüttenwerk des walisischen Unternehmers John Hughes in Jusiwka, dem späteren Donezk, erzeugte 1872 Roheisen. Stalins industrieller Ausbau stützte sich somit auf eine vorhandene industrielle Basis, auch wenn sich Umfang und Organisation grundlegend veränderten.[22]

Industrielles Wachstum und die Notwendigkeit der Kollektivierung sind zwei verschiedene Fragen. Robert C. Allens *Farm to Factory* (2003)[23] schreibt den sowjetischen

[21] Guminers Plakat von 1931 erschien achtzehn Jahre vor George Orwells Roman *Nineteen Eighty-Four* (*1984*, 1949). Es wirbt dafür, die für fünf Jahre geplante Produktion innerhalb von vier Jahren zu erreichen. In seinen Erinnerungen *Assignment in Utopia* (1937) beschreibt Eugene Lyons seine Arbeit als Korrespondent von United Press in der Sowjetunion und seine zunehmende Ernüchterung angesichts des Stalinismus. Dort schildert er dieselbe Kampagne (Teil II, Kapitel XV, S. 240). Orwell rezensierte das Buch am 9. Juni 1938. Im Januar 1939 schrieb er „two and two will make five when the Leader says so" – „zwei und zwei werden fünf ergeben, wenn der Führer es sagt" (eigene Übersetzung). Im Roman *Nineteen Eighty-Four* wird die Gleichung zur Forderung, sich der Autorität der Partei zu unterwerfen (Teil III, Kapitel II und IV). Die sowjetische Zensur verhinderte die Verbreitung von *Nineteen Eighty-Four* in der breiten Öffentlichkeit, obwohl 1959 eine amtliche Übersetzung erschien, die nur hohen Parteifunktionären zugänglich war. Genehmigte Auszüge aus dem Roman erschienen 1988; eine vollständige sowjetische Ausgabe folgte 1989.

[22] Serhii Plokhy, *The Gates of Europe: A History of Ukraine* (New York: Basic Books, 2015), Kapitel 16, "On the Move". Siehe auch Glamorgan Archives, "Founding the New Russia Company (1868–1871)".

[23] Robert C. Allen, *Farm to Factory: A Reinterpretation of the Soviet Industrial Revolution* (Princeton University Press, 2003), Kapitel 8, S. 153–171.

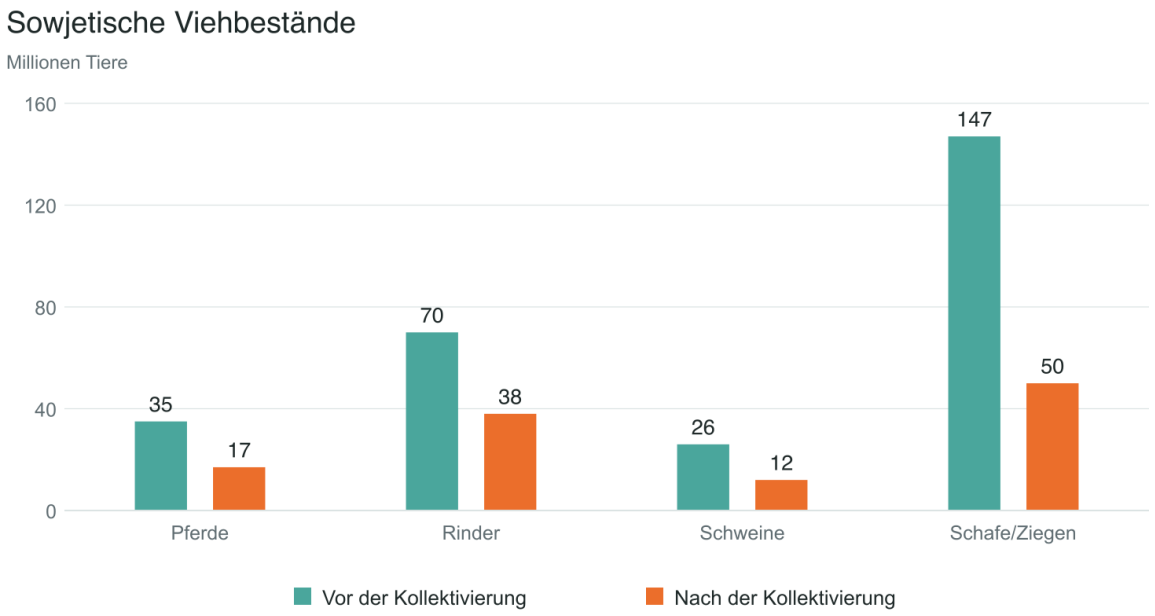
Industrieinvestitionen erhebliches Wachstum zu. Sein Modell vergleicht die Kollektivierung mit der Fortführung einzelbäuerlicher Landwirtschaft und des Marktverkaufs unter der Neuen Ökonomischen Politik (NEP). Es ergibt einen kleinen Anstieg des modellierten gesamten BIP und einen größeren Zuwachs der nichtlandwirtschaftlichen Produktion. Dieser Vergleich misst die Produktion; eine Bewertung des Wohlergehens muss auch die verlorenen Menschenleben und zerstörten Gemeinschaften einbeziehen. Industrielle Erfolge allein können deshalb nicht belegen, dass die Zerstörung einer eigenständigen Landwirtschaft unerlässlich war.

Ab 1929 zwang die Massenkollektivierung Haushalte dazu, die Verfügung über Boden, Geräte und Vieh an Kolchosen abzugeben. Die Kampagne gegen die sogenannten Kulaken richtete sich gegen wohlhabendere Bauern, doch die Bezeichnung diente auch dazu, Widerstand zu bestrafen. Beschlagnahmung, Verhaftung und Deportation rissen Familien auseinander und entfernten Landwirte aus ihren Gemeinschaften. Der Eintritt in eine Kolchose garantierte keine Nahrung: Die Lieferungen an den Staat hatten Vorrang vor dem, was die Mitglieder für sich behalten durften.



Ein Getreidewagen unter dem ukrainischen Spruchband „ПЕРШИЙ ХЛІБ ДЕРЖАВІ“ — „Das erste Brot dem Staat“. „Brot“ bezeichnet hier das Getreide der Ernte. Der Beschluss vom 18. November 1932 ordnete die Saatgut-, Futter- und Lebensmittelvorräte der Kolchosen ausdrücklich der Erfüllung der Getreideablieferungsquoten unter.

Durch die Vernichtung von Vieh schwächte die Kollektivierung zudem die Widerstandskraft des ländlichen Raums gegen eine Ernährungskrise. Tiere waren Produktionsmittel und Haushaltsreserve zugleich: Pferde lieferten Zugkraft, Kühe Milch, und Tiere konnten verkauft oder geschlachtet werden, wenn andere Nahrung fehlte. Der Zusammenbruch der sowjetischen Viehbestände schädigte deshalb sowohl die Landwirtschaft als auch die Überlebensmöglichkeiten der Familien. Manche Bauern schlachteten Tiere, statt sie abzuliefern; diese Entscheidungen fielen jedoch unter der Drohung der Enteignung.



Von Stephen Kotkin angeführte gerundete Gesamtzahlen für die Sowjetunion während der Umgestaltung von 1928–33; keine Zahlen für die Ukraine allein. Die Bezugsjahre der einzelnen Viehbestandsreihen können voneinander abweichen.

Ein Bericht an Sergo Ordschonikidse vom 9. April 1932 schildert Hungersnot, Saatgutmangel und abgemagertes Vieh in Westsibirien. Sein Verfasser Feigin führt den schlechten Zustand der Tiere vor allem auf Futtermangel zurück und warnt, dass die amtlichen Statistiken die Lage beschönigten. Er beschreibt auch Aussaatpläne, die Unterschiede zwischen den Feldern ignorierten, obwohl die Funktionäre wussten, dass sie überarbeitet werden mussten. Warnungen vor geschädigter Produktionsfähigkeit und fehlerhafter Planung waren also schon vor dem Höhepunkt der Hungersnot im Umlauf.

Die Entwaffnung des ländlichen Raums

Die Bolschewiki beanspruchten das Monopol auf Waffengewalt und versprachen zugleich, die Menschen zu schützen, die sie entwaffneten. Lenins Dekret vom 10. Dezember 1918 verpflichtete Zivilisten und zivile Einrichtungen in Sowjetrussland, Gewehre, Maschinengewehre, Revolver, Munition und Säbel abzuliefern. Verheimlichung oder Widerstand konnten mit einem bis zehn Jahren Haft bestraft werden. Die zugehörige Anweisung erlaubte als zuverlässig anerkannten Mitgliedern der Kommunistischen Partei, jeweils ein Gewehr und einen Revolver zu behalten: Politisches Vertrauen entschied darüber, wer bewaffnet bleiben durfte.



„Bauer! Gib dem Rotarmisten deine Waffen. Er wird dich, dein Eigentum und dein Land besser schützen.“ Plakat, 1919.

In der Ukraine erklärte das Allukrainische Revolutionskomitee in seiner Erklärung vom 22. Januar 1920, Abschnitt 4, die Entwaffnung der von ihm so bezeichneten „Kulaken-“ und „Banditenelemente“ zur ersten militärischen Aufgabe. Es verurteilte ausdrücklich die bewaffnete ukrainische Landbevölkerung, die Petljura, Machno oder anderen Bewegungen nahestand. Militärkommissariate sollten durch planmäßige Razzien, Belohnungen für Hinweise auf versteckte Waffen und die rücksichtslose Bestrafung ihrer Verheimlichung eine vollständige Entwaffnung erreichen. Ziel war die Zerschlagung eigenständigen bewaffneten Widerstands auf dem Land.

Die Kampagnen setzten sich in den 1920er-Jahren fort. Während der Unruhen um die Kollektivierung 1929–30 erklärte der ukrainische Sicherheitspolizeichef Wsewolod Balyzkyj, frühere Beschlagnahmungen hätten das Land „vollständig entwaffnet“. Diese Einschätzung ist in einer Archivstudie von 2024, S. 95–96, wiedergegeben. Sie war die Erfolgsmeldung eines Funktionärs; dieselbe Darstellung berichtet von ungleichmäßiger Durchsetzung und weiterhin versteckten Waffen. Dennoch trug die Entwaffnung zum Machtgefälle zwischen bewaffneten Requisitionstrupps und den Haushalten bei, deren Nahrung und Eigentum sie beschlagnahmten.

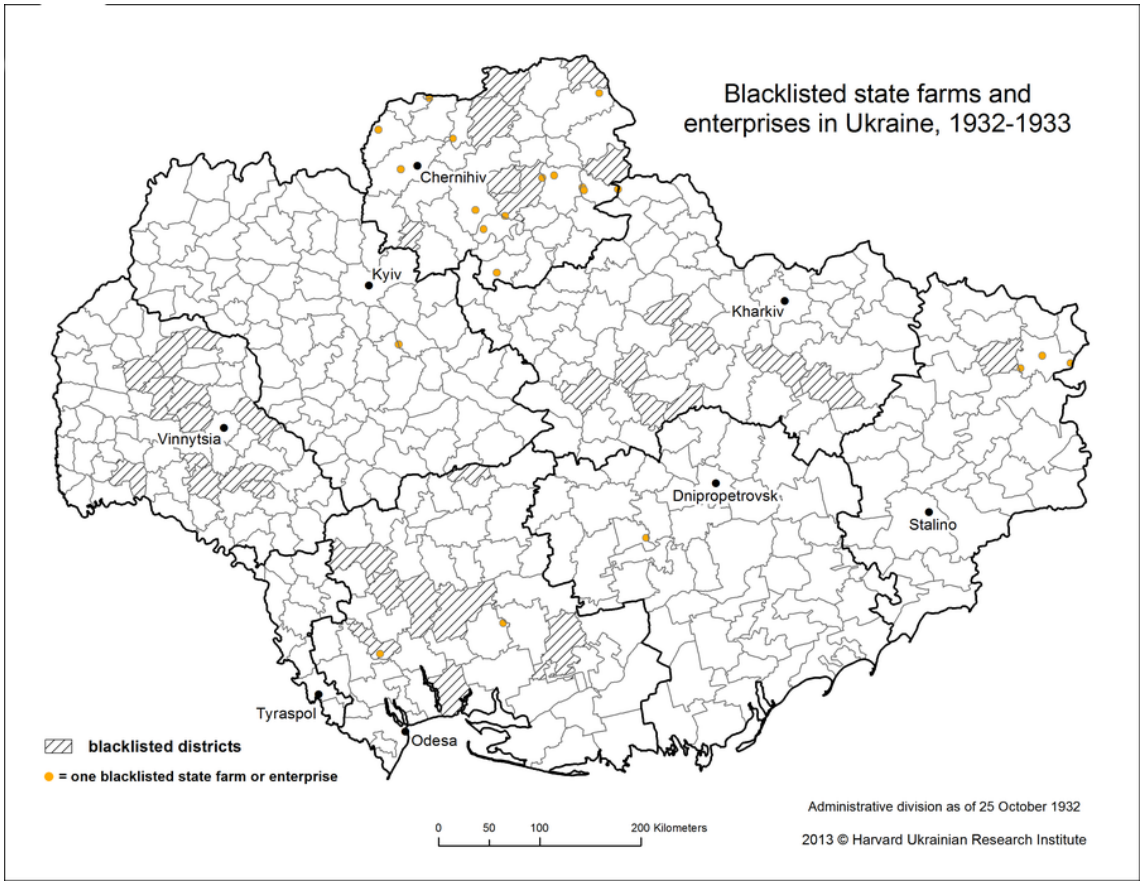
Spätestens im Juni 1932 meldeten hohe Funktionäre der sowjetischen Ukraine, dass Menschen verhungerten. In Briefen vom 10. Juni schilderten Hryhorij Petrowskyj und Wlas Tschubar Stalins Führung die übermäßige Getreidebeschaffung. Der Hunger war bereits eine akute Notlage, nicht bloß ein Risiko der nächsten Ernte.

Das Gesetz vom 7. August 1932 verlieh dem Schutz des sozialistischen Eigentums außergewöhnliche Strafgewalt. Diebstahl aus Kolchosen und Genossenschaften konnte mit Hinrichtung und Vermögenseinziehung geahndet werden; bei mildernden Umständen betrug die Strafe mindestens zehn Jahre Haft mit Vermögenseinziehung. Das Gesetz galt in der gesamten Sowjetunion. Für eine hungernde Familie konnte damit schon das Auflesen von

Getreide auf einem Feld eine Straftat sein, deren Strafmaß in keinem Verhältnis zur erlangten Nahrung stand.

Warnungen kamen auch von außerhalb der Funktionärskreise. Im September 1932 protestierte der Kolchosbauer Jurko Schwez dagegen, dass die Ablieferungsforderungen an seine Genossenschaft nichts zu essen übrig lassen würden. Er berichtete, der Dorfvorstand drohe denen, die Einwände erhoben, mit Polizei und GPU-Sicherheitsdienst. Mitglieder konnten die Felder bestellen und dennoch sowohl ihrer Erzeugnisse als auch jeder gefahrlosen Möglichkeit beraubt werden, deren Wegnahme anzufechten.

Der Beschluss der ukrainischen Partei vom 18. November 1932 ordnete die Kolchosreserven der Beschaffung unter, stellte Getreidevorschüsse in Betrieben ein, die ihre Ablieferungsziele nicht erfüllt hatten, und erlaubte Naturalstrafen in Form von Fleischabgaben. Die Aufnahme auf schwarze Listen bedeutete die Einstellung des Handels und der Warenlieferungen an die betroffenen Betriebe und Dörfer. Diese Maßnahmen schränkten den Zugang zu Nahrung ein und bestraften zugleich das Versäumnis, sie abzuliefern.



Auf schwarze Listen gesetzte Staatsgüter und Unternehmen in der Ukraine, 1932–1933. Schraffierte Flächen markieren Bezirke mit betroffenen landwirtschaftlichen Staatsbetrieben; orange Punkte kennzeichnen Unternehmen. Die Karte verwendet die Verwaltungsgrenzen von 1932. Harvard Ukrainian Research Institute, MAPA Digital Atlas of Ukraine.

Requisitionstrupps durchsuchten Wohnungen und Häuser nach Getreide und anderen Lebensmitteln. Parteifunktionäre, politische Polizei und örtliche Aktivisten durchsuchten Küchen, Vorratskammern und die Lebensmittelreserven der Familien. Familien versuchten, Nahrung zu verstecken, sich Beschlagnahmungen zu widersetzen oder anderswo Hilfe zu

finden; wurden sie entdeckt, drohten weitere Strafen. Der Verlust von Gemüse, Fleisch oder Kartoffeln war auch dann entscheidend, wenn ein Haushalt kein Getreide mehr abzugeben hatte: Damit wurden ihm Lebensmittel genommen, die er zum Überleben des Winters brauchte.

Ein unionsweites Dekret vom 19. Januar 1933 ersetzte die vertragliche Getreidebeschaffung durch feste Pflichtablieferungen, deren Höhe für Kolchosen nach Hektarzahl berechnet wurde. Es verbot nicht genehmigte örtliche Erhöhungen und versprach den Erzeugern die Verfügung über das Getreide, das nach Erfüllung ihrer Pflichten übrig blieb. Die Lieferungen an den Staat hatten jedoch weiterhin Vorrang. Getreidehandel durch Kolchosen war davon abhängig, dass die regionalen Ablieferungspläne erfüllt und die Saatgutreserven aufgefüllt waren. Die neuen Regeln betrafen die Ernte von 1933; bereits hungernde Familien mussten die Monate bis dahin erst überleben.

Am 22. Januar 1933 ordneten Stalin und Molotow an, die Flucht von Bauern aus der Ukraine und dem Nordkaukasus zu verhindern. Die Polizei in den Zielregionen sollte Ankommende festnehmen und nach einer Überprüfung zurückschicken. Damit wurde ein Weg zu Nahrung versperrt, nachdem die Haushaltsvorräte bereits aufgebraucht waren. Sowohl zu Hause zu bleiben als auch fortzugehen konnte für eine Familie den Tod bedeuten.



„Der Hunger treibt die Bauern auf die Wanderschaft.“ Alexander Wienerberger, 1933; wiedergegeben als Tafel 10 in Ewald Ammendes Muss Russland hungern? (1935).

Dennoch gab es weiterhin Lebensmittelzuteilungen, darunter sowjetische Lebensmittel- und Saatgutdarlehen an die Ukraine. Ein Memorandum vom 15. März 1933 erörtert weitere Hilfe im Zusammenhang mit der Frühjahrsaussaat. Eine Anweisung an Krankenhäuser[24] im Gebiet Kyjiw vom 31. März 1933 fordert mehr Nahrung für sich erholende Hungerpatienten, damit sie rasch wieder arbeiten konnten. Zuteilungen erreichten auch Kinder und auf der Krim

[24] R. W. Davies, Stephen G. Wheatcroft, *The Years of Hunger: Soviet Agriculture, 1931–1933* (Palgrave Macmillan, 2009), überarbeitete Ausgabe, S. 220–223.

einige ältere Invalide. Solche Hilfe konnte einzelne Empfänger retten, während andere ohne Zugang blieben. Auch die Exporte gingen weiter, wenn auch stark reduziert gegenüber 1931. Die Versorgung von Haushalten und Arbeitskräften, die Rücklagen für Saatgut und andere Reserven sowie die Verkäufe ins Ausland beruhten damit weiterhin auf Entscheidungen darüber, wessen Bedürfnisse Vorrang hatten.

Die Schließung von Kirchen schwächte auch die Möglichkeiten, vor Ort Hilfe zu organisieren. Applebaum hält fest, dass ukrainische Priester und kirchliche Einrichtungen während der Hungersnot von 1921 an der Organisation von Hilfsmaßnahmen beteiligt gewesen waren; ihre Unterdrückung beseitigte unabhängige Anlaufstellen. Einzelne Lehrkräfte, örtliche Amtsträger und Angehörige retteten 1932–33 dennoch Leben, zum Teil über Schulen, Krankenhäuser und Waisenhäuser.[25]

Manche Familien konnten nur dank Verwandten im Ausland oder Wertgegenständen überleben, die sie abgeben konnten. Torgsin-Läden verkauften Lebensmittel gegen Devisen und Edelmetalle; Geldüberweisungen ließen sich in Einkaufsgutscheine umwandeln. Eheringe und Familienbesitz wurden gegen Mehl getauscht. Wer über die nötigen Mittel oder Verbindungen verfügte, konnte auf diese Weise Nahrung erhalten, während sein Vermögen an den Staat überging. Dies war eine ungleich zugängliche Überlebensmöglichkeit, die sich von einer internationalen Hilfsaktion unterschied und Menschen verschlossen blieb, die über keine von Torgsin akzeptierten Zahlungsmittel verfügten. In der gesamten Sowjetunion nahm Torgsin 1933 etwa 45 Tonnen Feingold ein – fast so viel, wie der sowjetische Goldbergbau förderte. Auf Druck der Regierung erhöhte Torgsin im Winter 1933 zweimal die Preise für Mehl, Brot und Grütze. Familien mussten für dieselbe Nahrung mehr Vermögen abgeben und halfen so dem Staat, die Industrialisierung zu finanzieren.

Am 24. Oktober 1932 hielt die Lehrerin Oleksandra Radtschenko fest, wie eine kleine Geldüberweisung aus dem Ausland Lebensmittelkäufe bei Torgsin ermöglicht hatte. Ihr Tagebuch beschreibt auch hungernde Kinder und am Straßenrand liegende Leichen. Der Brief Adam und Rosina Ketterlings vom 23. April 1933 aus einer deutschen Gemeinde in der Südukraine berichtet vom Tod eines Verwandten und bittet um Hilfe aus dem Ausland. Adam arbeitete in Weinbergen und bewachte ein Gebäude mit Lebensmitteln, während seine eigene Familie kaum etwas zu essen hatte.

[25] Anne Applebaum, *Red Famine: Stalin's War on Ukraine* (Toronto: Signal/McClelland & Stewart, 2017; ISBN 978-0-7710-0930-3), Kapitel 5, "Collectivization: Revolution in the Countryside, 1930", S. 136 und Kapitel 12, "Survival: Spring and Summer, 1933", S. 269–270.



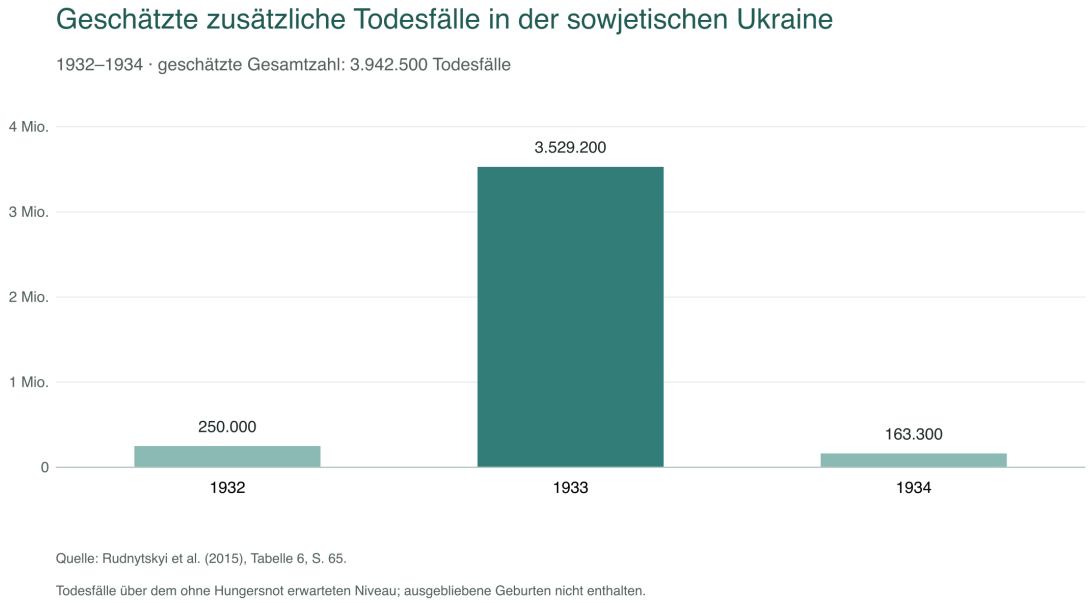
Charkiw, Frühjahr–Sommer 1933: Ein Mann liegt tot auf dem Gehweg; ein sitzender Mann wacht bei einem Gefährten, der dem Tod nahe ist. Alexander Wienerbergers Fotografie, erhalten auf einem Blatt des Innitzer-Albums.



Oleksandra Radtschenko, Lehrerin und Tagebuchautorin, deren Aufzeichnungen Alltagserfahrungen aus der Hungersnot bewahren.

Der sprunghafte Anstieg der Todesfälle in der ersten Jahreshälfte 1933 folgte auf diese Verschärfung des Nahrungsentzugs und der Bewegungsbeschränkungen. Als der Winter dem Frühjahr wich, mussten Menschen, deren Vorräte erschöpft waren, noch immer bis zur nächsten Ernte durchhalten. Der Hunger schwächte ihre Fähigkeit zu arbeiten, Kinder zu versorgen und Hilfe zu suchen. Todesfälle innerhalb einer Familie konnten es den Überlebenden zusätzlich erschweren, Nahrung zu beschaffen.

Die Rekonstruktion von 2015, die für die sowjetische Ukraine 1932–34 3,9 Millionen zusätzliche Todesfälle schätzt, verbindet Volkszählungen, Geburten- und Sterberegister sowie Migrationsschätzungen und korrigiert unvollständige oder verfälschte Aufzeichnungen.[26] Sie schätzt die Zahl der Todesfälle oberhalb des ohne die Krise zu erwartenden Niveaus, statt lediglich Totenscheine mit der Todesursache Verhungern zu zählen. Die Gesamtzahl schließt ausgebliebene Geburten und Verluste außerhalb der Republik aus. Die meisten Menschen starben auf dem Land, doch auch die Städte litten. Die geschätzte Zahl der zusätzlichen Todesfälle entspricht etwa 12,6 % der rund 31,4 Millionen Menschen, die zu Beginn des Jahres 1932 in der Republik lebten. Die staatliche Unterdrückung der Volkszählung von 1937 und die Verfolgung ihrer Organisatoren behinderten zusätzlich eine ehrliche öffentliche Aufarbeitung der Bevölkerungsverluste.



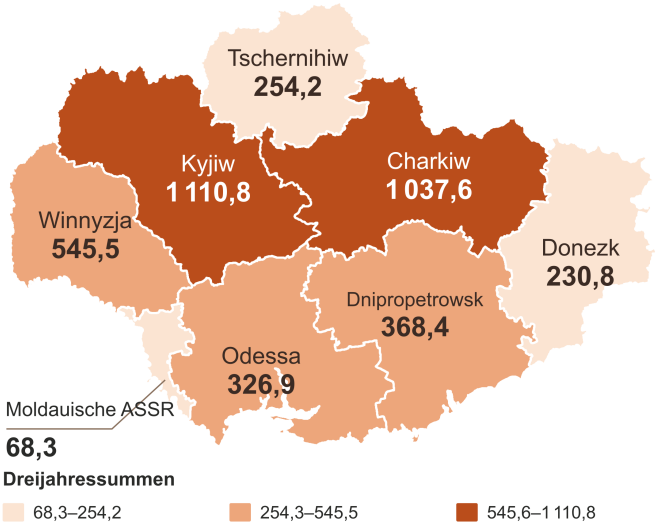
Zusätzliche Todesfälle in der sowjetischen Ukraine, 1932–34. Fast neun Zehntel entfielen auf 1933. Diagramm nach Rudnytskyi et al. (2015), Tabelle 6; ausgebliebene Geburten sind nicht enthalten.

[26] Die veröffentlichten Schätzungen unterscheiden sich je nachdem, wie unvollständige Aufzeichnungen korrigiert, Wanderungsbewegungen geschätzt, Untersuchungsgebiete abgegrenzt und ausgebliebene Geburten berücksichtigt werden. Die Regionalanalyse von Levchuk et al. (2020) hält an der Schätzung von rund 3,9 Millionen zusätzlichen Todesfällen in der sowjetischen Ukraine 1932–34 fest.

Hungertote nach Regionen

Ukraine, 1932–1934 · Zusätzliche Todesfälle, in Tausend

Grenzen vom 1. April 1933



Zusätzliche Todesfälle pro Jahr

Region	1932	1933	1934	Gesamt
Kyjiw	83,9	**991,5**	35,4	1 110,8
Charkiw	46,9	**969,9**	20,8	1 037,6
Winnyzja	27,0	**497,3**	21,1	545,5
Dnipropetrowsk	20,6	**331,3**	16,5	368,4
Odessa	19,6	**300,3**	7,0	326,9
Tschernihiw	17,6	**205,4**	31,2	254,2
Donezk	28,7	**175,2**	26,9	230,8
Moldauische ASSR	5,7	**58,2**	4,4	68,3

Gerundete Schätzwerte aus der Originalquelle.

Quelle: MAPA · Ukrainian Research Institute, Harvard University

Originalkarte © 2018 The President and Fellows of Harvard College. Für Vatnik Soup neu gezeichnet.

Zusätzliche Todesfälle nach Regionen in der sowjetischen Ukraine, 1932–34, in Tausend. Die Farbtöne zeigen Dreijahressummen, die Tabelle die Jahreswerte. Grenzen vom 1. April 1933 einschließlich der Moldauischen ASSR. Neu gezeichnet nach den MAPA-Daten und historischen Grenzen des Ukrainian Research Institute der Harvard University.



„Der Massenfriedhof – ein Dünenmeer.“ Alexander Wienerberger, 1933; wiedergegeben als Tafel 20 in Ewald Ammendes Muss Russland hungern? (1935).

Auch die räumliche Verteilung der Todesfälle verlangt nach einer Erklärung. In „The Causes of Ukrainian Famine Mortality, 1932–33“ stellen Andrei Markevich, Natalya Naumenko und Nancy Qian eine **höhere Sterblichkeit in Regionen mit einem größeren Anteil ethnischer Ukrainer vor der Hungersnot fest – auch außerhalb der sowjetischen**

Ukraine. In ihrer regionalen Analyse hing die Sterblichkeit nicht mit der Nahrungsmittelproduktivität zusammen. Wo der ukrainische Bevölkerungsanteil größer war, waren dagegen die geplante und tatsächliche Beschaffung höher und die zurückbehaltene Getreidemenge geringer.

ZEUGNIS EINER ÜBERLEBENDEN



„… wir hatten nichts zu essen, nur Wasser.“

Tamara Orlowa – Kindheitserinnerungen an den Holodomor

Sie erinnerte sich an die Enteignung ihrer Familie und daran, wie sie mit ihrer Mutter in einer fensterlosen Vorratskammer lebte.

Auszug aus den Erinnerungen: HREC-Quellenbuch, S. 43. Veröffentlicht in The Day, 2010; das Zitat folgt der angeführten englischen Ausgabe.

Charkiw, 1933. Fotografie und Zeugnis betreffen verschiedene Personen.

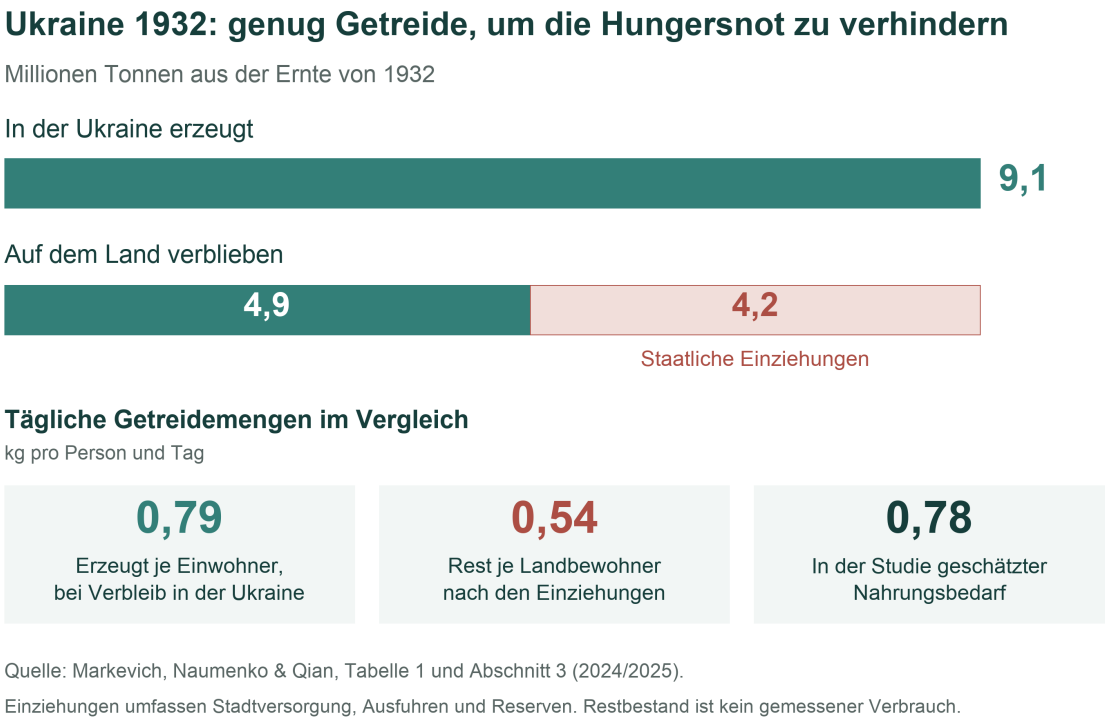
Das Überleben brachte die verlorene Lebenswelt nicht zurück. Kinder verloren ihre Eltern, Haushalte wurden auseinandergerissen, und Dörfer verloren Menschen, deren Arbeit und Fürsorge sie getragen hatten. Die Erinnerungen an versteckte Lebensmittel, die Suche nach Hilfe und Entscheidungen darüber, was geteilt werden konnte, blieben in den Familien lebendig, lange nachdem die öffentliche Diskussion unterdrückt worden war. Aus dem Verlust der Verfügung über eine Ernte war der Verlust von Angehörigen, Nachbarn und jener alltäglichen Sicherheit geworden, auf der das Gemeinschaftsleben beruhte.

1.3 Getreideexporte und staatliche Prioritäten

Die Nahrungsmittelbilanz von Markevich, Naumenko und Qian beziffert die rekonstruierte Getreideernte auf 9,1 Millionen Tonnen. Der Staat zog 4,2 Millionen Tonnen ein; rund 4,9 Millionen Tonnen blieben auf dem Land. Die Produktion war gegenüber 16,8 Millionen Tonnen im Jahr 1931 gesunken. Doch selbst die kleinere Ernte von 1932 hätte ausgereicht, um eine Hungersnot zu verhindern, wenn sie der Bevölkerung der Ukraine zugutegekommen wäre.

Wäre die Ernte zur Ernährung der städtischen und ländlichen Bevölkerung in der Ukraine geblieben, hätte sie etwa 0,79 kg Getreide pro Person und Tag bereitgestellt. Der in der Studie geschätzte Nahrungsbedarf lag bei 0,78 kg. **Die Ukraine produzierte 1932 genügend Nahrungsmittel, um eine Hungersnot zu vermeiden.** Nach den staatlichen Einziehungen blieben auf dem Land jedoch nur 0,54 kg pro Person und Tag, rund 30 % unter diesem Bedarf. Die Autoren zeigen außerdem, dass die übrige Sowjetunion genug produzierte, um ihre

eigene Bevölkerung auch ohne Getreide aus der Ukraine zu ernähren.[27] Die vollständige Zusammenfassung und Literaturangabe stehen in Abschnitt 2.3.

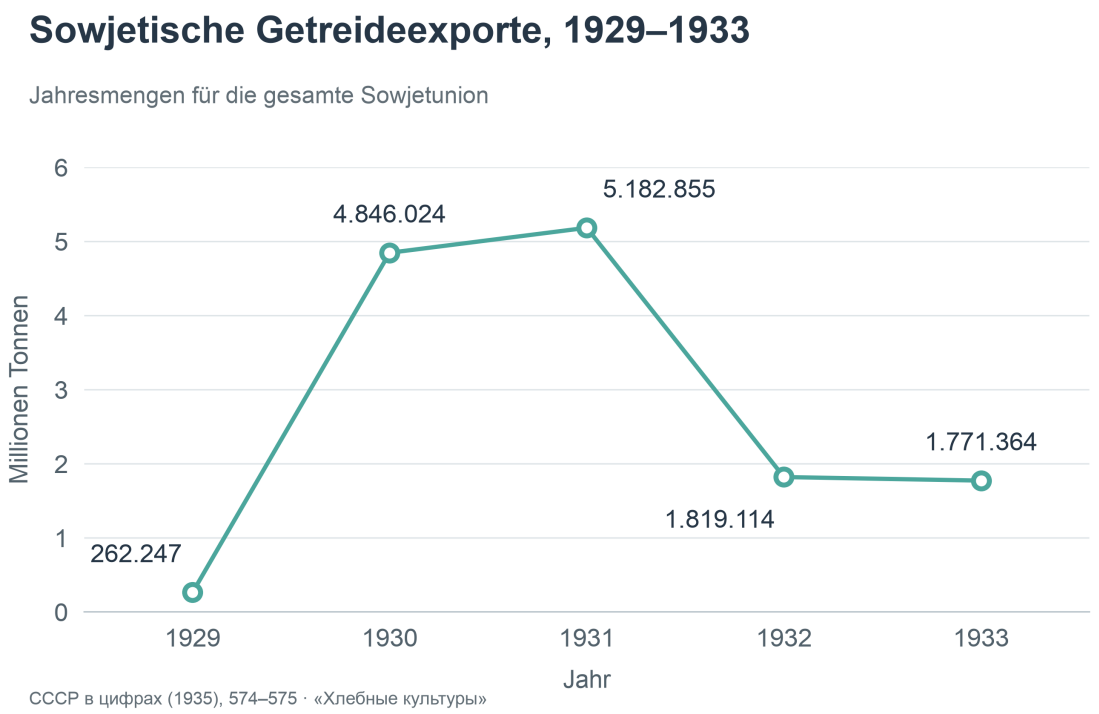


Die ukrainische Getreideernte von 1932 und die Menge, die nach den staatlichen Einziehungen auf dem Land blieb. Der Restbestand umfasst auch Saatgut und misst nicht den tatsächlichen Verbrauch. Quelle: Markevich, Naumenko und Qian, Tabelle 1.

Die Sowjetunion exportierte weiterhin landwirtschaftliche Erzeugnisse, während Menschen verhungerten. Ihre eigenen veröffentlichten Statistiken belegen dies. Das statistische Handbuch *СССР в цифрах* (*Die UdSSR in Zahlen*)[28] von 1935, S. 574–575, verzeichnet unter „Хлебные культуры“ – Getreide – Ausfuhren von 4.846.024 Tonnen 1930, 5.182.855 Tonnen 1931, 1.819.114 Tonnen 1932 und 1.771.364 Tonnen 1933. Es handelt sich um Gesamtzahlen für die Sowjetunion, nicht um speziell der Ukraine zugerechnete Exporte; die Kategorie umfasst mehr als nur Weizen.

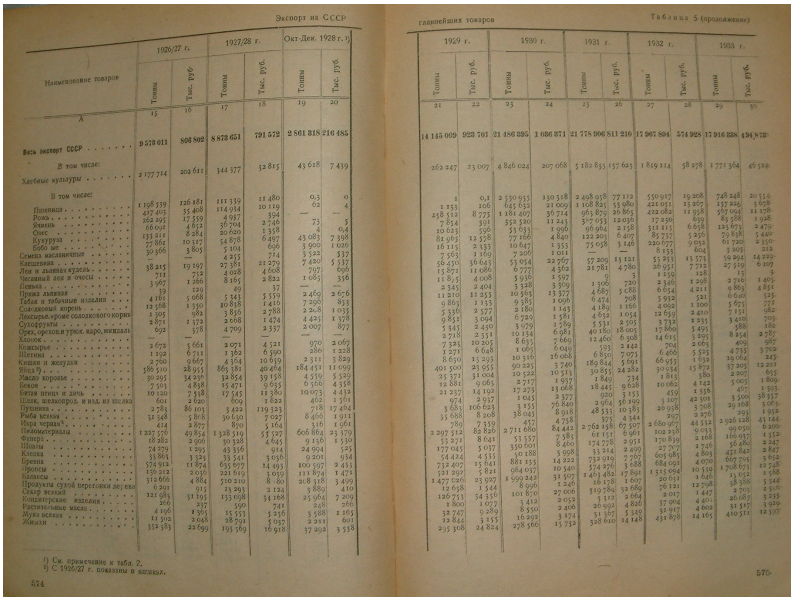
[27] Markevich, Naumenko und Qian, „The Causes of Ukrainian Famine Mortality, 1932–33“, Abschnitt 3, Tabelle 1; von der Autorin verlinkte Vorabveröffentlichung, S. 8–10. Die rekonstruierte Produktion für 1932 beträgt 9,1 Millionen Tonnen, die staatliche Beschaffung 4,2 Millionen; der Rest von rund 4,9 Millionen Tonnen ist aus diesen gerundeten Werten errechnet. Die Beschaffung umfasst Stadtversorgung, Ausfuhren und Reserven: Sie misst nicht die aus der Ukraine ausgeführte Menge und darf nicht zu den Exportzahlen addiert werden. Tabelle 1 weist 0,791 kg erzeugtes Getreide je Einwohner und Tag sowie 0,538 kg Restbestand je Landbewohner aus; der Text nennt einen Nahrungsbedarf von 0,778 kg, berechnet aus offiziellen Kalorienrichtwerten und der demografischen Zusammensetzung. Die Bevölkerungsbezüge unterscheiden sich. Der Restbestand enthält Saatgut und ist kein beobachteter Verbrauch; die Bilanz berücksichtigt weder unsystematisch erfasste Rücklieferungen und Hilfen noch Lager- und Transportverluste. Die Autoren erörtern diese Grenzen und die Verfügbarkeit anderer Lebensmittel. Die unten genannten kalenderjährlichen Ausfuhren der gesamten UdSSR bilden eine gesonderte Reihe; sie sind keine ukrainischen Ausfuhren aus der Ernte von 1932.

[28] ЦУНХУ Госплана СССР, *СССР в цифрах* (Москва, 1935), S. 574–575.



Sowjetische Getreideexporte, 1929–1933: jährliche Mengen für die gesamte Sowjetunion in Tonnen. Die Punkte zeigen fünf Kalenderjahre und sind durch gerade Linien verbunden.

Die Exporte gingen nach 1931 also stark zurück, wurden aber während der Katastrophe von 1932–33 fortgesetzt. Beides ist bedeutsam. Sinkende Gesamtexporte können mit dem Entzug von Nahrung einhergehen, die einzelne Haushalte dringend brauchen. Umgekehrt verrät eine jährliche Exportzahl nicht, wann eine Lieferung das Land verließ, woher ihr Inhalt stammte oder welche hungernden Gemeinden sie hätten erhalten können.



Getreideexporte in der amtlichen sowjetischen Statistik: Doppelseite aus СССР в цифрах (1935), S. 574–575. Die Zeile „Хлебные культуры“ nennt Mengen in Tonnen; die benachbarte Spalte weist Geldwerte aus.

Die Auslandsverkäufe waren Teil eines größeren Konflikts um landwirtschaftliche Ressourcen. In seiner Rede vom 9. Juli 1928 über die Industrialisierung und das

Getreideproblem bezeichnet Stalin die Abschöpfung aus der Landwirtschaft als Finanzierungsquelle der Industrie. Eingeführte Maschinen und ausländisches Fachwissen mussten bezahlt werden; zugleich konkurrierten wachsende Städte und Industrievorhaben um Nahrung.[29] Der Wert, den man der industriellen Entwicklung beimaß, bestimmte jedoch weder, wie viel den Erzeugern ohne Gefahr entzogen werden konnte, noch rechtfertigte er, ihnen die Mittel zum Überleben zu nehmen.

Die Käufe im Ausland dienten auch dem Ausbau der sowjetischen Militärmacht. Neben fertigen Maschinen erwarb die UdSSR Fabrikpläne, Ausrüstung, Produktionsrechte und technische Unterstützung. Der Vertrag, den Amtorg am 28. April 1930 mit dem US-Unternehmen U.S. Wheel Track Layer Corporation schloss, sah beispielsweise zwei Christie-Panzer, Fertigungsrechte und technische Hilfe für die Produktion in der Sowjetunion vor.[30]

Die Exporteinnahmen waren auch für Zahlungen auf frühere Käufe von Bedeutung. Im Oktober 1931 verknüpfte das Politbüro sowjetische Bestellungen in Deutschland mit Absatzmöglichkeiten für sowjetische Exporte und warnte, dass die 1932 fälligen Zahlungen unzureichend abgesichert seien. Im Januar 1934 berichtete das Volkskommissariat für Außenhandel, dass 1930–31 bestellte Ausrüstung noch 1932 eingetroffen sei und dass deutsche Lieferungen von 1933 Bestellungen aus den Jahren 1931–32 umfasst hätten.[31] Getreide war eine von mehreren Quellen ausländischer Einnahmen; aus diesem Finanzierungszusammenhang geht nicht hervor, dass bestimmte Getreidelieferungen bestimmte Waffen bezahlten.

Exporte müssen daher zusammen mit Beschaffung, inländischen Zuteilungen, Reserven, Saatgut sowie Zeitpunkt und Empfängern der Hilfe betrachtet werden. Eine als Export verbuchte Tonne war eine Tonne, die einem hungernden Haushalt nicht blieb. Die Tatsachenfrage lautet, wie die Behörden die Ressourcen verteilten, während sich der Hunger ausbreitete; die Verantwortungsfrage betrifft auch ihr Wissen und die noch verfügbaren Handlungsmöglichkeiten.

[29] Politbüro des Zentralkomitees der WKP(b), *Директивы к переговорам с Германией о расширении советского экспорта*, gebilligt am 15. Oktober 1931, Ziffern 2–4 (RGASPI, f. 17, op. 162, d. 11, l. 29); Volkskommissariat für Außenhandel der UdSSR (NKWT), *Внешне-торговая политика СССР*, Denkschrift vom 12. Januar 1934, Abschnitt III, „Германия“ (RGAE, f. 413, op. 12, d. 1366, ll. 16–17). Die Direktiven verknüpfen sowjetische Aufträge in Deutschland mit Exportmöglichkeiten; die Denkschrift beschreibt garantierte Kredite und Lieferungen aus früheren Aufträgen.

[30] U.S. Wheel Track Layer Corporation und Amtorg Trading Corporation, Vertrag vom 28. April 1930, Präambel und §§ 1, 9–10; russische Archivkopie, transkribiert von T-34 Inform (RGWA, F. 31811, Op. 1, D. 374, Bl. 5–6). Der Vertrag sieht Panzer, die Rechte zu ihrer Herstellung innerhalb der UdSSR und technische Unterstützung vor. Zum weiteren industriellen und militärischen Kontext siehe Piotr R. Frankowski, *The Secret Red Alliance: How the Soviet Union Planned to Use Germany to Take Over the World*, Kap. XX, XXII und XXIV–XXV (angekündigt).

[31] Politbüro des Zentralkomitees der WKP(b), *Директивы к переговорам с Германией о расширении советского экспорта*, gebilligt am 15. Oktober 1931, § 2(a), (c) (RGASPI, F. 17, Op. 162, D. 11, Bl. 29); Volkskommissariat für Außenhandel der UdSSR (NKWT), *Внешне-торговая политика СССР*, Denkschrift vom 12. Januar 1934, Abschnitte I und III, „Германия“ (RGAE, F. 413, Op. 12, D. 1366, Bl. 1–26; Deutschland-Unterabschnitt, Bl. 16–17). Abschnitt I unterscheidet Bestellungen von Lieferungen und nennt die Sicherung der Zahlungsfähigkeit nach den Großaufträgen von 1929–31 als zentrale Aufgabe; Abschnitt III verzeichnet deutsche Lieferungen aus früheren Bestellungen.

1.4 Internationales Wissen und Handeln

Belege für die Hungersnot erreichten die Außenwelt, während Menschen noch starben. Die sowjetischen Behörden behinderten Nachforschungen und leugneten die Katastrophe, doch Berichte, Briefe und Hilferufe gelangten über die Grenze. Drei Fragen sind deshalb zu unterscheiden: Welche Informationen wurden öffentlich, was wussten ausländische Regierungen intern, und wozu waren sie bereit? Regierungen und Institutionen erhielten auch über presseunabhängige Kanäle Belege.

Ukrainer versuchten selbst, die Welt aufzurütteln. Der Brief des Ukrainischen Nationalrats in Kanada an Premierminister R. B. Bennett vom 2. Oktober 1933 schildert verzweifelte Briefe, die Kanada erreichten. Am 26. September hatte das Verbindungskomitee internationaler Frauenorganisationen an Johan Mowinckel, den Präsidenten des Völkerbundrats, appelliert, wegen der Lage in der sowjetischen Ukraine tätig zu werden. Angehörige und Fürsprecher der Opfer bemühten sich um eine Reaktion, statt darauf zu warten, dass ausländische Beobachter ihr Leid entdeckten.

Mykola Lemyk: die Hungersnot öffentlich machen

Am 21. Oktober 1933 erschoss Mykola Lemyk, ein junges Mitglied der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), Oleksij Mailow, einen Mitarbeiter des sowjetischen Konsulats in Lwiw. Lwiw gehörte damals zu Polen. Die OUN hatte das Attentat als Protest gegen die Hungersnot in der sowjetischen Ukraine geplant.

Lemyk stellte sich der polnischen Polizei, um vor Gericht den politischen Zweck der Tötung zu erläutern und auf die Hungersnot aufmerksam zu machen. Über seinen Prozess berichtete die Presse in Galizien und im Ausland; er wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Der Fall veranschaulicht die Versuche, das sowjetische Schweigen von außerhalb der UdSSR zu durchbrechen.[32]



Mykola Lemyk.

[32] Zum Widerstand gegen Zensur und erzwungenes Schweigen unter kommunistischer Herrschaft siehe Vatnik Soup, *Jan Palach: Resistance to Tyranny*, Dossier zur historischen Erinnerung (Januar 2027). In Vorbereitung.



Famine en U.R.S.S., veröffentlicht mit A. Markoffs Famine in USSR (Paris, 1933). A: Getreideverbrauchsgebiete; B: Getreideanbaugebiete; C: frühere Gebiete der Don-, Kuban- und Terekkosaken; C_1: Gebiete der Ural- und Orenburgkosaken. Die dichte Schraffur bezeichnet Gebiete, in denen die Hungersnot als besonders verheerend eingestuft wurde. Die Karte zeigt die europäische UdSSR einschließlich des Kaukasus; sie ist keine vollständige Karte der sowjetischen Hungersnot.

Unabhängige Berichterstattung stellte die offizielle Darstellung ebenfalls infrage. Gareth Jones machte mit seiner Berliner Erklärung vom 29. März 1933 die Beobachtungen seiner Reise einem internationalen Publikum zugänglich. Malcolm Muggeridges Märzartikel im *Manchester Guardian* schilderten das Verhungern in der Ukraine und im Nordkaukasus. In seiner späteren Antwort an Duranty[33] nennt Jones mehrere Arten von Belegen: Gespräche in Dörfern, entwurzelte Bauern, Briefe, Diplomaten, Journalisten und technische Fachleute. Ihre Berichte unterschieden sich hinsichtlich Zugang und Methode; die Zensur machte unabhängige Nachforschungen jedoch nicht unmöglich.

[33] Zu Durantys Antwort auf Jones und dem anschließenden Austausch siehe Abschnitt 1.5, „Duranty, ein früher Vatnik“.

Die Reise der kanadischen Journalistin Rhea Clyman durch die Ukraine und den Nordkaukasus 1932 machte die Aussagen von Dorfbewohnern auf einem weiteren Weg auch im Ausland bekannt. Ihr Bericht im *Toronto Evening Telegram* vom 16. Mai 1933 beschreibt Familien, denen Nahrung und Vieh genommen worden waren, und Dorfbewohner, die sie baten, einen Hilferuf an den Kreml zu übermitteln. Der Bericht erschien in den tödlichsten Monaten der Hungersnot, schildert aber Zustände, die sie im Vorjahr selbst gesehen hatte.

William Henry Chamberlins fünfteilige Serie im *Manchester Guardian* vom Oktober 1933 räumt nach seiner Reise durch die Ukraine und den Nordkaukasus eine außergewöhnlich hohe Sterblichkeit ein, kommt den sowjetischen Erklärungen aber weiterhin entgegen. Sein nach der Abreise aus Moskau erschienener Bericht im *Christian Science Monitor* vom 29. Mai 1934 schildert Überlebende, deren Aussagen den amtlichen Dementis widersprachen, und stellt die Hungersnot als politisches Instrument dar. Zensur und der Wunsch, den Zugang zum Land zu behalten, konnten die Veröffentlichungen eines Korrespondenten selbst dann begrenzen, wenn er die Verwüstungen der Hungersnot gesehen hatte. Seine weitergehende Verurteilung erreichte die Leser erst nach dem Höhepunkt des Sterbens.



Series on "Tammany's Poor Relations" Continues Today on Pa

NIGHT EDITION ★ ★ ★ ★ ★ Wall Street Closing Prices

New York Evening Post

NIGHT EDITI ★ ★ ★ ★ Wall Street Closing

THREE 3 CENTS — WEDNESDAY, MARCH 29, 1933 — THREE

FAMINE GRIPS RUSSIA, MILLIONS DYING, IDLE ON RISE, SAYS BRITON

Gareth Jones, Lloyd George Aid, Reports Devastation

TOURS FARM AREAS, FINDS FOOD GONE

Asserts Reds Arrest Britain to Check Public Wrath—Pravda Hits "Wail for Death"

FRANCE HAS BIG DEFICIT

INSURANCE SAFE BLASTED

S. R. THOMPSON RESIGNS

EXECUTION TOO EXPENSIVE

WOULD BAN FREE LUNCH

CUTS IN VETERAN BENEFITS MAPPED

REICH JEWS ASK END OF PROTESTS

Nazi Reprisal Order Puts Victims in Paris — Pupils Barred From Schools

LEHMAN PLEA ON BEER BILL STIRS STORM

Both Parties in Both Houses Launch Bitter Attack

GOVERNOR BLAMES LOBBYISTS' 'SWARM'

In Appeal to Legislature Says Selfish Interests Menace Repeal

ROOSEVELT DEMANDS U CONTROL NEW SECURITI MESSAGE HITS DISHONES

LA GUARDIA SEEKS MAYORALTY AGAIN

Summary of the Securities Bill as Submitted by Roosevelt

WASHINGTON, March 29 (A. P.).—Following is an analysis of the proposed Federal security act submitted to Congress today by President Roosevelt. The analysis was prepared by Huston Thompson, one of its framers and a former member of the Federal Trade Commission:

"The Federal securities act is a bill to provide for the furnishing of information and the supervision by trade in investment securities to interstate commerce.

"Section 1 and 2 contain the title of the bill and certain definitions as the following subjects: 'Security,' 'Person,' 'Sale,' 'Issuer,' 'Commission' (meaning the Federal Trade Commission, which is to have jurisdiction under the bill), 'Mortgage,' 'Prior' and 'Interstate Commerce.'

...Requirements Set Forth

"Section 3 sets forth certain requirements in the matter of the sale and advertisement of securities in interstate commerce and forbids such sale or advertisement until certain information shall have been filed with the Commission. This section covers the subjects of—

"(A) The sale or offer to sell domestic securities in interstate commerce;

"(B) The advertisement of domestic securities through interstate medium, including not only newspapers, circulars and magazines but also radio;

"(C) The physical transportation of domestic securities across State lines;

"(D) The sale or offer to sell by persons or corporations of the securities of foreign Governments in the United States.

...Sponsors Sign Statement

"Section 4 provides that the promoters, principal officers and directors of corporations shall sign the statement, except in the case of securities issued by foreign Governments when the statement shall be signed by the persons in the United States negotiating or underwriting the loan for the sale in the United States.

...Duties Stated

"Section 5 designates the information required in the statements to be filed with the commission and consists of ... (1) information required of executive officers and directors of corporations and (2) information required of underwriting syndicates and (3) information required concerning foreign Governments.

...Special Provisions

"In the case of domestic securities in requiring the issuance of the shares, promoters, trustees, officers, etc., the amount of paid-up capital, the numbers and types of shares with the description of their respective voting rights, dividends, profits, the amount of funded debt, a balance sheet showing a detailed list of assets and liabilities, a statement of the amount of the issuers' income, expense and fixed charges during the preceding fiscal year; the plan of the proposed issues, the price offered to the public, all underwriting, commissions and the amount retained by capital interests together with the names of all of those composing the syndicate.

...Entire Background Stated

"In the case of the securities issued by foreign Governments the American representatives shall state the purposes, date and terms of the loan, the underwriting agreements, members of the syndicate, because, commissions and amount to be retained by the foreign Government, the security pledged with the laws and the general financial condition of the foreign Government and whether it has ever defaulted on principal or interest on any security of all of the United States together with the proposed method of distribution and price of the security as offered here.

"A fee of one one-hundredth of 1 per cent of the value of the securities will be charged for registration with the commission.

...Exemptions Listed

"Section 6 empowers the commission to revoke the registration of any security. Some of the grounds stated are insolvency of the issuer, violation of the act, previous re-

KNAUGHED CUBS — CITY TODAY OPENS

BILL GIVEN TO SENA

New York Evening Post, 29. März 1933: Titelseitenausschnitt mit Jones' Warnung. Die Aussage der Überschrift über Todesfälle ist zeitgenössische Berichterstattung, keine demografische Schätzung.

Schon damals wurde gefragt, ob Wirtschaftsbeziehungen genutzt werden könnten, um humanitäre Zugeständnisse zu erreichen. Im britischen Unterhaus am 5. Juli 1933 sprach die Herzogin von Atholl über die Hungersnot in der Ukraine und anderen sowjetischen Regionen und stellte die Aussicht infrage, von billigen sowjetischen Lebensmittelimporten zu profitieren. Sie forderte die Regierung auf, weitere Kredite an Maßnahmen zugunsten der

Bevölkerung zu knüpfen, darunter das Recht der Bauern, Nahrung zurückzubehalten. Ihr Beitrag belegt, dass sowohl die Katastrophe als auch möglicher wirtschaftlicher Druck bereits während der Hungersnot öffentlich erörtert wurden.

Auch der am 19. August 1933 veröffentlichte Aufruf Kardinal Theodor Innitzers drängte auf Hilfe und forderte diejenigen, die ihre Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR ausbauten, auf, eine humanitäre Klausel anzustreben. Er schlug vor, diese Beziehungen zu nutzen, um Zugang für Hilfsleistungen zu erwirken. Der Höhepunkt der Todesfälle im Frühjahr und Frühsommer war zu diesem Zeitpunkt bereits vorüber.

Hilfe erforderte neben Geld und Lebensmitteln auch Zugang. Die sowjetische Leugnung stützte die Ablehnung internationaler Hilfe: Eine unabhängige Hilfsaktion zuzulassen, hätte die Zustände offengelegt, die die Behörden verbargen. Für die große ARA-Mission von 1921–23 gab es 1932–33 in der Ukraine kein Gegenstück. Private Geldüberweisungen und Käufe bei Torgsin waren andere Kanäle, abhängig von Mitteln und Verbindungen, die vielen hungernden Haushalten fehlten. Sowjetische Behinderung und die mangelnde Bereitschaft ausländischer Regierungen, auf Hilfe zu drängen, waren getrennte Hindernisse, auch wenn sie einander verstärkten.

Das kommerzielle Engagement hatte inzwischen andere Beziehungen geschaffen. Amerikanische Maschinen, Fabrikplanung, Ingenieursleistungen und technisches Fachwissen trugen zur sowjetischen Industrialisierung bei; die Ford-Kahn-Verträge sind ein konkretes Beispiel. Industrielle Zusammenarbeit war eine geschäftliche Tätigkeit und unterschied sich von humanitärer Hilfe. Die Anwesenheit ausländischer Fachkräfte eröffnete jedoch auch mögliche Informationswege. Verantwortung muss daran gemessen werden, was einzelne Beteiligte wussten und beeinflussen konnten.



Montageband im Moskauer Ford-Werk, 6. November 1930. Das Abkommen von 1929 brachte Ford-Fabrikentwürfe und technisches Personal in die sowjetische Industrialisierung ein.

Am 10. Juli 1933 sandte Sergio Gradenigo, Italiens Konsul in Charkiw einen Bericht über die Hungersnot und Krankheiten an die Botschaft in Moskau. Der Bericht war auch zur

Unterrichtung des Außenministeriums bestimmt. Seine frühere Depesche vom 31. Mai hatte vorausgesagt, dass Entvölkerung und russische Ansiedlung zur Russifizierung der Ukraine führen würden; zugleich wiederholte sie antisemitische Anschuldigungen. Am 2. September schloss das faschistische Italien einen Freundschafts-, Nichtangriffs- und Neutralitätspakt mit der UdSSR ab. Berichte über das Verhungern und diplomatische Verständigung bestanden nebeneinander; ideologische Feindschaft zum Kommunismus verhinderte den Umgang mit dem sowjetischen Staat nicht.

Die Vereinigten Staaten erkannten die Sowjetunion am 16. November 1933 an. Zu Roosevelts Zielen gehörten geschäftliche Möglichkeiten und die Eindämmung der japanischen Expansion in Asien. Diese Interessen bestanden unabhängig von Durantys Berichterstattung. Mit der Anerkennung setzte Washington diese diplomatischen Prioritäten um, während die Belege für ukrainisches Leid weiterhin keine angemessene Reaktion auslösten.

Duranty hatte zudem direkten Zugang zu Roosevelt. Ihr Treffen in Albany im Juli 1932 fand statt, als Roosevelt Gouverneur und Präsidentschaftskandidat war. Ein zeitgenössischer Bericht in *Time* beschreibt das lange Gespräch. Durantys Autorität konnte damit politische Entscheidungsträger ebenso erreichen wie Zeitungsleser.

Die Finanzverhandlungen zeigen, wie viel Roosevelt offenzulassen bereit war. Ein Memorandum vom 15. November 1933 erwägt eine Zahlung zwischen 75 und 150 Millionen US-Dollar, finanziert durch einen zusätzlichen Zinsaufschlag auf amerikanische Darlehen oder Kredite an die UdSSR; andere Forderungen sollten entfallen. Die genaue Summe war noch festzulegen. Im Juli 1934 berichtete der stellvertretende Außenminister R. Walton Moore von Forderungen von mehr als 600 Millionen Dollar und bezeichnete die Verhandlungen als gescheitert. Die Anerkennung war bereits erfolgt. Es handelte sich um vorgeschlagene Zugeständnisse, nicht um eine abgeschlossene Rückzahlungsvereinbarung. Wirtschaftliche und strategische Ziele hatten ein diplomatisches Ergebnis erreicht, ohne dass zuvor finanzielle Leistungen oder humanitäre Hilfe erwirkt worden wären.

Arthurdale und die Anziehungskraft des sozialen Experiments

Eleanor Roosevelts Arthurdale-Projekt in West Virginia entsprang derselben Suche nach Alternativen zum wirtschaftlichen Zusammenbruch während der Weltwirtschaftskrise. Die Bundesregierung kaufte das Gelände 1933; die ersten Familien zogen 1934 ein. Die 165 Siedlerstellen verbanden eigene Parzellen mit genossenschaftlichen Betrieben, Schulunterricht und öffentlichen Diensten. Eleanors persönliches Engagement machte das Vorhaben zu einem weithin beachteten Experiment planmäßig gestalteten Gemeinschaftslebens.

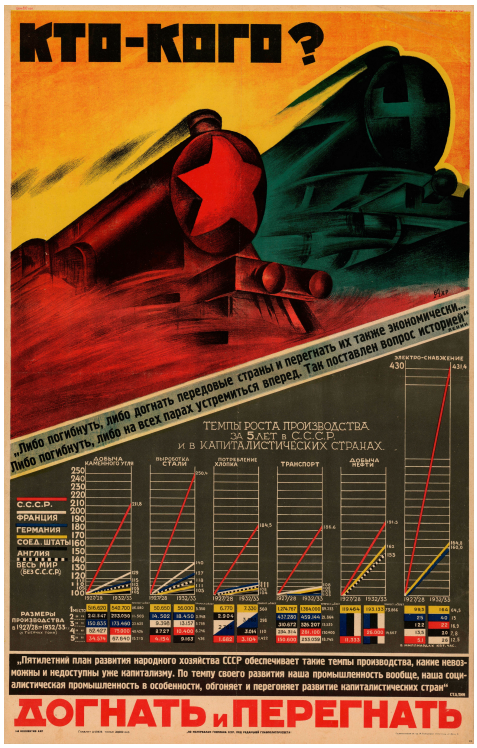


Häuser in Arthurdale, Juni 1935.

Arthurdale und die Anziehungskraft des sozialen Experiments (Fortsetzung)

Die Bewerber um einen Platz in Arthurdale suchten Wohnraum und eine Existenzgrundlage. Die Begeisterung für das Projekt zeigt, wie viel Hoffnung auf eine gezielte gesellschaftliche Neuordnung gesetzt wurde. In Teilen der amerikanischen Linken versprach die sowjetische Industrialisierung einen noch umfassenderen Ausweg aus der Krise des Kapitalismus. Der amerikanische Journalist Louis Fischer brachte diese Sympathie in einem Artikel für *The Nation* von 1935 ausdrücklich zum Ausdruck: Der scheinbare Erfolg des sowjetischen Experiments war eine Quelle politischen Glaubens. Sobald dieser Glaube vom Erfolg des Experiments abhing, konnten Berichte über Leid als Angriffe auf die Hoffnung selbst aufgefasst werden.

Statistik und der Glaube an das sowjetische Experiment



Amtliche Statistiken halfen, dieser Hoffnung den Anschein eines messbaren Erfolgs zu geben. In seinem Bericht vom 7. Januar 1933 behauptete Stalin, das Nationaleinkommen sei seit 1928 um 85 Prozent gestiegen und die materiellen Lebensbedingungen der Arbeiter und Bauern verbesserten sich von Jahr zu Jahr.

Mark Harrisons Untersuchung des Ersten Fünfjahresplans führt den größten Teil des gemeldeten Anstiegs des Nationaleinkommens auf nicht ausgewiesene Preissteigerungen und andere statistische Verzerrungen zurück. Neue industrielle Kapazitäten bestanden neben sinkendem Konsum und massenhaftem Verhungern.[34]

Die politische Anziehungskraft lag in dem, was die Zahlen scheinbar bewiesen: Während sich die kapitalistischen Volkswirtschaften in der Krise befanden, schien die Planung eine andere Zukunft zu eröffnen. Deshalb war die Wahl der Messgrößen folgenreich. Die Industrieproduktion konnte wachsen, während Bauern den Zugang zu Nahrung verloren; die scheinbare Bestätigung des Experiments hing davon ab, welche Ergebnisse gezählt und wessen Verluste ausgeblendet wurden.

„Wer schlägt wen? Einholen und überholen", 1929. Die jeweilige Produktion jedes Landes von 1927/28 ist auf den Indexwert 100 gesetzt. Die Diagramme vergleichen das bis 1932/33 geplante prozentuale Wachstum, ausgehend von unterschiedlichen absoluten Niveaus. Selbst wenn die Angaben zuträfen, würde schnelleres Wachstum nicht belegen, dass die sowjetische Produktion die ihrer Konkurrenten überholen würde. Die Parole, die um die Wette fahrenden Züge und die hoch aufragenden roten Linien legen diesen Eindruck nahe.

[34] Harrisons Studie zur verdeckten Inflation in sowjetischen Industriestatistiken beschreibt die Anreize für Betriebe, hohe Planpreise zu erhalten, wodurch sich Produktionsziele in Rubel leichter erfüllen ließen. Er dokumentiert auch ein von oben verfügtes Verbot, bereits öffentlich bekannt gegebene Ergebnisse nach unten zu korrigieren. Messverzerrung und politischer Schutz konnten sich somit gegenseitig verstärken.

Britische diplomatische Depeschen vom 5. März und 17. Juli 1933 beschrieben die Zustände im Kubangebiet und in der Ukraine, darunter Berichte über Hungertote und verlassene Dörfer. Eine spätere britische Debatte zeigt besonders deutlich den Unterschied zwischen Wissen und Handeln. Im Oberhaus am 25. Juli 1934 wandte sich Lord Ponsonby gegen die parlamentarische Prüfung innerer Angelegenheiten anderer Länder und lenkte die Aufmerksamkeit auf Armut in Großbritannien, Hungersnöte in Indien und Zustände in den Vereinigten Staaten. Diese Ablenkung widerlegte keinen Beleg aus der Ukraine.[35] In derselben Debatte räumte der Regierungssprecher Earl Stanhope ein, mit einem großen Teil der vorgelegten Informationen vertraut zu sein. Als Gegendarstellung stehe lediglich die offizielle sowjetische Propaganda zur Verfügung, die anderen Quellen widerspreche. Dennoch lehnte er es ab, Unterlagen für die Debatte bereitzustellen. Dieser Austausch fand nach der Hungersnot statt, zeigt aber, wie Kenntnis mit der Weigerung einhergehen konnte, öffentlich zu handeln.

Das internationale Versagen war daher komplizierter als eine erfolgreiche Täuschung einer unwissenden Welt. Warnungen konnten behindert, für unglaubwürdig gehalten, heruntergespielt oder anderen Zielen untergeordnet werden. Die Leugnung konnte Menschen helfen, sich den Konsequenzen von Informationen zu entziehen, die ihnen bereits begegnet waren.

[35] Ein frühes Beispiel für *Whataboutism*. Siehe Vatnik Suppe, *Debunk of the Day 4: Whataboutism*, 1. Februar 2026.

1.5 Duranty, ein früher Vatnik

Walter Durantys Berichterstattung zeigt, wie scheinbare Unabhängigkeit der Darstellung eines Regimes im Ausland Autorität verleihen konnte. Er half auch, einen der schlimmsten Massenmorde des 20. Jahrhunderts – den Völkermord des Holodomors – noch während der Tat zu vertuschen. Sein Ansehen als erfahrener Auslandskorrespondent und Pulitzer-Preisträger verlieh seinen öffentlichen Beschwichtigungen Glaubwürdigkeit.

Der heutige Vergleich mit einem *frühen Vatnik* bezeichnet eine Praxis: Ein ausländischer Kommentator stellt die Autorität seines Fachwissens in den Dienst der vom Regime bevorzugten Darstellung und wertet widersprechende Zeugen ab. Auch Gorki verlieh mit dem Propagandabuch über den Weißmeerkanal von 1934 der Verherrlichung der Zwangsarbeit sein literarisches Prestige (siehe den Kasten in Abschnitt 2.5.2). Durantys öffentliche Stellungnahmen lassen sich untersuchen, ohne vorauszusetzen, dass er ein bezahlter sowjetischer Agent war. Zensur, Abhängigkeit vom Wohlwollen der Behörden beim Zugang zum Land und zu Informationen, ideologische Sympathie, Rechtfertigung des Regimes und verdeckte Anwerbung müssen auseinandergehalten werden.



1919 veröffentlichtes Porträt.

Mini-Suppe aufs Haus

Walter Duranty

In der heutigen Vatnik Suppe stellen wir **Walter Duranty** vor, einen in Großbritannien geborenen Journalisten. Bekannt wurde er vor allem durch den Pulitzer-Preis für seine Sowjetberichterstattung – und dadurch, dass er den Holodomor leugnete, während Millionen Ukrainer verhungerten.

1884 in Liverpool geboren und in Cambridge ausgebildet, wurde er Moskauer Korrespondent der *New York Times*. Sein Pulitzer-Preis von 1932 zeichnete 1931 veröffentlichte Berichte aus.

In seinem Bericht vom März 1933 tat er Gareth Jones' Augenzeugenberichte als „Schauergeschichte" ab. Er räumte Todesfälle durch Unterernährung ein, bestritt aber eine Hungersnot.

Monate zuvor hatte er die Leser mit der Aussage beruhigt, die Russen hätten den „Gürtel enger geschnallt". Das Hungern erschien als eine entbehrungsreiche Phase, die die Menschen überstehen könnten, während der sowjetische Fortschritt weiterging.

Mit seinem berüchtigten Rückgriff auf die Metapher von Omelett und zerbrochenen Eiern rechtfertigte er die Opfer des Regimes. Leugnung und Rechtfertigung verstärkten einander: erst das Leid herunterspielen, dann als Preis des sozialistischen Aufbaus entschuldigen.

Die *New York Times* hat seinen Pulitzer-Preis nie zurückgegeben. 2003 lehnte das Pulitzer-Komitee es ab, ihn abzuerkennen.

In „Russians Hungry, But Not Starving“, veröffentlicht am 31. März 1933, räumt Duranty Todesfälle im Zusammenhang mit Unterernährung ein und bestreitet zugleich eine Hungersnot. Er greift Jones' Belege an und bringt die Hungerberichterstattung mit falschen Vorhersagen eines sowjetischen Zusammenbruchs in Verbindung. Das Überleben einer Regierung sagt jedoch wenig darüber aus, ob die von ihr beherrschten Menschen verhungern.

Aufschlussreicher noch ist die Verbindung von **Verharmlosung und Rechtfertigung des Leids** in dem Artikel. Duranty bemüht die Omelett-Metapher und vergleicht die bolschewistische Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern der sozialistischen Umgestaltung mit der Bereitschaft von Generälen, Soldaten zu opfern. Das Argument bietet zwei Verteidigungslinien zugleich: Die Katastrophe sei angeblich übertrieben dargestellt, und Opfer seien ein normaler Preis des Vorhabens. Das Überleben der Menschen wird den Leistungen des Regimes untergeordnet. Seine Darstellung liefert damit sowohl einen Grund, das Leid hinzunehmen, als auch einen Anlass, sein Ausmaß zu bezweifeln.

Dies ist das moralische Problem, das Hayek später in Kapitel X von *Der Weg zur Knechtschaft* (1944), „Warum die Schlechtesten an die Spitze kommen“[36], untersucht. Sein Argument betrifft Institutionen, die Rücksichtslosigkeit belohnen, wenn ein kollektives Ziel die Grenzen des zulässigen Umgangs mit Menschen außer Kraft setzt. Durantys Verteidigung zeigt, wie ein Beobachter von außen helfen konnte, diese Rücksichtslosigkeit akzeptabel zu machen. Die Behauptung, eine große Umgestaltung verlange Opfer, überließ zugleich den Verantwortlichen die Entscheidung, wessen Leben geopfert werden durfte.

[36] F. A. Hayek, *The Road to Serfdom* (Routledge, 1944), Kapitel X, „Why the Worst Get on Top“.

Hayek und Der Weg zur Knechtschaft, 1944



Friedrich August von Hayek, undatiertes Porträt.

Friedrich August von Hayek (1899–1992) war ein in Österreich geborener britischer Ökonom und politischer Denker. Er wurde in Wien ausgebildet und lehrte von 1931 bis 1950 an der London School of Economics. *Der Weg zur Knechtschaft* vollendete er während des Zweiten Weltkriegs, als die LSE nach Cambridge evakuiert war. Die britische Erstausgabe erschien am 10. März 1944, als das nationalsozialistische Deutschland und Stalins Sowjetunion noch bestanden und Letztere Großbritanniens Kriegsverbündete war.

Das „den Sozialisten in allen Parteien“ gewidmete Buch greift den Kollektivismus über politische Lager hinweg[37] an. Hayek sieht die Verbindung zwischen Faschismus, Nationalsozialismus und sowjetischem Kommunismus darin, dass sie individuelle Entscheidungen kollektiven Zwecken unterordneten und diese mit konzentrierter Macht durchsetzten. Umfassende Wirtschaftsplanung verlange, so sein Argument, dass Behörden Menschen Prioritäten aufzwängen, deren Ziele nicht übereinstimmten. Er wandte sich unmittelbar an ein britisches Publikum: Er befürchtete, die Anziehungskraft der Kriegslenkung werde weitreichende Kontrollen in den Frieden hinübertragen.

Die amerikanische Ausgabe folgte im September 1944; eine Kurzfassung im *Reader's Digest* vom April 1945 erschloss dem Buch ein wesentlich größeres Publikum. Die Reaktionen fielen scharf gegensätzlich aus. Es wurde zu einem dauerhaften Bezugspunkt liberaler Debatten über Planung, politischen Zwang und Rechtsstaatlichkeit.

Hayek teilte sich den Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften von 1974 mit Gunnar Myrdal. In seinen Dankesworten beim Nobelbankett am 10. Dezember warnte er, der Preis verleihe „eine Autorität, die in der Wirtschaftswissenschaft kein Mensch besitzen sollte“. Am folgenden Tag erläuterte er in seinem Vortrag *The Pretence of Knowledge* die Gefahr, begrenztes Fachwissen als Berechtigung zur Lenkung der Gesellschaft zu verstehen.

[37] F. A. Hayek, *The Road to Serfdom* (1944).



RUSSIANS HUNGRY, BUT NOT STARVING

Deaths From Diseases Due to Malnutrition High, Yet the Soviet Is Entrenched.

LARGER CITIES HAVE FOOD

Ukraine, North Caucasus and Lower Volga Regions Suffer From Shortages.

KREMLIN'S 'DOOM' DENIED

Russians and Foreign Observers In Country See No Ground for Predictions of Disaster.

By WALTER DURANTY.
Special Cable to THE NEW YORK TIMES.

MOSCOW, March 30.—In the middle of the diplomatic duel between Great Britain and the Soviet Union over the accused British engineers there appears from a British source a big scare story in the American press about famine in the Soviet Union, with "thousands already dead and millions menaced by death from starvation."

Its author is Gareth Jones, who a former secretary to David Lloyd George and who recently spent three weeks in the Soviet Union and reached the conclusion that the country was "on the verge of a terrific smash," as he told the writer.

Mr. Jones is a man of a keen and active mind, and he has taken the trouble to learn Russian, which he speaks with considerable fluency, but the writer thought Mr. Jones's judgment was somewhat hasty and asked him on what it was based. It appeared that he had made a forty-mile walk through villages in the neighborhood of Kharkov and had found conditions sad.

I suggested that that was a rather inadequate cross-section of a big country, but nothing could shake his conviction of impending doom.

Predictions of Doom Frequent.

The number of times foreigners, especially Britons, have shaken rueful heads as they composed the Soviet Union's epitaph can scarcely be computed, and in point of fact it has done the Soviet Union incalculable harm since the day when William C. Bullitt's able and honest account of the situation was shelved and negatived during the Versailles Peace Conference by reports that Admiral Kolchak, White Russian leader, had taken Kazan—which he never did—and that the Soviet power was "on the verge of an abyss."

Admiral Kolchak faded. Then General Denikin took Orel and the Soviet Government was on the verge of an abyss again, and General Yudenich "took" Petrograd. But where are Generals Denikin and Yudenich now?

A couple of years ago another British "eyewitness" reported a mutiny in the Moscow garrison and "rows of corpses neatly piled in Theatre Square," and only this week a British news agency revealed a revolt of the Soviet Fifty-fifth Regiment at Dauria, on the Manchurian border. All bunk, of course.

This is not to mention a more regrettable incident of three years ago when an American correspondent discovered half the Ukraine flaming with rebellion and "proved" it by authentic documents eagerly proffered by Rumanians, which documents on examination appeared to relate to events of eight or ten years earlier.

Saw No One Dying.

But to return to Mr. Jones. He told me there was virtually no bread in the villages he had visited and that the adults were haggard, gaunt and discouraged, but that he had seen no dead or dying animals or human beings.

I believed him because I knew it to be correct not only of some parts of the Ukraine but of sections of the North Caucasus and lower Volga regions and, for that matter, Kazakstan, where the attempt to change the stock-raising nomads of the type and the period of Abraham and Isaac into 1933 collective grain farmers has produced the most deplorable results.

It is all too true that the novelty and mismanagement of collective farming, plus the quite efficient conspiracy of Feodor M. Konar and his associates in agricultural commissariats, have made a mess of Soviet food production. [Konar was executed for sabotage.]

But—to put it brutally—you can't make an omelette without breaking eggs, and the Bolshevist leaders are just as indifferent to the casualties that may be involved in their drive toward socialization as any General during the World War who ordered a costly attack in order to show his superiors that he and his division possessed the proper soldierly spirit. In fact, the Bolsheviki are more indifferent because they are animated by fanatical conviction.

Since I talked with Mr. Jones I have made exhaustive inquiries about this alleged famine situation. I have inquired in Soviet commissariats and in foreign embassies with their network of consuls, and I have tabulated information from Britons working as specialists and from my personal connections, Russian and foreign.

Disease Mortality Is High.

All of this seems to me to be more trustworthy information than I could get by a brief trip through any one area. The Soviet Union is too big to permit a hasty study, and it is the foreign correspondent's job to present a whole picture, not a part of it. And here are the facts:

There is a serious food shortage throughout the country, with occasional cases of well-managed State or collective farms. The big cities and the army are adequately supplied with food. There is no actual starvation or deaths from starvation, but there is widespread mortality from diseases due to malnutrition.

In short, conditions are definitely bad in certain sections—the Ukraine, North Caucasus and Lower Volga. The rest of the country is on short rations but nothing worse. These conditions are bad, but there is no famine.

The critical months in this country are February and March, after which a supply of eggs, milk and vegetables comes to supplement the shortage of bread—if, as now, there is a shortage of bread. In every Russian village food conditions will improve henceforth, but that will not answer one really vital question—What about the coming grain crop?

Upon that depends not the future of the Soviet power, which cannot and will not be smashed, but the future policy of the Kremlin. If through climatic conditions, as in 1921, the crop fails, then, indeed, Russia will be menaced by famine. If not, the present difficulties will be speedily forgotten.

Walter Duranty, „Russians Hungry, But Not Starving", The New York Times, 31. März 1933, S. 13.

Gürtel und Körper

In seinem Bericht vom 26. November 1932 beruhigte Duranty die Leser damit, die Russen hätten schon früher den „Gürtel enger geschnallt".[38]

[38] Walter Duranty, „Food Shortage Laid to Soviet Peasants", The New York Times, 26. November 1932, S. 9, zitiert in Marco Carynnyk, „The New York Times and the Great Famine", The Ukrainian Weekly, 11. September 1983.

Gürtel und Körper (Fortsetzung)

Die vertraute Wendung legt eine beherrschbare Einschränkung des Konsums nahe: Menschen sparen, ertragen Unannehmlichkeiten und erholen sich schließlich wieder. Auf eine Hungersnot angewandt, verwandelt sie erzwungene Entbehrung jedoch in eine alltägliche Übung im Durchhalten. Bei einem Menschen, der durch Nahrungsmangel ausgezehrt ist, konnte der Gürtel auf grausame Weise buchstäbliche Bedeutung annehmen. Der Verlust an Körpermasse war ein Beleg für erlittenen Schaden, kein beruhigendes Zeichen dafür, ihn ertragen zu können.

Die Metapher verschleiert auch die Verantwortlichen. Ein Haushalt, der weniger ausgeben will, trifft eine Entscheidung; ein Haushalt, dem Nahrung genommen und die Flucht verwehrt wird, ist Entscheidungen anderer unterworfen. Das Lob der Widerstandskraft der Bevölkerung lenkt die Aufmerksamkeit von denen, die ihr die Entbehrung aufzwingen, auf jene, die sie überleben sollen. Die Beschwichtigung galt der Beständigkeit des sowjetischen Programms. Den Hungernden bot sie keinen Schutz.

Am 6. April 1933 stellte Duranty gemeldete Zuwächse der Industrieproduktion als Beleg dafür dar, dass der Nahrungsmangel weniger ernst sei als angenommen oder die Verteilung sich so weit verbessert habe, dass dies auf dasselbe hinauslaufe. Dieser Schluss folgte daraus jedoch nicht. Fabriken konnten Arbeiter und Versorgung erhalten, während den Dörfern Nahrung entzogen wurde. Industrieproduktion misst etwas anderes als die Möglichkeit bestimmter Menschen, Nahrung zu erhalten. Wer auf Berichte über das Verhungern mit Wirtschaftsleistungen antwortete, verdrängte die Frage, wessen Wohlergehen zählte und wessen Verluste aus der Erfolgsbilanz ausgeschlossen wurden.

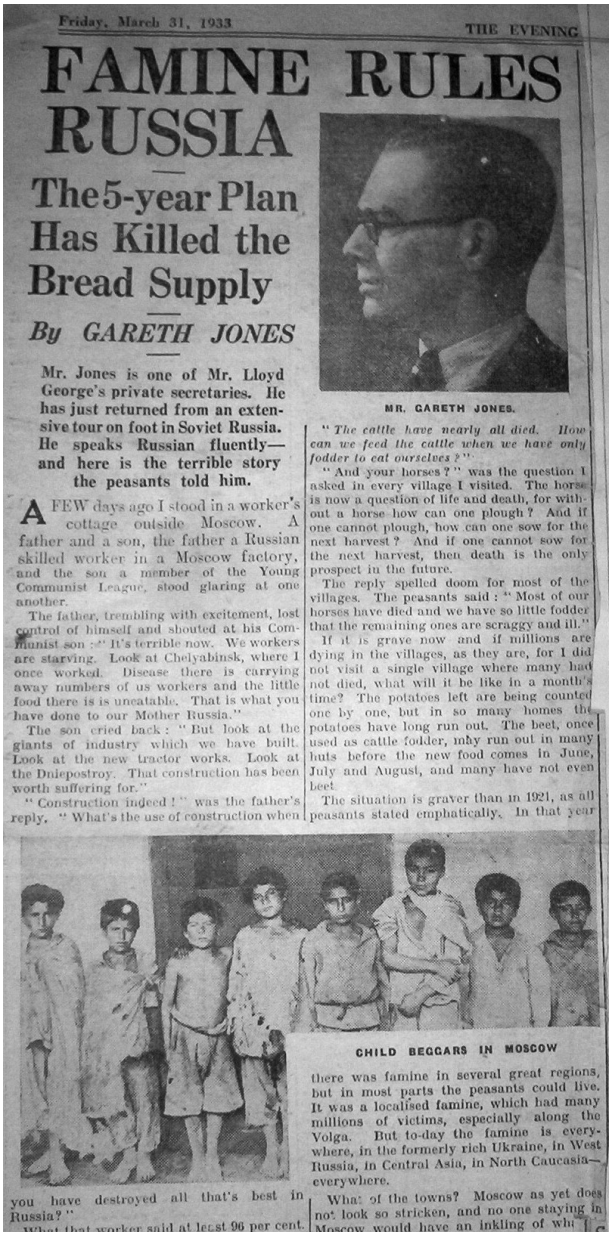
Jones' am 13. Mai 1933 veröffentlichte Antwort legt den Methodenstreit offen. Er weist die Unterstellung zurück, den Zusammenbruch des Regimes vorhergesagt zu haben, und erläutert, dass seine Schlussfolgerungen auf verschiedenen Belegarten beruhen, darunter auf Russisch geführte Interviews und Gespräche mit diplomatischen Vertretern. Er wendet sich auch gegen die von der Zensur begünstigten Beschönigungen. Die *Times* veröffentlichte diese Antwort: Widersprechende Belege erreichten die Zeitung und ihre Leser. Es ging daher auch um das Gewicht und die Glaubwürdigkeit, die konkurrierenden Darstellungen zugemessen wurden.

Der Druck auf die Moskauer Auslandskorrespondenten betraf nicht nur Duranty. In seinen Erinnerungen *Assignment in Utopia* von 1937[39] beschreibt Eugene Lyons, wie die Korrespondenten Jones zurückwiesen und sich mit dem sowjetischen Pressefunktionär Konstantin Umanski trafen. Nach Lyons' Darstellung trug der Wunsch, während des Metro-Vickers-Prozesses gegen britische Ingenieure den Zugang zu behalten, dazu bei, dass die Korrespondenten den Behörden entgegenkamen. Der Bericht benennt einen konkreten institutionellen Mechanismus: Der Wettbewerb um amtlichen Zugang konnte Journalisten dazu bewegen, ihre Arbeitsbeziehungen auf Kosten jener Menschen zu schützen, über deren Leid sie berichten sollten.

[39] Eugene Lyons, *Assignment in Utopia* (Harcourt, Brace, 1937), Kapitel XV, „The Press Corps Conceals a Famine", S. 575–576.

Ein britischer diplomatischer Bericht vom 26. September 1933 hält fest, dass Duranty im privaten Gespräch zehn Millionen Todesfälle durch Nahrungsmangel in der gesamten UdSSR für möglich hielt. Dies war seine Schätzung, keine gesicherte Opferzahl und keine Zahl nur für die Ukraine. Ein Gespräch im September belegt für sich genommen nicht seinen Wissensstand im März. Es macht den Unterschied zwischen seiner öffentlichen Beschwichtigung und seiner internen Einschätzung jedoch zu einer dokumentierten Frage.

Das Prestige überdauerte die Berichterstattung. Am 21. November 2003 lehnte das Pulitzer-Komitee es ab, Durantys Auszeichnung abzuerkennen. Seine Prüfung betraf die dreizehn eingereichten Artikel von 1931 und den eigenen Maßstab klarer und überzeugender Beweise für vorsätzliche Täuschung. Das Komitee kritisierte die Berichte und erkannte die Schwere der Hungersnot an. Seine Entscheidung rechtfertigte die Hungerberichterstattung von 1933 nicht. Die institutionelle Geschichte des Preises ist bedeutsam, weil eine Auszeichnung noch lange Autorität verleihen kann, nachdem die von ihr geschützte Arbeit diskreditiert ist.



Friday, March 31, 1933 THE EVENING

FAMINE RULES RUSSIA

The 5-year Plan Has Killed the Bread Supply

By GARETH JONES

Mr. Jones is one of Mr. Lloyd George's private secretaries. He has just returned from an extensive tour on foot in Soviet Russia. He speaks Russian fluently—and here is the terrible story the peasants told him.

A FEW days ago I stood in a worker's cottage outside Moscow. A father and a son, the father a Russian skilled worker in a Moscow factory, and the son a member of the Young Communist League, stood glaring at one another.

The father, trembling with excitement, lost control of himself and shouted at his Communist son :" It's terrible now. We workers are starving. Look at Chelyabinsk, where I once worked. Disease there is carrying away numbers of us workers and the little food there is is uneatable. That is what you have done to our Mother Russia."

The son cried back : " But look at the giants of industry which we have built. Look at the new tractor works. Look at the Dniepostroy. That construction has been worth suffering for."

" Construction indeed ! " was the father's reply. " What's the use of construction when you have destroyed all that's best in Russia? "

MR. GARETH JONES.

" *The cattle have nearly all died. How can we feed the cattle when we have only fodder to eat ourselves ?* "

" And your horses ? " was the question I asked in every village I visited. The horse is now a question of life and death, for without a horse how can one plough ? And if one cannot plough, how can one sow for the next harvest ? And if one cannot sow for the next harvest, then death is the only prospect in the future.

The reply spelled doom for most of the villages. The peasants said : " Most of our horses have died and we have so little fodder that the remaining ones are scraggy and ill."

If it is grave now and if millions are dying in the villages, as they are, for I did not visit a single village where many had not died, what will it be like in a month's time? The potatoes left are being counted one by one, but in so many homes the potatoes have long run out. The beet, once used as cattle fodder, may run out in many huts before the new food comes in June, July and August, and many have not even beet.

The situation is graver than in 1921, as all peasants stated emphatically. In that year

CHILD BEGGARS IN MOSCOW

there was famine in several great regions, but in most parts the peasants could live. It was a localised famine, which had many millions of victims, especially along the Volga. But to-day the famine is everywhere, in the formerly rich Ukraine, in West Russia, in Central Asia, in North Caucasia—everywhere.

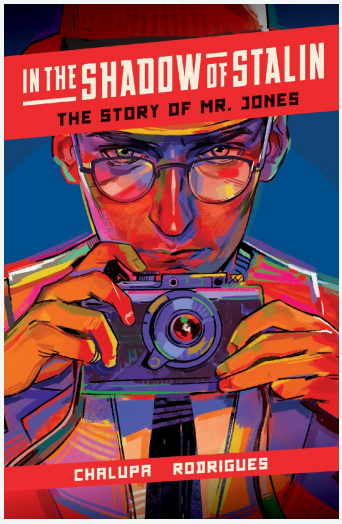
What of the towns? Moscow as yet does not look so stricken, and no one staying in Moscow would have an inkling of wh

Gareth Jones, „Famine Rules Russia", Evening Standard, 31. März 1933. Das eingefügte Foto des Ausschnitts trägt die Bildunterschrift „Bettelkinder in Moskau"; es ist nicht als Aufnahme aus der Ukraine ausgewiesen.

Mr. Jones: Film und Graphic Novel



Mr. Jones (2019). Samuel Goldwyn Films.



In the Shadow of Stalin: The Story of Mr. Jones (2024). Oni Press.

Agnieszka Hollands Film *Mr. Jones* (2019) nach einem Drehbuch von Andrea Chalupa dramatisiert Gareth Jones' Berichterstattung aus der von der Hungersnot betroffenen Ukraine und die Kampagne zu seiner Diskreditierung, einschließlich Durantys Leugnung. Chalupa griff die Geschichte in der von Ivan Rodrigues illustrierten Graphic Novel *In the Shadow of Stalin: The Story of Mr. Jones* (Oni Press, 2024) erneut auf. Beide Werke vermitteln einem breiteren Publikum den Konflikt zwischen Augenzeugenberichten und sowjetischer Propaganda.

1.6 Das stalinistische Propagandanetzwerk

Duranty bewegte sich in einem größeren Umfeld sowjetischer Öffentlichkeitsarbeit, der Unterstützung durch angesehene Kulturschaffende und organisierter Einflussnahme. Manche Verbindungen waren gesteuert und finanziert; andere beruhten auf Überzeugung, Ehrgeiz oder dem Wunsch, den Zugang zu behalten.[40] In ihrer gemeinsamen Wirkung konnten sie Kritik am sowjetischen Staat als unwissend, böswillig oder fortschrittsfeindlich erscheinen lassen. Ein Einflussnetzwerk konnte durch verschiedene Beteiligungsformen mit unterschiedlichem Wissen und Engagement funktionieren.

[40] Die Vatnik-Suppe „MICE“ (21. Mai 2023) behandelt Money, Ideology, Compromise und Ego als sich überschneidende Motive der Einflussnahme. Bezahlung, politische Überzeugung und Ehrgeiz entsprechen Geld, Ideologie und Ego; Compromise bezeichnet Erpressung mithilfe belastender persönlicher Informationen. Privilegierter Zugang kann berufliche Vorteile und persönliche Bestätigung bieten und hilft so, eine Zusammenarbeit zu erklären, die von mehr als unmittelbarer Bezahlung getragen wird.

Willi Münzenberg liefert ein Beispiel organisierter Einflussnahme. Wie Sean McMeekin in *The Red Millionaire* (2003)[41] und Stephen Koch in *Double Lives* (überarbeitete Ausgabe, 2004)[42] beschreiben, baute er einen internationalen Medienapparat und Tarnorganisationen auf, die prominente Persönlichkeiten aus Politik und Kultur für sowjetische Anliegen gewannen. Solche Organisationen erreichten ein Publikum jenseits der Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei. Der Wert der Unterstützung durch einen angesehenen Schriftsteller lag zum Teil in dessen andernorts erworbener Autorität: Die Botschaft konnte als Stimme eines unabhängigen Gewissens statt als Mitteilung einer Parteizentrale erscheinen.

Öffentliche Unterstützung, Mitarbeit in Kampagnen und verdeckte Nachrichtendienstarbeit[43] waren verschiedene Formen der Beteiligung in diesem größeren Einflussumfeld. Kulturelles Ansehen machte eine Stellungnahme auch dann wertvoll, wenn ihr Urheber aus Überzeugung handelte.

Koch beschreibt Münzenbergs Presseagenturmodell als ein System, das seriösen Journalismus neben erfundenen Berichten verbreiten und zugleich verdeckte Aktivitäten tarnen konnte. Diese Verbindung konnte eingeschleustem Material Glaubwürdigkeit verleihen, die es aus echter journalistischer Berichterstattung bezog. Er beschreibt auch, wie sich Meinungen, die über organisierte Kulturkreise verbreitet wurden, unter Menschen weiterverbreiten konnten, die nicht direkt gesteuert wurden.[44]

Louis Fischers Berichterstattung für *The Nation* veranschaulicht diese ideologische Bindung. Die Darstellung der US-Kommission zur Hungersnot in der Ukraine von 1988 zeichnet einen Wandel nach: von seinen Warnungen vor Beschaffung und Ernährungslage Ende 1932 bis zur Verteidigung der Deportationen im Februar 1933. Er übernahm Anschuldigungen gegen ukrainische nationalistische „Schädlinge“ und stellte Zwang als eine den Behörden aufgezwungene Reaktion dar. So konnten die Opfer einer Politik für ihr Scheitern verantwortlich gemacht werden. Diese Argumentation erlaubte Sympathisanten, Schwierigkeiten anzuerkennen und sie zugleich als Gründe für schärfere Repression zu behandeln.

Fischers eigener, am 13. März 1935 veröffentlichter Artikel „Hearst’s Russian Famine“ macht die politische Bindung besonders deutlich. Er bezweifelt Thomas Walkers behauptete

[41] Sean McMeekin, *The Red Millionaire: A Political Biography of Willy Munzenberg, Moscow’s Secret Propaganda Tsar in the West* (Yale University Press, 2003).

[42] Stephen Koch, *Double Lives: Stalin, Willi Münzenberg, and the Seduction of the Intellectuals* (Enigma Books, 2004; ISBN 9781929631209), überarbeitete Ausgabe. Kapitel 1, „Lying for the Truth“, **S. 15** und **S. 24–27**, insbesondere **S. 25–26**, über kulturelle Autorität, die Gewinnung von Unterstützern außerhalb der Parteimitgliedschaft und den Wert scheinbar unabhängiger Fürsprecher.

[43] Stephen Koch, *Double Lives: Stalin, Willi Münzenberg, and the Seduction of the Intellectuals* (Enigma Books, 2004; ISBN 9781929631209), überarbeitete Ausgabe. Kapitel 1, „Lying for the Truth“, **S. 17**, **S. 19–20** und **S. 24**, zur Unterscheidung zwischen professionellen Organisatoren, aufrichtigen, aber nur teilweise informierten Unterstützern und verdeckten Aktivitäten.

[44] Stephen Koch, *Double Lives: Stalin, Willi Münzenberg, and the Seduction of the Intellectuals* (Enigma Books, 2004; ISBN 9781929631209), überarbeitete Ausgabe. Kapitel 1, „Lying for the Truth“, **S. 24**, über seriösen Journalismus, erfundene Berichte und die Tarnung verdeckter Aktivitäten im Presseagenturmodell; **S. 26–27**, über die weitere Verbreitung geförderter Meinungen und das Festhalten an Überzeugungen.

Reiseroute und dessen Fotografien – Fragen, die untersucht werden mussten. Die Entlarvung eines unzuverlässigen Berichts konnte unabhängige Belege für 1932–33 jedoch nicht entkräften. Fischer erläutert auch die Anziehungskraft des sowjetischen wirtschaftlichen Fortschritts auf die amerikanische Linke und deutet Hearsts Berichterstattung als Versuch, deren Zuversicht zu zerstören. Die Verteidigung betraf nun die Zukunft einer politischen Sache ebenso wie die Zuverlässigkeit einzelner Belege. Die Bindung an diese Sache konnte bestimmen, welche Zeugen Glauben verdienten und welche Fragen feindselig erschienen.

Im April 1932 warnte die kanadische Journalistin Rhea Clyman Sidney und Beatrice Webb in London, dass Menschen verhungerten und Kolchosen scheiterten. Beatrice Webbs Tagebucheintrag vom 9. April hält diese Warnungen neben Angriffen auf Clymans Intelligenz, Moral und sexuelle Anständigkeit fest. Clyman hatte zunächst mit dem Kommunismus sympathisiert und war später desillusioniert worden. Die Webbs hörten die Gegenbelege bereits vor ihrer Sowjetreise. Persönliche Vorurteile konnten so die politische Bindung stärken, indem sie die Glaubwürdigkeit einer unerwünschten Zeugin untergruben.

Maxim Gorki bietet eine Parallele aus dem sowjetischen Kulturleben. Sein Besuch auf Solowki 1929 und seine Mitwirkung am Buch über den Weißmeer-Ostsee-Kanal verliehen dem Lagersystem literarische Autorität.[45] Der Sammelband erschien 1934 auf Russisch, seine englische Bearbeitung *Belomor*[46] folgte 1935. Die Darstellung einer Verwandlung der Häftlinge durch Arbeit half, Zwang als moralischen und gesellschaftlichen Fortschritt darzustellen. Diese kulturelle Verteidigung ging über die Leugnung von Brutalität hinaus: Sie lieferte einen höheren Zweck, mit dem sich Brutalität rechtfertigen ließ.

Auch der Rückgriff auf Gorki in Gulag-Zeitungen und -Zeitschriften zeigt, wie das Ansehen eines Schriftstellers innerhalb von Zwangsinstitutionen wiederholt mobilisiert werden konnte.

Ein späteres Beispiel verbindet die Leugnung unmittelbarer mit sowjetischen Institutionen. Applebaum beschreibt, wie Entwürfe von Douglas Tottles *Fraud, Famine and Fascism* (1987) zwischen den Instituten für Parteigeschichte in Moskau und Kyjiw und den Zentralkomitees der Parteien zur Korrektur und Kommentierung zirkulierten; sowjetische Diplomaten warben für das Buch. Dass es einige falsch beschriftete Fotos und unzuverlässige Berichte aufdeckte, entkräftete die unabhängigen Belege für die Hungersnot nicht.[47]

Diese Fälle zeigen ein wiederkehrendes Muster, mit dem staatliche Gewalt verteidigt wird: die Leistung herausstellen, den Zeugen diskreditieren, ausgewählte Härten einräumen und den menschlichen Preis als notwendig für einen höheren Zweck darstellen. Für Ukrainer, die Anerkennung und Hilfe suchten, reichten die Folgen über einen irreführenden

[45] Siehe den Kasten „Gorki und das Propagandabuch über den Weißmeerkanal“, S. 63, in Abschnitt 2.5.2.

[46] Maxim Gorky, L. Averbakh, S. G. Firin (Hrsg.), *Belomor: An Account of the Construction of the New Canal Between the White Sea and the Baltic Sea* (H. Smith & R. Haas, 1935), englische Bearbeitung von Amabel Williams-Ellis, Einleitung, S. vii–ix.

[47] Anne Applebaum, *Red Famine: Stalin's War on Ukraine* (Toronto: Signal/McClelland & Stewart, 2017; ISBN 978-0-7710-0930-3), Kapitel 15, “The Holodomor in History and Memory”, S. 338–339. Anmerkung 59, S. 416.

Zeitungsartikel hinaus. Ihre Aussagen mussten sich gegen ein internationales System von Ansehen und politischen Bindungen behaupten, das Wissen über ihr Leid in Gründe verwandeln konnte, es hinzunehmen.[48]

[48] Die Glaubwürdigkeit von Rechtfertigungen hängt noch immer teilweise davon ab, wer zu sprechen scheint. Vatnik Suppe verfolgt heutige Netzwerke von Kommentatoren, Politikern und anderen öffentlichen Persönlichkeiten, deren Ansehen Kreml-Erzählungen hilft, ein Publikum jenseits offizieller russischer Medien zu erreichen. Siehe Pekka Kallioniemi und Morten Hammeken, *Vatnik Soup: The Ultimate Guide to Russian Disinformation*, zu den Erzählungen, ihren Verbreitern und den dahinterstehenden Interessen und Verbindungen.

2. Die Völkermordabsicht

Das Massensterben belegt das Ausmaß der Katastrophe. Bei der Begründung des Völkermordvorwurfs geht es um die Entscheidungen, die sie herbeiführten, und um die nationale Gruppe, gegen die sich diese Entscheidungen richteten. In der Ukraine verbinden die Belege die Kontrolle über Nahrung mit Einschränkungen der Überlebensmöglichkeiten und einem Angriff auf die Institutionen des nationalen Lebens.

2.1 Menschengemachte Hungersnot, Völkermord und Demozid

Raphael Lemkin: Dem Genozid einen Namen geben

Raphael Lemkin (1900–1959) war ein polnisch-jüdischer Jurist, der den Begriff „Genozid“ prägte und ihn 1944 in seinem Buch *Axis Rule in Occupied Europe* einführte. Er hatte in Lwów, dem heutigen Lwiw, Jura studiert.



Raphael Lemkin (1900–1959). Undatierte Fotografie.

Nach seiner Flucht aus dem von den Nationalsozialisten besetzten Polen setzte er sich dafür ein, die Vernichtung nationaler, ethnischer, rassischer und religiöser Gruppen als internationales Verbrechen unter Strafe zu stellen. Sein Einsatz trug zum Zustandekommen der Völkermordkonvention bei, die die UN-Generalversammlung am 9. Dezember 1948 verabschiedete.

In seinem Vortrag „Soviet Genocide in Ukraine“ von 1953 wandte Lemkin den Begriff auf die Ukraine an. Er brachte die Hungersnot mit Angriffen auf Intellektuelle, Kirchen und nationale Institutionen sowie mit Veränderungen der Besiedlung in Zusammenhang. Zusammen richteten sie sich gegen die Fähigkeit der ukrainischen Nation, als Gemeinschaft fortzubestehen.

Eine Staatsführung braucht keine genaue Prognose der endgültigen Opferzahl, um zu wissen, dass der Entzug der wichtigsten Lebensgrundlage Menschen töten kann. In ukrainischen Dörfern bedeutete dies die Wegnahme von Getreide und anderen Lebensmitteln; bei kasachischen Hirten die Wegnahme des Viehs und die Zerstörung der pastoralen Wirtschaft. Dieses Wissen ist für die Beurteilung vorsätzlich herbeigeführten Hungers wesentlich. Für Völkermord stellt sich zusätzlich die Frage, ob der tödliche Entzug dazu diente, eine nationale Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören; dies muss anhand der jeweils belegten Zielauswahl, Entscheidungen und umfassenderen Angriffe beurteilt werden.

Die Völkermordkonvention definiert Völkermord anhand bestimmter Handlungen, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören. Töten ist ein Mittel; das vorsätzliche Auferlegen von Lebensbedingungen, die die körperliche Zerstörung herbeiführen sollen, ein anderes. Aushungern kann somit eine Methode des Völkermords sein. Die hier betroffene Gruppe ist

die ukrainische Nation. Ihre Landbevölkerung bildete einen zentralen Teil der Gemeinschaft, die der Zerstörung ausgesetzt wurde.

Völkermordkonvention: Artikel II

In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

(a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;

(b) Zufügung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;

(c) vorsätzliche Unterwerfung der Gruppe unter Lebensbedingungen mit dem Ziel, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;

(d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

(e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.[49]

Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, 9. Dezember 1948.

Absicht und Motiv beantworten unterschiedliche Fragen. Industrialisierung, Beschaffung, die Bestrafung von Widerstand und die Sicherung sowjetischer Macht konnten Motive einer Politik sein, die zugleich auf nationale Zerstörung zielte. Umgekehrt macht Feindschaft gegenüber ukrainischer Unabhängigkeit nicht jede Wirtschaftsentscheidung zum Völkermord. Der Zusammenhang muss anhand der betroffenen Menschen, der auferlegten Maßnahmen und des Verhaltens der Führung belegt werden, als deren Folgen deutlich wurden.

Völkermord setzt auch nicht den Versuch voraus, jedes Mitglied einer Nation zu ermorden. Die Frage ist, ob die Zerstörung eines Teils dieser Gruppe beabsichtigt war. Ein Bauer konnte gleichzeitig als Angehöriger einer wirtschaftlichen Kategorie und einer nationalen Gemeinschaft verfolgt werden. Klasse und Nationalität als einander ausschließende Erklärungen zu behandeln, würde verschleiern, wie die Sowjetmacht den ukrainischen ländlichen Raum verstand.

[49] Russlands Deportation und Russifizierung ukrainischer Kinder werfen diese Frage unmittelbar auf. Die IStGH-Haftbefehle wegen Kriegsverbrechen entscheiden nicht darüber, ob das zusätzliche Merkmal der Völkermordabsicht vorliegt. Siehe Abschnitt 3.6, „Deportation und Russifizierung ukrainischer Kinder“.

Hungersnot, Demozid und Völkermord

Hungersnot bezeichnet katastrophalen Nahrungsmangel und seine menschlichen Folgen; **„menschengemachte Hungersnot“** benennt menschliche Ursachen. Gewaltsame Abschöpfung, die Zerstörung von Lebensgrundlagen, Bewegungsbeschränkungen und die Behinderung von Hilfe können eine Hungersnot herbeiführen oder die Zahl ihrer Todesopfer erheblich erhöhen. Ungünstige Erntebedingungen können daneben bestehen. Eine menschliche Verursachung allein belegt jedoch noch keine Absicht, Menschen zu töten oder eine Gruppe zu zerstören.

R. J. Rummels Begriff des **Demozids**[50] erfasst staatliches Töten, darunter Todesfälle durch vorsätzlich auferlegte tödliche Lebensbedingungen und die wissentlich rücksichtslose Missachtung menschlichen Lebens. Eine durch solche Entscheidungen verschärfte Hungersnot kann darunterfallen, auch wenn die für Völkermord erforderliche spezifische Absicht umstritten ist. Gewöhnliche Planungsfehler sind nicht automatisch Demozid: Entscheidend bleiben Handlungen und Wissen der Behörden sowie ihr Verhalten gegenüber der gefährdeten Bevölkerung.

Diese Beschreibungen können sich überschneiden. Eine Hungersnot kann menschengemacht sein, Demozid darstellen und Völkermord sein. Eine vorsätzlich durchgesetzte Politik, das Wissen um ihre Folgen, rücksichtslose Gleichgültigkeit, Tötungsabsicht und die Absicht, eine geschützte Gruppe zu zerstören, sind jedoch unterschiedliche Feststellungen. Demozid ist eine analytische Kategorie, kein eigenständiger Straftatbestand der Völkermordkonvention. Ein ausdrücklicher schriftlicher Befehl ist nicht unerlässlich: Die Völkermordabsicht kann aus dem Zusammenwirken von Verhalten und Begleitumständen nachgewiesen werden.

2.2 Wissen, Befehle und Eskalation

Die Führung erhielt vor dem Höhepunkt des Sterbens 1933 Warnungen. In Briefen an Stalin und Molotow vom 10. Juni 1932 beschrieben Hryhorij Petrowskyj und Wlas Tschubar das Verhungern und die Folgen übermäßiger Beschaffung. Tschubar berichtete von der Wegnahme von Getreide- und Saatgutreserven und von zusätzlichen Quoten selbst dort, wo frühere Vorgaben bereits erfüllt waren. Die Informationen stammten von hohen sowjetukrainischen Funktionären innerhalb der eigenen Befehlskette des Regimes. Die Annahme einer unwissenden Zentrale erklärt nicht, was anschließend geschah. In einem Brief an Kaganowitsch vom 15. Juni wies Stalin die Hilferufe zurück und befand, die Ukraine habe bereits genug erhalten. Der Politbürobeschluss vom 23. Juni schloss weitere Getreidelieferungen über die schon genehmigten hinaus aus. Am 6. Juli teilten Molotow und Kaganowitsch Stalin mit, sie hätten den Antrag des ukrainischen Politbüros auf Senkung des Beschaffungsplans abgelehnt.

Informationen wurden aber auch als politische Bedrohung behandelt. Berichte über Entbehrungen konnten zu Belegen für Sabotage oder Illoyalität umgedeutet werden, während die Hungersnot vor der Öffentlichkeit verborgen wurde. Die Unterdrückung erschwerte es, eine scheiternde Politik zu korrigieren: Zeugen riskierten Strafen, Funktionäre hatten

[50] R. J. Rummel, *Death by Government* (Transaction Publishers, 1994), Kapitel 2, „Definition of Democide“.

Anreize, Erfolge zu melden, und den Opfern fehlten unabhängige Institutionen, über die sie eine Reaktion hätten erzwingen können. Das Wissen der Führung und die Zerstörung oder Diskreditierung widersprechender Informationen müssen zusammen betrachtet werden.

Der Zwang ging dann über die Forderung nach einem Anteil an der Ernte hinaus. Das Gesetz vom 7. August 1932 sah für Diebstahl an Kollektiv- und Genossenschaftseigentum die Hinrichtung oder bei mildernden Umständen mindestens zehn Jahre Haft vor. Der staatliche Anspruch auf Nahrung erhielt außergewöhnliche Strafgewalt. In Lebensmitteln zu entrichtende Strafen und schwarze Listen beschränkten zusätzlich die Fähigkeit der Haushalte, sich zu ernähren, und der Gemeinden, Handel zu treiben. Mit solchen Maßnahmen wurde das Nichterfüllen von Beschaffungszielen so bestraft, dass die Lebensgrundlagen der Betroffenen bedroht waren. Das Dekret vom 6. Dezember ordnete für namentlich genannte Dörfer den Abzug von Waren, die Einstellung von Handel und Krediten sowie die vorzeitige Rückzahlung von Schulden an. Ein Beschluss vom 19. Dezember räumte ein, dass der ukrainische Beschaffungsplan zweimal gesenkt worden war, verlangte aber eine härtere Durchsetzung. Am 22. Dezember drängten Kaganowitsch und Tschernow Stalin, die Vorschriften zum Schutz der Reserven jener Kolchosen aufzuheben, die ihre Beschaffungspläne nicht erfüllt hatten. Die Befehle vom 24. und 29. Dezember verlangten von Kolchosen unterhalb ihres Ablieferungsziels sämtliche Getreidereserven einschließlich des Saatguts und hoben damit dessen bisherigen Schutz auf.

Die von Stalin und Molotow am 22. Januar 1933 unterzeichnete Direktive ordnete an, die Flucht von Bauern aus der Ukraine und dem Nordkaukasus zu verhindern. Bereits Geflohene sollten abgefangen und nach einer Überprüfung zurückgeschickt werden. Entscheidend ist die Verbindung: Der Staat nahm Nahrung weg und versperrte zugleich einen Weg, sie anderswo zu suchen. Dies war eine organisierte Beschränkung, die nach Bekanntwerden des Verhungerns verhängt wurde, kein Mangel außerhalb der Kontrolle der Behörden.

Stalins Antwort an Michail Scholochow vom 6. Mai 1933 zeigt, wie das Wissen um das Verhungern mit Feindseligkeit gegenüber den Opfern einhergehen konnte. Auf Berichte aus dem Dongebiet erwiderte er, Hilfe sei bereits geleistet worden und ein Ermittler werde entsandt. Er räumte ein, dass Funktionäre bis zum Sadismus gehen könnten, beschuldigte aber die Getreidebauern, einen „stillen“ Krieg gegen die Sowjetmacht zu führen. Der Briefwechsel betrifft den Nordkaukasus, außerhalb der Sowjetukraine.[51]

Der Prozess gegen Andrij Ritschytskyj 1934 liefert ein konkretes Beispiel für den Zusammenhang zwischen dem Druck der Führung und örtlicher Gewalt. Zur Verteidigung seiner brutalen Getreideeintreibungen in Arbusynka berief er sich auf Kaganowitschs Forderungen nach härteren Methoden und Satonskyjs Billigung von Strafabgaben,

[51] Anne Applebaum, *Red Famine: Stalin's War on Ukraine* (Toronto: Signal/McClelland & Stewart, 2017; ISBN 978-0-7710-0930-3), Kapitel 13, “Aftermath”, S. 293–295. Anmerkung 43, S. 410; Stalin an Scholochow, 6. Mai 1933.

Zwangsräumungen und Verhaftungen. Applebaums Darstellung dieser Aussage zeigt, wie ein Vollstrecker die Ermutigung von oben verstand; sie belegt kein überall gleiches Vorgehen.[52]

Die Getreideexporte gingen weiter, wenn auch in stark vermindertem Umfang. Ihre Existenz belegt eine Entscheidung über Ressourcen; zur umfassenderen Verteilung gehörten jedoch auch städtische Rationen, Reserven, Saatgut und inländische Hilfe. Die verfügbaren Alternativen waren ebenso praktisch wie wirtschaftlich: Beschlagnahmungen verringern, Haushalten Nahrung lassen, Bewegungsfreiheit gewähren, ausländische Hilfe zulassen und auf Warnungen reagieren. Die Beurteilung der Absicht hängt davon ab, welche Entscheidungen wann getroffen wurden und gegen wen der daraus folgende Entzug von Nahrung durchgesetzt wurde.

2.3 Ukraine, Kubangebiet und nationale Zielrichtung

In seinem Brief vom 26. April 1926 befürwortete Stalin die Ukrainisierung von Partei- und Staatsinstitutionen, verlangte aber die kommunistische Kontrolle über die umfassendere kulturelle Bewegung. Er griff Mykola Chwylowyjs Aufruf an, sich von russischen literarischen Vorbildern abzuwenden. Das Misstrauen gegenüber kultureller Eigenständigkeit bestand somit schon vor der Beschaffungskrise.

Stalins Brief an Kaganowitsch vom 11. August 1932 verknüpft den Widerstand gegen die Beschaffung mit seiner Furcht, die Ukraine zu verlieren. Er misstraute der republikanischen Führung, berief sich auf ukrainische Nationalisten und polnische Agenten und drängte auf Änderungen der politischen und sicherheitsdienstlichen Kontrolle. Wirtschaftliche Einwände wurden zu Belegen für eine Bedrohung des sowjetischen Besitzanspruchs auf die Republik. Die nationale Dimension erscheint in den eigenen Überlegungen der Führung zum Umgang mit der Krise.

Der Beschluss vom 14. Dezember 1932 führte Getreidebeschaffung und Nationalitätenpolitik zusammen. Er verfügte Parteisäuberungen und die Rücknahme der Ukrainisierung im Kubangebiet, neben Einschränkungen in der Ukraine. Die Lebensmittelablieferung und die Institutionen, die das ukrainische öffentliche Leben trugen, wurden derselben Kampagne gegen vermeintliche nationale Illoyalität unterworfen. Der gesonderte Beschluss vom 15. Dezember wies mehrere Regionen außerhalb der sowjetischen Ukraine an, die Ukrainisierung zu beenden, ukrainischsprachige Publikationen auf Russisch umzustellen und die Schulen bis Herbst 1933 auf russischsprachigen Unterricht vorzubereiten. Das Kubangebiet ist bedeutsam, weil ukrainische Gemeinschaften über die Verwaltungsgrenze der Republik hinausreichten: Eine auf diese Grenze beschränkte Darstellung kann die nationale Geografie der Repression übersehen.

Das Dekret vom 14. Dezember ordnete auch die Deportation der Einwohner von Poltawskaja nach Norden an. Ihr Ort sollte mit Kolchosbauern aus den Reihen der Roten Armee neu

[52] Anne Applebaum, *Red Famine: Stalin's War on Ukraine* (Toronto: Signal/McClelland & Stewart, 2017; ISBN 978-0-7710-0930-3), Kapitel 10, "Famine Decisions, 1932: The Searches and the Searchers", S. 237–240. Anmerkungen 93–95, S. 398–399.

besiedelt werden, die Land, Wintersaat, Gebäude, Geräte und Vieh erhalten sollten. Stalin hatte schon im November 1920 die Räumung von Kosakendörfern und die Ansiedlung von Tschetschenen an ihrer Stelle als Strafe für angebliche Illoyalität im Terekgebiet verteidigt. Kollektive Vertreibung und Umverteilung kehren in diesen Kampagnen gegen unterschiedliche Bevölkerungen wieder.

Dass **die Ukraine 1932 genügend Nahrungsmittel produzierte, um eine Hungersnot zu vermeiden**, macht die fortgesetzte Entziehung von Nahrung zu einer Frage politischer Entscheidungen. Die Nahrungsmittelbilanz in Abschnitt 1.3 belegt, dass die Katastrophe materiell vermeidbar war. Zusammen mit den Strafbeschlagnahmungen, Fluchtbeschränkungen und den hier dokumentierten Maßnahmen gegen das ukrainische nationale Leben rückt sie die Entscheidung der Führung, ihren Kurs fortzusetzen, ins Zentrum der Belege für die Absicht.

Die quantitativen Belege verstärken diesen Zusammenhang. In „The Causes of Ukrainian Famine Mortality, 1932–33“[53] stellen Markevich, Naumenko und Qian eine antiukrainische Benachteiligung sowohl bei der Sterblichkeit als auch bei der geplanten und tatsächlichen Getreidebeschaffung fest – auch außerhalb der sowjetischen Ukraine. Ihre Analyse verknüpft die ethnische Zusammensetzung mit politischen Maßnahmen, über Unterschiede in der Nahrungsmittelproduktivität hinaus. Beschaffungsziele, tatsächliche Einziehungen und der regionale Getreideverbleib – Produktion abzüglich Beschaffung – sind verschiedene Messgrößen; der Getreideverbleib misst nicht unmittelbar die Nahrung, die jeden Haushalt erreichte. Die Daten zu den Beschaffungszielen lassen allerdings offen, wann aus diskriminierender Abschöpfung die Entscheidung wurde, Ukrainer sterben zu lassen. Sie belegen nicht, dass die Hungersnot bereits 1928 geplant war.

Eine preisgekrönte quantitative Studie zum Holodomor

Andrei Markevich, Natalya Naumenko und Nancy Qian, „The Causes of Ukrainian Famine Mortality, 1932–33“, *The Review of Economic Studies*, Bd. 92, Nr. 5 (Oktober 2025), S. 3276–3305. Online veröffentlicht am 11. September 2024. DOI: 10.1093/restud/rdae091.

Ausgezeichnet mit dem Conquest Prize 2025 für Beiträge zur Holodomor-Forschung.

„Wir erstellen einen neuartigen Paneldatensatz für die Sowjetunion der Zwischenkriegszeit, um die Ursachen der Sterblichkeit während der ukrainischen Hungersnot (Holodomor) in den Jahren 1932–3 zu untersuchen, und dokumentieren mehrere Sachverhalte: (1) ***Die Ukraine produzierte 1932 genügend Nahrungsmittel, um eine Hungersnot im Land zu vermeiden****; (2) die Sterblichkeit in der Sowjetunion war 1933 umso höher, je größer der Anteil ethnischer Ukrainer an der Bevölkerung vor der Hungersnot gewesen war, und (3) sie hing im*

[53] Markevich, Naumenko und Qian, „The Causes of Ukrainian Famine Mortality, 1932–33“, §4.3, Tabelle 2, Spalte 8. Anhand von Sterblichkeitsdaten für 1885–1913 finden die Autoren keinen Zusammenhang zwischen dem ukrainischen Bevölkerungsanteil und der Sterblichkeit während der Hungersnot von 1891–92. Dieser Vergleich schwächt Erklärungen des Sterblichkeitsmusters von 1932–33, die auf dauerhaften Merkmalen ukrainischer Gemeinschaften oder ihrer Wohngebiete beruhen.

Eine preisgekrönte quantitative Studie zum Holodomor (Fortsetzung)

regionalen Vergleich nicht mit der Nahrungsmittelproduktivität zusammen; (4) dieses Muster zeigt sich auch außerhalb der Ukraine; (5) Migrationsbeschränkungen erhöhten die Sterblichkeit; (6) je höher der Anteil ethnischer Ukrainer an der Bevölkerung einer Region war, desto höher waren sowohl die tatsächliche als auch die geplante Getreidebeschaffung und desto geringer sowohl der tatsächliche als auch der geplante Getreideverbleib (Produktion abzüglich Beschaffung). ***Die Ergebnisse lassen darauf schließen, dass eine antiukrainische Benachteiligung in der sowjetischen Politik zur hohen Sterblichkeit während der ukrainischen Hungersnot beitrug und dass sich diese Benachteiligung systematisch gegen ethnische Ukrainer in der gesamten Sowjetunion richtete.“***

Die Studie verbindet Bevölkerung, Politik und Ergebnis. Eine höhere Zahl von Todesfällen allein ließe mehrere Erklärungen zu. Diskriminierung in den staatlichen Beschaffungsplänen selbst, zusammen mit Warnungen, Zwang und Fluchtbeschränkungen betrachtet, erschwert es, die Katastrophe mit unbeabsichtigter örtlicher Misswirtschaft zu erklären. Sie schwächt auch das Argument, eine Hungersnot außerhalb der Ukraine widerlege die gezielte Verfolgung: Die betroffene Bevölkerung war nicht auf eine einzige Republikgrenze beschränkt.

Damit die Begründung für den ukrainischen Fall trägt, müssen auch nicht alle anderen Opfer ausgeschlossen werden. Der Asharshylyq verlangt eine eigene Untersuchung kasachischer Lebensgrundlagen, nationaler Umgestaltung und tödlicher Politik. Die sowjetischen Behörden konnten mehrere Bevölkerungsgruppen ins Verderben stürzen und unterschiedliche Formen der Repression gegen mehr als eine nationale Gruppe verfolgen. Die Existenz anderer Opfer erweitert die Geschichte der Verantwortung; sie beseitigt nicht die Notwendigkeit, die gegen Ukrainer gerichteten Maßnahmen zu erklären.

Das Land war mehr als eine Getreidequelle. Es trug Familien, Sprache, religiöse Praxis und die alltägliche Weitergabe ukrainischer Identität. In seinem Vortrag „Soviet Genocide in Ukraine“ von 1953 betrachtet Raphael Lemkin die Angriffe auf die Bauernschaft gemeinsam mit der Zerstörung der intellektuellen Führung, der Kirchen und nationaler Institutionen. Seine Deutung verbindet die physische Vernichtung von Menschen mit der Zerschlagung der Gemeinschaft, die sie trugen.

Diese Verbindung ist für die Absicht bedeutsam. Eine Regierung, die Ablieferungen erzwingen will, mag Widerstand bestrafen; eine Regierung, die nationale Eigenständigkeit angreift, kann diesen Widerstand auch mit der Existenz der Nation selbst gleichsetzen. Die Dezembermaßnahmen zeigen, wie diese Zwecke in der Politik zusammentrafen. Der Angriff auf ukrainische Institutionen erklärt mit, warum das Aushungern in eine umfassendere nationale Geschichte gehört. Der Entzug von Nahrung und die Verhinderung der Flucht zeigen zugleich, dass es um das körperliche Überleben ging.

Kulturelle Verfolgung und physische Vernichtung müssen dennoch präzise beschrieben werden. Zensur, Zwangsassimilation und die Zerstörung von Institutionen können Ziele erkennen lassen und helfen, einen Angriff zu deuten; die Begründung des Völkermordvorwurfs muss darüber hinaus die festgelegten zerstörerischen Handlungen und die entsprechende Absicht nachweisen. Lemkins umfassendere Darstellung macht diese Zusammenhänge sichtbar.

2.4 Einwände, Bewertung und Anerkennung

Die Zerrüttung der Landwirtschaft, die Viehverluste und die umfassendere sowjetische Krise waren real. Dasselbe gilt für geänderte Quoten, sinkende Exporte und die Verteilung inländischer Lebensmittelhilfe. Eine Erklärung der Hungersnot muss sie berücksichtigen. Eine Darstellung der Krisenentstehung erklärt jedoch für sich genommen nicht die Entscheidungen, die getroffen wurden, nachdem die Führung wusste, dass Menschen verhungerten. Ein zerstörerisches Agrarprogramm und die vorsätzliche Verschärfung des Nahrungsentzugs können aufeinanderfolgende Phasen derselben Katastrophe bilden.

Die Meinungsverschiedenheiten unter Historikern betreffen diese Entwicklung ebenso wie die Einordnung. Davies und Wheatcroft[54] deuten die Hungersnot als unbeabsichtigte Folge des Industrialisierungsdrangs und betonen zugleich Stalins Verantwortung und seine volle Kenntnis ihres Ausmaßes. Bohdan Klids Darstellung der Debatte stellt ihrer Erklärung Argumente gegenüber, die die zusätzlichen Strafmaßnahmen und die nationale Zielrichtung hervorheben. Es sind konkurrierende Erklärungen von Politik und Absicht. Sie müssen an der Entscheidungsfolge geprüft werden. Der Streit lässt sich nicht durch die Annahme lösen, entweder seien alle Todesfälle durch Hunger in der Sowjetunion von Anfang an beabsichtigt gewesen oder kein einziger Todesfall habe später vorsätzlich herbeigeführt werden können.

Das Ausmaß und die Koordinierung der Lebensmittelbeschlagnahmungen in Haushalten verlangen eigene Belege. Die dokumentierten Strafen, schwarzen Listen und Fluchtbeschränkungen belegen nicht, dass jeder Haushalt auf identische Weise durchsucht wurde oder alle Lebensmittel verlor.

Auch die umfassendere Bilanz verändert die Glaubwürdigkeit einer Erklärung als unschuldiges Versehen. Stalins Regime setzte wiederholt Massenmord und die Entwurzelung nationaler Gemeinschaften als Herrschaftsmittel ein. Man kann nicht einfach den Willen zur Bewahrung ukrainischer Menschenleben voraussetzen und die Katastrophe den Umständen zuschreiben, solange kein ausdrücklicher Befehl zum Aushungern vorliegt. Behauptungen von Notwendigkeit oder Ohnmacht müssen an der Fähigkeit gemessen werden, Nahrung zu beschlagnahmen, Flucht zu verhindern und Widerstand zu bestrafen. Ein Herrscher, der

[54] R. W. Davies, Stephen G. Wheatcroft, *The Years of Hunger: Soviet Agriculture, 1931–1933* (Palgrave Macmillan, 2009), Vorwort zur überarbeiteten Ausgabe, S. xv.

andere Bevölkerungen zu opfern bereit ist, erwirbt dadurch keinen Anspruch darauf, dass ihm gegenüber Ukrainern Wohlwollen unterstellt wird.[55]

Auch selektive Hilfe muss in ihrem eigenen Zusammenhang verstanden werden. Einzelne Hilfsleistungen belegen keinen allgemeinen Vorrang für die Rettung jeder gefährdeten Gemeinschaft. Ihr Zeitpunkt, ihre Empfänger und Bedingungen sind neben den weiterhin durchgesetzten Maßnahmen bedeutsam. Ebenso können fortgesetzte Exporte allein weder die betroffene nationale Gruppe bestimmen noch die Ziele der Führung klären. Die Begründung des Völkermordvorwurfs beruht auf dem Zusammentreffen der Belege: bekanntes Verhungern, strafweise Abschöpfung, versperrte Flucht, diskriminierende Politik und Angriffe auf das ukrainische nationale Leben. Zusammen stützen sie die Schlussfolgerung, dass Hunger zum Instrument nationaler Vernichtung wurde.

Spätere Anerkennungen bringen eine Bewertung dieser Bilanz zum Ausdruck. Das ukrainische Parlament erkannte den Holodomor 2006 als Völkermord an; das Europäische Parlament tat dies am 15. Dezember 2022. Solche Entscheidungen sind für öffentliches Gedenken und politische Verantwortung bedeutsam. Sie bleiben von den historischen Belegen, auf denen die Argumentation beruht, ebenso zu unterscheiden wie von einem Strafurteil, das die Schuld eines einzelnen Angeklagten feststellt.

2.5 Wer war Stalin? Macht, Ideologie und Verantwortung

Stalins Verantwortung für den Holodomor lässt sich nur im Zusammenhang mit der von ihm übernommenen politischen Ordnung, seiner eigenen Machtausübung und seinem Umgang mit den Völkern unter sowjetischer Kontrolle verstehen.[56]

2.5.1 Lenin und der Parteistaat

Stalins Diktatur erwuchs aus einer unter Lenin errichteten politischen Ordnung. Nach der Machtübernahme 1917 unterdrückten die Bolschewiki konkurrierende politische Organisationen und ordneten alle anderen Regierungsziele dem Erhalt ihrer Parteiherrschaft unter. Im Dezember 1917 gründeten sie die Tscheka unter ihrem Gründer und ersten Vorsitzenden Felix Dserschinski; im Januar 1918 lösten sie die gewählte Verfassunggebende Versammlung gewaltsam auf. Sie hatten die zaristische Geheimpolizei, die Ochrana, verurteilt, übernahmen aber deren Methoden der Überwachung, Unterwanderung und politischen Repression und entfesselten zugleich Terror in weit größerem Ausmaß. Ihre politische Polizei und die Ausschaltung unabhängiger Opposition halfen der Partei, die öffentliche Gewalt zu monopolisieren.

[55] Unter Stalin starben mehr als 1,5 Millionen Gulag-Häftlinge; das Regime arbeitete auch mit Hinrichtungsquoten und verfolgte politische und nationale Gruppen. Siehe Abschnitt 2.5.2 und Vatnik Soup, *The Gulag: Soviet-Russian concentration camps, then and now*, Dossier zur historischen Erinnerung. In Vorbereitung.

[56] Ausführlicher dazu Vatnik Soup, *The Gulag: Soviet-Russian concentration camps, then and now*, Dossier zur historischen Erinnerung (in Vorbereitung) und Vatnik Soup, *Molotov–Ribbentrop: The Red-Brown Alliance*, Dossier zur historischen Erinnerung (in Vorbereitung).



Wladimir Lenin 1923 in Gorki mit seiner Schwester Anna und einem seiner Ärzte.

Lenins Neue Ökonomische Politik räumte 1921 bäuerlichem Handel und privater Wirtschaftstätigkeit wieder Spielraum ein. Derselbe Parteitag, der diesen wirtschaftlichen Rückzug einleitete, verbot organisierte Fraktionen innerhalb der Kommunistischen Partei. Lenins Resolution ordnete die Auflösung von Gruppen an, die sich um konkurrierende Plattformen gebildet hatten; bei Nichtbefolgung drohte der Parteiausschluss. Wirtschaftliche Zugeständnisse gingen mit der Einschränkung politischer Wahlmöglichkeiten einher, auch innerhalb der herrschenden Partei. Am 17. Mai 1922 wies er Justizkommissar Dmitri Kurski an, die Gerichte sollten den Terror als Prinzip gesetzlich verankern.[57]

[57] Lenin, Brief an D. I. Kurski, 17. Mai 1922, *Collected Works*, 2. englische Aufl., Bd. 33 (Progress Publishers, 1965), S. 358–359: „Die Gerichte dürfen den Terror nicht verbieten." Der Brief begleitete einen Entwurf zur Ergänzung des Strafgesetzbuchs.

In *Über die Grundlagen des Leninismus* (1924)[58] beruft sich Stalin ausdrücklich auf Lenins Resolution, um die einheitliche Befehlsgewalt der Partei zu verteidigen und die Freiheit zur Fraktionsbildung abzulehnen. Die Partei beanspruchte, für Arbeiter und Bauern zu sprechen, ließ ihnen aber keinen Raum für unabhängigen politischen Widerspruch gegen die Parteiführung. Stalin konnte die Autorität und die Regeln des Parteigründers nutzen, um seine eigene Stellung zu stärken.

Die in Abschnitt 1.1.2 behandelte Hungersnot unter Lenin und seine dort erörterten Anweisungen hatten bereits gezeigt, wie gewaltsame Abschöpfung und der politische Einsatz des Hungers in das Leben der Ukrainer eingreifen konnten. Stalin erbte Institutionen, die Nahrung, Arbeit und politische Opposition den Zielen der Partei unterordneten. Anschließend festigte er seine persönliche Diktatur und nutzte diese Institutionen zur Durchsetzung der Zwangskollektivierung und jener Politik, die den Holodomor hervorbrachte.[59]

Dserschinski und die Geheimpolizei

Unter ihrem Gründer und ersten Vorsitzenden Felix Dserschinski richtete sich die Tscheka 1918 im Moskauer Lubjanka-Viertel ein. Ihre Nachfolgeorganisationen sind dort trotz wiederholter Umstrukturierungen und Namensänderungen geblieben, darunter OGPU, NKWD, KGB und der heutige FSB. Das Dserschinski-Denkmal vor der Lubjanka-Zentrale wurde im August 1991 entfernt, als Michail Gorbatschow Präsident der UdSSR und Boris Jelzin Präsident der russischen Teilrepublik waren. Unter Wladimir Putin, selbst ehemaliger KGB-Offizier und FSB-Direktor, enthüllte Sergei Naryschkin, Direktor des russischen Auslandsnachrichtendienstes SWR, am 11. September 2023 eine etwas kleinere Nachbildung an der Moskauer Zentrale seines Dienstes.



Felix Dserschinski, 1923.

[58] Joseph Stalin, *The Foundations of Leninism* (1924), Kapitel VIII, „The Party“, §5.

[59] Zu Ursprung und Entwicklung des politischen Systems siehe Stéphane Courtois, *Lénine, l’inventeur du totalitarisme* (überarbeitete und erweiterte Ausgabe, Perrin, 2024); Nicolas Werth, *Un État contre son peuple. De Lénine à Poutine* (Les Belles Lettres, 2025), besonders Kapitel 2–6 einschließlich Kapitel 5, „De Tambov à la grande famine“; und Thierry Wolton, *Histoire mondiale du communisme*, Bd. I, *Les bourreaux* (Grasset, 2015).

Dserschinski und die Geheimpolizei (Fortsetzung)

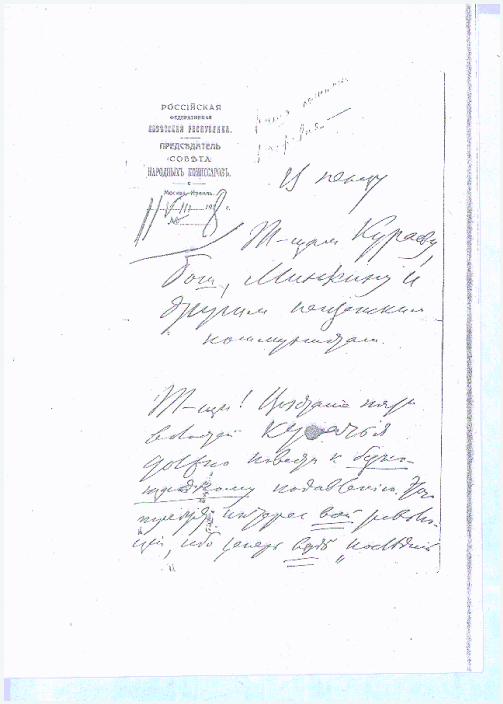


Die Dserschinski-Nachbildung an der SWR-Zentrale in Jassenewo, Moskau, bei ihrer Enthüllung am 11. September 2023.

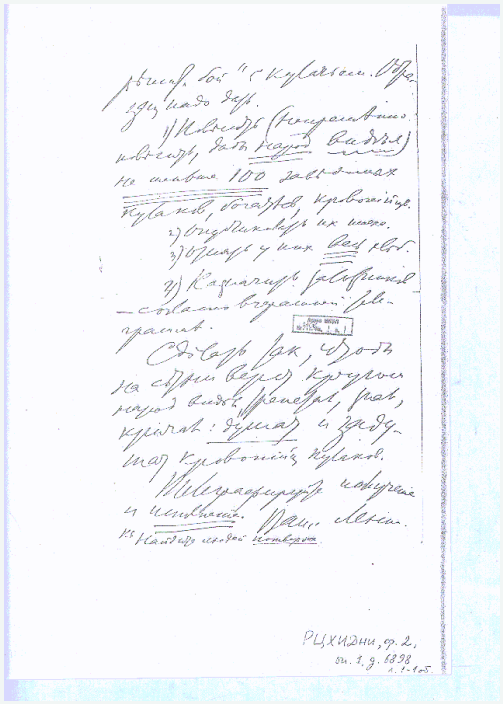
Auch die Zwangsarbeit hatte institutionelle Wurzeln vor Stalins Diktatur. Lenins Telegramm vom 9. August 1918 wies die Behörden in Pensa an, als politische Feinde bezeichnete Menschen zu internieren.[60]

[60] Siehe Vatnik Soup, *The Gulag: Soviet-Russian concentration camps, then and now*, Dossier zur historischen Erinnerung. In Vorbereitung.

Lenins Erhängungsbefehl vom 11. August 1918



Originalbefehl, Seite 1.



Originalbefehl, Seite 2.

Zwei Tage nach seinen Anweisungen zur Internierung in Pensa befahl Lenin den örtlichen Kommunisten, einen Bauernaufstand mit exemplarischer Härte niederzuschlagen. Sein Telegramm vom 11. August 1918 verlangt öffentliche Hinrichtungen und Beschlagnahmungen:

„Ihr müsst mindestens 100 bekannte Kulaken, Reiche und Blutsauger aufhängen (unbedingt aufhängen, damit das Volk es sieht).“

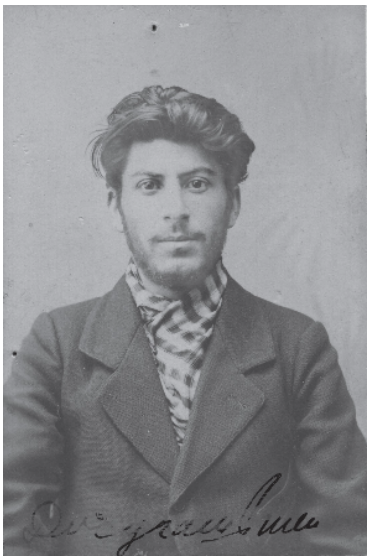
„Ihre Namen veröffentlichen.“

„Ihnen das gesamte Getreide wegnehmen.“

Die beabsichtigte Wirkung reichte weit über die Verurteilten hinaus: Die Menschen im gesamten Umland sollten die Bestrafung sehen und in Angst versetzt werden. Öffentliches Töten und die Beschlagnahmung von Nahrung waren ausdrückliche Instrumente bolschewistischer Herrschaft im Bürgerkrieg.

Lenins Parteistaat verband den ausschließlichen Anspruch, Arbeiter und Bauern zu vertreten, mit Institutionen, die ihnen seine Entscheidungen aufzwingen konnten. Die Parteiführer konnten Widerstand als Hindernis für die angeblichen historischen Interessen des Volkes abtun, statt ihn als Einspruch gegen ihre eigenen Handlungen anerkennen zu müssen. Stalin stellte diese ererbte Autorität in den Dienst seiner eigenen Entscheidungen und Ambitionen. In der Ukraine verstärkten der Drang zur kommunistischen Umgestaltung und der Wille, die Kontrolle aus Moskau zu bewahren, einander: Lebensgrundlagen und nationale Unabhängigkeit konnten gleichermaßen dem Parteiprojekt untergeordnet werden.

2.5.2 Stalins Diktatur: Terror, Zwangsarbeit und nationale Repression



Stalin 1902 im Alter von 23 Jahren. Polizeifotografie aus Batum.

Josef Stalin (1878–1953) wurde als Iosseb Dschughaschwili in Gori in Georgien geboren, das damals zum Russischen Reich gehörte. Nach dem Besuch eines Priesterseminars in Tiflis (heute Tbilissi) schloss er sich dem marxistischen Untergrund und Lenins Bolschewiki an und wurde wiederholt verhaftet und verbannt. Zu seiner „Tätigkeit" gehörte auch die Organisation bewaffneter „Expropriationen", mit denen Lenins Bolschewiki finanziert wurden. Montefiores Darstellung des Raubüberfalls von Tiflis[61] im Juni 1907 beschreibt einen Angriff mit Bomben und Schusswaffen auf einen Geldtransport der Bank, der über Stalins Netzwerk geplant und von Lenin gebilligt worden war. Stalin war schon vor 1917 ein erfahrener Revolutionär. Nach der bolschewistischen Machtübernahme in jenem Jahr trat er als Volkskommissar für Nationalitätenfragen in Lenins Regierung ein und übernahm führende Aufgaben in der Partei und im Bürgerkrieg.

Im April 1922 wurde Stalin Generalsekretär der Kommunistischen Partei. Das Amt verschaffte ihm Einfluss auf Personalentscheidungen und Zugang zu Informationen im gesamten Staat. Als Lenin infolge seiner Krankheit handlungsunfähig wurde und im Januar 1924 starb, verfügte Stalin über eine starke organisatorische Machtbasis. Durch wechselnde Bündnisse und die Ausschaltung von Rivalen, darunter Leo Trotzki, verwandelte er diese Stellung in persönliche Vorherrschaft. Er berief sich auf Lenins Autorität und errichtete eine Diktatur innerhalb jener Partei, die Lenin an die Macht gebracht hatte.[62]

Stalins ideologische Überzeugung und sein persönlicher Ehrgeiz verstärkten einander. Wie Oleg Chlewnjuks biografische Einschätzung erläutert, passte er die bolschewistische Doktrin seiner Diktatur und der Ausweitung sowjetischer Macht an. Der behauptete historische Auftrag der Partei konnte Zwang rechtfertigen; Widerstand ließ sich als Fortschrittsfeindlichkeit einordnen. Die Aufrichtigkeit seines Glaubens bot denen keinen Schutz, die diesem Auftrag geopfert wurden. Ein Herrscher konnte an den Kommunismus glauben und ihn nutzen, um die Vernichtung von Menschen zu rechtfertigen, die ihm im Weg standen.

Ende der 1920er-Jahre hatte Stalin die Macht innerhalb der Kommunistischen Partei auf sich konzentriert und trieb eine gewaltsame Umgestaltung der sowjetischen Wirtschaft voran. Die

[61] Simon Sebag Montefiore, *Young Stalin* (Vintage, 2008; ISBN 9781400096138), Prolog, „The Bank Robbery".

[62] Zu Biografien siehe Oleg V. Khlevniuk, *Stalin: New Biography of a Dictator* (2015); Stephen Kotkin, *Stalin: Paradoxes of Power, 1878–1928* (2014) und *Stalin: Waiting for Hitler, 1929–1941* (2017); sowie Simon Sebag Montefiore, *Stalin: The Court of the Red Tsar* (2003). Chlewnjuk bietet eine kompakte, archivgestützte Biografie, Kotkin den breiteren historischen Rahmen und den Aufstieg von Stalins Macht, Montefiore den inneren Kreis des Diktators. Siehe auch die Stalin-Gruppe in den Leseempfehlungen.

begrenzten Märkte, die die Neue Ökonomische Politik zugelassen hatte, wurden zunehmend durch gewaltsame Getreidebeschaffung und Zwangskollektivierung verdrängt. In seiner Rede vom 9. Juli 1928 verteidigt Stalin offen eine zusätzliche Belastung der Bauernschaft. Er bezeichnet sie als eine Art „Tribut“, der zur Beschleunigung der industriellen Entwicklung nötig sei. Die Landwirtschaft sollte die Mittel für die vom Staat gesetzten Prioritäten liefern.

Das Programm wurde als Überlebenskampf dargestellt. Am 4. Februar 1931 forderte Stalin, die UdSSR müsse ihren jahrzehntelangen Rückstand in zehn Jahren aufholen oder eine Niederlage hinnehmen. Ihre industrielle Expansion beruhte jedoch auch auf Fachwissen aus jener kapitalistischen Welt, die sie verurteilte. Ford und das Unternehmen Albert Kahns lieferten Fabrikpläne, technische Unterstützung und Ausbildung; das Automobilwerk in Nischni Nowgorod ist ein konkretes Beispiel. Kommerzielle Zusammenarbeit stärkte die industrielle Leistungsfähigkeit[63], war aber etwas anderes als humanitäre Hilfe.

Sein Verständnis von Gefahr reichte über bewaffnete Feinde hinaus. Kotkins Darstellung der Kollektivierung betont, dass unabhängige bäuerliche Produktion der Führung als politische Bedrohung erschien, selbst wenn sie die wirtschaftliche Erholung förderte. Ähnlich verknüpfte Stalins Brief an Kaganowitsch vom 11. August 1932 die Furcht vor dem Verlust der Ukraine mit dem Verdacht auf Illoyalität in ihrer Parteiorganisation. Wirtschaftliche Eigenständigkeit und nationale Verbundenheit konnten beide zu Gründen für Zwang werden. Die in Abschnitt 2.6 erörterten Alternativen sind bedeutsam, weil sie Wahlmöglichkeiten innerhalb eines als notwendig dargestellten Programms sichtbar machen.

1936 beschrieb Trotzki, wie Stalins politischen Gegnern Arbeit verweigert wurde. „In einem Land, in dem der Staat der einzige Arbeitgeber ist“, schrieb er in *The Revolution Betrayed*, gelte nun der Grundsatz: „Wer nicht gehorcht, soll nicht essen.“ 1940 ließ Stalin ihn in Mexiko-Stadt ermorden.[64]

Unter Stalin ordnete der Politbürobeschluss vom Juni 1929 die Errichtung von Lagern in entlegenen Regionen an, um Bodenschätze durch Häftlingsarbeit zu erschließen; im April 1930 folgte eine zentrale Lagerverwaltung der OGPU. Enteignete Bauernfamilien wurden zudem in Zwangssiedlungen deportiert. Auch sie bildeten ein unter Zwang gehaltenes Arbeitskräftereservoir. Ihre administrative Verbannung war jedoch eine andere Kategorie als die Lagerhaft eines verurteilten Häftlings.

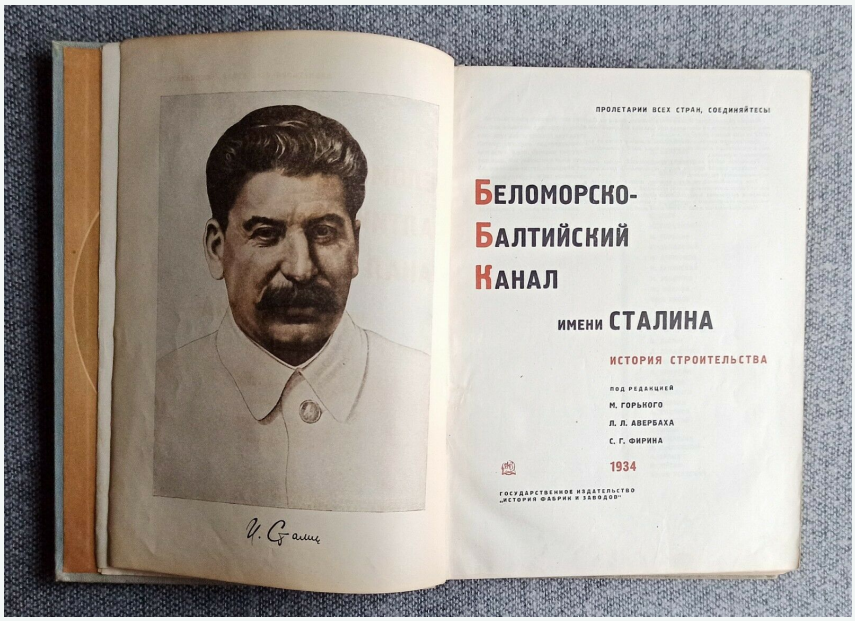
Der 1933 fertiggestellte Weißmeer-Ostsee-Kanal machte die Verbindung von Produktion und Bestrafung sichtbar. Häftlinge arbeiteten mit primitivem Gerät; bessere oder schlechtere Essensrationen halfen, die Leistungsvorgaben durchzusetzen. Erschöpfung, unzureichende

[63] Sean McMeekin, *Stalin’s War: A New History of World War II* (Basic Books, 2021), Kapitel 2.

[64] Leo Trotzki, *The Revolution Betrayed*, Kapitel XI, Abschnitt 2, englische Übersetzung von Max Eastman (1937; verfasst 1936). Ramón Mercader, ein spanischer Agent der sowjetischen Geheimpolizei, griff Trotzki am 20. August 1940 in dessen Haus in Coyoacán mit einem Eispickel an; Trotzki starb am 21. August. Mercader verbüßte zwanzig Jahre in einem mexikanischen Gefängnis. Nach seiner Freilassung 1960 verlieh ihm die UdSSR den Titel Held der Sowjetunion. Siehe die Darstellung des International Spy Museum und den historischen Beitrag der UNAM.

Ernährung und das forcierte Bautempo gefährdeten die Arbeitskräfte. Der Staat konnte das vollendete Vorhaben feiern und seine menschlichen Kosten zugleich aus der öffentlichen Bilanz ausblenden. Die Möglichkeit, Arbeit zu erzwingen, erlaubte es zudem, Einwände gegen Kosten und Nutzen politischen Ambitionen unterzuordnen.[65]

Gorki und das Propagandabuch über den Weißmeerkanal



Stalin-Porträt und Titelseite der gemeinschaftlich verfassten Geschichte, 1934.

1934 veröffentlichten sowjetische Schriftsteller eine gemeinschaftlich verfasste Geschichte des nach Stalin benannten Weißmeer-Ostsee-Kanals. Herausgeber waren Maxim Gorki, Leopold Awerbach und Semjon Firin, ein hoher Funktionär der OGPU-Lagerverwaltung. Das Buch vereinte literarisches Ansehen und Lagerverwaltung in einer Verherrlichung der Zwangsarbeit.

Sein Leitgedanke war перековка (*perekovka*), das „Umschmieden“: Durch Arbeit sollten Häftlinge zu nützlichen Sowjetbürgern werden. Das Quellenverzeichnis des Buchs nennt OGPU-Befehle, Lagerzeitungen, Berichte und Angaben von Sicherheitsoffizieren. Die Institution, die Menschen einsperrte, lieferte damit auch einen großen Teil der Erzählung von der angeblichen Läuterung der Häftlinge.

[65] Die wirtschaftliche Begründung des Kanals wurde schon vor Baubeginn angezweifelt. Molotow äußerte Bedenken; Budget- und Termindruck führten zu einer Verringerung der geplanten Tiefe. 1940 erreichte der Güterverkehr nur 44 Prozent der vorgesehenen Kapazität. Der Kanal hatte auch militärische Nutzungen für die Marine. Seine Fertigstellung allein belegte keine wirtschaftliche Berechtigung. Siehe Morukov, „The White Sea–Baltic Canal“, S. 154–159 und 161–162. Der Unterschied zwischen der Erfüllung eines Bauziels und dem sinnvollen Einsatz knapper Mittel verbindet sich mit der Erörterung in Abschnitt 2.7 über Wirtschaftsrechnung, verstreutes Wissen und die Fähigkeit, auf unerwünschte Informationen zu reagieren.

Gorki und das Propagandabuch über den Weißmeerkanal

Die englische Bearbeitung *Belomor* (1935)[66] trug diese Botschaft ins Ausland. Ihre Herausgeberin Amabel Williams-Ellis hielt die Sabotagevorwürfe gegen inhaftierte Ingenieure für glaubwürdig und pries die Geschichte des Kanals. Gorkis Name verlieh einem System kulturelle Autorität, das Zwang als humane Umgestaltung des Menschen darstellte.[67]

Während Stalins Herrschaft durchliefen etwa 18 Millionen Menschen die Gefängnisse und Lager des Gulag; mehr als 1,5 Millionen Häftlinge starben dort. Anfang 1953 waren rund 2,5 Millionen Menschen in Lagern und Kolonien inhaftiert. Hunger, Krankheit, Erschöpfung und unzureichender Schutz vor der Witterung machten die Zwangsarbeit zu einem System des Massensterbens ebenso wie der Produktion.[68]

Stalins Säuberungen machten aus früheren Weggefährten und besiegten politischen Gegnern angebliche Verräter. Die Moskauer Schauprozesse von 1936–38 stellten langjährige Bolschewiki als Spione, Saboteure und Verschwörer dar, die Mordanschläge planten. Grigori Sinowjew und Lew Kamenew wurden 1936 hingerichtet, Nikolai Bucharin und Alexei Rykow 1938. Bucharin war Stalins Verbündeter gewesen, bevor er sich gegen dessen Wirtschaftskurs stellte; seine Alternative wird in Abschnitt 2.6 erörtert. Aus einer politischen Meinungsverschiedenheit innerhalb der Führung wurde der Vorwurf der Beteiligung an einer verbrecherischen Verschwörung.

Die Säuberungen verheerten auch die Streitkräfte und die Institutionen, die die Repression ausführten. Bei der Säuberung des Führungspersonals der Roten Armee 1937–38 wurden hohe Offiziere hingerichtet, verhaftet oder entlassen; rasche Beförderungen füllten die entstandenen Lücken.

Der Große Terror, 1937–38

Der Große Terror von 1937–38 war eine konzentrierte Kampagne von Massenverhaftungen und Hinrichtungen in der gesamten Sowjetunion. Jansen und Petrov schätzen die Zahl der Verhaftungen auf etwa 1,5 Millionen und die der Hinrichtungen auf rund 700.000.

[66] Maxim Gorky, L. Averbakh, S. G. Firin (Hrsg.), *Belomor: An Account of the Construction of the New Canal Between the White Sea and the Baltic Sea* (H. Smith & R. Haas, 1935), englische Bearbeitung von Amabel Williams-Ellis, Einleitung, S. vii–ix.

[67] „Fellow travellers“ – „Mitreisende“, heute würden wir sie häufig Vatniks nennen – waren Sympathisanten, die kommunistischen Anliegen ohne formelle Parteimitgliedschaft scheinbar unabhängige kulturelle Autorität verleihen konnten. Stephen Kochs *Double Lives: Stalin, Willi Münzenberg, and the Seduction of the Intellectuals* (überarbeitete Ausgabe, 2004) untersucht die Mobilisierung von Schriftstellern und Intellektuellen für sowjetische Anliegen. Gorkis Stellung im sowjetischen Kulturleben unterschied sich von der ausländischer Sympathisanten; die Parallele betrifft den legitimierenden Einsatz kulturellen Ansehens. Zum Vergleich mit frühen Vatniks siehe Abschnitt 1.5, zum umfassenderen Netzwerk Abschnitt 1.6.

[68] Siehe Vatnik Soup, *The Gulag: Soviet-Russian concentration camps, then and now*, Dossier zur historischen Erinnerung. In Vorbereitung.

Der Große Terror, 1937–38 (Fortsetzung)

Die meisten Opfer gehörten nicht zur herrschenden Elite. Geheime Massenoperationen richteten sich gegen ehemalige „Kulaken“, Geistliche und andere vermeintliche Feinde sowie gegen Arbeiter, Ingenieure und Kolchosbauern. Der Terror wurde durch Entscheidungen und Institutionen organisiert. Während des Großen Terrors von 1937–38 setzte der NKWD-Befehl Nr. 00447 regionale Obergrenzen für Hinrichtungen und Lagerstrafen fest;[69] Funktionäre beantragten Erhöhungen, die Stalins Führung genehmigte. Dreiergremien, sogenannte *Troikas* – russisch тройка (*troika*), Plural тройки (*troiki*) –, entschieden ohne ordentliche Gerichtsverfahren.[70] Die ursprüngliche Quotentabelle des Befehls sah auch 10.000 Hinrichtungen unter bereits in NKWD-Lagern festgehaltenen Häftlingen vor. Häftlinge wurden somit gezielt erschossen und starben zugleich unter tödlichen Haftbedingungen an Hunger, Krankheit und Erschöpfung.

Parallel dazu verfolgten die „nationalen Operationen“ des NKWD Menschen wegen angeblicher Verbindungen zu Polen, Deutschland und anderen ausländischen Staaten. Nationale Herkunft und Auslandskontakte konnten zu Beweisen für eine erfundene Verschwörung umgedeutet werden.

Das Ausmaß nationaler Verfolgung zeigt die „polnische Operation“ von 1937–38. NKWD-Befehl Nr. 00485 vom 11. August 1937 machte vermeintliche polnische Spionage zur Grundlage einer Massenkampagne gegen sowjetische Staatsbürger. Archivstatistiken verzeichnen 139.835 Verurteilungen, darunter 111.091 Todesurteile; die meisten Opfer waren Polen, doch die Operation traf auch andere Nationalitäten, darunter Ukrainer. Es handelte sich um staatlich definierte Kategorien vermeintlicher Feinde, nicht um Menschen, denen individuell eine Tätigkeit als ausländische Agenten nachgewiesen worden war.[71]



Oben: Stalin mit Nikolai Jeschow (ganz rechts) am Moskau-Wolga-Kanal, 1937. Unten: die retuschierte Fotografie, aus der Jeschow entfernt wurde.

Der Dienst in der Geheimpolizei bot keine dauerhafte Sicherheit. Der Apparat, der Stalins Terror ausführte, wurde selbst wiederholt gesäubert. Nikolai Jeschow, der den NKWD auf dem Höhepunkt des Großen Terrors leitete, wurde 1938 abgesetzt und 1939 verhaftet. Unter Folter unterschrieb er Geständnisse der Beteiligung an erfundenen Verschwörungen. Der Mann, der

[69] Siehe Vatnik Soup, *The Gulag: Soviet-Russian concentration camps, then and now*, Dossier zur historischen Erinnerung. In Vorbereitung.

[70] Eine spätere Parallele gab es in der kommunistischen Tschechoslowakei. Nach Gesetz Nr. 247/1948, § 3 konnten dreiköpfige Verwaltungskommissionen Menschen ohne ordentliches Strafverfahren für drei Monate bis zwei Jahre in Zwangsarbeitslager einweisen. Ihre Befugnisse betrafen Internierung; sowjetische NKWD-Troikas verhängten dagegen auch Todesurteile. Ausführlicher dazu Vatnik Soup, *Jan Palach: Resistance to Tyranny*, Dossier zur historischen Erinnerung (Januar 2027). In Vorbereitung.

[71] Institut für Nationales Gedenken, “What was the ‘Polish Operation’ by the NKVD?”, 28. November 2017; *NKVD Order No. 00485*, 11. August 1937, zweisprachiger Katalog einer Dokumentarausstellung. Die Archivzahlen unterscheiden zwischen sämtlichen Verurteilungen und Todesurteilen; die Operation richtete sich hauptsächlich gegen Polen und traf auch andere Nationalitäten.

Der Große Terror, 1937–38 (Fortsetzung)

Säuberungen und Folter geleitet hatte, wurde selbst Opfer von Säuberung und Folter und schließlich 1940 erschossen.

Die Säuberungen machten die Vernichtung potenzieller Opposition zu einer dauerhaften Regierungsmethode. Frühere Meinungsverschiedenheiten konnten nachträglich zu Verrat erklärt werden; revolutionäre Verdienste und Fügsamkeit boten keinen verlässlichen Schutz.[72] Die Schauprozesse sollten die Angeklagten zudem dazu bringen, die Darstellung des Regimes über ihre eigene Vernichtung zu bestätigen. Wer überlebte, stand unter Druck, durch Zustimmung zu Anschuldigungen und das Verschweigen von Kritik Loyalität zu beweisen. Stalins Macht wurde durch Institutionen gestärkt, deren Mitglieder ihm nicht gefahrlos widersprechen konnten, während er selbst darüber entschied, wer als Feind galt. Die großen Prozesse und Massenoperationen von 1936–38 folgten auf den Holodomor; die frühere Niederlage der Opposition und die beschaffungsbezogenen Parteisäuberungen hatten den Raum für Widerspruch bereits während der Hungersnot verengt.

Spätere Kampagnen gegen jüdische Institutionen und die erfundene Ärzteverschwörung von 1953 machten erneut eine als illoyal beschuldigte Gruppe zum Ziel staatlicher Verfolgung.

Stalins Antisemitismus und Ukrainerfeindlichkeit: ein sowjetisches Erbe

Stalins Kampagnen gegen jüdische und ukrainische Institutionen machten eigenständiges Gemeinschaftsleben politisch verdächtig. Schriftsteller, religiöse Würdenträger und Organisationen mit Auslandskontakten konnten beschuldigt werden, einem äußeren Feind zu dienen. Ukrainische nationale Bestrebungen und jüdische kulturelle oder gemeinschaftliche Bindungen wurden gleichermaßen zu konkurrierenden Loyalitäten erklärt, deren Zerschlagung die Partei zu ihrer Aufgabe erklärte.

[72] Selbst die frühere Zustimmung zur Parteilinie und deren Befolgung konnten nachträglich zu Verrat erklärt werden. Die tschechoslowakischen Waffenlieferungen an Israel von 1948 erfolgten mit Zustimmung Moskaus. Nachdem die Sowjetunion ihren Kurs geändert hatte, wurde die frühere Zusammenarbeit mit Israel im Prager Prozess von 1952 gegen Rudolf Slánský und dreizehn weitere kommunistische Funktionäre als Beweis für eine erfundene „zionistische“ Verschwörung dargestellt. Der Prozess war ausdrücklich antisemitisch geprägt: Die Staatsanwälte betonten wiederholt die jüdische Herkunft von elf der vierzehn Angeklagten. Zum ausführlicheren Kontext siehe Vatnik Soup, *Jan Palach: Resistance to Tyranny*, Abschnitt 1.4, „Soviet Antisemitism“, Dossier zur historischen Erinnerung (Januar 2027). In Vorbereitung.

Stalins Antisemitismus und Ukrainerfeindlichkeit: ein sowjetisches Erbe (Fortsetzung)

Das Jüdische Antifaschistische Komitee, im Krieg zur Mobilisierung ausländischer Unterstützung gegründet, entsandte 1943 Solomon Michoels und Itzik Fefer in den Westen. Michoels wurde im Januar 1948 auf Stalins Befehl ermordet; das Komitee wurde im November desselben Jahres geschlossen. Dreizehn Angeklagte seines späteren Prozesses wurden am 12. August 1952 hingerichtet. Auslandskontakte, die man zuvor für die sowjetischen Kriegsanstrengungen gefördert hatte, lieferten nun Stoff für Anschuldigungen wegen Spionage und jüdischen Nationalismus. Die antisemitische Ärzteverschwörung von 1953 weitete den Angriff mit erfundenen Vorwürfen gegen Mediziner aus.

Diese Verfolgung überschnitt sich mit der Anerkennung Israels durch die UdSSR im Mai 1948. Diplomatische Unterstützung im Ausland ging mit der Zerstörung jüdischer Institutionen im Inland einher – ebenso wie Zugeständnisse an eine nützliche kirchliche Hierarchie mit der Unterdrückung ukrainischer Kirchen.[73] Der Staat beanspruchte das Recht zu entscheiden, welche Formen nationalen Lebens seinen Zwecken dienten.

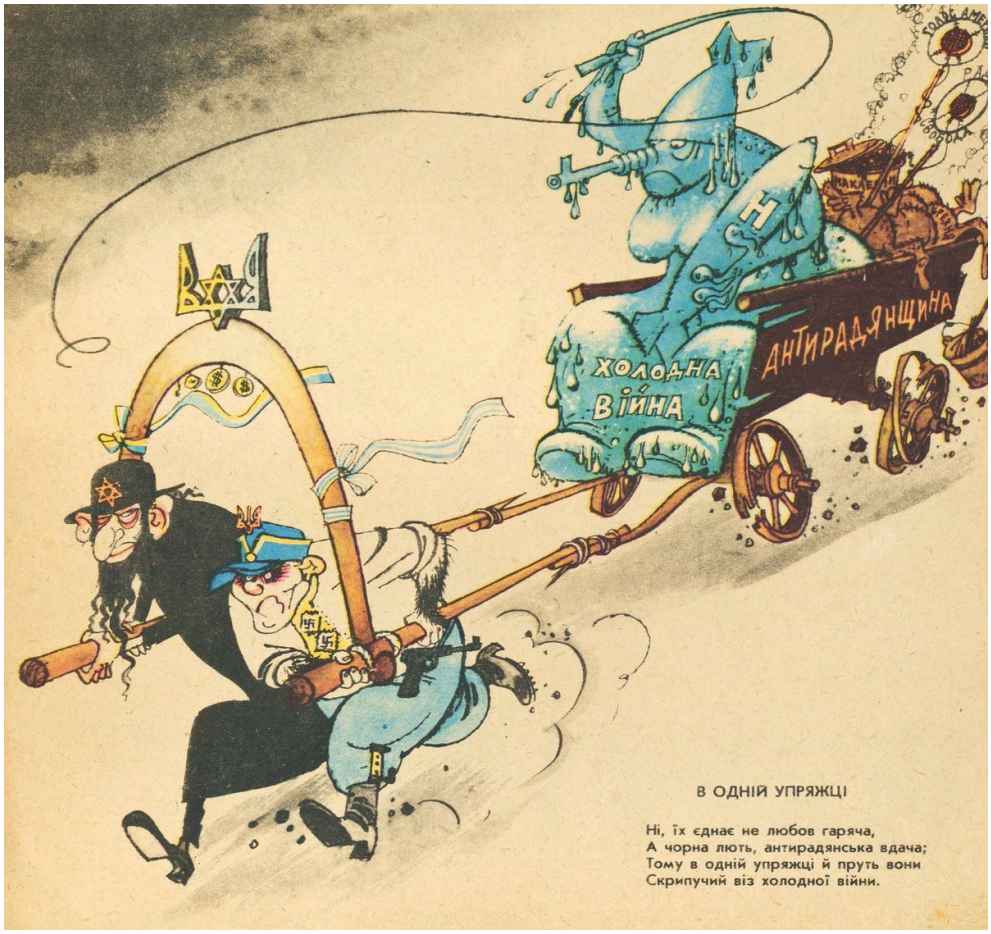
Die Propaganda setzte sich nach Stalin fort. Spätere sowjetische Karikaturen stellten jüdische und ukrainisch-nationalistische Zerrbilder als Komplizen desselben ausländischen Feindes dar. Eine spannte einen stereotyp gezeichneten „Zionisten“ und einen ukrainischen Nationalisten vor einen mit Antisowjetismus beschrifteten Wagen; andere stellten sie als Tiere dar, die gemeinsame Sache machten. Die Fotografie zeigt antisemitische Bildsprache, die als Antiimperialismus ausgegeben wurde. Die gemeinsame Botschaft behandelte jüdische Identität und ukrainische Unabhängigkeit als Bedrohungen und präsentierte den Staat, der sie verfolgte, zugleich als ihren Befreier.



Moskauer Maiparade, 1972: „Der Zionismus ist die Waffe des Imperialismus!“

[73] Siehe Abschnitt 3.2 zu Stalins Verständigung mit der russisch-orthodoxen Hierarchie 1943 sowie zur Unterdrückung und erzwungenen Eingliederung der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche 1946.

Stalins Antisemitismus und Ukrainerfeindlichkeit: ein sowjetisches Erbe (Fortsetzung)



„Im selben Gespann" (В одній упряжці). Eine stereotyp gezeichnete jüdische Figur und ein ukrainischer Nationalist ziehen einen mit „Antisowjetismus" (антирадянщина) beschrifteten Wagen; sein Fahrgast ist der „Kalte Krieg" (холодна війна).

Stalin starb am 5. März 1953. Am 4. April gaben die sowjetischen Behörden bekannt, dass die überlebenden angeklagten Ärzte freigelassen und rehabilitiert worden waren. Sie räumten ein, dass Geständnisse mit unzulässigen Methoden erzwungen worden waren. Sein Tod, kein humanitärer Kurswechsel des Diktators, eröffnete den Weg zu ihrer Freilassung. Der Zusammenbruch der Kampagne zeigt, wie stark die Bedrohung vom Mann an der Spitze abhing.

Die Gefahr reichte über die inhaftierten Ärzte hinaus. Eine amtliche Kampagne, die jüdische Mediziner als mörderische ausländische Agenten darstellte, bedrohte sowjetische Juden insgesamt und nährte die Angst vor weiterer Verfolgung und antijüdischer Gewalt. Stalins Tod beseitigte den Herrscher, der diese Kampagne vorantrieb, und unterbrach ihre Eskalation. Was geschehen wäre, hätte er weitergelebt, lässt sich nicht mit derselben Sicherheit feststellen: Historiker streiten weiterhin darüber, ob ein feststehender Plan zur Massendeportation bestand.

2.5.3 Außenpolitik und imperiale Herrschaft

Stalin konnte dennoch verhandeln, Zugeständnisse machen und mit ideologischen Feinden zusammenarbeiten. Der Pakt und der Angriff auf Finnland zeigen, warum diese Flexibilität keine allgemeine Gewähr friedlicher Absichten bot. Sicherheitsbedenken, territoriale Ambitionen und die Durchsetzung politischer Kontrolle konnten nebeneinander bestehen. Seine Bereitschaft, über andere Gesellschaften zu verhandeln, machte deren Wünsche nicht zu einer Grenze sowjetischer Politik.

In den 1920er-Jahren ermöglichte die Sowjetunion der Reichswehr geheime Ausbildung und Waffenerprobung auf ihrem Gebiet, darunter die Fliegerschule in Lipezk ab 1925. Neben dieser militärischen Zusammenarbeit trugen Getreideexporte zur Finanzierung der Industrialisierung bei: Die sowjetischen Ausfuhren der sieben in den Zolltabellen ausgewiesenen Getreide- und Hülsenfruchtgruppen nach Deutschland stiegen von 71.970 Tonnen 1929 auf 536.664 Tonnen 1931, nachdem sie 1930 mit 856.218 Tonnen ihren Höchststand erreicht hatten[74]. Das deutsche Kabinettsprotokoll vom 2. Oktober 1931 erwog ausdrücklich den Kauf deutscher Waren auf Kredit oder gegen sowjetische Lieferungen von Holz, Benzin und Getreide. Diese Beziehungen zur Weimarer Republik gingen den gesonderten, nachstehend behandelten Vereinbarungen mit Hitler voraus.[75]

In der Außenpolitik konnten praktische Absprachen ideologische Feindschaft überlagern. Am 23. August 1939 unterzeichneten die Sowjetunion und das nationalsozialistische Deutschland den Molotow-Ribbentrop-Pakt, einen Nichtangriffsvertrag mit einem geheimen Zusatzprotokoll zur Aufteilung von Interessensphären in Osteuropa. Deutschland überfiel Polen am 1. September; die Rote Armee marschierte am 17. September von Osten ein. Ukrainisch besiedelte Gebiete Ostpolens wurden anschließend der sowjetischen Ukraine einverleibt. Die Erweiterung brachte mehr Ukrainer unter sowjetische Herrschaft, ohne ihnen eine unabhängige Wahl über die ihnen aufgezwungene politische Ordnung zu geben.

[74] Anne Applebaum, *Red Famine: Stalin's War on Ukraine* (Toronto: Signal/McClelland & Stewart, 2017; ISBN 978-0-7710-0930-3), Kapitel 7, "Collectivization Fails, 1931–2", S. 162. Anmerkung 12, S. 386 (Serhiichuk et al., *Український хліб на експорт: 1932–1933*, S. 5–6). Applebaums Verdreifachungsbehauptung wird durch die geprüfte kalenderjährliche Zollreihe nicht gestützt. Die sieben ausgewiesenen Getreide- und Hülsenfruchtgruppen, Warencodes 1–14, stiegen von 1929 bis 1931 etwa auf das 7,46-Fache, nach einem Höchststand 1930. Reis und „sonstiges Getreide" sind für Deutschland nicht gesondert ausgewiesen; es ist keine rekonstruierte Gesamtsumme sämtlicher Getreidekategorien. Das Handbuch von 1939 bestätigt unabhängig die engeren Reihen für Weizen, Roggen und Gerste. Es sind Ausfuhren der UdSSR nach Deutschland, kein Beleg für ihre ukrainische Herkunft. Die Quelle von 1933 erfasst das unmittelbare Bestimmungsland im Ausfuhrdokument; vor März 1930 hing die Brutto-/Nettogewichtung von Tarif und Verpackung ab, danach galt Nettogewicht. Die von Applebaum zitierte Sekundärquelle verwendet an anderer Stelle ungeklärte Perioden und verweist auf ein noch nicht eingesehenes Handbuch von 1936, S. 74–75. Die Ursache der Abweichung bleibt offen. Primärquellen: *Внешняя торговля Союза Советских Социалистических Республик за первую пятилетку (за период с 1928 по 1933 г.)* (Moskau: Внешторгиздат, 1933), S. 45, 96–97; V–VIII. S. N. Bakulin, D. D. Mishustin, *Внешняя торговля СССР за 20 лет, 1918–1937 гг.* (Moskau: Международная книга, 1939), S. 86, 90, 94; statistische Erläuterungen.

[75] Zur ausführlicheren Erörterung des Pakts und der sowjetisch-deutschen Zusammenarbeit siehe Vatnik Soup, *Molotov–Ribbentrop: The Red-Brown Alliance*, Dossier zur historischen Erinnerung. In Vorbereitung.



Josef Stalin und der deutsche Außenminister Joachim von Ribbentrop im Kreml, Moskau, am 23. August 1939 bei der Unterzeichnung des Molotow-Ribbentrop-Pakts.

Der sowjetische Entwurf vom 19. August 1939 machte ein besonderes außenpolitisches Protokoll zur Bedingung für die Gültigkeit des Pakts. Die Zusammenarbeit erhielt anschließend eine materielle Grundlage: Sowjetisches Getreide, Öl und andere Rohstoffe wurden gegen deutsche Industrieausrüstung und Rüstungserzeugnisse getauscht. Ein deutsches Memorandum vom 26. Februar 1940 erwartete ausdrücklich eine Schwächung der britischen Blockade durch diesen Handel. Es waren wechselseitige Geschäfte zwischen Regierungen, die ihre eigene Macht ausbauen wollten; die Folgen trugen andere Gesellschaften.

Finnland zeigt, wie Sicherheitsansprüche einen Angriff auf politische Unabhängigkeit begleiten konnten. Nach Verhandlungen über Grenzänderungen und Stützpunkte nahe Leningrad marschierte die Rote Armee am 30. November 1939 ein. Moskau erkannte daraufhin eine finnische Gegenregierung unter dem Kommunisten Otto Wille Kuusinen an, deren erklärte erste Aufgabe darin bestand, Finnlands Regierung zu stürzen und seine Streitkräfte zu zerschlagen. Der Völkerbund schloss die UdSSR am 14. Dezember aus.

Der Angriff auf Polens Unabhängigkeit richtete sich auch gegen die Menschen, die einen unabhängigen Staat hätten tragen können. Am 5. März 1940 billigten Stalin und das Politbüro Berijas Vorschlag, polnische Kriegsgefangene und Häftlinge zu erschießen. Im Frühjahr 1940 ermordete der NKWD bei der als Massaker von Katyń bezeichneten Aktion nahezu 22.000 polnische Staatsbürger. Unter den Opfern waren Offiziere, Polizisten und zivile Häftlinge;

viele Reserveoffiziere waren Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte und andere Angehörige der polnischen Bildungsschichten. Katyń bezeichnet einen Begräbnisort innerhalb einer umfassenderen Mordaktion, zu der auch Charkiw, Kalinin (heute Twer) und Gefängnisse im besetzten Ostpolen gehörten. Die sowjetischen Behörden beschuldigten NS-Deutschland und hielten die Lüge jahrzehntelang aufrecht; erst 1990 räumten sie die Verantwortung des NKWD ein.[76] Der Mord beseitigte Menschen, die einen unabhängigen Staat hätten wiederaufbauen können; die Leugnung schützte anschließend die Institutionen, die sie getötet hatten.

Als Deutschland am 22. Juni 1941 die UdSSR angriff, hinterließ die sowjetische Repression eine weitere Spur von Massengräbern. Während des Rückzugs ermordete der NKWD Tausende Gefangene in der Westukraine, unter anderem in Lwiw und Luzk. Zu den Opfern gehörten Ukrainer, Polen und Juden, die unter sowjetischer Herrschaft inhaftiert worden waren. Die deutsche Besatzung brachte weitere Verbrechen: NS-Propaganda und örtliche Antisemiten nutzten die Entdeckung der Leichen, um Juden kollektiv für die sowjetische Repression verantwortlich zu machen und Pogrome anzustacheln.[77] Für die Gefängnismorde waren die sowjetischen Täter verantwortlich; für die Pogrome jene, die sie anstifteten und ausführten. Kein Verbrechen rechtfertigte ein anderes, und die aufeinanderfolgenden Besatzungen ließen der Bevölkerung keine freie Wahl ihrer Regierung.

Der Warschauer Aufstand vom 1. August bis zum 2. Oktober 1944 zeigte eine andere Methode, Polens Unabhängigkeit zu vereiteln. Die nichtkommunistische Heimatarmee wollte die Hauptstadt von der deutschen Besatzung befreien und die Autorität der polnischen Exilregierung herstellen, bevor sich die Sowjetherrschaft durchsetzte. Deutsche Truppen massakrierten Zivilisten, schlugen den Aufstand nieder und zerstörten die Stadt systematisch. Stalin betrachtete den unabhängigen Widerstand als politischen Rivalen. Seine Regierung verweigerte amerikanischen Versorgungsflugzeugen im August die Nutzung sowjetischer Flugplätze; in seiner Botschaft an Churchill und Roosevelt vom 22. August bezeichnete er die Anführer des Aufstands als eine „Gruppe von Verbrechern“.

Auch die militärische Lage ist zu berücksichtigen: Deutsche Gegenangriffe und die Überdehnung des sowjetischen Vormarschs verbieten die Annahme, eine Rettung durch die Rote Armee wäre mühelos möglich gewesen. Diese Schwierigkeiten erklären jedoch nicht die Behinderung alliierter Versorgungsflüge. Begrenzte sowjetische Abwürfe, ein gescheiterter Flussübergang sowjetisch geführter polnischer Truppen und die Genehmigung einer amerikanischen Versorgungsmission folgten erst im September. Die Zerschlagung der

[76] Institut für Nationales Gedenken, „The Katyn Massacre — Basic Facts“, 5. März 2020, insbesondere zu Beschluss, Opfern und Hinrichtungsorten; US-Nationalarchiv, „Records Relating to the Katyn Forest Massacre“, zu den Morden und dem sowjetischen Versuch, sie Deutschland anzulasten. Nahezu 22.000 bezeichnet die gesamte Aktion, nicht allein das Gräberfeld von Katyń.

[77] National WWII Museum, “The 1941 NKVD Prison Massacres in Western Ukraine”, 7. Juni 2021; Zentrum für Stadtgeschichte, “‘City scum’, nationalists or ordinary people: interethnic violence on the streets of Lviv”, insbesondere zu den Gefängnismorden und dem antijüdischen Pogrom. Für die gesamte Mordkampagne wird keine einzelne genaue Opferzahl angegeben.

Stellung der Heimatarmee in Warschau beseitigte ein organisiertes Hindernis für Moskaus Kontrolle über das Nachkriegspolen.[78] NS-Deutschland verübte die Massaker und Zerstörungen; Stalins Weigerung, eine unabhängige polnische Streitmacht zu unterstützen, trug dazu bei, sie der Niederlage auszuliefern. Gegen Hitler zu kämpfen bedeutete nicht, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zwischen Deutschland und Russland anzuerkennen.

Auf die Niederlage des Aufstands folgte die Ausschaltung unabhängiger politischer Führer. Am 27. und 28. März 1945 verhafteten die sowjetischen Behörden sechzehn führende Vertreter des polnischen Untergrundstaats, nachdem sie diese zu Gesprächen eingeladen und ihnen Sicherheit zugesichert hatten. Sie wurden nach Moskau gebracht; im Juni folgte das als „Prozess der Sechzehn“ bekannte Verfahren. Die militärische Niederlage wurde durch die Unterdrückung politischer Vertreter ergänzt, die Moskaus Wunschregierung hätten herausfordern können.[79] Verhandlungen unter sowjetischen Sicherheitsgarantien waren zu einem weiteren Weg ins Gefängnis geworden.

Nach dem Krieg wurde auch Karpatenruthenien (heute Transkarpatien), das zuvor zur Tschechoslowakei gehört hatte, die sowjetische Kontrolle aufgezwungen. Der Vertrag vom 29. Juni 1945 sah die Abtretung des Gebiets an die UdSSR und seine Eingliederung in die sowjetische Ukraine vor. Ein amerikanischer diplomatischer Bericht vom 25. Januar 1945 hatte geschildert, dass ein kommunistisch kontrollierter örtlicher Rat die Exekutivgewalt ausübte. Vertreter der tschechoslowakischen Regierung durften weder die wichtigsten Orte besuchen noch mit ihrer Regierung Kontakt aufnehmen. Die Erweiterung der Grenzen der sowjetischen Ukraine gab den Einwohnern keine Wahl über das politische System, das sie künftig beherrschen sollte.

Die Deportation der Krimtataren 1944 (siehe Abschnitt 3.2) und die Zerstörung der baltischen Unabhängigkeit (siehe Abschnitt 3.1) zeigen dieselbe Weigerung, nationales Leben außerhalb von Moskaus Kontrolle zuzulassen. Stalins Vorgehen gegen tatsächliche oder vermeintliche Gegner reichte damit von der Ausschaltung führender Persönlichkeiten bis zur Entwurzelung ganzer Gemeinschaften und zur Zerstörung unabhängiger Staaten.

Stalins Kriegsverbündete konnten vor seinem Umgang mit Menschenleben zurückschrecken. Beim Abendessen in Teheran am 29. November 1943 schlug er vor, mindestens 50.000 Angehörige des deutschen militärischen Führungspersonals zu töten. Der amerikanische Diplomat Charles Bohlen hielt Churchills entschiedenen Widerspruch gegen politische

[78] Stalin an Churchill und Roosevelt, 22. August 1944, *FRUS*, 1944, Bd. III, Dokument 1271; Harriman an den Außenminister, 22. August 1944, Dokument 1272, Bericht über das Gespräch mit Molotow vom 17. August. Siehe auch National WWII Museum, „The Allied Responses to the Warsaw Uprising of 1944“, 18. Januar 2022; USHMM, „Warsaw Uprising“; und Edens Bestätigung der amerikanischen Versorgungsmission vom 18. September, *HC Deb*, 27. September 1944, Bd. 403, Sp. 217–220. Der Aufstand von 1944 in der gesamten Stadt ist vom Warschauer Ghettoaufstand von 1943 zu unterscheiden.

[79] Museum der Geschichte Polens, “Sowieci walczą o rząd. Dlaczego doszło do procesu szesnastu?”; Harriman an den Außenminister, 18. Juni 1945, *FRUS*, 1945, vol. V, document 262. Sechzehn führende Vertreter wurden verhaftet; Antoni Pajdaks Fall wurde später im Jahr 1945 gesondert verhandelt. Der Name des Juni-Verfahrens bedeutet nicht, dass alle sechzehn gemeinsam vor Gericht gestellt und verurteilt wurden.

Hinrichtungen und dessen Forderung nach Gerichtsverfahren für Kriegsverbrecher fest. Roosevelt antwortete mit einem Scherz über 49.000.

William C. Bullitt, der frühere US-Botschafter in Moskau, erinnerte sich daran, Roosevelt 1943 vor sowjetischer Expansion gewarnt zu haben. Er schrieb Roosevelt die Erwartung zu, er könne „ihm [Stalin] alles geben, was ich nur kann, und nichts dafür verlangen, *noblesse oblige*“: Stalin werde dann, so seine Hoffnung, auf Annexionen verzichten und beim Aufbau eines demokratischen Friedens helfen. Dahinter stand Vertrauen in das vermeintliche Ehrgefühl des Diktators und seine Verpflichtung, sich erkenntlich zu zeigen.[80]

Die Zusammenarbeit ging dennoch weiter. Das am 11. Februar 1945 in Jalta unterzeichnete amerikanisch-sowjetische Repatriierungsabkommen sah vor, befreite Staatsangehörige den Behörden ihres eigenen Landes zu übergeben. Bei seiner Umsetzung erlaubte eine US-Direktive vom Dezember 1945 die Zwangsrückführung bestimmter Gruppen sowjetischer Staatsbürger, darunter ehemaliger sowjetischer Soldaten. Die Voraussetzungen für Staatsangehörigkeit und Wohnsitz waren an den 1. September 1939 gebunden. Die spätere britisch-amerikanische Operation Keelhaul gehörte zu dieser umfassenderen Politik der Zwangsrepatriierung.



Churchill, Roosevelt und Stalin bei der Konferenz von Jalta im Liwadija-Palast auf der Krim, Februar 1945.

[80] William C. Bullitt, „How We Won the War and Lost the Peace“, *LIFE*, 30. August 1948, S. 94. Bullitt veröffentlichte die Erinnerung nach Roosevelts Tod. Ein anderes amerikanisches Beispiel für Vertrauen in gezielte gesellschaftliche Neuordnung bietet der Arthurdale-Kasten in Abschnitt 1.4, S. 35.

Die Angst vor der Rückkehr war für die Ausführenden sichtbar. In einem am 14. Februar 1946 vom amerikanischen politischen Berater Robert Murphy weitergeleiteten Bericht beschrieben seine Mitarbeiter Selbstmorde und Selbstmordversuche während einer Zwangsrepatriierung in Dachau im Vormonat. Der Bericht bezeichnete den Vorfall als erschütternd und hielt den Unmut amerikanischer Offiziere und Soldaten darüber fest, dass sie die Männer zur Rückkehr zwingen sollten.

Die Folgen beschränkten sich nicht auf die Qual der Übergabe. Nach Nicholas Bethells Darstellung einer Repatriierung nach Odesa im Juni 1945 beobachteten die britischen Offiziere James Martin und George Youmatoff, wie 31 Gefangene in ein Lagerhaus gezerrt wurden; anschließend hörten sie Maschinengewehrfeuer. Am nächsten Morgen sah Youmatoff im Inneren abgesplitterten Beton und dunkle Flecken. Er schloss daraus, dass die Gefangenen erschossen worden waren: Er hatte die Schüsse gehört und die Spuren danach untersucht, die Tötungen selbst aber nicht gesehen.

Ein gesonderter Bericht findet sich in Nikolai Tolstois *Victims of Yalta* (1977): Er beschreibt amerikanische Wachposten, die nach der Übergabe vom Februar 1946 Leichen an Bäumen im Bayerischen Wald bei Zwiesel hängen sahen. Jeremy Murray-Brown gibt diese Passage in seiner Untersuchung des Filmmaterials zur Repatriierung in Plattling wieder.

Diese Episoden zeigen die Grenzen einer Beurteilung Stalins anhand der Zusicherungen, die er nützlichen Partnern gab. Alliierte Zusammenarbeit konnte notwendig sein, um Hitler zu besiegen, und die Opfer sowjetischer Macht dennoch schutzlos lassen. Diplomatischer Zugang zu Stalin und Vertrauen in eine Vereinbarung waren etwas anderes als durchsetzbarer Schutz für die Menschen, über deren Schicksal entschieden wurde.

Stalins heutige Bewunderer

Das Bild eines Herrschers, der ein rückständiges Land umgestaltete, findet noch immer Bewunderer. In *I'm Not the Only One* (2004) zieht der Vatnik George Galloway Stalins Industrialisierung heran, um Saddam Hussein in ein günstiges Licht zu rücken: „So wie Stalin die Sowjetunion industrialisierte, plante Saddam in anderem Maßstab den eigenen Großen Sprung nach vorn des Irak.“[81]



Stalin bei der Maiparade in Moskau, 1946.

[81] Zur ausführlicheren Erörterung von Maos Hungersnot siehe Vatnik Soup, *The Great Leap Backwards: China's Maoist regime, then and now*, Dossier zur historischen Erinnerung. In Vorbereitung.

Stalins heutige Bewunderer (Fortsetzung)

Am 9. November 2023 erklärte Jackson Hinkle gegenüber Alex Jones, er sei „ein amerikanischer Stalinist“, und die Amerikaner hätten viel von Stalin und Xi Jinping zu lernen. Er stellte die staatlich gelenkte Produktion als Dienst an den einfachen Menschen dar. Am 4. November 2025 bezeichnete Nick Fuentes Stalin als den wirkungsvollsten Staatsmann des 20. Jahrhunderts, wobei er dessen Brutalität und Massenmord ausdrücklich anerkannte.

Ihre Wege zur Bewunderung unterscheiden sich, doch Macht und Leistung üben immer wieder dieselbe Anziehungskraft aus. Die Menschen, deren Leben diese Macht trugen, verschwinden hinter der Industrieproduktion, der Stärke des Staates und der Größe seines Herrschers.

Der Holodomor lag sechs Jahre vor dem Molotow-Ribbentrop-Pakt.[82] Stalins Verbrechen an anderen Bevölkerungen belegen seine Bereitschaft, politische Ziele durch Massenmord zu verfolgen. Sie geben keinen Anlass, ihm gegenüber Ukrainern wohlwollende Absichten zu unterstellen. Sein Angriff auf das ukrainische nationale Leben muss anhand der hier untersuchten Maßnahmen beurteilt werden: Konfiszierungen, strafweise Beschaffung, versperrte Flucht und die Unterdrückung von Institutionen, die sich Moskaus Herrschaft widersetzen konnten. Auch eine Ablehnung der Einordnung als Völkermord ließe diese vorsätzlichen Handlungen erklärungsbedürftig; sie würde die Katastrophe nicht in ein unschuldiges Versehen verwandeln.

Stalins persönliche Verantwortung hebt die Verantwortung des sowjetischen Systems nicht auf. Wie Kołakowski argumentiert, erklärt die Verurteilung des Diktators nicht, wie die Partei und ihre Institutionen seine unbegrenzte Macht aufrechterhielten.[83] Diese Institutionen setzten seine Entscheidungen durch, unterdrückten Alternativen und verhinderten wirksamen Widerspruch. Ukrainern wurde die Freiheit verwehrt, dieses System abzulehnen oder über ihre eigene nationale Zukunft zu bestimmen. Die Entscheidungen des Herrschers, das Machtmonopol der Partei und Moskaus Herrschaft über die Ukraine verstärkten einander.

Die Ukraine stand daher sowohl einem zur Vernichtung von Widerstand bereiten Herrscher als auch einer sowjetischen imperialen Ordnung gegenüber, die entschlossen war, die Kontrolle über sie zu behalten. **Auch nach der Verurteilung Stalins bleibt die Verantwortung der Institutionen zu erklären, die seine Macht stützten und seine Entscheidungen ausführten. Dasselbe Problem stellt sich bei Darstellungen des heutigen russischen Krieges, die sämtliche Verantwortung Putin zuschreiben und die staatlichen Institutionen und imperialen Ansprüche ausklammern.** Wieder hält

[82] Zur ausführlicheren Erörterung des Pakts und der sowjetisch-deutschen Zusammenarbeit siehe Vatnik Soup, *Molotov–Ribbentrop: The Red-Brown Alliance*, Dossier zur historischen Erinnerung. In Vorbereitung.

[83] Zur ausführlicheren Erörterung persönlicher und institutioneller Verantwortung siehe Abschnitt 2.7, „Autoritarismus, Sozialismus und Imperialismus“, S. 81. Leszek Kołakowski, *Main Currents of Marxism*, übers. von P. S. Falla, drittes Buch, *The Breakdown*, Kap. XIII, „Developments in Marxism Since Stalin’s Death“, § 1, „De-Stalinization“, S. 1149–1150, 1152–1153 (einbändige Ausgabe).

sich ein autoritärer Herrscher seit Jahrzehnten an der Macht und beansprucht das Recht, über die Zukunft der Ukraine zu entscheiden. Von Ukrainern kann nicht verlangt werden, ihre Freiheit der Hoffnung anzuvertrauen, Moskaus nächster Herrscher werde wohlwollender sein.

2.6 Der Fluch der Schwarzerde

Landwirtschaftlicher Reichtum kann ein Gebiet für einen Staat wertvoll machen, der Nahrung für seine Städte, Exportgüter und Mittel für die Industrie sucht. Bodenfruchtbarkeit allein erklärt jedoch weder Hungersnot noch Völkermord. Die Frage ist, wer über die Ernte verfügt, was ihren Erzeugern genommen werden kann und ob diese die Macht haben, sich zu widersetzen. Der „Fluch" liegt in Institutionen, die gewaltsame Abschöpfung ermöglichen.



Weizen und Himmel in den Nationalfarben der Ukraine.

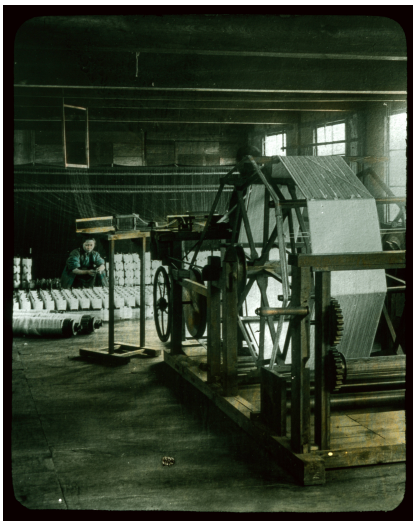
In seiner Rede „Über die Industrialisierung und das Getreideproblem" vom 9. Juli 1928 bezeichnete Stalin Arbeiter und Bauern als die wichtigsten Finanzierungsquellen der sowjetischen Industrie. Seine Argumentation verband landwirtschaftliche Ressourcen mit den industriellen Prioritäten des Staates. Die Kollektivierung bot größere administrative Verfügungsgewalt über Erzeuger und Lieferungen. Die Kontrolle über die Produktion zu gewinnen und die Landwirtschaft produktiver zu machen, waren jedoch unterschiedliche Ziele: Der Staat konnte einen größeren Ernteanteil anstreben, während seine Politik die Fähigkeit beeinträchtigte, diese Ernte überhaupt hervorzubringen.

Auch institutionell wurde die Kontrolle über den ukrainischen Getreidemarkt konzentriert. 1928 liquidierte Moskau Ukrchlib, den ukrainischen Unternehmensverbund (Trust) für Getreidebeschaffung und Mühlenwesen; seine Anteile gingen an den unionsweiten Sojuschleb über. Wie Ljudmyla Hrynewytsch zeigt, verlor die Ukraine damit wichtige Einflussmöglichkeiten auf Beschaffung und Lebensmittelversorgung. Die Zentralplanung wirkte innerhalb eines ungleichen Verhältnisses zwischen Moskau und der Republik. In seinen Thesen zur Nationalitätenpolitik vom März 1923 hatte Stalin selbst die zaristischen Bestrebungen verurteilt, Randgebiete zu Rohstofflieferanten für das industrielle Zentrum zu

machen. Zugleich hatte er eingeräumt, dass großrussischer Chauvinismus in sowjetischen Institutionen fortbestand. Die Abschöpfung konnte auch über die laufende Ernte hinausgehen: Torgsin tauschte Nahrung gegen angesammelte Wertgegenstände von Familien und griff damit auf über Jahre aufgebautes Haushaltsvermögen zu.

Japan: Landwirtschaft als Finanzierungsquelle der Industrialisierung

Japans frühe Industrialisierung in der Meiji-Zeit bietet einen konkreten Vergleich. In Geld entrichtete Grundsteuern halfen, die staatliche Industrieentwicklung zu finanzieren; ländliche Exporte, darunter Seide und Tee, brachten Devisen ein. Die Bewirtschaftung blieb durch Privateigentum und Pacht organisiert, ohne Zwangskollektivierung. Hohe Steuern und die Konzentration des Grundeigentums setzten ländliche Haushalte dennoch stark unter Druck. Die Landwirtschaft konnte somit der Industrie Mittel unter institutionellen Bedingungen liefern, die sich grundlegend von Stalins Kolchosen und Staatsgütern unterschieden: Der Ressourcentransfer allein legte nicht fest, wie die Produktion organisiert werden musste.



Seidenhaspeln in Japan, um 1910. Handkolorierte Fotografie.

Polen und Ungarn: Widerstand und Zugeständnisse

Polen

Das kommunistisch regierte Polen zeigte später, wie politischer Widerstand die Agrarpolitik verändern konnte. Die Zwangskollektivierung von 1948–56 stieß auf anhaltenden bäuerlichen Widerstand. Nach den politischen Umwälzungen von 1956 erlaubte Władysław Gomułka die Auflösung der Kollektivbetriebe. Eine amerikanische diplomatische Einschätzung vom 15. November 1961 verzeichnete 86 % der polnischen Landwirtschaftsfläche in privater Bewirtschaftung, 13 % in Staatsgütern und nur 1 % in Kollektivbetrieben. Polens weitgehend private Landwirtschaft überlebte daher *trotz* einer versuchten Kollektivierungskampagne und als Teil eines umfassenderen politischen Kompromisses.

Polen und Ungarn: Widerstand und Zugeständnisse (Fortsetzung)

Ungarn

Ungarn nahm einen anderen Weg. Auf die Revolution von 1956 folgten die Auflösung vieler landwirtschaftlicher Genossenschaften und die Abschaffung der Pflichtablieferungen. János Kádárs Regierung erneuerte 1959–61 die gewaltsame Kollektivierung und brachte den größten Teil des Ackerlands in Genossenschaften oder Staatsgüter ein. Private Kleinparzellen und Zugeständnisse an die Familienproduktion[84] blieben jedoch wichtig; die Reformen von 1968 stärkten die private Bewirtschaftung zusätzlich. Polen bewahrte überwiegend private Landwirtschaft; Ungarn verband kollektive Bewirtschaftung mit flexibleren Anreizen. Beide Fälle zeigen, wie bäuerlicher Widerstand, politische Stabilität und landwirtschaftliche Leistung kommunistischer Agrarpolitik Grenzen setzen konnten.

Auch die spätere sowjetische Politik zeigt, dass eine Missernte nicht nur eine einzige Reaktion zuließ. Nach einer schlechten Ernte kaufte Chruschtschows Regierung 1963 Getreide im Ausland; ihr Abkommen mit Kanada vom September umfasste 5,3 Millionen Tonnen Weizen. Plokhy stellt diese Reaktion den fortgesetzten sowjetischen Getreideexporten während der Hungersnöte von 1932–1933 und 1946–1947 gegenüber. Die finanziellen und internationalen Umstände waren andere, doch der Vergleich unterscheidet zwischen einer Missernte und den Entscheidungen über die Lebensmittelversorgung.[85]

Auch innerhalb der sowjetischen Führung wurde über Alternativen zu Stalins Wirtschaftspolitik gestritten. In seinem wirtschaftspolitischen Aufsatz von 1928 argumentierte Nikolai Bucharin, Industrieinvestitionen müssten im Gleichgewicht mit Landwirtschaft, Konsum und Reserven bleiben. Übermäßige Transfers vom Land könnten jene Produktion, Märkte und Exporte untergraben, von denen die Industrie abhing. Er befürwortete sozialistische Industrialisierung und kollektive Landwirtschaft, aber auch die Verbesserung einzelbäuerlicher Betriebe und eine Preispolitik, die das Angebot fördern würde. Sein Einwand kam aus dem Bolschewismus selbst: Zur Wahl standen nicht nur Stalins Programm oder die Aufgabe des sowjetischen Sozialismus.

Stalins Angriff auf Bucharin vom April 1929 macht den Streit ausdrücklich sichtbar. Er lehnte höhere Beschaffungspreise mit der Begründung ab, teureres Getreide werde die städtischen Brotpreise, Löhne und Industriekosten erhöhen und die staatliche Marktkontrolle schwächen. Er räumte zudem ein, dass der Staat den Bauern durch niedrige Agrarpreise und hohe Preise für Industriewaren Mittel zur Finanzierung der Industrie entzog. Diese Belastung gehörte zur gewählten Finanzierung der Industrialisierung; sie war der Führung bekannt.

[84] Nigel Swain, *Collective Farms Which Work?* (Cambridge University Press, 1985), Kapitel 1, „‘Family Labour’ in the Achievement and Consolidation of Collectivised Agriculture, 1946–68“, S. 25–50.

[85] Serhii Plokhy, *The Gates of Europe: A History of Ukraine* (New York: Basic Books, 2015), Kapitel 24, “The Second Soviet Republic”. Zum Abkommen mit Kanada: *Foreign Relations of the United States, 1961–1963*, vol. V, document 359, 1. Oktober 1963, Anmerkung 1.

In seinem Bericht vom April 1928 hatte Stalin bereits eingeräumt, dass große kapitalistische Betriebe Maschinen und moderne landwirtschaftliche Methoden einsetzen konnten; eine Förderung ihrer Entwicklung schloss er dennoch aus. Auch seine Erörterung vom Mai 1928 verband Größenvorteile mit Großbetrieben unter verschiedenen Eigentumsformen. Betriebsgröße, Eigentum und die Anreize der Bewirtschafter sind jedoch unterschiedliche Fragen; Größenvorteile belegten nicht die Notwendigkeit einer Zwangskollektivierung. Hektarertrag, Produktion je Arbeitskraft, vermarkteter Anteil und zwangsweise abgelieferter Anteil sind verschiedene Messgrößen.

Auch die Kausalrichtung ist bedeutsam. Leistungsfähige Privatbetriebe konnten wachsen, weil sie produktiv waren, statt allein durch ihre Größe produktiv zu werden. Eine per Dekret vergrößerte Anbaufläche konnte für sich genommen die Anreize, Betriebsführung und Marktbedingungen, unter denen sie entstanden waren, nicht nachbilden.

In seiner Rede vom 11. Juli 1928 verwies Stalin auf den rund 38.400 Hektar (95.000 Acre) umfassenden Weizenbetrieb der Campbell Farming Corporation in Montana. Unter Berufung auf den Agronomen N. M. Tulaikow beschrieb er dessen Mechanisierung und Leitung und argumentierte dann, die sowjetischen Verhältnisse eröffneten riesigen Staatsgütern größere Entwicklungsmöglichkeiten. Er wollte Maschinen und Größenordnung kapitalistischer Landwirtschaft ohne privates Grundeigentum und erklärte, Staatsgüter könnten sich mit geringem oder vorübergehend ganz ohne Gewinn entwickeln. Das Beispiel betraf Staatsgüter, also Sowchosen; die Zwangskollektivierung in Kolchosen bedeutete darüber hinaus die politische Unterordnung bäuerlicher Haushalte.

Das politische Ziel ging über die Beschaffung einer bestimmten Ernte hinaus. Die veröffentlichte Kurzfassung von Stalins Äußerungen in Sibirien im Januar 1928 stellt unabhängige bäuerliche Produktion als unsichere Grundlage der Sowjetmacht dar und fordert, sie als Getreidequelle durch Kolchosen und Sowchosen zu ersetzen.[86] Zusammen mit dem späteren Streit gelesen, bezeichnet sie die Eigenständigkeit der Erzeuger als ein Problem, das die Führung überwinden wollte. Die Existenz von Alternativen belegt nicht, dass diese bis 1941 eine vergleichbare industrielle und militärische Leistungsfähigkeit hätten hervorbringen können. Sie verhindert jedoch, den daraus folgenden Zwang als die einzig vorstellbare Politik zu erklären.

In Allens Simulation für 1939[87] erreicht das BIP mit einer Landwirtschaft nach dem Muster der NEP 348,3 Milliarden Rubel zu Preisen von 1937 und mit Kollektivierung 364,6 Milliarden – etwa 4,7 % mehr. Der entsprechende Zuwachs der nichtlandwirtschaftlichen Wertschöpfung liegt bei rund 22 %, einer breiteren Messgröße als der Industrieproduktion allein. Beide Szenarien behalten hohe Industrieinvestitionen und weiche Budgetbeschränkungen in der Industrie bei.

[86] Diese Aufzeichnung erschien 1954 in seinen gesammelten Werken; sie ist keine erhaltene wortgetreue Mitschrift sämtlicher Reden.

[87] Robert C. Allen, *Farm to Factory: A Reinterpretation of the Soviet Industrial Revolution* (Princeton University Press, 2003), Kapitel 8, S. 153–171; Tabellen 8.1 (S. 163), 8.3 (S. 164), S. 170.

Sein NEP-Szenario unterstellt eine höhere Agrarproduktion und größere Viehbestände, ein anderes Steuersystem sowie geringere Abwanderung in die Städte. Es setzt außerdem voraus, dass keine Hungersnot eintritt; dies ist kein unabhängig nachgewiesenes Ergebnis. Die militärische Ausrüstung wird auf historische Werte gesetzt, sodass das Modell die Verteidigungsfähigkeit nicht unabhängig prüft. Der Vergleich hängt von diesen Annahmen ab; er misst keinen tatsächlich beobachteten historischen Gewinn.

Ein BIP-Vergleich misst den Wert der Produktion; eine Bewertung des Wohlergehens muss auch Tod, Leid, Enteignung und die Zerstörung von Familien und Gemeinschaften einbeziehen. Diese Verluste zählen über ihre Auswirkungen auf die Produktion hinaus. Ein Anstieg der gemessenen Produktion kann deshalb nicht belegen, dass die Kollektivierung das Leben der ihr unterworfenen Menschen verbesserte.

Mark Harrison bezweifelt die von Allen vorgeschlagene Verbindung staatlicher Industriekontrollen mit marktwirtschaftlicher Landwirtschaft: Ein Mangel an Industriewaren könnte Bauern selbst bei höheren Preisen davon abhalten, Lebensmittel zu verkaufen. Die Beibehaltung eigenständiger Landwirtschaft hätte daher womöglich Änderungen der Industriepolitik ebenso wie des landwirtschaftlichen Eigentums erfordert. Dieser Einwand prüft eine bestimmte Alternative; er belegt nicht, dass die Hungersnot oder Stalins Zwangspolitik unvermeidlich waren.

Preußischer und amerikanischer Weg

Lenins Gegenüberstellung des „preußischen“ und des „amerikanischen“ Wegs von 1907 bietet einen aufschlussreichen Vergleich. Sein „preußischer“ Weg bewahrte die Vorherrschaft der Großgrundbesitzer während der kapitalistischen Entwicklung.

Große Güter würden sich zu kapitalistischen Unternehmen entwickeln, während die alte Grundbesitzerelite ihre beherrschende Stellung behielte. Bauern konnten ihre Höfe verlieren und zu abhängigen Landarbeitern werden: Die Modernisierung würde die Machthierarchie erhalten.

Der „amerikanische“ Weg sah dagegen die Zerschlagung des alten Großgrundbesitzes und eine landwirtschaftliche Entwicklung durch unabhängige Bauern vor. Lenin bevorzugte ihn, weil er von bäuerlicher Initiative und einem wachsenden Binnenmarkt eine Beschleunigung der kapitalistischen Entwicklung erwartete. Er unterstützte ihn als revolutionäre Etappe zum Sozialismus und trat für die Nationalisierung des Bodens ein. In seinem Programm erforderte unabhängige Bewirtschaftung daher kein privates Eigentum am Boden.

Stalin entschied sich für Zwangskollektivierung und den Ausbau der Sowchosen. Im April 1928 erkannte er die Vorteile großer kapitalistischer Landwirtschaftsbetriebe an, schloss ihre Förderung aber aus. Großproduktion sollte unter sowjetischen Kollektiv- und Staatsinstitutionen organisiert werden, wobei die Bewirtschafter den staatlichen Beschaffungsforderungen unterworfen waren.

Preußischer und amerikanischer Weg (Fortsetzung)

Stalin lehnte kapitalistische Landwirtschaft ab, konzentrierte aber die Verfügungsgewalt über die Erzeuger im Parteistaat. Die Ähnlichkeit betrifft gewaltsame Abschöpfung und bäuerliche Abhängigkeit, während sich die Eigentumssysteme unterschieden: Kolchosen und Sowchosen hatten unterschiedliche Rechtsformen, was Stalin noch 1952 einräumte. Dies ist eine institutionelle Analogie, kein Beleg dafür, dass Stalin bewusst dem von Lenin beschriebenen Weg folgte.

Sie macht jedoch einen politischen Zusammenhang deutlich: Die Abschaffung privater Grundherren garantierte den Menschen, die das Land bewirtschafteten, keine Unabhängigkeit.

Dies erklärt mit, warum die Kontrolle über die Agrarressourcen der Ukraine erstrebenswert war. Die nationale Zielrichtung erklärt es für sich genommen nicht. Fruchtbarer Boden erklärt weder die Verfolgung ukrainischer Intellektueller noch Einschränkungen von Sprache und Institutionen oder die Gleichsetzung von Einwänden gegen die Beschaffung mit ukrainischer nationaler Illoyalität. Ebenso wenig erklärt er, warum die Behörden Fluchtwege schlossen, als Menschen bereits verhungerten. Diese Maßnahmen verlangen die Untersuchung politischer Ziele, vorhandenen Wissens und vorsätzlicher Entscheidungen. Die Einwohner der Ukraine waren Entscheidungen über ihr Leben und ihre Existenz als Nation unterworfen; sie waren nicht durch den Boden unter ihren Füßen zum Untergang verurteilt.

2.7 Autoritarismus, Sozialismus und Imperialismus

Ludwig von Mises wurde 1881 in einer jüdischen Familie in Lemberg geboren, dem heutigen Lwiw in der Ukraine. Er war ein führender Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie; seine berufliche Laufbahn begann in Wien. Nach dem Jurastudium trat er 1909 in die Handelskammer ein, lehrte an der Universität und leitete ein Privatseminar, an dem Hayek[88] und weitere spätere Ökonomen teilnahmen. Seine Arbeit in Wien verband ökonomische Forschung mit praktischer Politikberatung; sein klassischer Liberalismus verteidigte Privateigentum, individuelle Freiheit und die Begrenzung staatlicher Macht.

[88] Siehe den Hayek-Kasten, S. 40, in Abschnitt 1.5.

In seinem Aufsatz über die sozialistische Wirtschaftsrechnung[89] von 1920 argumentierte Mises, die Abschaffung von Märkten für Produktionsmittel beseitige jene Preise, die zum Vergleich konkurrierender Ressourcenverwendungen nötig seien. Er entwickelte die Kritik in *Die Gemeinwirtschaft* (1922)[90] weiter und legte seine politischen Grundsätze in *Liberalismus* (1927)[91] dar – Jahre vor Stalins Zwangskollektivierung.

Mises zog 1934 nach Genf. Nach dem Anschluss 1938 durchsuchten die Nationalsozialisten seine frühere Wiener Wohnung und beschlagnahmten seine Bibliothek und Unterlagen. 1940 entkam er mit seiner Frau über Frankreich, Spanien und Portugal in die Vereinigten Staaten.[92] In Amerika begann er 1945 als Gastprofessor an der New York University eine zweite Lehrtätigkeit und veröffentlichte *Human Action* (1949)[93].



Gedenktafel für Ludwig von Mises an der Hnatjuka-Straße 13 in Lwiw. Fotografie von 2015.

Mises hielt den umfassenden Sozialismus für ein unmögliches System gesellschaftlicher Zusammenarbeit. Die zentrale Kontrolle über die Produktionsmittel beseitigte die für die Wirtschaftsrechnung erforderlichen Marktpreise. In *Human Action* (1949) schrieb er: „Eine Gesellschaft, die zwischen Kapitalismus und Sozialismus wählt, wählt nicht zwischen zwei Gesellschaftssystemen; sie wählt zwischen gesellschaftlicher Zusammenarbeit und dem Zerfall der Gesellschaft. Sozialismus ist keine Alternative zum Kapitalismus; er ist eine Alternative zu jedem System, unter dem Menschen als Menschen leben können."[94]

[89] Ludwig von Mises, *Economic Calculation in the Socialist Commonwealth* (1920), englische Ausgabe, Ludwig von Mises Institute, 1990.

[90] Ludwig von Mises, *Socialism: An Economic and Sociological Analysis* (1922), deutsches Original, 1922; englische Ausgabe, 1951.

[91] Ludwig von Mises, *Liberalism: In the Classical Tradition* (1927), deutsches Original.

[92] Mises' Flucht aus Europa im Jahr 1940 legt nahe, dass er sich auch in der neutralen Schweiz nicht mehr dauerhaft sicher fühlte. In seinen *Erinnerungen* (Stuttgart/New York: Gustav Fischer, 1978), Kapitel XIV, „Meine Lehrtätigkeit in Genf", S. 88, schreibt er, das Land habe seine Anwesenheit als „politische Belastung und Gefährdung seiner Sicherheit" empfunden. Zum umfassenderen Kriegskontext siehe Vatnik Suppe, *Switzerland's Neutrality Initiative: Neutrality, Sovereignty and the September 2026 Vote*, NAFO Policy Papers, Nr. 1 (September 2026).

[93] Ludwig von Mises, *Human Action: A Treatise on Economics* (1949).

[94] Ludwig von Mises, *Human Action: A Treatise on Economics*, erstmals 1949 erschienen; zitierte vierte überarbeitete englische Ausgabe, Foundation for Economic Education, 1998, Kapitel XXIV, §3, "The Harmony of the 'Rightly Understood' Interests". Die Zitate im Haupttext sind aus dem Englischen übersetzt. Originalwortlaut: "A society that chooses between capitalism and socialism does not choose between two social systems; it chooses between social cooperation and the disintegration of society. Socialism is not an alternative to capitalism; it is an alternative to any system under which men can live as human beings.".

Wir müssen Mises in seiner radikalen Gegenüberstellung nicht unbedingt so weit folgen, doch bei extrem zentralisierten Systemen wie denen Stalins oder Maos[95] (oder in dieser Hinsicht sogar Hitlers)[96] hatte er zweifellos in einem wesentlichen Punkt recht: Sie gaben einem einzelnen Diktator, gestützt auf den Parteistaat und mit Kontrolle über Produktion, Lebensmittelverteilung und Bewegungsfreiheit, die Macht, Entscheidungen zu treffen, die Millionen Menschen zum Hungertod verurteilen konnten – sei es durch katastrophale Fehleinschätzung oder vorsätzliche Vernichtung.

In *Die Gemeinwirtschaft* definierte Mises das Ziel des Sozialismus als den Aufbau „einer Gesellschaft, in der die Produktionsmittel vergesellschaftet sind", also einer Gesellschaft, in der der Staat die Produktionsmittel vollständig kontrolliert.[97] In *Omnipotent Government* (1944) räumte er ein, dass die sowjetische bürokratische Produktion mithilfe von Preisen auf ausländischen kapitalistischen Märkten und im Ausland entwickelten Verfahren fortbestehen konnte. Sein Urteil lautete: „Unter diesen Umständen führt der Sozialismus nicht zu vollständigem Chaos, sondern lediglich zu äußerster Armut." Er verband diese Kritik ausdrücklich mit dem Holodomor in der Ukraine und schrieb, dass „viele Millionen buchstäblich verhungerten".[98]

Mises' Argument eröffnet eine Frage, die über wirtschaftliche Effizienz hinausgeht. Was machte den Holodomor möglich: russische imperiale Herrschaft und Feindschaft gegenüber der Ukraine als Nation, sozialistische Kontrolle über Produktion und Verteilung oder ein autoritärer, zentralisierter Staat, der wirtschaftliche und politische Macht über Millionen Menschen in denselben Händen konzentrierte? Diese Erklärungen überschneiden sich. Ihr jeweiliges Gewicht ist bedeutsam; die Entscheidung für eine lässt die anderen aber nicht verschwinden.

Das Problem der Wirtschaftsrechnung betrifft die Institutionen, durch die Preise entstehen. Mises wendet ein, dass ein Planer die Geldrechnung nicht einfach durch bessere Statistiken nachbilden könne. Hayek untersuchte, wie Marktpreise die Nutzung des unter Einzelnen

[95] Zur ausführlicheren Erörterung von Maos Hungersnot siehe Vatnik Soup, *The Great Leap Backwards: China's Maoist regime, then and now*, Dossier zur historischen Erinnerung. In Vorbereitung.

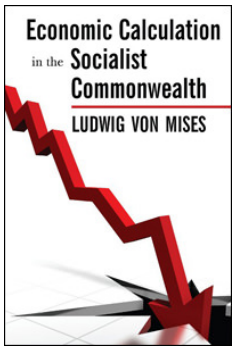
[96] Zu den nationalsozialistischen Plänen, der Bevölkerung der besetzten Sowjetgebiete die Nahrungsmittel zu entziehen, und zur gezielten Aushungerung von Zivilisten und sowjetischen Kriegsgefangenen siehe Abschnitt 1.1.1, „Holodomor, Asharshylyq, Hungerplan und Holocaust".

[97] Ludwig von Mises, *Socialism: An Economic and Sociological Analysis*, erstmals 1922 auf Deutsch erschienen; zitierte englische Ausgabe, Liberty Fund, 1981, Übersetzung von J. Kahane, „Preface to the Second German Edition" (Wien, Januar 1932). Die Zitate im Haupttext sind aus dem Englischen übersetzt. Originalwortlaut: "a society in which the means of production are socialized".

[98] Ludwig von Mises, *Omnipotent Government: The Rise of the Total State and Total War*, erstmals bei Yale University Press, 1944; verlinkter englischer Nachdruck, Liberty Fund/Mises Institute, 2010, Kapitel III, §§4–5, S. 54–58, insbesondere S. 56–57. Die Zitate im Haupttext sind aus dem Englischen übersetzt. Originalwortlaut: "many millions literally died of starvation"; "Under these circumstances socialism results not in complete chaos but only in extreme poverty.".

verstreuten praktischen Wissens koordinieren. Jörg Guido Hülsmann, Verfasser von *Mises: The Last Knight of Liberalism* (2007)[99], besteht seinerseits darauf, dass Wissen nicht von Eigentum, Tausch und den Urteilen handlungsfähiger Menschen getrennt werden kann. Diese Unterscheidungen betreffen die wirtschaftlichen Folgen zentraler Planung und die Ausschaltung unabhängigen Wissens. Für den Holodomor bleibt entscheidend, warum Stalin der Bevölkerung trotz bekannter Folgen Nahrung entziehen ließ und diese Politik mit einem Angriff auf die ukrainische nationale Eigenständigkeit verband.

Die Debatte über die Wirtschaftsrechnung



Ludwig von Mises, Economic Calculation in the Socialist Commonwealth, Ausgabe von 2014.

Mises. In seinem Aufsatz von 1920[100] argumentiert Mises, dass die Abschaffung des Tauschs privat besessener Produktionsmittel die Bildung jener Marktpreise verhindert, die zur Geldrechnung nötig sind. Sein Einwand betrifft die Entstehung dieser Preise, nicht bloß die Menge der den Planern verfügbaren Informationen.

Hayek. „The Use of Knowledge in Society" (1945) betont das auf Menschen verteilte praktische Wissen: örtliche Verhältnisse, wechselnde Bedürfnisse und Möglichkeiten. Hayek versteht Marktpreise als Signale, die Menschen helfen, ihre wirtschaftlichen Entscheidungen aufeinander abzustimmen. Seine Aufsätze zur Wirtschaftsrechnung sind in *Individualism and Economic Order* (1948)[101] enthalten.

Hayek teilte sich den Wirtschaftspreis von 1974 mit Gunnar Myrdal für Arbeiten zur Geldtheorie, zu Konjunkturschwankungen und zu wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und institutionellen Wechselbeziehungen. In seinem Nobelvortrag „The Pretence of Knowledge" vom 11. Dezember 1974 beschreibt er „das Wissen um besondere Tatsachen …, das nur verstreut unter unzähligen Menschen existiert".

[99] Jörg Guido Hülsmann, *Mises: The Last Knight of Liberalism* (Ludwig von Mises Institute, 2007).

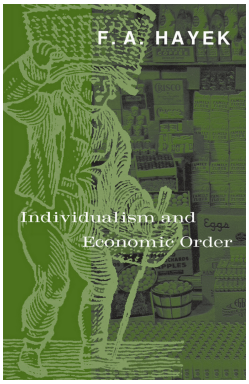
[100] Ludwig von Mises, *Economic Calculation in the Socialist Commonwealth* (1920), englische Ausgabe, Ludwig von Mises Institute, 1990.

[101] F. A. Hayek, *Individualism and Economic Order* (University of Chicago Press, 1948).

Die Debatte über die Wirtschaftsrechnung (Fortsetzung)

Hülsmann. „Knowledge, Judgment, and the Use of Property“ (1997) präzisiert den Unterschied zwischen Mises' und Hayeks Argumenten und wendet sich dagegen, Mises' Position auf das Problem der Sammlung verstreuter Informationen zu reduzieren. Eigentum, Tausch und unternehmerisches Urteil stehen im Mittelpunkt: Handlungen zu verhindern, die Marktpreise hervorbringen, ist etwas anderes, als vorhandene Informationen nicht zu sammeln.

Lange und die Statue. 1936 schlug der polnische Ökonom Oskar Lange „eine Statue von Professor Mises“[102] im Sozialisierungsministerium oder in der Zentralen Planungskommission des sozialistischen Staates vor. Es war eine ironische Würdigung der Herausforderung; Lange glaubte, sein Modell könne sie beantworten. Dreiundfünfzig Jahre später brach 1989 das kommunistische Machtmonopol in Polen zusammen; die neue Regierung leitete am 1. Januar 1990 marktwirtschaftliche Reformen ein. Die Ironie ist auffällig.



F. A. Hayek, Individualism and Economic Order, Ausgabe der University of Chicago Press.

Die sowjetische Führung litt aber nicht einfach unter unzureichenden Informationen: Sie unterdrückte oder diskreditierte aktiv Informationen, die ihrer Politik widersprachen. Bauern und örtliche Funktionäre verfügten über Wissen zu Ernten, Haushaltsbedürfnissen und den Folgen von Requisitionen. Wer unter politischem Zwang über diese Wirklichkeit berichtete, konnte sich dem Vorwurf der Illoyalität aussetzen. Der Schaden bestand daher nicht bloß darin, Daten nicht zu sammeln: Der Staat griff die Bedingungen an, unter denen unerwünschtes Wissen ausgesprochen, geprüft und in *Handeln umgesetzt* werden konnte.

Stalins Brief an Kaganowitsch vom 11. August 1932 macht diesen Mechanismus konkret. Er räumte ein, dass zahlreiche ukrainische Bezirksparteikomitees den Getreidebeschaffungsplan für unrealistisch hielten. Ihre Einwände behandelte er als Zusammenbruch der Parteidisziplin, verband das Problem mit Feinden und warnte, die sowjetische Führung könne die Ukraine verlieren. Die Information hatte ihn erreicht. Seine Reaktion verwandelte einen Einwand gegen die Politik in eine Frage politischer Kontrolle.

Hier wird Hayeks Sorge um verstreutes Wissen besonders relevant. Örtliches Wissen verliert seine korrigierende Kraft, wenn Menschen für seine Mitteilung bestraft werden oder ihnen die Macht fehlt, eine Entscheidung zu ändern. Man muss Hayeks allgemeines Argument gegen umfassende Planung nicht teilen, um die zerstörerische Wirkung von Zensur und Zwang zu erkennen. Eine Regierung kann Warnungen erhalten und trotzdem deren Überbringer zum Schweigen bringen; Unwissenheit, hergestellte Unwissenheit und die Weigerung, auf bekanntes Leid zu reagieren, sind unterschiedliche Formen des Versagens.

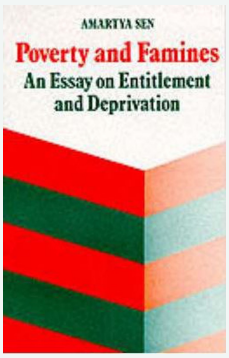
[102] Jacek Kochanowicz, „Introduction to the 1990 Edition“, in Ludwig von Mises, *Economic Calculation in the Socialist Commonwealth* (Ludwig von Mises Institute, 1990).

In *Der Weg zur Knechtschaft* (1944)[103] verbindet Hayek umfassende Wirtschaftskontrolle auch mit der Konzentration politischer Zwangsgewalt. *Die Verfassung der Freiheit* (1960)[104] vertieft die Frage institutioneller Begrenzungen. Für die Hungersnot ist die praktische Frage unmissverständlich: Wer konnte eine Quote anfechten, eine tödliche Politik aufdecken oder ihre Verantwortlichen zu einem Kurswechsel zwingen?

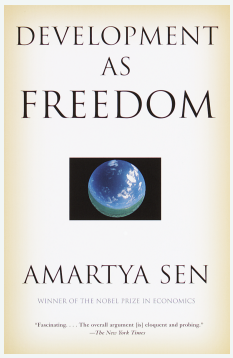
Amartya Sen — Demokratie als universeller Wert



Amartya Sen in Köln, 28. November 2007. Foto: Elke Wetzig (Elya).



Poverty and Famines. Englische Ausgabe, Oxford University Press.



Development as Freedom. Vintage-Taschenbuchausgabe, 2000.

Amartya Sen, der Wirtschaftspreisträger von 1998, formuliert eine weitreichende These über Hungersnot und Demokratie. In „Democracy as a Universal Value“ (1999) schreibt er, **in einem unabhängigen demokratischen Land mit zumindest relativ freier Presse habe sich „nie eine größere Hungersnot ereignet“.** Seine Erklärung ist institutionell: Unabhängige Berichterstattung, Opposition und Wahlen machen Leid sichtbar und setzen Regierungen unter Handlungsdruck.

In *Poverty and Famines* (1981)[105] unterscheidet er zudem die Lebensmittelversorgung einer Gesellschaft von der Möglichkeit ihrer Menschen, Nahrung zu erhalten: Lebensmittel können vorhanden sein, während bestimmte Gruppen den Zugang verlieren. *Development as Freedom* (1999)[106] verbindet politische Freiheit mit dem Schutz vor Entbehrung.

Für den Holodomor schärft dies die Frage, warum Warnungen und Leid keinen Kurswechsel erzwingen konnten. Die Unterdrückung von Informationen und die Beseitigung politischen Widerspruchs setzten jene Mittel außer Kraft, mit denen Opfer Hilfe hätten verlangen oder Machthaber zur Rechenschaft ziehen können. Sens institutionelles Argument bleibt auch dann relevant, wenn man Mises’ oder Hayeks Wirtschaftstheorie ablehnt: Informationen müssen zirkulieren dürfen, und Menschen brauchen Institutionen, über die sie eine Reaktion verlangen können.

[103] F. A. Hayek, *The Road to Serfdom* (1944).

[104] F. A. Hayek, *The Constitution of Liberty* (1960), englische Ausgabe, herausgegeben von Ronald Hamowy, University of Chicago Press, 2011.

[105] Amartya Sen, *Poverty and Famines: An Essay on Entitlement and Deprivation* (1981), englische Ausgabe, Oxford University Press, 1983.

[106] Amartya Sen, *Development as Freedom* (1999).

Sens Argument verdeutlicht die politische Tragweite des in Abschnitt 2.3 erläuterten Befunds, dass genügend Nahrung vorhanden war. **Eine unabhängige, demokratische Ukraine hätte sowohl die Nahrung zur Verhinderung der Hungersnot als auch die politischen Mittel gehabt, ihren Schutz einzufordern.** Gewählte Vertreter hätten gegen die Einziehungen vorgehen, eine freie Presse das Verhungern öffentlich machen und die Wähler eine Regierung ablösen können, die nicht handeln wollte. Moskaus Diktatur kontrollierte dagegen die Ernte, zensierte Berichte über den Hunger und unterdrückte unabhängige politische Organisationen. Den Ukrainern wurden die selbst erzeugte Nahrung und die Institutionen genommen, über die sie hätten verlangen können, diese Nahrung zur Rettung ihres Lebens einzusetzen.

R. J. Rummels *Power Kills* (1997)[107] verbindet staatliches Töten mit konzentrierter, keiner Rechenschaft unterworfener Macht. Zusammen mit Sen gelesen, lenkt Rummel den Blick darauf, ob die gefährdete Bevölkerung wirksame Mittel des Widerspruchs besitzt. Die maßgeblichen Schranken gegen Zwang[108] betreffen politische Rechte, unabhängige Organisation und Institutionen, die eine Reaktion erzwingen können. Dies ist ein Argument über die Verteilung von Macht; Menschen, die von wirksamer politischer Teilhabe ausgeschlossen sind, verlangen besondere Aufmerksamkeit.

Leszek Kołakowski fragt, welche Verantwortung die Partei und ihre Institutionen für Stalins Herrschaft trugen. In seiner Erörterung von Chruschtschows Geheimrede von 1956 in *Main Currents of Marxism* zeigt er, wie unzureichend es ist, Stalin persönlich verantwortlich zu machen und zugleich die Partei und ihre Institutionen im Wesentlichen von Verantwortung freizusprechen. Stalins Macht hatte institutionelle Grundlagen: das bolschewistische Regierungsmonopol, die politische Polizei und die Zerschlagung unabhängiger Opposition. Die Vorstellung eines Kommunismus ohne Repression erklärt nicht, wie die tatsächlichen Institutionen jahrzehntelang Stalins unkontrollierte Herrschaft ermöglichten. Die Frage ist, wie die von der Revolution geschaffenen Institutionen seine Herrschaft ermöglichten und seine Entscheidungen vor wirksamer Anfechtung schützten.[109]

[107] R. J. Rummel, *Power Kills: Democracy as a Method of Nonviolence* (Transaction Publishers, 1997).

[108] R. J. Rummel, *Power Kills: Democracy as a Method of Nonviolence* (Transaction Publishers, 1997), Kapitel 13, „Why Does Power Kill?".

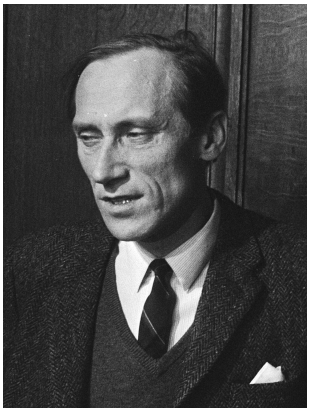
[109] Leszek Kołakowski, *Main Currents of Marxism*, übers. von P. S. Falla, drittes Buch, *The Breakdown*, Kap. XIII, „Developments in Marxism Since Stalin's Death", § 1, „De-Stalinization", S. 1149–1150, 1152–1153 (einbändige Ausgabe). Er erkennt Lagerentlassungen und die Verringerung willkürlichen Terrors an und unterscheidet diese Veränderungen zugleich von institutionellen Grenzen der Parteimacht.

Kołakowski über Glauben und Belege

Leszek Kołakowski (1927–2009) war ein polnischer Philosoph, der zu einem führenden Kritiker des Kommunismus wurde. 1966 wurde er aus der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei ausgeschlossen. Nach dem Verlust seiner Universitätsstelle 1968 verließ er Polen.

In *Main Currents of Marxism* untersucht er die Erschütterung durch Chruschtschows Rede von 1956: Berichte, die als feindliche Propaganda abgetan worden waren, gewannen Autorität, als Moskau sie bestätigte.

„Berichte, die keinerlei Erschütterung ausgelöst hatten, solange sie in ‚bürgerlichen' Büchern oder Zeitungen erschienen, wirkten wie ein Donnerschlag, sobald das Kreml-Orakel sie bestätigte."[110]



Leszek Kołakowski, Amsterdam, 9. März 1971.

Das „Wunder" von Rjasan: nach Stalin, 1959–60

Stalin starb 1953, und Chruschtschow verurteilte 1956 seinen Personenkult. Dennoch wurde 1959 die russische Region Rjasan dafür gefeiert, ihre jährliche Fleischproduktion angeblich verdreifacht zu haben. Der regionale Parteichef Alexei Larionow erhielt Chruschtschows öffentliche Unterstützung. Untersuchungen im Herbst 1960 deckten umfangreiche Fälschungen hinter dem gefeierten Erfolg auf.

In Yoram Gorlizkis Studie durchzieht die Täuschung den gewöhnlichen regionalen Parteiapparat. Funktionäre mit zuvor angesehenen Laufbahnen wirkten an der Herstellung des Erfolgs mit. Politischer Druck und Abhängigkeit von Vorgesetzten konnten beruhigende Berichte stärker belohnen als zutreffende Informationen; der Betrug erfasste jene Institutionen, die den Plan umsetzen und überwachen sollten.

Der Betrug zehrte auch die Mittel künftiger Produktion auf. Funktionäre ließen junges und untergewichtiges Vieh schlachten, um die vorgeschriebene Fleischmenge abzuliefern. Ein Bezirksfunktionär erinnerte sich daran, gewarnt zu haben, dies werde ihre Reserven zerstören. Der gemeldete Erfolg verringerte somit den für die spätere Produktion benötigten Viehbestand. Dies war ein Versagen der Zukunftsplanung: Die Erfüllung der gegenwärtigen Verpflichtung erhielt Vorrang vor dem Erhalt der Herde, von der die spätere Fleischproduktion abhing.

Die zeitliche Abfolge ist bedeutsam: Stalin war tot und seine persönliche Herrschaft verurteilt, doch die Anreize zur Herstellung landwirtschaftlicher Erfolge blieben bestehen. Seine Diktatur hatte institutionelle Grundlagen. Die Beseitigung des Diktators beseitigte nicht automatisch die politischen Beziehungen, die Täuschung belohnten. Dieser spätere Skandal veranschaulicht ein fortbestehendes Problem von Macht und Rechenschaft.

Eine institutionelle Erklärung muss individuelle Entscheidungen jedoch nicht unausweichlich machen. In „If Stalin Had Died…" argumentiert Kotkin, die umfassende

[110] Leszek Kołakowski, *Main Currents of Marxism*, übers. von P. S. Falla, drittes Buch, *The Breakdown*, Kap. XIII, „Developments in Marxism Since Stalin's Death", § 1, „De-Stalinization", S. 1150 (einbändige Ausgabe).

Zwangskollektivierung sei weder eine notwendige Bedingung der Industrialisierung noch eine unvermeidliche Voraussetzung der Diktatur gewesen.[111] Sowjetische Institutionen ermöglichten Stalins Herrschaft, doch seine ideologischen Bindungen und Entscheidungen bestimmten mit, wie weit der Zwang ging. Das System zu erklären, entlastet den Herrscher nicht, der sich zum Weitermachen entschied.

Die erfundene Ärzteverschwörung, die im Kasten in Abschnitt 2.5.2 behandelte antisemitische Kampagne gegen Mediziner, bietet ein konkretes Beispiel für die Folgen von Stalins persönlicher Herrschaft. Auf seinen Tod am 5. März 1953 folgte der Zusammenbruch der Ärzteverschwörung. Ein zeitgenössischer Bericht über die sowjetische Bekanntmachung vom 4. April dokumentiert die Freilassung und Rehabilitierung der überlebenden angeklagten Ärzte. Sein Tod brachte den in dieser antisemitischen Kampagne noch Inhaftierten Erleichterung; er kam zwanzig Jahre zu spät, um die Zerstörung des Holodomors rückgängig zu machen. Die Kehrtwende veranschaulicht, was bei unkontrollierter persönlicher Macht auf dem Spiel steht.

Stalins Entscheidungen betrafen sowohl den Einsatz von Zwang als auch die Bevölkerungen, gegen die er gerichtet wurde. Für den Holodomor rückt damit erneut die Verfolgung der Ukrainer als nationale Gruppe in den Mittelpunkt. Kollektivierung und Abschöpfung verheerten mehrere sowjetische Gesellschaften, darunter die kasachische Bevölkerung während des Asharshylyq[112]. Beide Hungersnöte erwuchsen aus sowjetischer Zwangspolitik. Diese gemeinsamen Mechanismen entscheiden jedoch nicht über die Völkermordabsicht: Ob die jeweilige Hungersnot auch Völkermord war, verlangt eine eigene Prüfung der Vernichtungsabsicht und der gezielten Maßnahmen gegen die betroffene nationale Gruppe. In Kasachstan zerschlugen erzwungene Sesshaftmachung und Kollektivierung die nomadischen Lebensgrundlagen und formten die kasachische Gesellschaft und nationale Identität gewaltsam um. In der Ukraine verknüpfte sich die Beschaffungspolitik zugleich mit einem Angriff auf nationale Eigenständigkeit und Kultur. Das Dekret vom 14. Dezember 1932 verband Getreidebeschaffung mit Vorwürfen gegen ukrainische Nationalisten und Maßnahmen zur Rücknahme der Ukrainisierung, besonders im Nordkaukasus. Die Direktive vom Januar 1933 zur Beschränkung der Flucht aus der Ukraine und dem Nordkaukasus versperrte anschließend einen Überlebensweg. Solche Entscheidungen verlangen eine Erklärung dafür, wen der Staat kontrollieren wollte und welche Formen nationalen Lebens er als bedrohlich ansah.

Der Vergleich in Abschnitt 1.1.1 macht den materiellen Mechanismus deutlich. Ukrainische Landhaushalte waren stark auf Getreide und Brot angewiesen; kasachische Hirtenhaushalte auf Herden für Fleisch, Milch und den Tausch gegen Getreide. Moskaus Politik nahm beiden die Mittel, sich zu ernähren. Die Umgestaltung einer Agrarwirtschaft mochte Fachwissen erfordern; dass Menschen ohne Nahrung verhungern, erforderte keines. Technisches Versagen der Planung hebt die Verantwortung für eine mit diesem Wissen fortgesetzte tödliche Entziehung nicht auf.

[111] Zu landwirtschaftlichen Alternativen und zur Debatte über Kollektivierung und Industrialisierung siehe Abschnitt 2.6, „Der Fluch der Schwarzerde“.

[112] Sarah Cameron, *The Hungry Steppe: Famine, Violence, and the Making of Soviet Kazakhstan* (Cornell University Press, 2018).

Die Ukraine und andere Gesellschaften Mittel- und Osteuropas erlebten kommunistische Gesellschaftsumgestaltung und sowjetische Herrschaft zu unterschiedlichen Zeiten und in verschiedenen Formen. Ihre Erfahrung wirft eine Frage auf, die eine Argumentation über Sozialismus allein nicht klären kann: Wie verstärkten Ideologie und imperiale Macht einander? Nationale Unterordnung bestimmte mit, wer regieren durfte, wessen Institutionen überleben konnten und wessen Darstellung der Wirklichkeit Gehör fand. Die ukrainische Erfahrung verlangt die Betrachtung von Ideologie, imperialer Herrschaft und autoritärer Macht.

Industrielles Wachstum belegt nicht, dass Zwangskollektivierung, strafweise Requisitionen oder das gewählte Tempo der Abschöpfung notwendig waren. Die versprochene Leistung einer Politik muss gegen die verfügbaren Wahlmöglichkeiten, die empfangenen Warnungen und die wissentlich auferlegten menschlichen Kosten abgewogen werden. Mises' Theorie kann für sich genommen weder die Ursachen der Hungersnot noch die Völkermordabsicht beweisen. Auch schließt ein Planungsversagen vorsätzlichen Nahrungsentzug nicht aus: Ein Regime kann eine Krise schaffen, sie ausnutzen und die Belege unterdrücken, die seine Verantwortung offenlegen würden.

*
**

Selbst wenn der Holodomor kein Völkermord gewesen wäre, was wäre er dann gewesen – Demozid, schuldhaftes Politikversagen, ein Versehen? Eine Einordnung zurückzuweisen, beantwortet diese Frage nicht und hebt die Verantwortung der beteiligten Menschen *und* Institutionen nicht auf. Die Zurückweisung entlastet weder Stalin noch das sowjetische Regime; beide wurden den Ukrainern aufgezwungen. Demozid[113] lenkt den Blick auf staatliches Töten, auch durch Lebensbedingungen, deren tödliche Wirkung den Verantwortlichen bekannt ist, und durch rücksichtslose Missachtung menschlichen Lebens; wer sich auf ein Versehen oder Unachtsamkeit beriefe, müsste dennoch Konfiszierungen, versperrte Flucht und die Unterdrückung von Warnungen erklären.

Eine Schlussfolgerung ist jedoch klar: **Der Holodomor lässt sich nicht glaubwürdig als Naturkatastrophe beschreiben, die eine um den Schutz ihrer Bevölkerung nach Kräften bemühte Regierung überforderte.** Zwangskollektivierung, unkontrollierte politische Macht und der Angriff auf die Ukraine als Nation verstärkten sich gegenseitig. Der Streit um Begriffe kann diese Mechanismen weder auslöschen noch die Verantwortlichen entlasten.

[113] R. J. Rummel, *Death by Government* (Transaction Publishers, 1994), Kapitel 2, „Definition of Democide".

3. Die Auslöschung der Ukraine als wiederkehrendes Muster russischer Herrschaft

Die Zerstörung durch den Holodomor reichte über die getöteten Menschen hinaus. Der Hunger verheerte die Dörfer, in denen Sprache, Bräuche und Familienerinnerungen weitergegeben wurden; die Repression griff die Institutionen an, durch die Ukrainer sich selbst regieren und eine öffentliche Kultur erhalten konnten. Diese Gewaltformen gehörten zu einem längeren Kampf darum, ob die Ukraine als Nation mit eigener politischer Zukunft bestehen konnte. Imperiale und sowjetische Herrschaft wandelten sich in Ideologie, Grenzen und Methoden; dennoch beanspruchte Moskau immer wieder die Autorität, die Grenzen ukrainischen nationalen Lebens festzulegen. Russlands heutiger Krieg verleiht dieser Geschichte unmittelbare Bedeutung.

Völkermord zielt auf die Zerstörung einer Gruppe als solcher; er ist nicht einfach ein anderes Wort für Massenmord. Das Töten in großem Umfang beschreibt, was einzelnen Menschen geschieht. Die völkermörderische Absicht richtet sich auf die vollständige oder teilweise Zerstörung einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe, wobei der betroffene Teil erheblich sein muss. Die Konvention erfasst auch andere Handlungen als das Töten. Insbesondere kann die gewaltsame Überführung von Kindern in eine andere Gruppe den Fortbestand einer Gemeinschaft angreifen, während die Kinder am Leben bleiben. Die geschützte Gruppe ist hier die ukrainische Nation: Ihr Staat und ihre Institutionen tragen ihr gemeinschaftliches Leben, ohne eine eigene Schutzkategorie des Vertrags zu bilden.[114]

Die Zerstörung ukrainischer Staatlichkeit, die Unterdrückung einer Sprache oder die Durchsetzung imperialer Herrschaft begründet für sich genommen noch keinen Völkermord im Sinne der Konvention. Lemkins weiter gefasste Analyse erklärt jedoch, wie die Zerstörung von Institutionen, Kultur und politischer Selbstbestimmung mit körperlicher Gewalt zu einem Angriff auf eine Nation verbunden werden kann. Kulturelle Auslöschung kann das nationale Ziel eines Angriffs erkennen lassen; Tötungen, zerstörerische Lebensbedingungen und die gewaltsame Überführung von Kindern zeigen die Mittel, mit denen dieses Ziel verfolgt wird. Das Überleben einzelner Menschen belegt nicht den Fortbestand ihrer Gruppe.

[114] Die Völkermordkonvention, Artikel II, schützt eine Gruppe als solche und erfasst auch ihre teilweise Zerstörung sowie die gewaltsame Überführung von Kindern. Die gerichtliche Darstellung des Krstić-Berufungsurteils des ICTY vom 19. April 2004 unterscheidet physische oder biologische Zerstörung von einem Angriff, der auf die kulturelle oder soziologische Identität beschränkt bleibt. Die Darstellung der Entstehungsgeschichte durch die Vereinten Nationen erläutert den Ausschluss kulturellen Völkermords als eigener Kategorie und die ausdrückliche Aufnahme der Kinderüberführung. Staatlichkeit und nationale Institutionen sind hier Grundlagen des Lebens der ukrainischen Gruppe; ihre Zerstörung allein ist keine gesonderte Handlung nach Artikel II.

3.1 Staatlichkeit, Sprache und kulturelle Auslöschung

Der Kampf um das ukrainische nationale Leben hatte eine imperiale Geschichte, bevor er eine sowjetische wurde. Das Walujew-Zirkular von 1863 beschränkte religiöse und pädagogische Veröffentlichungen auf Ukrainisch; Alexanders II. Emser Erlass von 1876 weitete die Einschränkungen auf den Import ukrainischer Bücher, öffentliche Lesungen, Theater und gedruckte Liedtexte aus. Die Zensur sollte jene Institutionen behindern, durch die eine Sprache über private Gespräche hinauswachsen konnte: Schulen, Verlage, Wissenschaft und öffentliche Aufführungen. Der spätere ukrainische Kampf um Staatlichkeit erwuchs aus einer Gesellschaft, deren Möglichkeit, ihre eigene Identität auszudrücken, bereits systematisch eingeschränkt worden war.

Der ukrainische Unabhängigkeitskampf begann nicht erst 1991. Nach dem Zusammenbruch des Russischen Reichs 1917 rief die vom Historiker Mychajlo Hruschewskyj geleitete Zentralrada im November 1917 die Ukrainische Volksrepublik aus. Zunächst strebte sie Autonomie an; mit dem auf den 22. Januar 1918 datierten Vierten Universal erklärte sie die volle Unabhängigkeit. Auf ehemals österreichisch-ungarischem Gebiet entstand eine eigene Westukrainische Volksrepublik. Beide verkündeten am 22. Januar 1919 ihre Vereinigung, doch der anhaltende Krieg verhinderte deren vollständige Verwirklichung.

Am ukrainischen Unabhängigkeitskampf waren mehrere Armeen und konkurrierende Regierungen beteiligt; die unabhängigen republikanischen Kräfte wurden schließlich von den Bolschewiki besiegt. Ein großer Teil der Ukraine geriet unter die von Moskau gestützte Ukrainische Sowjetrepublik, die im Dezember 1922 zu den Gründungsrepubliken der UdSSR gehörte. Andere Gebiete mit ukrainischer Bevölkerung blieben außerhalb sowjetischer Kontrolle, vor allem unter Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei. **Moderne ukrainische Staatlichkeit war daher lange vor der Auflösung der Sowjetunion 1991 entstanden und erkämpft worden.** Die Teilung der Zwischenkriegszeit ist auch für die Geschichte der Hungersnot wichtig: Die sowjetischen Behörden regierten damals noch nicht das gesamte heutige Staatsgebiet der Ukraine.

Innerhalb der sowjetischen Ukraine nahm das Verhältnis von Staatskontrolle und nationaler Kultur zunächst eine andere Wendung: Die Ukrainisierung der 1920er-Jahre weitete ukrainischsprachige Bildung, Publizistik und kulturelles Leben aus. Stalins Regime nahm diese Politik jedoch zurück und verfolgte ihre Mitgestalter. Zur später als *Розстріляне відродження* („Erschossene Renaissance“) bezeichneten Generation gehörten Schriftsteller und Künstler, deren Werke verboten und deren Leben durch Haft oder Hinrichtung zerstört wurden. Der Theaterregisseur Les Kurbas, der Dramatiker Mykola Kulisch und der Romanautor Walerjan Pidmohylnyj gehörten zu den 1937 in Sandarmoch hingerichteten ukrainischen Kulturschaffenden. Die Repression traf sowohl die Menschen, die eine nationale Kultur schufen, als auch die Institutionen, die sie an die nächste Generation weitergeben konnten.



Schriftsteller der WAPLITE, der Freien Akademie für proletarische Literatur, Charkiw, 1926–27. Zur Gruppe gehörten Mykola Chwylowyj und Mykola Kulisch.

Die spätere Erweiterung der sowjetischen Ukraine brachte westliche Regionen mit anderen politischen und kulturellen Erfahrungen unter denselben Staat. Die Karpatenukraine, auch Karpatenrussland genannt und heute größtenteils das ukrainische Gebiet Transkarpatien, wurde 1919 Teil der Tschechoslowakei. Zu ihrer Bevölkerung gehörten Russinen und Ukrainer sowie Ungarn, Juden und andere Gemeinschaften mit unterschiedlichen, teils überlappenden Identitäten. Ungarn annektierte 1938 einen Teil der Region und besetzte im März 1939 den Rest, wobei es die kurzlebige unabhängige Karpatenukraine zerschlug. Nach dem Eintreffen der Roten Armee 1944 verhinderten die sowjetischen Behörden die Wiederherstellung tschechoslowakischer Kontrolle und erzwangen Staatsangehörigkeitswechsel. Im Vertrag vom 29. Juni 1945 trat Prag das Gebiet an die UdSSR ab. Seine Eingliederung in die sowjetische Ukraine unterwarf die Region demselben autoritären Staat, der den Rest der Republik beherrschte.

Außerhalb der Ukraine löschte die sowjetische Expansion auch die Unabhängigkeit der baltischen Staaten aus. Die Molotow-Ribbentrop-Vereinbarungen vom August und September 1939[115] bereiteten ihre Unterwerfung vor; 1940 folgten sowjetische Besatzung und Annexion. Verhaftungen, Hinrichtungen und Familiendeportationen im Juni 1941 griffen ihre Gesellschaften ebenso an wie ihre Regierungen. Es folgte die nationalsozialistische Besatzung, doch die Rückkehr der Roten Armee 1944–45 stellte die sowjetische Besatzung wieder her, die Moskau als Befreiung darstellte. Im März 1949 folgten weitere Massendeportationen.[116] Viele westliche Staaten verweigerten den Annexionen die rechtliche Anerkennung und hielten am Fortbestand der baltischen Staatlichkeit fest, obwohl die sowjetischen Behörden vor Ort die Kontrolle ausübten.

[115] Siehe 2.5.3 Außenpolitik und imperiale Herrschaft. Zur ausführlicheren Erörterung des Pakts und der sowjetisch-deutschen Zusammenarbeit siehe Vatnik Soup, *Molotov–Ribbentrop: The Red-Brown Alliance*, Dossier zur historischen Erinnerung. In Vorbereitung.

[116] Im März 1949 wurden etwa 95.000 Menschen aus den drei baltischen Staaten deportiert. Siehe die Gedenkansprache der lettischen Botschaft, gehalten am 26. März 2024 und veröffentlicht am 12. April 2024.

Im Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei der Nachkriegszeit übte Moskau seine Kontrolle durch formal eigenständige Staaten aus. Ihre Unterordnung erfolgte über die örtlichen kommunistischen Führungen, das 1947 gegründete Kominform, wirtschaftliche Abhängigkeit und die Androhung oder Anwendung militärischer Gewalt. Eine US-Einschätzung zur Tschechoslowakei vom 15. Dezember 1949 nannte die sowjetische Botschaft, eine Prager Zentrale des sowjetischen Innenministeriums und Kontakte zwischen Parteifunktionären als Kanäle der Moskauer Kontrolle. Formale Unabhängigkeit bot somit keine Gewähr nationaler Selbstbestimmung. Die unabhängige ukrainische Republik war schon Jahrzehnte zuvor besiegt worden; ihre sowjetische Verwaltung war unmittelbar in die Institutionen der UdSSR eingebettet. In diesen unterschiedlichen politischen Ordnungen blieb die Macht, die Grenzen nationalen Lebens festzulegen, in Moskau und bei den ihm verantwortlichen Parteiführungen konzentriert.

Nach dieser Konsolidierung der Nachkriegsordnung brachten Stalins Tod 1953 und Chruschtschows Geheimrede vom 25. Februar 1956 einen tatsächlichen Bruch mit seinem öffentlichen Kult. Einige Opfer wurden rehabilitiert, darunter auch postum. Chruschtschow verurteilte willkürliche Repression, während er die leninistische Legitimität, Kollektivierung und Schwerindustrie verteidigte. Sein eigener Aufstieg in der Moskauer Parteiführung und seine Ernennung zum Parteichef der Ukraine 1938 verbanden seine Laufbahn mit dem System, über dessen Vergangenheit er nun urteilte. Die Kollektivierung als Politik zu verurteilen, hätte die Bilanz der Partei und seinen eigenen Dienst für sie infrage gestellt. Die politische Entscheidung darüber, was eingeräumt wurde, war daher bedeutsam. Wie Kołakowski in *Main Currents of Marxism* argumentiert, konnte die Konzentration der Schuld auf Stalin die Partei und das System schützen, durch die er geherrscht hatte. Der Diktator konnte verurteilt werden, ohne den Anspruch der Partei aufzugeben, über ihre eigene Geschichte zu richten.[117]

Der Beschluss der sowjetischen Partei vom Juni 1956 zog diese Grenze ausdrücklich: Stalins Missbräuche hätten, so beharrte er, den sozialistischen Charakter des Systems nicht verändert. Französische kommunistische Führer standen vor einem verwandten Risiko. Wie Courtois und Lazar formulierten: „Die Grundlage ihrer Legitimität zu verändern, drohte ihre Macht zu gefährden."[118]

[117] Leszek Kołakowski, *Main Currents of Marxism*, übers. von P. S. Falla, drittes Buch, *The Breakdown*, Kap. XIII, „Developments in Marxism Since Stalin's Death", § 1, „De-Stalinization", S. 1149–1150 (einbändige Ausgabe). Zum verwandten Problem, Maos katastrophale Politik zu verwerfen und zugleich die historische Legitimität der Kommunistischen Partei zu bewahren, siehe Vatnik Soup, *The Great Leap Backwards: China's Maoist regime, then and now*, Dossier zur historischen Erinnerung. In Vorbereitung.

[118] Thierry Wolton, *Une histoire mondiale du communisme*, Bd. III, *Les complices* (Paris: Grasset, 2017), S. 322–323. Stéphane Courtois und Marc Lazar, *Histoire du Parti communiste français* (2. Aufl., Paris: PUF, 2000), S. 310, wiedergegeben in Wolton, S. 326. Französisches Original: « Modifier ce qui fondait leur légitimité risquait de menacer leur pouvoir. »; eigene Übersetzung. Zu Unterschieden zwischen der französischen und der italienischen Partei und zu innerkommunistischem Dissens siehe Wolton, S. 320–325.

Chruschtschows Geheimrede, 1956

Am 25. Februar 1956 hielt Chruschtschow in einer geschlossenen Sitzung des XX. Parteitags seine Rede *Über den Personenkult und seine Folgen*. Er beschrieb erfundene Anschuldigungen, Folter und die Hinrichtung loyaler Kommunisten. Nachdem die Partei jahrzehntelang die Verherrlichung Stalins verlangt hatte, legte ihr Führer nun Verbrechen offen, die in ihrem Namen begangen worden waren. Der veröffentlichte Text vermerkt Unruhe und Empörung im Saal. Zeitgenössische Berichte schilderten, dass Delegierte in Ohnmacht fielen.

Die Erschütterung erfasste Menschen weit über den Parteitag hinaus. Abschriften wurden bei Parteiversammlungen verlesen und an kommunistische Parteien in Osteuropa geschickt; ein polnischer Text gelangte in den Westen. Das US-Außenministerium veröffentlichte die Rede am 4. Juni 1956. Für Kommunisten, die frühere Zeugnisse als feindliche Propaganda abgetan hatten, kam die Verurteilung nun von jener Führung, die sie verteidigt hatten.



Polnische Ausgabe für den innerparteilichen Gebrauch, Warschau, März 1956.

In der Ukraine zeigten sich die Grenzen dieses Bruchs am fortgesetzten Druck auf die nationale Kultur. In seinem Manuskript *Інтернаціоналізм чи русифікація?* von 1965 griff Iwan Dsjuba die Russifizierung an, indem er sich auf die vom Sowjetstaat selbst verkündeten leninistischen Grundsätze nationaler Gleichberechtigung berief. Doch selbst diese Kritik aus den erklärten Idealen des Systems heraus führte zur Verfolgung: Er wurde aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen und 1972 verhaftet.[119] Es ging darum, wer für das ukrainische Kulturleben sprechen durfte, während sich die Partei vorbehielt, dessen Grenzen festzulegen.

Die Kontrolle über Kultur erstreckte sich auch auf die historischen Zeugnisse selbst, einschließlich der Erinnerung an Hungersnot und ausländische Hilfe. Die Anerkennung der ARA-Hilfe durch die sowjetische Regierung am 10. Juli 1923 steht neben der späteren Geschichte, die der Archivführer der Hoover Institution beschreibt: Amerikanische Helfer wurden als Spione dargestellt, während die Mission aus offiziellen Publikationen weitgehend verschwand. Eine anerkannte Rettungsaktion konnte später als feindliche ausländische Präsenz umgedeutet oder aus der öffentlichen Geschichte entfernt werden.

[119] Eine Parallele bietet die Tschechoslowakei 1968: Der Versuch des Prager Frühlings, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, wurde im August durch eine sowjetisch geführte Invasion niedergeschlagen. Siehe das in Vorbereitung befindliche Vatnik-Soup-Dossier *Jan Palach: Resistance to Tyranny*; Kyle Orton, “Socialism Could Never Have a Human Face”, 21. August 2022.

Der Holodomor selbst wurde auch nach Stalins Tod noch jahrzehntelang amtlich verschwiegen. Stanislaw Kultschyzkyj erinnerte sich daran, 1986 einer sowjetischen Kommission beigetreten zu sein, die Hungerberichte widerlegen sollte. Im Archiv fand er dann Belege, die die ihm zur Verteidigung aufgetragene Erklärung untergruben. Als der ukrainische Parteichef Wolodymyr Schtscherbyzkyj die Hungersnot am 25. Dezember 1987 einräumte, führte er sie weiterhin auf Dürre zurück. Das Eingeständnis, dass es Hunger gegeben hatte, bedeutete noch nicht die Übernahme von Verantwortung für die Politik, die ihn tödlich gemacht hatte.

Die Familienerinnerungen überlebten dennoch, und die unter der Perestroika beginnende Öffnung weitete sich nach der Unabhängigkeit aus.



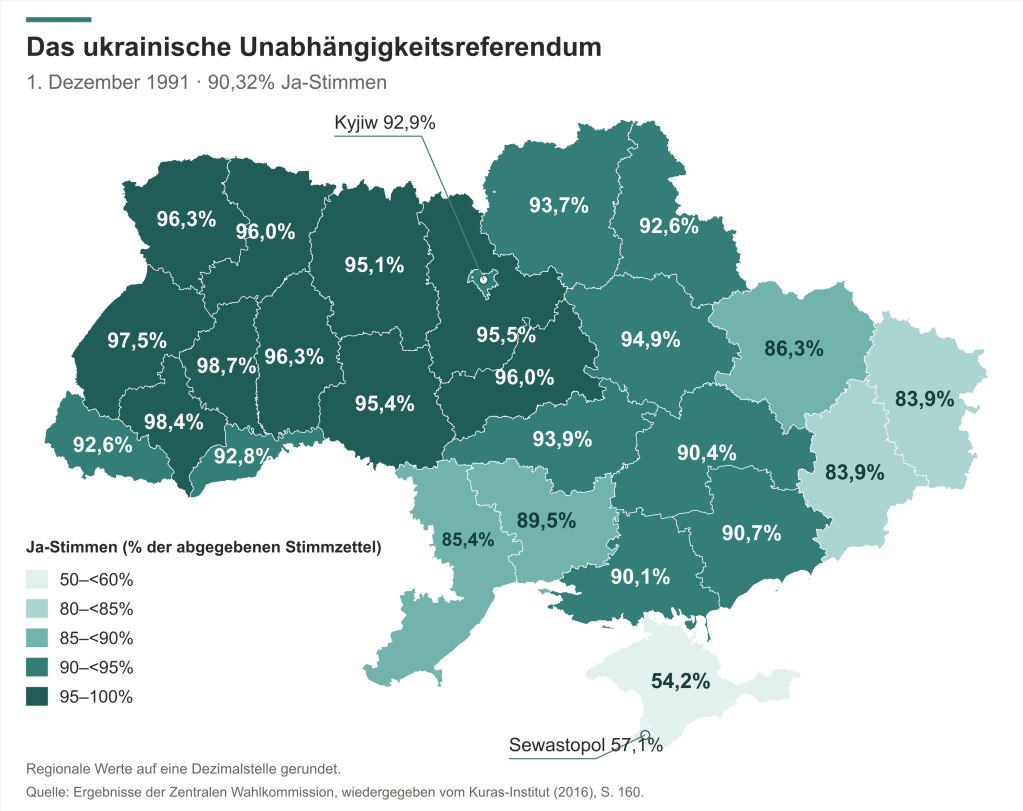
Holodomor-Gedenkmarsch, Winnipeg, 1983, zum fünfzigsten Jahrestag der Hungersnot. Fotoarchiv der Winnipeg Free Press.

Von der Perestroika zur Unabhängigkeit

Unter Michail Gorbatschow lockerten Perestroika („Umgestaltung“) und Glasnost („Offenheit“) Ende der 1980er Jahre die Zensur und erweiterten die öffentliche Debatte. Über den Holodomor, dessen Erörterung jahrzehntelang offiziell unterdrückt worden war, konnte wieder gesprochen werden.

Am 1. Dezember 1991 **befürworteten 90,32% der abgegebenen Stimmzettel die ukrainische Unabhängigkeitserklärung**, bei einer Beteiligung von 84,18%. In jeder der 27 Verwaltungsregionen stimmte eine Mehrheit mit Ja, auch auf der Krim (54,19%) und in Sewastopol (57,07%).

Von der Perestroika zur Unabhängigkeit



Zustimmung zur Unabhängigkeit nach Regionen, 1. Dezember 1991. Regionale Prozentwerte gerundet; veröffentlichtes landesweites Ergebnis: 90,32%.

Im Budapester Memorandum vom 5. Dezember 1994 bekräftigten Russland, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten, die Unabhängigkeit, Souveränität und bestehenden Grenzen der Ukraine zu achten und ihrer Verpflichtung nachzukommen, auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen deren territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit zu verzichten. Dies stand im Zusammenhang mit dem Beitritt der Ukraine zum Atomwaffensperrvertrag als Nichtkernwaffenstaat. Der bilaterale Vertrag über die ukrainisch-russische Staatsgrenze, unterzeichnet am 28. Januar 2003, trat am 23. April 2004 in Kraft. Die Ukrainer hatten sich für die Unabhängigkeit entschieden; Moskau hatte zugesagt, sie zu achten.

Kultschyzkyj erinnert an die Veröffentlichung von Wolodymyr Manjaks und Lidija Kowalenkos *33-й: голод. Народна книга-меморіал* 1991 und spätere Archivsammlungen. Die Wiedererschließung dieser Geschichte dauert an: Im Juni 2025 berichtete das Nationalmuseum des Holodomor-Genozids, 373 Augenzeugenberichte digitalisiert zu haben, die überwiegend Anfang der 2000er-Jahre aufgenommen worden waren. Indem diese Stimmen aufgezeichnet werden, erhalten einzelne Lebensgeschichten und Überlebensbemühungen wieder ihren Platz in einer Geschichte, die die Behörden unterdrückt hatten. Erinnerung behauptet zugleich das Recht der Ukrainer, in ihrem eigenen Namen zu sprechen.

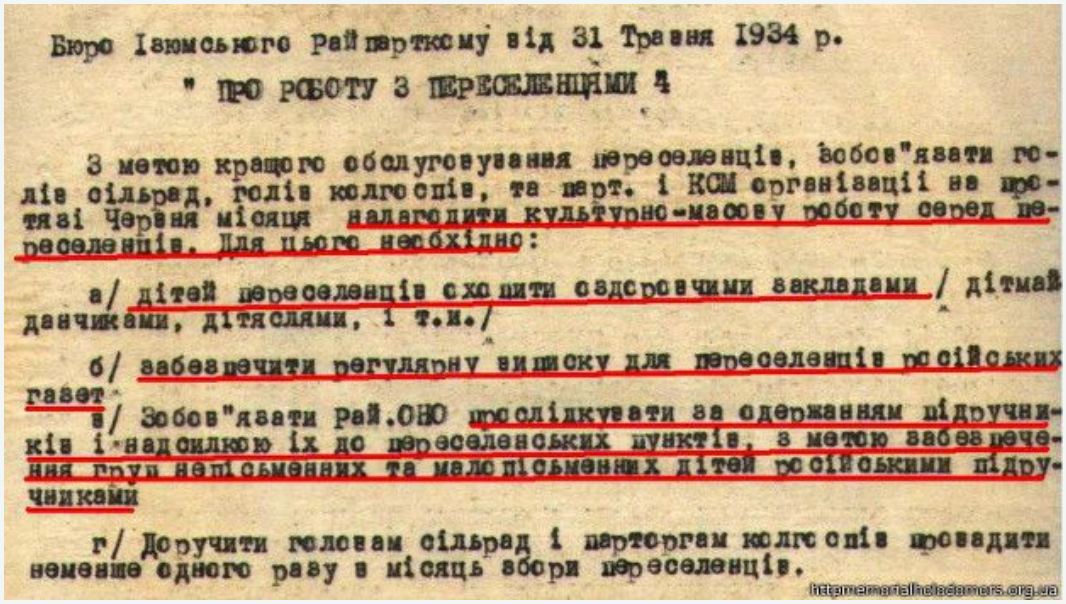
3.2 Der Holodomor im Angriff auf die Ukraine als Nation

Die Ukraine erlitt eine besonders zerstörerische Verbindung nationaler Unterwerfung und sowjetischer Gesellschaftsumgestaltung. Ihr unabhängiger Staat war besiegt worden, ihre kulturellen Institutionen wurden angegriffen, und ihre Landbevölkerung war massenhaftem Verhungern ausgesetzt. Eine moderne demografische Rekonstruktion schätzt die zusätzlichen Todesfälle in der sowjetischen Ukraine 1932–34 auf etwa 3,9 Millionen. Der Verlust reichte über einzelne Leben hinaus: Familien und Dorfgemeinschaften wurden zerstört; die Weitergabe von Sprache und Erinnerung wurde schwer beeinträchtigt. Die besondere Härte der Behandlung der Ukraine liegt in diesem Zusammentreffen physischer Vernichtung, gewaltsamer wirtschaftlicher Umgestaltung und Angriffen auf die Institutionen des nationalen Lebens.

Mit ihrer Unabhängigkeit verlor die Ukraine auch die Kontrolle über ihre Ernte. Sie hatte 1932 genug Nahrung produziert, um eine Hungersnot zu verhindern, wie die in Abschnitt 2.3 vorgestellte Studie belegt. Doch Moskaus Beschaffungssystem unterwarf die Ernte den Prioritäten der Zentrale: der Versorgung sowjetischer Städte, den Reserven und dem Verkauf ins Ausland. Diese Verteilung wurde durchgesetzt, während ukrainische Bauern verhungerten; die Zahlen in Abschnitt 1.3 zeigen, was ihnen nach den Einziehungen blieb. Nationale Unabhängigkeit betraf damit die Befugnis, lebensnotwendige Nahrung im Land zu behalten und zu verteilen. Zusammen mit demokratischer Rechenschaftspflicht hätte sie den Ukrainern die Mittel gegeben, gegen eine Politik vorzugehen, die sie tötete. Dies erläutert die Diskussion von Sens Argument in Abschnitt 2.7.

In seinem Vortrag „Soviet Genocide in Ukraine“ von 1953 verbindet Raphael Lemkin das Aushungern mit Angriffen auf Intellektuelle und Kirchen sowie mit Maßnahmen, die Ukrainer zerstreuten und die Besiedlung veränderten. Er versteht die Bauernschaft als Trägerin von Sprache, Kultur und kollektiver Identität. Seine Argumentation erklärt, warum die Zerstörung nationaler Institutionen in einer Darstellung des Angriffs auf eine Nation neben das Massensterben gehört.

Neuansiedlung und Unterrichtssprache, 1934



Бюро Ізюмського райпарткому від 31 Травня 1934 р.

" ПРО РОБОТУ З ПЕРЕСЕЛЕНЦЯМИ "

З метою кращого обслуговування переселенців, зобов"язати голів сільрад, голів колгоспів, та парт. і КСМ організації на протязі Червня місяця налагодити культурно-масову роботу серед переселенців. Для цього необхідно:

а/ дітей переселенців схопити оздоровчими закладами / дітмайданчиками, дітяслями, і т.п./

б/ забезпечити регулярну виписку для переселенців російських газет.

в/ Зобов"язати Рай.ОНО прослідкувати за одержанням підручників і надсилкою їх до переселенських пунктів, з метою забезпечення груп неписьменних та малописьменних дітей російськими підручниками

г/ Доручити головам сільрад і парторгам колгоспів провадити неменше одного разу в місяць збори переселенців.

„Über die Arbeit mit Neusiedlern“: Parteibüro des Bezirks Isjum, 31. Mai 1934. Auszug aus einer musealen Reproduktion.

Die Anweisung vom 31. Mai 1934 verlangte Kulturarbeit unter den Neusiedlern. Sie ordnete Abonnements russischer Zeitungen sowie russische Lehrbücher für die Schulen und Alphabetisierungsgruppen der Neusiedler an. Außerdem schrieb sie monatliche Versammlungen mit den Neusiedlern vor.

Die Neuansiedlung nach der Hungersnot umfasste somit neben Wohnraum und Boden auch Entscheidungen über Sprache und Institutionen. Diese örtliche Anweisung zeigt, wie die Partei Schulunterricht und öffentliches Leben der Neuankömmlinge auf Russisch organisierte.

Die Religionspolitik legt denselben Kampf um unabhängige Institutionen offen. Nach Jahren der Repression gestattete Stalin im Krieg eine Verständigung mit der russisch-orthodoxen Hierarchie. Die Erklärungen des Moskauer Patriarchats vom September 1943 dokumentieren sein Treffen mit drei Metropoliten am 4. September und die Erlaubnis, einen Patriarchen zu wählen. Die Bischöfe wählten am 8. September Sergius und dankten der sowjetischen Regierung. Dieselben Erklärungen mobilisierten Christen gegen Hitler. Religiöse Autorität half, Unterstützung für den Krieg zu mobilisieren, während die Hierarchie innerhalb staatlich gesetzter Grenzen handelte.

Im Ausland hatte das Kriegsbündnis Moskau bereits einen Anreiz geboten, religiöse Toleranz vorzuführen. Am 11. September 1941 bat Roosevelt den sowjetischen Botschafter Konstantin Umanski, vor der nächsten Lend-Lease-Vorlage im Kongress für Öffentlichkeitsarbeit über Religionsfreiheit in der UdSSR zu sorgen. Das Memorandum von Außenminister Cordell Hull hält die Sorge des Präsidenten fest, Feindschaft gegenüber der Sowjetunion könne die Hilfe behindern. Noch am 31. Juli hatte der amtierende Außenminister Sumner Welles jedoch berichtet, es gebe keine Anzeichen größerer religiöser Toleranz. Roosevelts Bitte benennt einen konkreten politischen Anreiz: Ein beruhigenderes Bild des sowjetischen religiösen

Lebens konnte die Verteidigung des Bündnisses vor einem amerikanischen Publikum erleichtern. Öffentlichkeitsarbeit und tatsächlich gewährte Freiheit waren getrennte Fragen.

Die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche in Galizien wurde hingegen anders behandelt. Ihre Darstellung der gegen sie gerichteten Operation beschreibt die Verhaftung des Metropoliten Jossyf Slipyj und weiterer Bischöfe 1945 sowie die anschließende Organisation einer Versammlung in Lwiw vom 8. bis 10. März 1946 durch die Sicherheitsdienste. Während die griechisch-katholische Hierarchie inhaftiert war, verkündete die Versammlung die Aufhebung der Union von Brest und die Eingliederung in die Russische Orthodoxe Kirche. Die Kirche nennt sie ein Pseudokonzil: Staatlich gelenkter Zwang wurde als kirchliche Wiedervereinigung dargestellt. Ihre legale Organisation wurde unterdrückt, während Gläubige eine Untergrundkirche aufrechterhielten.

Der Gegensatz betrifft die Macht über Institutionen ebenso wie die Lehre. Moskau konnte einer dem Staat nützlichen Hierarchie entgegenkommen und zugleich eine ukrainische Kirche mit eigenen Bindungen, eigener Führung und gesellschaftlicher Autorität zerschlagen. Der Angriff traf die Strukturen, durch die Gemeinschaften Geistliche ausbildeten, Traditionen bewahrten und ein Leben jenseits des Staates organisierten. Er stieß auch auf Widerstand: Die formelle Liquidierung löschte weder die religiöse Praxis noch die von der Kirche mitgetragene Identität aus.

Auch beschränkte sich der Nutzen der Kirche nicht auf die Kriegsmoral. Die Historikerin Kathryn David führt in „At the Kremlin in 1943“ die Wurzeln dieser Politik auf die 1939 von der Sowjetunion annektierten westukrainischen Gebiete zurück, die bis dahin zu Polen gehört hatten. Dort konnten religiöse Institutionen helfen, territoriale Eroberung als Wiedervereinigung darzustellen. Eine reglementierte orthodoxe Hierarchie bot Moskau ein Mittel, politischen und kulturellen Einfluss über Grenzen hinweg auszuweiten. Ihre Deutung macht die imperiale Dimension ausdrücklich: Die Wiederherstellung einer Kirche unter staatlicher Aufsicht konnte derselben Machterweiterung dienen wie die Unterdrückung einer anderen.

Massendeportationen richteten sich auch gegen nach Nationalität bestimmte Bevölkerungen. Sowjetdeutsche, Tschetschenen, Inguschen und weitere Völker wurden deportiert. In den baltischen Staaten entwurzelten die Deportationen von 1941 und 1949 Familien, die nach politischen und sozialen Kategorien ausgewählt worden waren. Kampagnen gegen ganze ethnische Bevölkerungen trieben die Kollektivbestrafung weiter: Die Nationalität selbst konnte die Deportation bestimmen, auch die von Kindern und Menschen, denen keine individuelle Tat vorgeworfen wurde.

Die Krim und die Krimtataren

Die Krimtataren sind ein indigenes Volk der Krim. Ihr nationales Leben umfasst Sprache, Religion, Familienerinnerung und kulturelle Traditionen, darunter die Örnek-Ornamentik, die 2021 in die UNESCO-Liste aufgenommen wurde. Die Deportation griff die Menschen an, die dieses Leben trugen, ebenso wie die Verbindung ihrer Gemeinschaft mit der Heimat.



Krimtatarische Frauen, Postkarte vom frühen 20. Jahrhundert.



Krimtatarische Tracht, Ukraine, 2021.

Stalins Befehl vom 11. Mai 1944 wies den NKWD an, sämtliche Krimtataren zu deportieren und dauerhaft in Usbekistan anzusiedeln. Er schrieb auch die Übertragung ihrer Häuser, ihres Viehs und ihrer Erzeugnisse an sowjetische Behörden vor. Vom 18. bis 20. Mai wurden mehr als 190.000 Krimtataren deportiert; Hunger, Krankheiten und Erschöpfung töteten viele während des Transports und in der Verbannung. Die Anschuldigung kollektiven Verrats diente als Rechtfertigung für die Entwurzelung eines Volkes einschließlich seiner Kinder und Familien, ohne individuelle Schuld nachzuweisen. Die Operation griff den Fortbestand der Gemeinschaft in ihrer Heimat ebenso an wie das Leben ihrer Mitglieder. Das ukrainische Parlament erkannte die Deportation 2015 als Völkermord an.

Auch das Überleben und der Kampf um die Rückkehr gehören zu dieser Geschichte. Familien bewahrten Wissen, Identität und die Bindung an die Krim in der Verbannung. Ihre spätere kulturelle Erneuerung zeigt, dass die Vertreibung das angegriffene Volk nicht auslöschte. Der Bezug zur heutigen Ukraine besteht aber auch in erneutem Druck: Der UN-Bericht von 2024 über zehn Jahre russischer Besatzung dokumentiert die Unterdrückung krimtatarischer Identität und Vertretungsinstitutionen. Ihr Platz in der ukrainischen Geschichte und ihre gezielte Verfolgung machen diese Erfahrung für das Verständnis nationaler Auslöschung zentral.[120]

Die Repression diente aber auch der materiellen Abschöpfung. Während der Operation West im Oktober 1947 deportierten sowjetische Sicherheitsorgane Familien, die mit ukrainischem nationalistischem Widerstand verbunden waren, in Sondersiedlungen und an Arbeitsorte. Die Entfernung der Familien traf zugleich die Verwandtschaftsnetze und die örtliche

[120] Siehe Vatnik Soup, *Crimea: A Ukrainian Destiny*, Dossier zur historischen Erinnerung. In Vorbereitung.

Unterstützung, auf denen der Widerstand beruhte. Die Zerstreuung in entfernte Siedlungen unter staatlicher Aufsicht erschwerte es, diese Bindungen zu erhalten und Opposition zu organisieren. Der sowjetische Regierungsbeschluss vom 10. September 1947 verband ihre Deportation ausdrücklich mit der Bereitstellung von Arbeitskräften für die Kohleindustrie. Ein sowjetischer Bericht vom 27. Mai 1948 verzeichnete 77.791 Deportierte, darunter Frauen und Kinder. Die meisten wurden Kohleunternehmen im Kusbass, in den Uralgebieten Tscheljabinsk und Molotow (heute Perm), in Ostsibirien und im kasachischen Karaganda zugewiesen. Andere Gruppen kamen zur Industrie- und Landwirtschaftsarbeit in das Gebiet Omsk. Widerstand zu brechen, Gemeinschaften zu entwurzeln und ihre Arbeitskraft auszubeuten, waren miteinander verbundene Zwecke derselben Operation.

Ukrainische politische Häftlinge wurden unterdessen über das sowjetische Lagernetz verstreut, darunter Gorlag bei Norilsk, Retschlag bei Workuta und Steplag bei Schesqasghan in Kasachstan. Lagerstrafen unterschieden sich rechtlich von den Zwangssondersiedlungen, denen deportierte Familien unterworfen wurden. Beide entfernten Ukrainer aus ihren Gemeinschaften und stellten ihr Leben und ihre Arbeit fern der Heimat unter sowjetische Kontrolle.

Die Uranminen der Tschechoslowakei zeigen eine verwandte Verbindung. Politische Häftlinge mussten um Jáchymov und Horní Slavkov Uran fördern, dessen Erz das sowjetische Atomwaffenprogramm versorgte. Diese Straflager waren sowohl vom sowjetischen Gulag als auch vom tschechoslowakischen System administrativer Zwangsarbeitslager getrennt.[121] Sie verbanden jedoch politische Repression mit der Gewinnung einer endlichen natürlichen Ressource für sowjetische strategische Prioritäten. Die Körper der Häftlinge und der Bodenschatz ihres Landes wurden gleichermaßen unter Zwang genutzt.

Die unmittelbare Deportation in die UdSSR dehnte diese Ausbeutung über Staatsgrenzen aus. Das slowakische Institut für Nationales Gedenken dokumentiert tschechoslowakische Zivilisten, die zur Zwangsarbeit in den Donbas und den Kaukasus geschickt wurden, darunter in Bergbau, Bauwesen und Industrie. Diese zivilen Deportationen waren im September 1944 auf höchster sowjetischer Ebene genehmigt worden, um kriegsbedingte Arbeitskräfteverluste zu ersetzen. Ukrainische Industriegebiete konnten somit auch Ziel von Menschen sein, die anderswo deportiert worden waren: Die sowjetischen Behörden nutzten Menschen und Orte innerhalb einer umfassenden Maschinerie erzwungener Produktion.

Tschechoslowakische Zivilisten in den Donbas zu schicken und ukrainische Familien nach Sibirien, in den Ural und nach Kasachstan zu deportieren, waren vorsätzliche Handlungen der Bevölkerungsverschiebung und Arbeitskräftezuteilung. Die Behörden wählten Menschen zur Deportation aus, organisierten Transporte und bestimmten die Ziele nach staatlichen Prioritäten. Der Zwang ging damit über die Herrschaft über ein Land hinaus: Er erlaubte dem Staat, seine Einwohner zu entwurzeln und ihre Arbeit über das sowjetische System zu verteilen.

[121] Zur ausführlicheren Behandlung der Repression und Zwangsarbeit in der Tschechoslowakei siehe Vatnik Soup, *Jan Palach: Resistance to Tyranny*, Dossier zur historischen Erinnerung (Januar 2027). In Vorbereitung.

Diese Fälle zeigen verwandte Mechanismen, obwohl sich ihre Ziele und Folgen unterschieden. Getreiderequisitionen konnten ukrainischen Gemeinschaften die Mittel zum Überleben nehmen; Deportationen konnten die soziale Grundlage des Widerstands zerstören und zugleich Arbeitskräfte liefern; Haft konnte aus politischen Gegnern Bergleute im Dienst eines Rüstungsprogramms machen. Die Kontrolle über Territorium ermöglichte die Kontrolle über Ressourcen, Arbeit und Bewegung. In der Ukraine verband sich wirtschaftlicher Zwang jedoch auch mit dem Angriff auf nationale Eigenständigkeit und Kultur. Ein Volk, dem die Macht zur Selbstregierung genommen war, konnte gezwungen werden, seine Ernten, seine Arbeit und die Institutionen preiszugeben, durch die es seine Identität bewahrte.

3.3 Seit 2014: Besatzung und Völkermordvorwürfe

Russlands gegenwärtiger Krieg gegen die Ukraine begann 2014 mit der Besetzung und versuchten Annexion der Krim sowie der russischen Militärintervention im Donbas. Am 27. März bekräftigte die UN-Generalversammlung die territoriale Integrität der Ukraine und verwarf die Gültigkeit des Krimreferendums als Grundlage für eine Änderung des Status der Halbinsel. Die groß angelegte Invasion vom 24. Februar 2022 weitete den Krieg zu einem Angriff auf den Fortbestand eines unabhängigen ukrainischen Staates aus.

Moskau stellte seinen Einmarsch als Schutz vor einem angeblichen Völkermord im Donbas dar. In seiner Anordnung vom 16. März 2022 erklärte der Internationale Gerichtshof, ihm lägen keine Belege vor, die Russlands Behauptung stützten, und wies Russland an, die am 24. Februar begonnenen Militäroperationen auszusetzen. Unabhängig davon erklärte das ukrainische Parlament Russlands Handlungen am 14. April 2022 zum Völkermord.

Butscha zeigt, was die Besatzung für eine ukrainische Gemeinschaft bedeuten konnte. Russische Truppen kontrollierten die Stadt bei Kyjiw vom 5. bis zum 30. März 2022. Nach ihrem Abzug wurden in den Straßen und in notdürftig angelegten Gräbern Leichen von Zivilisten gefunden. Bis zum 31. Oktober 2022 hatten UN-Menschenrechtsbeobachter in Butscha die Tötung von 73 Zivilisten dokumentiert, darunter Kinder. Ihre Untersuchung zur Nordukraine beschreibt Sicherheitskontrollen, auf die außergerichtliche Hinrichtungen folgten; Opfer wurden mit gefesselten Händen und Kopfschusswunden gefunden. Zivilisten wurden auch bei Fluchtversuchen oder alltäglichen Verrichtungen erschossen. Schon der Verdacht auf Verbindungen zu ukrainischen Streitkräften konnte einen Einwohner zum Ziel machen.[122]

[122] OHCHR, *Killings of Civilians: Summary Executions and Attacks on Individual Civilians in Kyiv, Chernihiv and Sumy Regions in the Context of the Russian Federation's Armed Attack against Ukraine*, 7. Dezember 2022, Executive Summary; Bucha.



Wolodymyr Selenskyj in Butscha, 4. April 2022.

Die Verschleppung von Kindern greift auch die Kontinuität ukrainischer Familien und Gemeinschaften an. Am 17. März 2023 erließ der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen Wladimir Putin und Maria Lwowa-Belowa wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen der rechtswidrigen Deportation und Überführung von Kindern.

Die russische Besatzung unterstellt die Kommunalverwaltung, Schulen und das kulturelle Leben der Kontrolle Moskaus. Ein UN-Menschenrechtsbericht vom März 2024 dokumentierte die Ersetzung ukrainischer Regierungs- und Bildungssysteme, Druck zur Annahme russischer Pässe und die Unterdrückung ukrainischer kultureller Ausdrucksformen.

Russland erklärte ukrainische Staatsbürger, die im besetzten ukrainischen Gebiet blieben, zu „Ausländern“. Putins Dekret Nr. 159 vom 20. März 2025 setzte ihnen bis zum 10. September 2025 eine Frist, eine rechtliche Grundlage für ihren Aufenthalt nach russischem Recht zu erlangen oder das Gebiet zu verlassen. Die Alternativen waren die russische Staatsangehörigkeit, ein anderer russischer Aufenthaltsstatus oder das Risiko, aus dem eigenen Zuhause deportiert zu werden. Damit machte die Besatzungsmacht das Recht der Ukrainer, an ihrem Wohnort zu bleiben, von ihrer eigenen Anerkennung ihres Status abhängig.

Der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wurde als Druckmittel genutzt, um Einwohner zur Annahme eines russischen Passes zu bringen. Der UN-Generalsekretär berichtete, dass Renten im besetzten Gebiet ab dem 1. Januar 2025 die russische Staatsangehörigkeit voraussetzten; zu den angeführten Maßnahmen zählt ein Dekret der Besatzungsbehörden von Saporischschja vom 13. September 2024. Das Dekret vom März 2025 hob außerdem frühere Bestimmungen zur kostenlosen medizinischen Versorgung auf, während für Aufenthaltsdokumente zur Erwerbstätigkeit Prüfungen in russischer Sprache, Geschichte und Recht vorgesehen waren. Ohne russischen Pass mussten Einwohner Beschränkungen bei Arbeit, Bankgeschäften, Versicherungen und Eigentumsrechten sowie

strengere Kontrollen an Kontrollpunkten hinnehmen. Die Annahme der russischen Staatsangehörigkeit konnte ukrainische Männer wiederum der Einberufung in die Armee aussetzen, die gegen ihr eigenes Land kämpfte.[123]

Kirchen, Schulen, Bücher und landwirtschaftliche Ressourcen werden neben dem Territorium zu Objekten der Kontrolle. Tötungen, die Verschleppung von Kindern, erzwungene Vertreibung und aufgezwungene russische Staatsangehörigkeit treffen unterschiedliche Grundlagen des Fortbestands einer nationalen Gemeinschaft: ihre Mitglieder, ihre nächste Generation und ihre institutionelle und kulturelle Kontinuität. Der Konflikt betrifft somit sowohl die Grenzen der Ukraine als auch die Fähigkeit der Ukrainer, innerhalb dieser Grenzen ein nationales Leben zu erhalten.

3.4 Ukrainisches Getreide in Russlands heutigem Krieg

Die Kontrolle über Nahrung ist erneut zu einem Mittel geworden, Macht über die Ukraine auszuüben. Die Mechanismen umfassen die Aneignung unter Besatzung, Angriffe auf Agrar- und Hafeninfrastruktur sowie Druck auf die Wege, über die die Ukraine ihre Ernten verkauft. Sie schädigen Lebensgrundlagen innerhalb der Ukraine und treffen zugleich Länder, die von internationalen Lebensmittellieferungen abhängen.

Die Wortmeldung von Margarita Simonjan, Chefredakteurin von RT, beim Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg am 17. Juni 2022 brachte offen zum Ausdruck, wie Hunger politisch genutzt werden sollte. An Putin gewandt, leitete sie einen „sehr zynischen Witz“ oder „Ausruf“ ein, den sie von mehreren Menschen in Moskau gehört haben wollte. Ihre russischen Originalworte lauteten:

„Вся надежда на голод. Что имеется в виду? Имеется в виду, что сейчас начнётся голод, и тут-то они образумятся: и санкции снимут, и вообще будут с нами дружить, потому что осознают, что не дружить с нами невозможно.“

„Unsere ganze Hoffnung ruht auf dem Hunger. Was ist damit gemeint? Gemeint ist, dass jetzt eine Hungersnot beginnen wird, und dann werden sie zur Vernunft kommen: Sie werden die Sanktionen aufheben und sich überhaupt mit uns anfreunden, weil sie begreifen werden, dass man gar nicht anders kann, als mit uns befreundet zu sein.“

Die Anfangsformel lässt sich als *Wsja nadeschda na golod* wiedergeben. Das russische **голод** (*golod*) bedeutet Hunger oder Hungersnot. Das ukrainische **голод** (*holod*) hat dieselbe Schreibweise und Bedeutung und bildet den ersten Bestandteil von **Голодомор** (*Holodomor*). Simonjan trug den „Witz“ mit breitem Lächeln vor: Der Hunger anderer Menschen war die Pointe; Zugeständnisse an Moskau waren das erhoffte Ergebnis.

[123] UN Secretary-General, A/80/315, 6. August 2025, §§ 7–10, nn. 5–8; OHCHR, *Forced Displacement from Territory of Ukraine Occupied by the Russian Federation*, 20. März 2026, §§ 33–38.



Simonjans „Unsere ganze Hoffnung ruht auf dem Hunger“, 17. Juni 2022. Standbild aus einem Video mit englischen Untertiteln; eine datierte Video-Wiederveröffentlichung dokumentiert den Austausch.

Derselbe Sender machte die vorgestellte Not europäischer Familien zum Gegenstand eines Weihnachtssketches. In dem am 23. Dezember 2022 veröffentlichten RT-Film erhält ein Mädchen zu Weihnachten 2021 einen Hamster. Ein Jahr später versorgt dessen Laufrad die Lampen der Familie mit Strom. Im Weihnachtsszenario für 2023 isst die frierende Familie Suppe; der Vater zieht die rote Schleife des Hamsters aus seinem Mund, die Mutter bringt ihn zum Schweigen. Die Schlussbotschaft lautet „Frohe ‚antirussische‘ Weihnachten!“ und wirbt für RT über VPN.[124] Ablauf und Botschaft des Sketches präsentieren Hunger und Kälte als Preis für den Widerstand gegen Russland, verpackt als weihnachtlichen Humor.

[124] VPN-Dienste (Virtual Private Network) können Zugangssperren umgehen. RT fordert Ausländer zu ihrer Nutzung auf, während Russland Twitter/X und andere Plattformen im Inland sperrt. Funktionäre und Propagandisten wie Simonjan benötigen daher selbst ein VPN oder eine andere Umgehungsmöglichkeit, wenn sie von Russland aus auf diesen Plattformen veröffentlichen. Kremlsprecher Dmitri Peskow räumte im April 2022 die Nutzung eines VPN ein. Der Staat sperrt auch VPN-Dienste; seit dem 1. September 2025 bestraft er die Werbung für Umgehungswerkzeuge und die vorsätzliche Suche nach als „extremistisch“ eingestuftem Material. Siehe Vatnik Suppe, *Censorship and VPNs*.



Das imaginierte „Weihnachten 2023“ in RTs Propagandasketch.

Das EU-Sanktionspaket vom 24. Februar 2025 erfasste ausdrücklich Schiffe, die gestohlenes ukrainisches Getreide transportieren. Eine spätere, am 12. Dezember 2025 veröffentlichte Recherche von Bellingcat und Lloyd’s List verfolgte den Massengutfrachter *Krasnodar* auf zwei Fahrten zwischen September und November vom Getreideterminal Awlita in Sewastopol zu saudischen Häfen. Satellitenbilder identifizierten das Schiff während Lücken seiner Ortungssignale am Terminal auf der besetzten Krim. Die Chartergesellschaft Petrokhleb-Kuban bestritt, von Awlita aus zu exportieren oder Getreide zu stehlen; die Recherche legte Bild- und Ortungsbelege vor, die ihrer Darstellung des Verladeorts widersprachen. Der Fall zeigt, wie besetzte Häfen landwirtschaftliche Erzeugnisse in den internationalen Handel bringen können, während deren Herkunft bestritten oder verborgen wird.

Die Wegnahme von Erzeugnissen ist jedoch nur eine Form der Kontrolle. Am 17. Juli 2023 gab der UN-Generalsekretär Russlands Rückzug aus der Schwarzmeer-Getreideinitiative bekannt. Die Vereinbarung hatte die Ausfuhr von mehr als 32 Millionen Tonnen Lebensmitteln aus ukrainischen Häfen ermöglicht, einschließlich Lieferungen des Welternährungsprogramms für humanitäre Einsätze. Russlands Beteiligung an einer Exportvereinbarung war zu einem Druckmittel geworden, mit dem Moskau den Zugang zu diesen Vorräten beeinflussen konnte.

Angriffe auf die Infrastruktur verstärkten diesen Druck. Am 23. August 2023 berichteten UN-Menschenrechtsbeobachter über vierzehn russische Angriffe seit dem 11. Juli, die Getreideterminals, Lagerhäuser, Hafenanlagen und zugehörige Ausrüstung getroffen hatten. Sie dokumentierten zivile Opfer und Störungen weltweiter Lebensmittelversorgungsketten. Die Beschädigung eines Silos oder Terminals wirkt über das unmittelbar zerstörte Getreide hinaus: Sie kann Lagerung, Transport und die für eine weitere Ernte nötigen Einnahmen behindern. Auch das UN-Monitoring für März 2026 verzeichnete weiter Angriffe auf die Hafeninfrastruktur.

Stalins Requisitionen und der nationalsozialistische Hungerplan wiesen der ukrainischen Landwirtschaft einen Platz in Machtprojekten zu, die das Leben ihrer Einwohner als entbehrlich behandelten. Diese Geschichte verleiht der politischen Bedeutung von Nahrung im heutigen Krieg einen besonderen Nachhall. Ukrainische Souveränität umfasst die Möglichkeit, Land zu bewirtschaften, die Früchte der eigenen Arbeit zu behalten und Exportmärkte zu erreichen, ohne dass eine Eroberungsmacht die Bedingungen bestimmt. Nahrung und Erinnerung treffen in dieser Frage zusammen: Können Ukrainer über jene Ressourcen und Institutionen verfügen, die ihr eigenes nationales Leben erhalten?

3.5 Russlands heutiger Krieg gegen die Ukraine als Nation

Wladimir Putin hatte ukrainische Unabhängigkeit bereits als Problem historischer Legitimität dargestellt. In „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer“, veröffentlicht am 12. Juli 2021, bezeichnete er Russen und Ukrainer als ein Volk und behauptete, „wahre Souveränität der Ukraine ist nur in Partnerschaft mit Russland möglich“. Er erklärte zugleich, die Zukunft der Ukraine sei von ihren Bürgern zu entscheiden. Die an die Souveränität geknüpfte Bedingung untergrub diese Zusicherung jedoch: Ukrainische Entscheidungen sollten nur innerhalb einer von Moskau akzeptierten Beziehung als authentisch gelten. Russlands Invasion gab diesem Widerspruch eine militärische Form.

Die Sprache der Brüderlichkeit löst diesen Widerspruch zur ukrainischen Selbstbestimmung nicht auf. Putin sprach vom „brüderlichen ukrainischen Volk“, als er 2014 die Annexion der Krim rechtfertigte, und beschwor bei der Annexionszeremonie im September 2022 „Brüder und Schwestern“.[125] In diesen Verwendungen begründet die behauptete Verwandtschaft kein gleichberechtigtes Recht, Moskaus Herrschaft abzulehnen. „Kleinrussen“, „ein Volk“ und die Ablehnung eines „Anti-Russlands“ können einzelnen Ukrainern das Überleben zugestehen und zugleich einer eigenständigen ukrainischen Nation das Recht auf ihre eigene Zukunft absprechen. Imperiale „Einheit“ wird unter der Bedingung angeboten, dass die Ukrainer die von Moskau abgelehnte politische und nationale Unabhängigkeit aufgeben.

Die Leugnung ukrainischer Staatlichkeit besitzt auch eine ausdrückliche ideologische Literatur. In *Основы геополитики*[126] (1997), Teil V, Abschnitte 4.4 und 5.6, behandelt Aleksandr Dugin eine souveräne Ukraine als Bedrohung des russischen eurasischen Projekts und fordert ihre geopolitische Zerschlagung. Er lässt Formen kultureller Autonomie zu, verlangt aber Moskaus absolute militärische und politische Kontrolle über die nördliche Schwarzmeerküste. Ukrainische Eigenständigkeit wird nur unter der Bedingung geduldet, dass sie keine unabhängige Macht besitzt. Hier wird die imperiale Hierarchie offen ausgesprochen: Moskau weist die strategische Rolle zu; Ukrainern wird das Recht verwehrt, ihre eigene zu wählen.

[125] Putins Ansprache vom 18. März 2014 beschwört das „brüderliche ukrainische Volk“, während er die Annexion der Krim rechtfertigt; seine Ansprache vom 30. September 2022 beruft sich auf ukrainische Brüder und Schwestern, während er vier weitere Regionen zu Teilen Russlands erklärt.

[126] Александр Дугин, *Основы геополитики* (1997), Teil V, Abschnitte 4.4, 5.6; S. 347–349, 377–382.

Bei einem Gespräch mit westlichen Journalisten im März 2022 formulierte Aleksandr Dugin die imperiale Bedingung ausdrücklich: „Ohne die Ukraine kann Russland nicht wieder ein Imperium werden." Mit der Ukraine unter russischer Kontrolle werde Russland wieder zu einem Imperium, erklärte er; die Sache tat er als „nichts Persönliches" ab.[127] Die Souveränität der Ukraine wird dabei als Hindernis für Russlands imperialen Status behandelt.

In einem Interview mit ANNA-News vom 6. Mai 2014 sagte er im Zusammenhang mit den Tötungen und dem Brand in Odesa vier Tage zuvor: „я думаю убивать, убивать и убивать. Больше разговоров никаких не должно быть. Как профессор я так считаю." Auf Deutsch: „Ich denke: töten, töten und töten. Es darf nicht mehr geredet werden. Als Professor bin ich dieser Meinung." Ein Videoausschnitt dokumentiert die Aussage.

In einem VK-Beitrag vom August 2014 schrieb er „Геноцид кретинов напрашивается сам собой" – „Ein Völkermord an Kretins drängt sich geradezu auf" – und bestritt, dass die Menschen, die er angriff, wirklich Ukrainer seien: „Я не верю, что это украинцы." Er pries die Ukrainer als slawisches Volk, bezeichnete aber jene, denen er diese Zugehörigkeit absprach, als „появившаяся из канализационных люков раса ублюдков" – „eine aus Kanalisationsschächten hervorgekommene Rasse von Bastarden". Die Rede vom Völkermord und die rassistische Entmenschlichung sind unmissverständlich. Im Zusammenhang mit seinem Programm imperialer Kontrolle bringen sie eine Völkermordabsicht gegenüber jenen Ukrainern zum Ausdruck, denen er nach seinen Maßstäben die ukrainische Identität abspricht.

Die staatliche Agentur RIA Nowosti veröffentlichte am 3. April 2022 Timofei Sergejzews „Was Russland mit der Ukraine tun sollte". Er forderte die Liquidierung der herrschenden Elite, Repression in Kultur und Bildung und den Entzug der Souveränität für mindestens eine Generation. „Die Entnazifizierung wird unvermeidlich auch eine Entukrainisierung mit sich bringen", schrieb er. Das Streben nach Unabhängigkeit wurde als Beleg für Nationalsozialismus dargestellt; das Programm richtete sich gegen die ukrainische nationale Existenz selbst.

Wir haben diese historischen Umkehrungen in „9. Mai: zweideutige Beziehung des Kremls zum Nationalsozialismus" und die heutigen Überschneidungen kremlfreundlicher Propaganda mit der extremen Rechten in „Degenerate Russia: Nazi vatniks" untersucht.

[127] Aleksandr Dugin, Gespräch mit westlichen Journalisten, März 2022. Vollständige Aufnahme auf Englisch, datiert auf den 5. März 2022 (26 Min. 9 Sek.); ursprüngliche Veröffentlichung auf YouTube.

„Anti-Russland“: wenn Unabhängigkeit und Souveränität als Feindschaft dargestellt werden

In dieser Rhetorik bedeutet „Anti-Russland“ „Nicht-Russland“: eine Ukraine, die ohne Moskaus Zustimmung ihre eigenen Institutionen, Bündnisse und ihre Zukunft wählen kann. Putins Aufsatz von 2021 stellt die Trennung als westliches Projekt dar und macht akzeptable Souveränität von einer Partnerschaft mit Russland abhängig. Eigenständiges ukrainisches Handeln verschwindet aus dieser Darstellung: Entscheidungen, die Moskau ablehnt, werden zum Beleg ausländischer Kontrolle. Sergejzews „Entnazifizierung“ treibt dieselbe Logik weiter und verwandelt die Unterdrückung der Ukraine als Nation in eine vermeintliche Befreiung.

Pawel Gubarew, ein prorussischer Separatistenführer aus Sjewjerodonezk im Osten der Ukraine, erklärte sich 2014 zum „Volksgouverneur“ von Donezk. Er forderte eine russische Militärintervention und rekrutierte Separatistenkämpfer; später zog er nach Russland und kämpfte eigenen Angaben zufolge im März 2022 bei den russischen Streitkräften nahe Kyjiw. In einem im Oktober 2022 verbreiteten Video formulierte er diese Wahl ungewöhnlich unverblümt. Er bezeichnete Ukrainer als vom Teufel besessene Russen, stellte die Änderung ihrer Überzeugungen als Heilung dar und drohte ihnen für den Fall ihrer Weigerung mit dem Tod. Seine anfängliche Versicherung, überzeugen statt töten zu wollen, mündete unmittelbar in die Drohung, eine Million, fünf Millionen oder alle zu töten.[128]

[128] Zum Hintergrund: Rat der EU, Eintrag 82, The Moscow Times, 18. Februar 2026. Pawel Gubarew, im Oktober 2022 verbreitetes Video: Videoausschnitt und OstroVs Bericht vom 11. Oktober. Die sechs Bilder behalten die englischen Untertitel von Russian Media Monitor und die ursprünglichen Kennzeichnungen; die Bildunterschrift übersetzt die vollständige relevante Passage des untertitelten Clips samt vorausgehendem und nachfolgendem Kontext.

Pawel Gubarew: „überzeugen“ oder töten



Pawel Gubarew, Oktober 2022. Sechs Standbilder aus der englisch untertitelten Fassung von Julia Davis’ Russian Media Monitor. Übersetzung der vollständigen Passage einschließlich der unmittelbar vor und nach den sechs Bildern gesprochenen Sätze: „Das sind Russen, die vom Teufel besessen sind. Wir kommen, um sie zu überzeugen, nicht um sie zu töten. Aber wenn ihr nicht wollt, dass wir euch umstimmen, dann werden wir euch töten. Wir werden so viele von euch töten, wie wir müssen. Wir werden eine Million oder fünf Millionen töten, wir können euch alle ausrotten, bis ihr versteht, dass ihr besessen seid und geheilt werden müsst.“

Die bedingte Form ist für die Drohung entscheidend. Ukrainern wird das Überleben angeboten, wenn sie die eigenständige nationale Identität aufgeben, die ihre Eroberer ablehnen; wer sich weigert, dem droht physische Vernichtung, die sich auf alle erstrecken kann. Zwangseingliederung und Ausrottung erscheinen als verbundene Mittel zur Beseitigung ukrainischer nationaler Existenz. **Die Drohung, diejenigen zu vernichten, die sich einer erzwungenen Assimilation widersetzen, verliert ihren völkermörderischen Charakter nicht dadurch, dass Unterwerfung als Ausweg angeboten wird.** Gubarews Worte machen seine eigene Vernichtungsabsicht deutlich.

Auch religiöse Autorität hat Russlands heutigen Krieg gerechtfertigt. In seiner Predigt vom 25. September 2022 bezeichnete Patriarch Kirill den Tod bei der Erfüllung militärischer Pflichten als Opfer, das die Sünden eines Menschen abwasche. Obwohl er zugleich für ein

Ende der Kämpfe betete, verband das Argument geistliche Erlösung mit dem Militärdienst in diesem Krieg. Zur umfassenderen Nutzung der Religion durch den russischen Staat siehe „Dekadentes Russland 1: Religiöse Verfolgung“.

Am 27. März 2024 verabschiedete das von Kirill geleitete Weltkonzil des Russischen Volkes eine Erklärung, die Russlands Invasion als „heiligen Krieg“ bezeichnete – russisch „священная война“ (*swjaschtschennaja woina*). Der vollständige Text verlangt, dass die gesamte heutige Ukraine in Russlands ausschließliche Einflusssphäre eingeht. Er fordert auch die rechtliche Anerkennung eines einzigen russischen Volkes aus Großrussen, als „Kleinrussen“ bezeichneten Ukrainern und Belarusen. Dies ist ein politisches Programm eines vom Patriarchen geleiteten öffentlichen Forums, kein Beschluss des Heiligen Synods. Seine Ansprüche sind jedoch konkret: Die Verteidigung einer vermeintlich gemeinsamen geistlichen Welt wird zur Rechtfertigung dafür, der Ukraine eine unabhängige politische und nationale Existenz abzusprechen.

Die Rhetorik widersprach auch Zusicherungen im Ausland. Am 12. April 2024 erinnerte der Ökumenische Rat der Kirchen daran, dass Kirill seinem Generalsekretär im Mai 2023 erklärt hatte, Hinweise auf einen heiligen Krieg beträfen die metaphysische Ebene, nicht einen bewaffneten Konflikt. Der ÖRK wies die neue Erklärung zurück und fragte, ob sie die Position der Russischen Orthodoxen Kirche wiedergebe. Beschwichtigungen gegenüber ausländischen Gesprächspartnern und die Heiligung des Krieges im Inland ließen sich nicht dadurch versöhnen, dass beides als Verteidigung des Friedens bezeichnet wurde.

Die Kirchenverwaltung ist erneut der Ausdehnung russischer Macht in die Ukraine gefolgt. Am 7. Juni 2022 unterstellte der Heilige Synod der Russischen Orthodoxen Kirche die Bistümer Dschankoj, Simferopol und Feodossija auf der besetzten Krim unmittelbar dem Moskauer Patriarchen und Synod. Diese Bistümer hatten zur Ukrainischen Orthodoxen Kirche gehört, die historisch selbst mit Moskau verbunden war. Der Beschluss berief sich auf Eingaben ihrer Bischöfe und auf Schwierigkeiten bei der Kommunikation mit Kyjiw. Institutionell entzog er Kyjiw die Zuständigkeit und übertrug die Verwaltung unmittelbar nach Moskau. Die Ausweitung russischer kirchlicher Jurisdiktion begleitete somit die Besatzung selbst innerhalb einer zuvor mit dem Moskauer Patriarchat verbundenen Kirchentradition.

Die Repression traf auch Geistliche außerhalb dieser Hierarchie. In seinem Bericht für September–November 2024, Absätze 70–73, dokumentierte das UN-Menschenrechtsbüro Einschränkungen der Religionsfreiheit in besetztem Gebiet und die Freilassung zweier griechisch-katholischer Priester im Juni 2024, die seit November 2022 inhaftiert gewesen waren. Einer berichtete von Folter und Misshandlung. Siehe auch unsere Suppe über religiöse Verfolgung. Diese Taten unterscheiden sich vom Apparat der erzwungenen Eingliederung von 1946. Der Vergleich benennt jedoch eine wiederkehrende Frage: Wer darf eine von Moskau unabhängige Institution aufrechterhalten, und was geschieht, wenn diese Unabhängigkeit eine territoriale Eroberung überlebt? Der Anspruch, Religion zu schützen,

widerlegt keine Belege für Verfolgung und rechtfertigt nicht die Beseitigung ukrainischer religiöser Eigenständigkeit.

„Einheit“ umfasst hier den Anspruch, darüber zu entscheiden, welche ukrainischen Institutionen unabhängig von Moskau bestehen dürfen. Die historischen Umstände haben sich verändert, die politische Forderung bleibt jedoch erkennbar: Ein Volk darf genehmigte Formen religiösen Lebens behalten und zugleich die Befugnis verlieren, dieses Leben nach eigenen Maßstäben zu organisieren.

3.6 Deportation und Russifizierung ukrainischer Kinder

Die Verschleppung von Kindern trägt den Angriff auf die Ukraine als Nation in die nächste Generation. In ihrer Untersuchung vom März 2026 verifizierte die UN-Untersuchungskommission Fälle von 1.205 Kindern, die aus fünf ukrainischen Gebieten deportiert oder überführt worden waren. Bis dahin waren 80 Prozent der Kinder in ihren dokumentierten Fällen nicht zurückgekehrt. Dies sind verifizierte Fälle, keine Schätzung der insgesamt verschleppten Kinder. Die Kommission dokumentierte russische Staatsangehörigkeit, langfristige Unterbringung in russischen Familien und Einrichtungen, Adoptionsdatenbanken und Hindernisse bei der Familienzusammenführung. Dies waren Vorkehrungen für eine fortgesetzte Trennung und Eingliederung in das russische Leben. Die Kommission stufte die Deportation und zwangsweise Überführung von Kindern durch russische Behörden sowie das Verschwindenlassen dieser Kinder als Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein.

Größere Zahlen beschreiben andere Gruppen. In seinem Jahresbericht 2024, den der UN-Generalsekretär 2025 zitierte, berichtete der Menschenrechtsbeauftragte des ukrainischen Parlaments von 19.546 Kindern, die innerhalb der besetzten Ukraine überführt oder nach Russland deportiert worden seien. Maria Lwowa-Belowa, die russische Präsidialbeauftragte für Kinderrechte (*sic*)[129], behauptete im Jahresbericht ihres Amtes für 2022, mehr als 700.000 Kinder seien aus der Ukraine einschließlich des besetzten Donbas nach Russland gelangt, die meisten mit Eltern oder anderen Verwandten. Keine der beiden Zahlen ist mit der verifizierten Fallzahl der Kommission austauschbar; die russische Gesamtzahl ist keine unabhängig ermittelte Zahl rechtswidriger Deportationen.

Moskau stellt die dokumentierten Deportationen und zwangsweisen Überführungen von Kindern als Evakuierung und Schutz vor Krieg dar – jenem Krieg, den Russland selbst gegen die Ukraine zu führen beschloss. Die Kommission stellte jedoch fest, dass die dokumentierten Verschleppungen im Allgemeinen nicht vorübergehend waren, die erforderliche Zustimmung fehlte und Gesundheits-, Behandlungs- oder Sicherheitsbedürfnisse nicht ihre

[129] Die Amtsbezeichnung ist offiziell. Zum Vergleich siehe den Hungerplan in Abschnitt 1.1.1: Herbert Backe, einer der maßgeblichen Planer und Organisatoren der Hungerpolitik von 1941, war Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das er später leitete. Eine für Ernährung zuständige Institution konnte das Aushungern organisieren; ein Amt, das sich auf Kinderrechte beruft, kann Deportation und Zwangsassimilation organisieren.

hauptsächlichen Beweggründe waren. Der Anspruch, Kindern Schutz zu bieten, rechtfertigt nicht, sie von ihren Familien und ihrem Land fernzuhalten.

Lwowa-Belowas eigene öffentliche Äußerungen beleuchten die beabsichtigte Umformung. Im September 2022 beschrieb sie eine Gruppe von Kindern aus Mariupol, die die ukrainische Hymne sangen und Putin kritisierten. Sie stellte ihre anschließende Unterbringung in russischen Familien, darunter ihrer eigenen, so dar, als verwandle sich ihre Haltung dadurch in Liebe zu Russland. Bei einem Treffen mit Putin räumte sie auch öffentlich ein, ein Kind aus Mariupol „adoptiert“ zu haben. Ihre Darstellung behandelte die ukrainischen Bindungen der Kinder als ein durch die neue Erziehung überwundenes Hindernis.

In einem Videointerview für Empatia Manuchi im Oktober 2025 tat sie Entführungs- und Russifizierungsvorwürfe als „Mythologie“ ab und sagte dabei selbst „Я украла мариупольского ребёнка“ – „Ich habe ein Kind aus Mariupol gestohlen“. Sie beschrieb die Liebe des Jungen zur Ukraine und seinen Wunsch, nicht in Russland zu leben, und wie sie ihm gesagt habe, er müsse seine Einstellung ändern.



Maria Lwowa-Belowa. Standbild aus einem Videoausschnitt von UNITED24 mit englischen Untertiteln.

Das Humanitarian Research Lab der Universität Yale identifizierte ein systematisches Programm erzwungener Adoption und Pflegeunterbringung, das Putin und seine Untergebenen mit dem Ziel der Russifizierung ukrainischer Kinder eingeleitet hatten. Verschleppung, aufgezwungene Staatsangehörigkeit und die Ersetzung familiärer und nationaler Bindungen gehören in dieser Darstellung zusammen. Es geht um die vorsätzliche Überführung von Kindern aus jener Gemeinschaft, durch die sie sonst Sprache, Erinnerung und Zugehörigkeit erben würden.

Die Fallakten der Kommission zeigen, was dies praktisch bedeuten konnte. Drei Jungen im Jugendalter wurden russische Pässe ausgestellt. Bei einem aus Cherson deportierten Mädchen im Säuglingsalter ersetzten Adoptionsunterlagen und eine neue Geburtsurkunde den ursprünglichen Namen und Geburtsort durch einen neuen Namen und einen Geburtsort im Gebiet Moskau. Seine Mutter, Geschwister und sein Vormund blieben in der Ukraine. Die Änderung der amtlich verzeichneten Herkunft eines Kindes geht über vorübergehenden Schutz hinaus.

Die Kirche erscheint auch in der Infrastruktur, die aus der Ukraine verschleppte Kinder aufnimmt. Yales Untersuchung vom September 2025 identifizierte unter den 210 untersuchten Orten eine von der Russischen Orthodoxen Kirche verwaltete religiöse Einrichtung.

Deshalb ist Artikel II(e) der Völkermordkonvention bedeutsam. Er erfasst ausdrücklich die gewaltsame Überführung von Kindern aus einer geschützten Gruppe in eine andere; die Tötung der Kinder ist keine Voraussetzung. Dauerhafte Trennung und organisierte Assimilation sind für diese Frage relevante Belege. Die Haftbefehle des IStGH gegen Putin und Lwowa-Belowa vom März 2023 betreffen die Kriegsverbrechen der rechtswidrigen Deportation und Überführung. Diese Wahl der Tatvorwürfe bedeutet keine Feststellung, dass Völkermordabsicht fehlte. Vatnik Suppe untersuchte das Kinderdeportationsprogramm und seine erklärten nationalen Ziele in „Genocide in Ukraine“.

Kinder am Leben zu lassen ist mit einem Angriff auf den Fortbestand ihrer Gruppe vereinbar. Werden Kinder mit der erforderlichen Zerstörungsabsicht gewaltsam in eine andere Gruppe überführt, können neue Namen, eine andere Schulbildung und ersetzte nationale Bindungen die Kontinuität der Gemeinschaft durchtrennen, aus der sie genommen wurden. Russifizierung bezeichnet die Identität, die ihre ukrainische Zugehörigkeit ersetzen soll.

3.7 Stalin und Lenin in Putins Erinnerungspolitik

Stalins Rückkehr zu öffentlichen Ehren verändert die Bedeutung des Gedenkens. Wenn Industrialisierung, Sieg und Staatsmacht sein öffentliches Bild beherrschen, können die unter seiner Herrschaft Getöteten und Enteigneten zu einer lästigen Einschränkung werden. Für die Ukraine ist dies besonders folgenreich: Der für die Hungersnot verantwortliche Herrscher kann gefeiert werden, während die ukrainische Erinnerung an seine Opfer als Feindschaft gegenüber Russland abgetan wird.[130]

[130] Eine frühere amtliche Formulierung findet sich in Alexander Wolgarjows Erklärung vor dem Ständigen Rat der OSZE vom 24. November 2022, PC.DEL/1772/22, S. 1: Die Ereignisse der Hungersnot „richteten sich gegen keine bestimmte Nation“. Englische Übersetzung des OSZE-Sprachendienstes, verbreitet am 25. November 2022.



Beitrag des russischen Außenministeriums, 30. November 2022: Maria Sacharowa bestreitet, dass sich der Holodomor gegen eine nationale Gruppe richtete, und beruft sich auf schlechte Ernten.

Diese Rehabilitierung bestand neben amtlichem Gedenken an die Repression. Am 30. Oktober 2017 nahm Putin an der Eröffnung der Moskauer Mauer der Trauer teil und erklärte, die schreckliche Vergangenheit müsse im nationalen Gedächtnis bleiben, ohne Stalin zu nennen. Am 15. Mai 2025 wurde jedoch in der Moskauer Metrostation Taganskaja ein rekonstruiertes Relief zu Ehren Stalins eingeweiht, im Rahmen der Feierlichkeiten zum neunzigjährigen Bestehen der Metro. Die Komposition zeigt ihn zwischen dankbaren Arbeitern und Kindern. Ihre Wiederherstellung brachte dieses wohlwollende Bild in den öffentlichen Nahverkehr zurück; Gegner reagierten mit der Veröffentlichung früherer Aussagen Putins und Dmitri Medwedews, die Repression verurteilt hatten. Der Streit legt eine selektive Aufarbeitung offen: Trauer um die Opfer kann mit neuer Ehrung des Herrschers und des von ihm befehligten Staates einhergehen.



Rekonstruiertes Relief zu Ehren Stalins in der Moskauer Metrostation Taganskaja, eingeweiht am 15. Mai 2025.

In der Nähe bietet das privat betriebene Museum des Kalten Krieges Bunker-42 einen weiteren Schauplatz für den öffentlichen Stalinkult. In einer am 23. Mai 2025 veröffentlichten Kolumne beschrieb Michael Thumann, der Moskauer Korrespondent der Wochenzeitung Die Zeit, einen Film, der Stalin den Auftrag zum Bau der Atom- und Wasserstoffbombe[131] zuschrieb und diese Waffen als Garanten dauerhafter russischer Unbesiegbarkeit darstellte. Zwei Besucher nahmen an einem Steuerpult an einem simulierten Nuklearschlag gegen San Francisco teil. Der Führer stellte ihn als Vergeltung dar und versicherte den Besuchern, Russland werde niemals zuerst zuschlagen. Thumann beschrieb außerdem Kinder am Eingang und regelmäßige Schulklassenbesuche, ein Restaurant mit Gerichten, die mit der sowjetischen Führung verbunden wurden, sowie einen Laden mit Stalin-Souvenirs, Atombomben als Schlüsselanhängern und einem Putin-Becher. Sein Bericht zeigt, wie das Bild des Diktators und das Schauspiel massenhafter Vernichtung von Zivilisten mit Besichtigungen, Restaurantbesuchen und dem Kauf von Souvenirs zu einem Freizeiterlebnis verbunden werden konnten.[132]

[131] Sowjetische Atomspione stahlen entscheidende Geheimnisse des von den USA geleiteten Manhattan-Projekts. Klaus Fuchs und Theodore Hall lieferten detaillierte Informationen über den amerikanischen Bombenentwurf; Fuchs nutzte Harry Gold als Kurier. Die 1949 getestete erste sowjetische Atombombe beruhte auf diesem amerikanischen Entwurf. Siehe MI5, *Klaus Fuchs*; Harvey Klehr and John Earl Haynes, *On the Trail of a Fourth Soviet Spy at Los Alamos*, *Studies in Intelligence*, 63, no. 3 (September 2019), pp. 1, 6. Uran stammte auch aus Gefangenenarbeit und kolonialer Rohstoffausbeutung: Häftlinge bauten es in Jáchymov für die UdSSR ab, in der sowjetisch beherrschten Tschechoslowakei (siehe Abschnitt 3.2, S. 98). Kasachstans Uranindustrie wurde seit den 1950er-Jahren ausgebaut; zugleich setzte das Testgelände Semipalatinsk benachbarte Gemeinden radioaktivem Niederschlag aus.

[132] Michael Thumann, *Ein Zweitschlag auf San Francisco. Danach eingelegte Gurken*, *Die Zeit*, 23. Mai 2025. Bericht über einen Besuch, hier als Quelle für die Darstellung des Museums herangezogen. Bunker-42 hat einen eigenen Eingang von der Straße. Eine archivgestützte Geschichte von GO-42 vom 26. Oktober 2022, aktualisiert am 21. März 2023, weist die Anlage als Fernmeldeeinrichtung aus und widerspricht der Darstellung, die später eingerichteten Stalin-Büro- und Nuklearstart-Räume entsprächen ihrer ursprünglichen Funktion.

Lenin nimmt in dieser Auswahl einen anderen Platz ein. In seiner Ansprache vom 21. Februar 2022 stellte Putin die moderne Ukraine als Schöpfung des bolschewistischen Russland und Lenin als ihren Architekten dar. Auf seine Kritik an der ukrainischen Dekommunisierung ließ er die Drohung folgen, der Ukraine zu zeigen, was dieser Begriff wirklich bedeute. In dieser Argumentation konnte die Rücknahme von Lenins Erbe die Aufhebung ukrainischer Staatlichkeit selbst bedeuten. Diese Darstellung löscht die ukrainische republikanische Bewegung und ihren Kampf gegen die bolschewistische Eroberung aus. Ukrainische Staatlichkeit wird zu einem Geschenk Moskaus, dessen Legitimität Moskau wieder entziehen kann.[133]

Diese Auswahl orientiert sich daher konsequenter an imperialer Autorität als an der Treue zur kommunistischen Lehre. Lenin kann für die Anerkennung eines ukrainischen politischen Gemeinwesens verantwortlich gemacht werden, während Stalin das Bild zentraler Macht, territorialer Ausdehnung und siegreicher Mobilisierung liefert. Die Unabhängigkeit der Ukraine bestreitet Moskaus beanspruchtes Recht, darüber zu entscheiden, welche Teile dieses Erbes Ukrainer hinnehmen müssen. Die Erinnerung an den Holodomor behauptet eine andere Autorität: Die Opfer und ihre Nachkommen gehören zu einer Geschichte, die dem Nachfolgestaat ihrer damaligen Herrscher nicht gehört.

Auch die Errichtung neuer Stalin-Denkmäler hat eine messbare Geschichte. Tochkas Untersuchung von 2023 ermittelte die Aufstellungsdaten der erfassten Denkmäler. Eine gesonderte Agentstwo-Erhebung gemeldeter Einweihungen zählte acht im Jahr 2024 und mindestens neun in den ersten fünf Monaten 2025; besetztes ukrainisches Gebiet blieb ausgeschlossen.

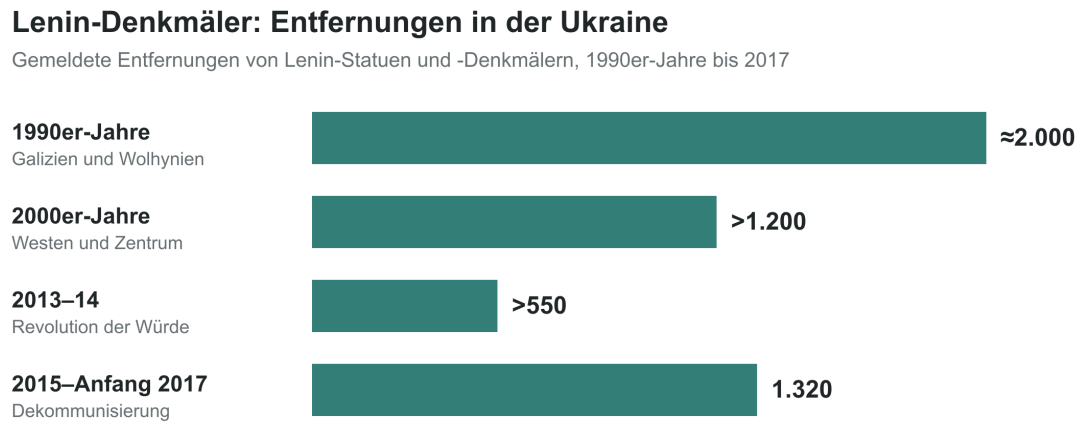
Die Entfernung von Lenin-Statuen in der Ukraine (*Leninopad*) erstreckte sich über mehrere Jahrzehnte. Plokhys historische Studie zeichnet frühere Wellen im Westen und im Zentrum nach, noch vor den Stürzen im Zusammenhang mit der Revolution der Würde[134]. Das Ukrainische Institut für Nationales Gedenken berichtete von 1.320 während der

[133] Die Übertragung von 1954 verschob das Gebiet Krim durch sowjetische Institutionen von der Russischen SFSR zur Ukrainischen SSR; sie schuf weder die Ukraine noch machte sie die Krim zu einem widerrufbaren persönlichen Geschenk. Russland erkannte die bestehenden Grenzen anschließend in Artikel 2 des Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft vom 31. Mai 1997 an. Putin unterzeichnete am 28. Januar 2003 in Kyjiw den Vertrag über die ukrainisch-russische Staatsgrenze und das zugehörige Ratifikationsgesetz, das Föderale Gesetz Nr. 24-FZ vom 22. April 2004; der Vertrag trat am 23. April 2004 in Kraft (UNTS, Bd. 3161, Nr. 54132). Dieser Vertrag grenzte die Landgrenze ab; die frühere Anerkennung der bestehenden ukrainischen Grenzen umfasste die Krim. Streit über die Motive einer innersowjetischen Übertragung kann diese späteren Verpflichtungen zwischen unabhängigen Staaten nicht aufheben. Die russische Formel «ошибка Хрущёва» – *oschibka Chruschtschowa*, „Chruschtschows Fehler" – stellt die ukrainische Zugehörigkeit der Krim als einen von Moskau rückgängig zu machenden russischen Irrtum dar. Der südafrikanisch-amerikanische Unternehmer Elon Musk griff die englische Wendung in seinem Beitrag vom 3. Oktober 2022 auf, in dem er vorschlug, die Krim solle formal zu Russland gehören. Der Vatnik Roger Waters ging weiter: In seinem Interview mit dem *Daily Telegraph* vom 8. Februar 2023 sprach er der Ukraine den Status als Land ab und sagte, „sie gibt es doch erst seit Chruschtschow, 1956". Dies verwechselt offenbar die Übertragung der Krim mit der Schaffung der gesamten Ukraine und nennt selbst für die Übertragung das falsche Jahr: 1954, nicht 1956.

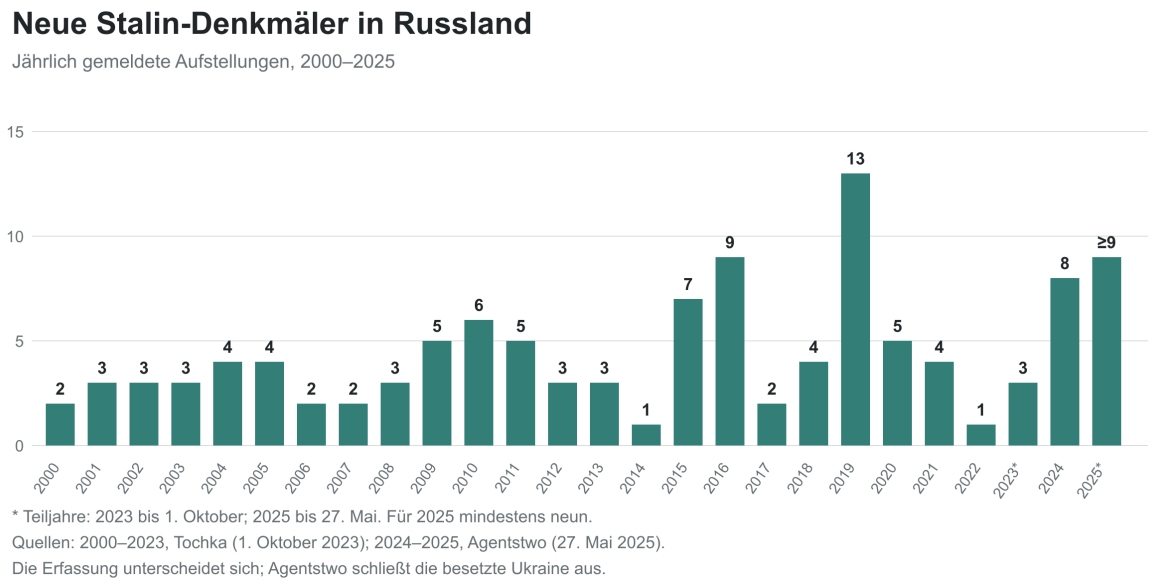
[134] Siehe Vatnik Suppe, „Maidan-Revolution" (Suppe 123), sowie *Euromaidan: Revolution of Dignity*, Dossier zur historischen Erinnerung, in Vorbereitung.

Dekommunisierung entfernten Lenin-Denkmälern. Diese späteren Entfernungen setzten einen Prozess fort, der in der Zeit um die Unabhängigkeit begonnen hatte.

Für Ukrainer verbindet das in Abschnitt 2.5.1 beschriebene politische Erbe diese Denkmäler mit dem Verlust der Unabhängigkeit, kommunistischer Diktatur und wiederkehrenden Hungersnöten. Lenin und Stalin standen für aufeinanderfolgende Phasen einer Ordnung, die ukrainische Leben, Nahrung und politische Wahlmöglichkeiten einer in Moskau konzentrierten Macht unterwarf. Leninopad konnte daher zugleich die Ablehnung kommunistischer Diktatur und russischer imperialer Herrschaft ausdrücken – und die Weigerung, Herrscher zu ehren, die mit Hungersnot und Repression verbunden waren.



Entfernungen von Lenin-Denkmälern in aufeinanderfolgenden Zeiträumen. Die Balken bewahren die ungefähren Zahlen, geografischen Erfassungsgebiete und gemeldeten Gesamtsummen ihrer Quellen.



Gemeldete Aufstellungen von Stalin-Denkmälern, 2000–2025. Quellen und Erfassungsumfang sind in den Diagrammanmerkungen angegeben; Sternchen kennzeichnen unvollständige Jahre.

Leninopad – Leninsturz

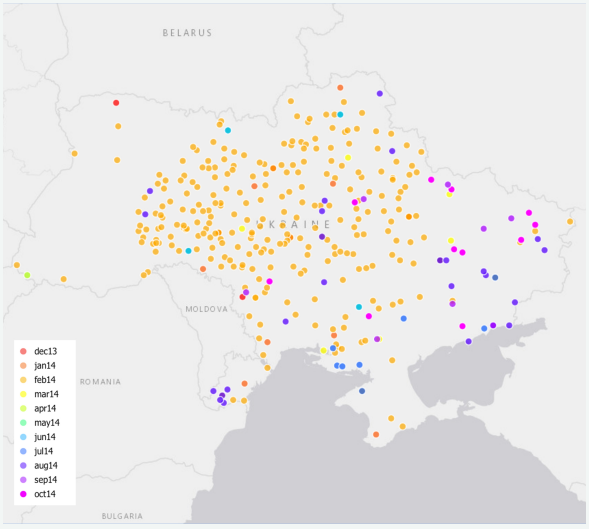
Leninopad – „Leninsturz“ – wurde zum Namen jener Welle von Entfernungen von Lenin-Denkmälern, die mit der ukrainischen Revolution der Würde verbunden war. Der Sturz der Statue nahe dem Bessarabischen Markt in Kyjiw am 8. Dezember 2013 wurde zu ihrem prägenden Bild. Entfernungen hatten in der Zeit um die Unabhängigkeit begonnen, besonders in der Westukraine; die Umbrüche von 2013–14 beschleunigten den Prozess, gefolgt von den Dekommunisierungsgesetzen von 2015.

Jahrzehntelang hatten wiederkehrende Lenin-Bilder den öffentlichen Raum mit der Autorität des Sowjetstaates markiert. Nach ihrer Entfernung hatten die Statuen ein ganz unterschiedliches Schicksal: Sie wurden in Kellern gelagert, über Gärten verstreut, in Stücke zerbrochen oder in andere Figuren verwandelt. Ihr Verbleib machte die praktische Frage hinter dem politischen Streit sichtbar: Was sollten Ukrainer mit den Gegenständen tun, durch die die Sowjetmacht sich selbst dargestellt hatte?[135]

In Odesa gab Oleksandr Milow einem Lenin ein besonders unerwartetes Nachleben: Er verwandelte ihn in einen anderen imperialen Bösewicht, diesmal einen erfundenen – Darth Vader. Die vertraute Monumentalfigur blieb auf ihrem Sockel, nun mit Vaders Helm und Umhang. Ein zur Ehrfurcht geschaffenes Denkmal war zum Anlass für Gelächter geworden.



Odesa, 21. November 2015. Eine von Oleksandr Milow in Darth Vader verwandelte Lenin-Statue in einem Fabrikhof.



Erfasste Entfernungen, Dezember 2013–Oktober 2014. Jeder Punkt bezeichnet eine Statue; die Farben kennzeichnen den Monat. Viele frühere Entfernungen im Westen liegen außerhalb dieses Zeitraums. Originalkarte ansehen.

[135] Niels Ackermann und Sébastien Gobert, *Looking for Lenin* (FUEL, 2017), Fotografien von Ackermann und Texte von Gobert. Siehe das Fotoprojekt. Serhii Plokhy hält fest, dass die Aktivisten, die Kyjiws Lenin-Denkmal am 30. Juni 2009 beschädigten, ihre Tat mit Juschtschenkos Dekret zur sowjetischen Verantwortung für den Holodomor rechtfertigten: *Goodbye Lenin: A Memory Shift in Revolutionary Ukraine*, PDF-S. 3, Anm. 3.

Denkmäler, Entfernung und Besatzung



Kyjiw, 8. Dezember 2013. Lenins leerer Sockel, nachdem Demonstranten die Statue während der Revolution der Würde gestürzt hatten.



Saporischschja, 25. November 2017. Eine zertrümmerte Stalin-Büste wurde am Gedenktag zum Holodomor-Mahnmal gebracht.



Henitschesk, April 2022. Eine unter russischer Besatzung aufgestellte Lenin-Statue stand vor dem Verwaltungsgebäude.



Melitopol, 8. Mai 2025. Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation enthüllte mit Zustimmung der Besatzungsverwaltung eine Stalin-Büste.

3.8 Erinnerungsgesetze, Geschichtsumschreibung und Büchervernichtung

Der Kampf um Geschichte besitzt auch Gesetzeskraft. Russlands Verfassungsänderungen von 2020 machten den Schutz historischer „Wahrheit“ zu einer staatlichen Verpflichtung. Wie die Gesetzgebungsanalyse von Human Rights Watch erläutert, bestraft Artikel 354.1 des Strafgesetzbuchs, 2014 unter der Überschrift Rehabilitierung des Nationalsozialismus eingeführt, auch die öffentliche Verbreitung wissentlich „falscher“ Angaben über sowjetische Handlungen im Zweiten Weltkrieg. Ein am 1. Juli 2021 unterzeichnetes Gesetz untersagte es, die Kriegsziele, Entscheidungen oder Handlungen der sowjetischen Führung und Streitkräfte öffentlich mit denen des nationalsozialistischen Deutschland und seiner Verbündeten gleichzusetzen. Es verbot außerdem die Leugnung der entscheidenden Rolle des sowjetischen Volkes beim Sieg über Deutschland und der von der UdSSR beanspruchten humanitären Mission bei der Befreiung Europas. 2022 eingeführte Verwaltungssanktionen umfassten Haft von bis zu fünfzehn Tagen.

Diese Vorschriften haben praktische Folgen. Der erste nach Artikel 354.1 Verurteilte war Wladimir Lusgin, ein Automechaniker aus Perm, der 2014 einen Artikel über die Ukrainische Aufständische Armee geteilt hatte. Der Beitrag behandelte die sowjetisch-deutsche Zusammenarbeit und die Teilung Polens. 2016 bestätigte Russlands Oberstes Gericht eine Geldstrafe von 200.000 Rubel. Es wertete die Aussagen als wissentlich falsche Angaben über sowjetische Handlungen während des Krieges und als Widerspruch zum Nürnberger Urteil. Die Internationale Föderation für Menschenrechte (FIDH) weist darauf hin, dass das Nürnberger Tribunal nicht über den sowjetischen Einmarsch in Polen geurteilt hatte. Am 15. Mai 2025 stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine Verletzung der Meinungsfreiheit in Lusgins Fall fest, der zusammen mit weiteren Beschwerden in *Kashapov and Others v. Russia* geprüft wurde.[136]

2022 erhielt der Oppositionspolitiker Leonid Gosman aufeinanderfolgende fünfzehntägige Haftstrafen für Beiträge, die Stalin mit Hitler und die sowjetische Spionageabwehr mit der SS verglichen. Der Schutz der Siegeserzählung erfasst damit die Diskussion sowjetischen Unrechts. Der Sieg über den Nationalsozialismus wird zur Grundlage dafür, die historische Prüfung einer anderen Diktatur einzuschränken.

Die Kontrolle setzt bereits vor der Veröffentlichung beim Zugang zu den Belegen an. Laut dem FIDH-Bericht von 2021 verlängerte eine Entscheidung von 2014 die Geheimhaltung der meisten Unterlagen sowjetischer Sicherheitsdienste aus den Jahren 1917–91 bis 2044. Historiker stießen zudem auf Kopierbeschränkungen und auf Datenschutzargumente, mit denen ihnen die Namen an der Repression beteiligter Beamter vorenthalten wurden. Michail Suprun wurde strafrechtlich verfolgt, weil er für ein Gedenkbuch Informationen über Deportierte gesammelt hatte. In *Suprun and Others v. Russia* stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 18. Juni 2024 fest, dass Beschränkungen des Archivzugangs und der historischen Forschung Artikel 10 verletzten. Er verwarf die Rechtfertigung für die Geheimhaltung beruflicher Handlungen von Beamten, die an Jahrzehnte zurückliegender Repression beteiligt gewesen waren.[137] Solche Akten verbinden die Opfer mit den verantwortlichen Institutionen und Personen; ihre Untersuchung zu behindern erschwert die Aufarbeitung von Verantwortung.

Auch unabhängige Erinnerungsinstitutionen wurden angegriffen. Am 28. Dezember 2021 ordnete Russlands Oberstes Gericht die Auflösung von International Memorial an; am folgenden Tag verfügte das Moskauer Stadtgericht die Schließung der Schwesterorganisation Menschenrechtszentrum Memorial. Die Verfahren beriefen sich auf die Gesetzgebung zu ausländischen Agenten; dem Menschenrechtszentrum wurde außerdem die Rechtfertigung von Terrorismus und Extremismus vorgeworfen. Es waren verschiedene Institutionen, doch ihre Arbeit verband die Dokumentation früherer Repression mit der Verteidigung heute

[136] FIDH, *Russia: "Crimes Against History"*, Juni 2021, Nr. 770a, §17, S. 10. Späterer Ausgang: Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, *Kashapov and Others v. Russia*, 15. Mai 2025, §§7–10 und Anhang, Eintrag 22 (Beschwerde 17942/17). Deutschland griff Polen am 1. September 1939 an; die Sowjetunion marschierte am 17. September von Osten ein: Chronologie des USHMM.

[137] FIDH, *Russia: "Crimes Against History"*, §§50–57, S. 18–21, und §78, S. 28. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, *Suprun and Others v. Russia*, 18. Juni 2024 (rechtskräftig seit 18. September 2024), insbesondere §§99–104 und der Urteilsspruch zu Artikel 10.

Verfolgter. Amtliche Gedenkstätten konnten bestehen bleiben, während unabhängige Organisationen den rechtlichen Raum verloren, die staatliche Darstellung anzufechten.

Die Beschränkungen erfassten auch die internationale Geschichtsforschung. Am 18. Juni 2024 teilte die Max Weber Stiftung mit, dass Russland das Deutsche Historische Institut Moskau als „unerwünschte Organisation“ eingestuft hatte. Nach Beginn der großangelegten russischen Invasion von 2022 hatte das Institut bereits seine Stipendienprogramme, die institutionelle Zusammenarbeit mit staatlichen russischen Einrichtungen und seine Veranstaltungen eingestellt, zugleich aber Dienstleistungen wie die Bibliothek aufrechterhalten, um den wissenschaftlichen Austausch zu bewahren. Am 7. November 2024 beschloss der Stiftungsrat, das Institut zu schließen.[138] Die Schließung verengte den institutionellen Raum für unabhängige Forschung und internationalen Austausch über die russische und sowjetische Geschichte weiter.

In Perm-36, einem Museum auf dem Gelände eines ehemaligen Gulag-Lagers, blieb unter staatlicher Kontrolle die Institution erhalten, während sich ihre Deutung änderte. FIDH dokumentierte die Übernahme durch die Regionalbehörden 2014, die Verdrängung des unabhängigen Trägervereins und die Überarbeitung der Ausstellungen, in denen politische Gefangene und sowjetische Dissidenten an Bedeutung verloren. Der verdrängte Verein wurde anschließend als ausländischer Agent eingestuft und löste sich 2016 auf.[139] Ein Museum kann geöffnet bleiben, während diejenigen, die seine unabhängige Darstellung erarbeitet haben, die Möglichkeit verlieren, sie zu vermitteln.

Die persönlichen Risiken zeigt der Fall Juri Dmitrijew. Der Memorial-Historiker half, Sandarmoch zu entdecken und Opfer stalinistischer Erschießungen zu identifizieren. Nach seiner Verhaftung 2016 wurde er wegen Sexualdelikten angeklagt; er bestritt die Vorwürfe. FIDH und UN-Experten äußerten Bedenken hinsichtlich der Fairness und der politischen Motive des Verfahrens; im Dezember 2021 wurde seine Strafe auf fünfzehn Jahre erhöht. Zugleich führte die staatlich unterstützte Russische Militärhistorische Gesellschaft 2018–19 Ausgrabungen in Sandarmoch durch und vertrat die These, dort lägen von finnischen Truppen erschossene sowjetische Kriegsgefangene. FIDH beschrieb dies als Versuch, einen Ort des stalinistischen Terrors umzudeuten.[140] Die dort hingerichteten ukrainischen Schriftsteller und Künstler, von denen oben die Rede war, machen Sandarmoch auch zu einem Ort ukrainischer Kulturgeschichte und der Erinnerung an sowjetische Repression.

Die Kontrolle über Unterricht und öffentliche Kultur entwickelte sich innerhalb Russlands bereits vor der großangelegten Invasion. FIDH kritisierte, dass der Einheitliche Historisch-Kulturelle Standard von 2014 den sowjetischen Kriegseintritt auf Juni 1941 datierte und damit die Zusammenarbeit mit NS-Deutschland 1939–41 verdeckte. Der Bericht

[138] Max Weber Stiftung, *Stellungnahme der Max Weber Stiftung zur Listung des Deutschen Historischen Instituts Moskau als „unerwünschte Organisation“ in Russland*, 18. Juni 2024; *Geschichte*, Eintrag für 2024 mit dem Schließungsbeschluss vom 7. November 2024. Die Mitteilung vom Juni beschreibt die bereits zuvor kriegsbedingt eingestellten Aktivitäten und den fortgeführten Bibliotheksbetrieb; der Schließungsbeschluss war ein gesondertes, späteres Ereignis.

[139] FIDH, *Russia: “Crimes Against History”*, §74, S. 26.

[140] FIDH, *Russia: “Crimes Against History”*, §§80–83, S. 29–30, und §95, S. 34–35. Außerdem die Mitteilung der UN-Experten zu Dmitrijew und Sandarmoch, 26. Januar 2021. Zum späteren Strafmaß: PEN International, „Yuri Alexeyevich Dmitriev“, mit der Erhöhung auf fünfzehn Jahre am 27. Dezember 2021 und ihrer Bestätigung am 22. März 2022.

dokumentierte auch Druck auf Schüler und Lehrkräfte, die an Memorials historischem Aufsatzwettbewerb teilnahmen. Akademische Anerkennung und öffentliche Vorführungen unterlagen ähnlichen Eingriffen: Die Behörden verweigerten Kirill Alexandrow trotz Zustimmung eines wissenschaftlichen Gremiums den Doktorgrad und entzogen *The Death of Stalin* 2018 die Vorführgenehmigung.[141] Was erforscht, gelehrt oder gezeigt werden durfte, wurde den politischen Interessen des Staates untergeordnet.

In der besetzten Ukraine erreicht die Kontrolle über Geschichte das Klassenzimmer. Eine Untersuchung von Human Rights Watch von 2024 dokumentierte die Durchsetzung russischer Lehrpläne und russischsprachigen Unterrichts, die Invasion rechtfertigende Schulbücher und Zwang gegen widerstrebende Lehrkräfte und Eltern. Selbst ukrainischer Fernunterricht konnte Bestrafung nach sich ziehen. Patriotische und militärische Erziehung soll Kinder in besetzten Gebieten auch auf den Dienst in Russlands Streitkräften und staatlichen Institutionen vorbereiten. Ein von einer Besatzungsmacht aufgezwungener Lehrplan vermittelt Kindern, welchem Land sie angeblich angehören, und verengt zugleich ihren Zugang zur Sprache und Geschichte ihrer eigenen Gemeinschaft.

Auch Bücher werden physisch entfernt. In am 30. September 2025 von East SOS veröffentlichten Zeugenaussagen beschrieb eine Lehrerin aus Bilokurakyne die Beschlagnahmung ukrainischer Bücher. Patriotische Literatur und Werke über den Holodomor seien in einen Keller gebracht worden. Ihr weiteres Schicksal war unbekannt. Andere Zeugen aus Hretschyschkyne und dem Bezirk Starobilsk schilderten, wie 2022–23 Bücher in Heizräumen oder auf Schulhöfen verbrannt wurden. East SOS änderte oder verschwieg zum Schutz der Zeugen deren Namen. Die Sammlung berichtet auch von Menschen, die Bibliotheksbücher zu Hause versteckten: Der Versuch, eine Kultur zu beseitigen, ruft auch Bemühungen hervor, sie zu bewahren.

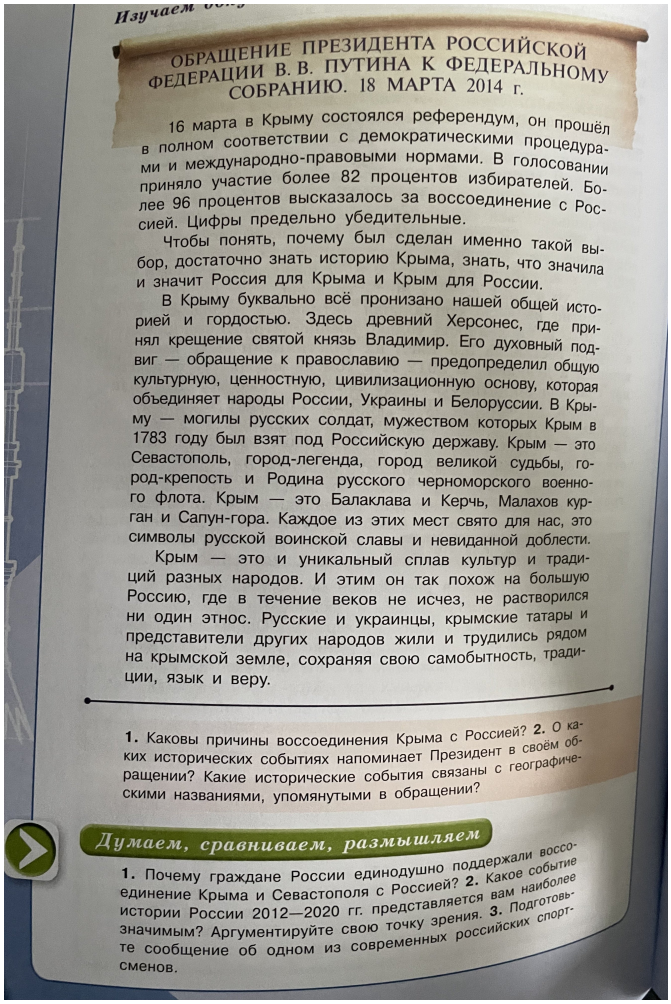


Verbrannte ukrainische Schulbücher, darunter ein Buch zur Geschichte der Ukraine. Aus dem besetzten Gebiet Luhansk gemeldete und am 12. April 2024 veröffentlichte Fotografie.

[141] FIDH, *Russia: "Crimes Against History"*, §§47–49, S. 16–18, und §§101–103, S. 36–37.



Russische Schulbücher, von den Besatzungsbehörden an eine Schule in Borowa im Gebiet Charkiw geliefert. Aufgenommen im November 2022.



Изучаем

ОБРАЩЕНИЕ ПРЕЗИДЕНТА РОССИЙСКОЙ ФЕДЕРАЦИИ В. В. ПУТИНА К ФЕДЕРАЛЬНОМУ СОБРАНИЮ. 18 МАРТА 2014 г.

16 марта в Крыму состоялся референдум, он прошёл в полном соответствии с демократическими процедурами и международно-правовыми нормами. В голосовании приняло участие более 82 процентов избирателей. Более 96 процентов высказалось за воссоединение с Россией. Цифры предельно убедительные.

Чтобы понять, почему был сделан именно такой выбор, достаточно знать историю Крыма, знать, что значила и значит Россия для Крыма и Крым для России.

В Крыму буквально всё пронизано нашей общей историей и гордостью. Здесь древний Херсонес, где принял крещение святой князь Владимир. Его духовный подвиг — обращение к православию — предопределил общую культурную, ценностную, цивилизационную основу, которая объединяет народы России, Украины и Белоруссии. В Крыму — могилы русских солдат, мужеством которых Крым в 1783 году был взят под Российскую державу. Крым — это Севастополь, город-легенда, город великой судьбы, город-крепость и Родина русского черноморского военного флота. Крым — это Балаклава и Керчь, Малахов курган и Сапун-гора. Каждое из этих мест свято для нас, это символы русской воинской славы и невиданной доблести.

Крым — это и уникальный сплав культур и традиций разных народов. И этим он так похож на большую Россию, где в течение веков не исчез, не растворился ни один этнос. Русские и украинцы, крымские татары и представители других народов жили и трудились рядом на крымской земле, сохраняя свою самобытность, традиции, язык и веру.

1. Каковы причины воссоединения Крыма с Россией? **2.** О каких исторических событиях напоминает Президент в своём обращении? Какие исторические события связаны с географическими названиями, упомянутыми в обращении?

Думаем, сравниваем, размышляем

1. Почему граждане России единодушно поддержали воссоединение Крыма и Севастополя с Россией? **2.** Какое событие истории России 2012—2020 гг. представляется вам наиболее значимым? Аргументируйте свою точку зрения. **3.** Подготовьте сообщение об одном из современных российских спортсменов.

Ein in einer Schule in Borowa zurückgelassenes Geschichtsbuch, aufgenommen im November 2022. Es gibt Putins Ansprache vom 18. März 2014 wieder und fragt die Schüler, warum die russischen Staatsbürger die „Wiedervereinigung" der Krim und Sewastopols mit Russland einstimmig unterstützt hätten.

Auch Gedenkzeichen innerhalb Russlands wurden angegriffen. Im Mai 2020 wurden an einem ehemaligen Gebäude der sowjetischen Sicherheitsdienste in Twer zwei Tafeln für die Opfer des Großen Terrors und des Massakers von Katyń entfernt. Örtliche Amtsträger bestritten ihre historische Grundlage, obwohl die Anbringung zuvor amtlich genehmigt worden war. FIDH berichtete außerdem über Behinderungen und Vandalismus gegen das Projekt Letzte Adresse, dessen kleine Tafeln die Namen von Menschen nennen, die der sowjetische Staat verhaftete und tötete. 2018 entzog Moskau Memorials Gedenkveranstaltung Rückgabe der Namen kurzzeitig die Genehmigung, gab nach öffentlichen Protesten jedoch nach.[142] Die Entfernung solcher Zeichen und die Behinderung von Gedenkveranstaltungen schwächen die Verbindung zwischen einzelnen Opfern und den alltäglichen Orten, an denen sie lebten oder getötet wurden.

Die öffentliche Erinnerung an den Holodomor wurde unmittelbar angegriffen. Am 19. Oktober 2022 wurde das Mahnmal für seine Opfer im besetzten Mariupol abgetragen. Eine Vertreterin der prorussischen Organisation Junge Republik verteidigte die Entfernung als Zerstörung eines „символ политического дезинформирования“ – eines „Symbols politischer Desinformation“. Im besetzten Luhansk wurden die Denkmäler für die Opfer des Holodomors und der stalinistischen Repression am 17. Juli 2024 zerstört. Die Leugnung hatte eine materielle Form angenommen: Die Orte, an denen Menschen der Toten gedenken konnten, wurden selbst beseitigt.

[142] FIDH, *Russia: “Crimes Against History”*, §§107–110, S. 37–39; zur Rückgabe der Namen §59, S. 22.

Die unter der Besatzung angegriffenen ukrainischen Bücher, Schulen und Denkmäler ermöglichen es einer nationalen Gemeinschaft, ihre eigene Geschichte weiterzugeben. Ihre Auslöschung ist zusammen mit der Verschleppung und Russifizierung von Kindern zu betrachten: Beides greift die Möglichkeit einer eigenständigen ukrainischen Zukunft an. Zusammen mit Tötungen, gewaltsamer Kinderüberführung und ausdrücklichen Ausrottungsdrohungen zeigen diese Maßnahmen, gegen welche nationale Gemeinschaft sich der Angriff auf ihren Fortbestand richtet.

Die Unterdrückung von Zeugnissen hilft auch der Leugnung im Ausland. Im März 2026 verbreitete das russische Außenministerium Medwedews Abqualifizierung des Holodomors als Erfindung. Werden Zeugen diskreditiert und andere Darstellungen beseitigt, begegnet Außenstehenden eine bereits durch Zwang geformte öffentliche Erzählung. **Durantys Berichterstattung zeigt eine Gefahr, die heute wiederkehrt: Staatliche Autorität und Leistungen können über das Zeugnis der Opfer gestellt werden. Ukrainisches Gedenken widersetzt sich dieser Autorität, indem es Namen, Aussagen und Institutionen bewahrt, durch die Ukrainer ihre eigene Geschichte erzählen können.**



Wolodymyr Selenskyj und Olena Selenska ehren die Opfer an der „Bitteren Erinnerung an die Kindheit“, Kyjiw, 23. November 2024.

Schluss

Millionen Menschen starben in der Ukraine im Zuge einer Politik, die Haushalte ihrer Nahrung beraubte und ihre Überlebenswege versperrte. Für die Betroffenen war eine Getreidequote keine wirtschaftliche Abstraktion: Sie konnte darüber entscheiden, ob Kinder aßen, ob Saatgut für eine weitere Ernte blieb und ob eine Familie am Leben blieb. Die Erinnerung an den Holodomor beginnt mit diesen Leben und den um sie herum zerbrochenen Gemeinschaften.

Die Belege stützen die Anerkennung des Holodomors als Völkermord: Vorsätzlicher Nahrungsentzug wurde zum Instrument des Angriffs auf das ukrainische nationale Leben. Die Führung wusste, dass Menschen verhungerten. Dennoch gingen strafweise Beschlagnahmungen und Fluchtbeschränkungen weiter, während die Beschaffungspolitik mit Vorwürfen ukrainischer Illoyalität und der Rücknahme der Ukrainisierung verbunden wurde. Die Existenz anderer sowjetischer Opfer spricht nicht dafür, die ukrainische Katastrophe als unschuldiges Versehen zu behandeln. Im Gegenteil: Die Bereitschaft des Regimes, ganze Bevölkerungen zu entwurzeln oder zu zerstören, macht diese Erklärung weniger glaubwürdig. Die Vernichtung ländlicher Gemeinschaften verheerte auch Familien, Sprache und Institutionen, durch die eine nationale Kultur fortbestand. Die Zerrüttung der Landwirtschaft erklärt einen Teil der Krise; sie entkräftet nicht die Bedeutung jener Entscheidungen, die Hunger in ein Instrument nationaler Vernichtung verwandelten.

Diese Zielsetzung anzuerkennen, verlangt nicht, sich für eine einzige Erklärung sowjetischer Gewalt zu entscheiden. Gewaltsame wirtschaftliche Umgestaltung, unkontrollierte politische Macht und imperiale Herrschaft verstärkten einander. Ein Staat, der die Produktion kontrollierte, kontrollierte auch die öffentliche Darstellung ihrer Folgen; Warnungen konnten unterdrückt und Einwände zu Sabotage oder Nationalismus umgedeutet werden. Die Unterscheidungen zwischen Hungersnot, Demozid und Völkermord sind wichtig. Uneinigkeit über eine Einordnung kann diese Entscheidungen jedoch nicht zu einem unschuldigen Versehen machen. Ebenso wenig können industrielle Leistungen die Verantwortung derjenigen aufheben, die das Überleben staatlichen Prioritäten unterordneten.

Die internationale Reaktion zeigt, warum der Kampf um Belege bedeutsam ist: Wer vom massenhaften Verhungern wusste, stand auch vor einer moralischen Entscheidung. Menschen außerhalb der Sowjetunion konnten davon erfahren und dennoch Gründe finden, es hinzunehmen. Durantys Berichterstattung verband Verharmlosung mit Rechtfertigung: Sie verschleierte das Ausmaß des Leids und stellte Opfer zugleich als akzeptablen Preis sozialistischer Umgestaltung dar. Diplomatische Ziele, Geschäftschancen und ideologische Hoffnungen konnten diese Darstellung jeweils willkommen erscheinen lassen, obwohl sie unterschiedliche Akteure und Motive betrafen. Die Leugnung bot somit mehr als nur die beruhigende Versicherung, dass keine Katastrophe stattfand.

Sie konnte Leser auch von der Pflicht entlasten, sich um eine Katastrophe zu kümmern, die sie mit gutem Grund für real halten konnten. Walter Duranty, der mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnete *frühe Vatnik*, half, das Verhungern von Ukrainern für ein ausländisches Publikum hinnehmbar zu machen. **Heutige Vatniks fördern dieselbe Gleichgültigkeit, während Ukrainer bombardiert und gefoltert, ihre Gemeinden besetzt und ihre Kinder deportiert werden.** Durch Leugnung, Verharmlosung, Beschönigung, Rechtfertigung, Opferbeschuldigung, Ablenkung und falsche Gleichsetzungen lässt sich selbst die Pflicht zum Mitgefühl und zum Handeln wegargumentieren.

Die Aneignung von Ernten, der Zwang gegen religiöse Institutionen, die Unterdrückung ukrainischer Bildung und die Entfernung eines Holodomor-Mahnmals verleihen dem Konflikt um Geschichte unmittelbare Bedeutung. Die amtliche Zurückweisung der nationalen Zielrichtung des Holodomors begleitet neue Angriffe auf die unabhängige Existenz der Ukraine. Die Frage des Gedenkens reicht deshalb über Stalins Ansehen hinaus: Wer besitzt die Autorität, ukrainisches Land zu regieren, ukrainische Institutionen zu erhalten und ukrainische Geschichte zu erzählen?

Ukrainer haben darauf weiterhin durch Überleben, Widerstand und die Bewahrung von Zeugnissen geantwortet. Familien, Zeugen, Forscher und Gemeinschaften haben Namen, Sprache und Wissen trotz der Versuche, sie zum Schweigen zu bringen, lebendig gehalten. Ihre Arbeit bringt Menschen und Erfahrungen zurück, die amtliche Darstellungen auslöschen wollten. **An diesem Holodomor-Gedenktag bekräftigt die Ehrung derer, denen das Leben genommen wurde, auch das Recht der heutigen Ukrainer, zu leben, frei zu leben und ihre eigene Zukunft zu bestimmen.**



Kerzen und Getreideähren am Holodomor-Gedenktag, Lwiw, 23. November 2013.

Quellen und Literatur

Leseempfehlungen

Zur vertieften Beschäftigung mit dem Holodomor, seinem sowjetischen Kontext und seiner heutigen Bedeutung empfehlen wir die folgenden Werke. Die ersten drei bieten den umfassendsten Einstieg. Die weiteren Titel sind thematisch geordnet; innerhalb jeder Gruppe stehen die wichtigsten Werke zuerst.

Zum Einstieg

1. Anne Applebaum — *Red Famine: Stalin's War on Ukraine*

Die wichtigste erzählende Begleitlektüre zum Holodomor: Kollektivierung, Lebensmittelbeschlagnahmungen, versperrte Flucht und der Angriff auf das ukrainische nationale Leben, gestützt auf Dokumente und persönliche Zeugnisse.

2. Timothy Snyder — *Bloodlands: Europe Between Hitler and Stalin*

Sowjetischer und nationalsozialistischer Massenmord in Osteuropa. Snyder verbindet Aushungern, Besatzung und Holocaust und untersucht dabei die unterschiedlichen Maßnahmen, Absichten und Opfer der beiden Regime.

3. Serhii Plokhy — *The Gates of Europe: A History of Ukraine*

Die längere Geschichte der Ukraine zwischen konkurrierenden Imperien, wechselnden Grenzen, Sprache und Unabhängigkeitskämpfen. Eine Grundlage zum Verständnis ukrainischen nationalen Lebens, Überlebens und eigenständigen politischen Handelns.

Die Hungersnot und die Sowjetmacht

1. Bohdan Klid und Alexander J. Motyl, Hrsg. — *The Holodomor Reader: A Sourcebook on the Famine of 1932–1933 in Ukraine*

Dokumente, Korrespondenz, Zeugnisse, Forschung und rechtliche Bewertungen. Der beste Ausgangspunkt zur unmittelbaren Prüfung der Belege, einschließlich der Führungsentscheidungen und Lemkins Darstellung nationaler Vernichtung.

2. R. W. Davies und Stephen G. Wheatcroft — *The Years of Hunger: Soviet Agriculture, 1931–1933*

Eine detaillierte Rekonstruktion von Ernten, Beschaffung und Agrarpolitik. Zusammen mit Applebaum lesen, um Erklärungen der Krise, die Verantwortung der Führung und die Entwicklung der Absicht zu vergleichen.

3. Robert Conquest — *The Harvest of Sorrow: Soviet Collectivization and the Terror-Famine*

Eine einflussreiche frühe Darstellung der Kollektivierung und der Terrorhungersnot, einschließlich ihrer ukrainischen nationalen Dimension. Zusammen mit späterer Archiv- und Bevölkerungsforschung lesen, um die Entwicklung der historischen Debatte nachzuvollziehen.

4. Terry Martin — *The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*

Sowjetische Nationalitätenpolitik, Ukrainisierung und deren Rücknahme. Martin untersucht, wie derselbe Staat nationale Sprachen, Eliten und Institutionen fördern, kontrollieren und anschließend angreifen konnte.

5. Elena Osokina — *Stalin's Quest for Gold: The Torgsin Hard-Currency Shops and Soviet Industrialization*

Wie Mangel und Hungersnot Bürger dazu trieben, Wertgegenstände aus ihrem Haushalt gegen Nahrung zu tauschen, und wie der Staat die Einnahmen aus diesen Geschäften zur Finanzierung der Industrie nutzte. Eine genaue Untersuchung von Überleben und Abschöpfung.

6. Sarah Cameron — *The Hungry Steppe: Famine, Violence, and the Making of Soviet Kazakhstan*

Die fachhistorische Begleitlektüre zum Asharshylyq: erzwungene Sesshaftmachung, zerstörte nomadische Lebensgrundlagen, Flucht und die gewaltsame Umgestaltung der kasachischen Gesellschaft. Sie vertieft den Vergleich gemeinsamer sowjetischer Mechanismen mit unterschiedlichen nationalen Erfahrungen.

7. Sheila Fitzpatrick — *Stalin's Peasants: Resistance and Survival in the Russian Village after Collectivization*

Ländlicher Widerstand, Abhängigkeit und Überleben unter kollektiver Bewirtschaftung. Die Sozialgeschichte ergänzt auf die Ukraine konzentrierte Studien; Kapitel 5, „A Second Serfdom?", entwickelt den institutionellen Vergleich.

8. Robert C. Allen — *Farm to Factory: A Reinterpretation of the Soviet Industrial Revolution*

Eine wirtschaftshistorische Neubewertung von Industrialisierung und Kollektivierung. Zusammen mit Mark Harrisons Rezension lesen, die die Umsetzbarkeit einer Verbindung industrieller Kontrollen mit marktwirtschaftlicher Landwirtschaft bezweifelt.

Leninismus, Sowjetmacht und ihre Verteidiger

1. Stéphane Courtois — *Lénine, l'inventeur du totalitarisme*

Eine politische Biografie, die Lenins Aufbau bolschewistischer Macht nachzeichnet und die leninistischen Ursprünge totalitärer Herrschaft herausarbeitet. Die überarbeitete und erweiterte Ausgabe von 2024 begleitet die Erörterung jener Gründungsinstitutionen, die Stalin erbte und veränderte.

2. Stéphane Courtois, Hrsg., mit Nicolas Werth und weiteren Beiträgern — *Le livre noir du communisme*

Eine gemeinschaftlich verfasste Geschichte kommunistischer Repression. Für den sowjetischen Fall mit Nicolas Werths Studie „Un État contre son peuple" beginnen, die politische Polizei, Terror, Hungersnot und Lager behandelt. Werths historische Untersuchung und Courtois' Einleitung liefern unterschiedliche Beiträge zur Diskussion über Gewalt und politische Verantwortung.

3. Nicolas Werth — *Un État contre son peuple. De Lénine à Poutine*

Die überarbeitete und erheblich erweiterte Fassung von Werths Beitrag zu Le livre noir du communisme. Mit den Kapiteln 2–6 über politische Polizei, Roten Terror, Bürgerkriegsgewalt, bäuerlichen Widerstand, Hungersnot und den Übergang zu Stalins Herrschaft beginnen. Spätere Kapitel verbinden Kollektivierung, Massenrepression und den Streit um die sowjetische Erinnerung.

4. Thierry Wolton — *Histoire mondiale du communisme, vol. I, Les bourreaux*

Der erste Band untersucht den Kommunismus aus der Sicht der Machtausübenden. Eine vergleichende Begleitlektüre mit breiterem Blick zum Verständnis von Ideologie, Parteiinstitutionen und Zwang sowie zur Frage, wie einzelne Herrscher durch politische Systeme handelten.

5. Thierry Wolton — *Histoire mondiale du communisme, vol. II, Les victimes*

Der zweite Band untersucht kommunistische Herrschaft aus der Sicht der ihr Unterworfenen: Überwachung, Zwang, Zwangsarbeit, Deportation und Hunger. Er ergänzt Les bourreaux um eine Darstellung der menschlichen Folgen der Parteimacht und begleitet damit die Erörterung von ukrainischem Überleben und Repression in diesem Dossier.

6. Thierry Wolton — *Une histoire mondiale du communisme, vol. III, Les complices*

Der dritte Band untersucht die internationale politische, intellektuelle und wirtschaftliche Unterstützung, die zum Fortbestand kommunistischer Regime beitrug. Eine Begleitlektüre zur Erörterung von Weggefährten, westlichen Bewunderern, Propaganda und der Verteidigung sowjetischer Herrschaft.

Stalin, Diktatur und Außenpolitik

1. Oleg V. Khlevniuk — *Stalin: New Biography of a Dictator*

Der kompakteste archivgestützte Einstieg in Stalins Leben und Herrschaft. Er verbindet persönliche Entscheidungen, den inneren Kreis und den Einsatz des Terrors mit den Institutionen, die seine Diktatur trugen.

2. Stephen Kotkin — *Stalin: Paradoxes of Power, 1878–1928*

Der erste Band folgt Stalin von Georgien über die Revolution bis zur Festigung der Parteimacht. Er ordnet seinen Aufstieg in die umfassendere Geschichte des Russischen Reichs, des Bolschewismus und der internationalen Politik ein; für die vollständige biografische Abfolge vor Waiting for Hitler lesen.

3. Stephen Kotkin — *Stalin: Waiting for Hitler, 1929–1941*

Stalins Diktatur, die Umgestaltung der Landwirtschaft, der Große Terror und der Weg zum Pakt mit Hitler. Die ausführliche Biografie führt Ideologie, Institutionen und individuelle Entscheidungen in einer Darstellung zusammen.

4. Simon Sebag Montefiore — *Stalin: The Court of the Red Tsar*

Stalins innerer Kreis: Patronage, Familienbindungen, Angst und die alltägliche Nähe zu willkürlicher Macht. Eine anschauliche Ergänzung zu institutionellen Biografien, die zeigt, wie persönliche Beziehungen innerhalb einer zum Massenmord fähigen Regierung wirkten.

5. Richard Overy — *The Dictators: Hitler's Germany and Stalin's Russia*

Ein Vergleich der Funktionsweise beider Diktaturen, ihrer Mobilisierung von Unterstützung und ihrer Organisation von Repression. Er hilft, ihre Ideologien und Institutionen zu unterscheiden, und untersucht das Zusammenwirken von Herrschern, Eliten und Gesellschaften.

6. Roger Moorhouse — *The Devils' Alliance: Hitler's Pact with Stalin, 1939–1941*

Die gezielte Begleitlektüre zum Molotow-Ribbentrop-Pakt: Verhandlungen, sowjetisch-deutsche Zusammenarbeit und die Besatzung Osteuropas. Neben der Diplomatie auf höchster Ebene bleiben die Menschen im Blick, die den territorialen Absprachen des Pakts unterworfen wurden.

7. Constantine Pleshakov — *Stalin's Folly: The Tragic First Ten Days of World War II on the Eastern Front*

Eine konzentrierte Darstellung von Stalins Entscheidungen und der sowjetischen Militärkatastrophe im Juni 1941. Das Argument über sowjetische Angriffsabsichten verlangt den Vergleich mit militärhistorischer Fachforschung; das Buch zur Prüfung des Urteilsvermögens des Diktators nutzen, nicht als abschließende Erklärung sämtlicher sowjetischer Kriegspläne.

8. Piotr R. Frankowski — *The Secret Red Alliance: How the Soviet Union Planned to Use Germany to Take Over the World*

Angekündigte Studie zur industriellen und militärischen Zusammenarbeit der Sowjetunion mit der Weimarer Republik und dem nationalsozialistischen Deutschland. Eine mögliche Ergänzung zur Darstellung des deutsch-sowjetischen Handels; Pen & Sword kündigt die Veröffentlichung für den 30. April 2027 an.

Wirtschaft und politische Verantwortung

1. Amartya Sen — *Poverty and Famines: An Essay on Entitlement and Deprivation*

Erklärt Verhungern sowohl über die Möglichkeit der Menschen, Nahrung zu erhalten, als auch über das Lebensmittelangebot. Die vergleichenden Fälle entwickeln Fragen von Eigentum, Tausch, Entbehrung und Verantwortung.

2. R. J. Rummel — *Death by Government*

Entwickelt Demozid als Begriff für staatliches Töten jenseits der rechtlichen Definition von Völkermord. Seine vergleichenden Sterblichkeitsschätzungen zusammen mit historischer und demografischer Fachforschung lesen.

3. Ludwig von Mises — *Economic Calculation in the Socialist Commonwealth*

Die kurze ursprüngliche Formulierung des Arguments zur Wirtschaftsrechnung: Eigentum, Tausch und jene Preise, mit denen Produktionsentscheidungen verglichen werden. Eine theoretische Begleitlektüre zu den historischen Studien sowjetischer Landwirtschaft.

4. F. A. Hayek — *Individualism and Economic Order*

Hayeks Darstellung verstreuten Wissens, des Wettbewerbs und der sozialistischen Wirtschaftsrechnung. Mit „The Use of Knowledge in Society" und den Aufsätzen zur sozialistischen Wirtschaftsrechnung beginnen, deren Argumente sich von Mises' unterscheiden.

5. F. A. Hayek — *The Road to Serfdom*

Der Zusammenhang zwischen umfassender Planung und Zwangsgewalt. Die Kapitel über Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und „The End of Truth“ sind für die institutionelle Argumentation des Dossiers besonders relevant.

6. Leszek Kołakowski — *Main Currents of Marxism*, besonders Band III, *The Breakdown*

Die Geistesgeschichte des Marxismus und die institutionellen Wurzeln des Stalinismus. Besonders Kapitel XIII des dritten Bandes beachten: Seine Erörterung Chruschtschows untersucht die Grenzen einer Schuldzuweisung an Stalin, die das ihn tragende System schützt.

7. Jörg Guido Hülsmann — *Mises: The Last Knight of Liberalism* (2007)

Eine ausführliche Mises-Biografie: seine Herkunft aus Lwiw, seine Wiener Tätigkeit, die Debatte über die Wirtschaftsrechnung, Exil und amerikanische Laufbahn. Sie ordnet seine ökonomischen Argumente in die politische und intellektuelle Geschichte des 20. Jahrhunderts ein.

Vergleiche, Propaganda und historische Erinnerung

1. Jade McGlynn — *Memory Makers: The Politics of the Past in Putin's Russia*

Wie patriotische Erzählungen, Gedenken und die sowjetische Vergangenheit Putins Herrschaft und Russlands Krieg legitimieren helfen. Die unmittelbarste heutige Begleitlektüre zur Erörterung historischer Erinnerung in diesem Dossier.

2. Eugene Finkel — *Intent to Destroy: Russia's Two-Hundred-Year Quest to Dominate Ukraine*

Russische Versuche, die Ukraine unter imperialer, sowjetischer und putinscher Herrschaft zu beherrschen. Eine umfassendere Darstellung nationaler Auslöschung, wechselnder Maßnahmen und des Kampfes um ukrainische Unabhängigkeit.

3. Timothy Snyder — *Black Earth: The Holocaust as History and Warning*

Der Vergleich mit dem Holocaust in größerer Tiefe: Rassenideologie, Nahrung und Territorium, Staatsbürgerschaft und die Zerstörung staatlicher Schutzmechanismen. Snyder untersucht Bedingungen, die Massenmord ermöglichten.

4. Stephen Koch — *Double Lives: Stalin, Willi Münzenberg, and the Seduction of the Intellectuals*

Stalinistischer Einfluss auf das westliche Geistesleben durch Organisationen, Publikationen und kulturelles Ansehen. Die überarbeitete Ausgabe von 2004 vertieft die Rolle kultureller Vermittler und scheinbar unabhängiger Stimmen.

5. Martin Amis — *Koba the Dread: Laughter and the Twenty Million*

Eine literarische Streitschrift über Stalin und die Nachsicht westlicher Intellektueller gegenüber dem Kommunismus, die Geschichte mit persönlichen und familiären Erinnerungen verbindet. Zusammen mit den archivgestützten Biografien lesen: Ihre Stärke ist moralisch und literarisch; sie ersetzt keine quellengestützte historische Rekonstruktion.

6. Pekka Kallioniemi und Morten Hammeken — *Vatnik Soup: The Ultimate Guide to Russian Disinformation*

Heutige russische Desinformation, ihre Verbreiter und die Netzwerke ihrer Verbreitung. Eine Begleitlektüre zur Frage dieses Dossiers, wie öffentliches Ansehen, politische Bindungen und der Anspruch auf Fachwissen Rechtfertigungen staatlicher Gewalt Glaubwürdigkeit verleihen können.

7. Bertrand M. Patenaude — *The Big Show in Bololand: The American Relief Expedition to Soviet Russia in the Famine of 1921*

Amerikanische Hungerhilfe 1921–23, einschließlich der Ukraine, und ihre Begegnungen mit bolschewistischen Behörden. Eine ausführlichere Darstellung der Frage, unter welchen Bedingungen Hilfe zugelassen oder behindert wurde und wie später an sie erinnert wurde.

Quellenverzeichnis

Der Holodomor: historischer Überblick

[1] **Holodomor Research and Education Consortium.** „Holodomor Basic Facts“. holodomor.ca.

[2] **Ukrainian Institute of National Memory.** „“What is Holodomor” (English information booklet, p. 2)“. old.uinp.gov.ua.

[3] **Canadian Institute of Ukrainian Studies, Internet Encyclopedia of Ukraine.** „Famine-Genocide of 1932–3“. encyclopediaofukraine.com.

[4] **Український інститут національної пам’яті.** „Публікації: Бібліографія Голодоморів“. old.uinp.gov.ua.

[5] **Ярослав Грицак.** „Етимологія Голодомору“. uamoderna.com.

[6] **Ústav pro jazyk český.** „Slovník spisovného jazyka českého: hladomor“. ssjc.ujc.cas.cz.

[7] **Ottův slovník naučný.** „Hladomorna, sv. 11 (1897), s. 330“. cs.wikisource.org.

[8] **Павло Штепа.** „Знадібки до словника чужослів (Торонто, 1967), с. 26“. file.lib.in.ua.

[9] **Nataliya Kovalchuk.** „From a Person to a Genocide: The Origins of the Word Holodomor“. uamoderna.com.

[10] **Anne Applebaum.** „Red Famine (2017), chapter 7: grain exports to Germany, 1929–1931 (printed p. 162)“. anneapplebaum.com.

Befehle, Korrespondenz und Primärquellen

[11] **Holodomor Research and Education Consortium.** „Key Documents“. holodomor.ca.

[12] **Bohdan Klid and Alexander J. Motyl, editors.** „The Holodomor Reader: Documents“. holodomor.ca.

[13] **Bohdan Klid and Alexander J. Motyl, editors.** „The Holodomor Reader: Legal Assessments, including Raphael Lemkin’s Soviet Genocide in Ukraine (1953)“. holodomor.ca.

[14] **Harvard Ukrainian Research Institute.** „MAPA: Sowing Grain Procurement, Loans and Stocks in Ukraine, 1932–1933“. gis.huri.harvard.edu.

[15] **Feigin to Sergo Ordzhonikidze, 9 April 1932.** „Western Siberian collective farms, Library of Congress translation“. loc.gov.

[16] **V. I. Lenin.** „Secret letter via Molotov to the Politburo on church valuables, 19 March 1922, Library of Congress translation“. loc.gov.

[17] **Joseph Stalin.** „July 1928 plenum: “Industrialisation and the Grain Problem” (9 July) and “On the Bond Between the Workers and Peasants and on State Farms” (11 July), Works, volume 11“. marxists.org.

[18] **TsUNKhU of Gosplan.** „СССР в цифрах [USSR in Figures] (Moscow, 1935), pp. 574–575: principal commodity exports“. en.liberpedia.org.

[19] **Wikimedia / Russian Wikipedia.** „Export27-33.jpg, historical export-table file record“. ru.wikipedia.org.

[20] **Franklin D. Roosevelt and Maxim Litvinov.** „Memorandum of 15 November 1933, FRUS, The Soviet Union, 1933–1939, document 22, pp. 26–27“. history.state.gov.

[21] **R. Walton Moore to Francis B. Sayre.** „Memorandum of 19 July 1934, FRUS, The Soviet Union, 1933–1939, document 127, pp. 119–121“. history.state.gov.

[22] **Holodomor Education.** „Decree on Protection of Property, 7 August 1932“. holodomoreducation.org.

[23] **Joseph Stalin.** „Letter to Lazar Kaganovich on changing the Ukrainian SSR leadership, 11 August 1932, HREC Education excerpt“. education.holodomor.ca. RGASPI, Bestand 81, Findbuch 3, Akte 99, Blätter 144–151. Veröffentlicht in *Сталин и Каганович. Переписка. 1931–1936 гг.* (2001), S. 273–274.

[24] **Joseph Stalin.** „“The Tasks of Business Executives”, speech of 4 February 1931, Works, volume 13“. marxists.org.

[25] **German and Soviet governments.** „Secret Additional Protocol to the Nonaggression Treaty, 23 August 1939 (English translation)“. avalon.law.yale.edu.

[26] **Friedrich-Werner von der Schulenburg.** „Telegram No. 190, 19 August 1939, transmitting the Soviet draft nonaggression pact“. avalon.law.yale.edu.

[27] **Karl Schnurre.** „German Foreign Office memorandum of 26 February 1940 on the commercial agreement of 11 February 1940“. avalon.law.yale.edu.

[28] **USSR Council of People’s Commissars and Communist Party Central Committee.** „“On the Compulsory Delivery of Grain to the State by Collective Farms and Individual Households”, decree of 19 January 1933“. istmat.org.

[29] **Italy and the USSR.** „Pact of Friendship, Non-Aggression and Neutrality, signed at Rome on 2 September 1933, League of Nations Treaty Series 148, no. 3418, pp. 319–329“. treaties.un.org.

[30] **Council of People’s Commissars of the Ukrainian SSR and CC CP(B)U.** „resolution on blacklisting villages, 6 December 1932; Library of Congress translation“. loc.gov.

[31] **Joseph Stalin.** „“To Comrade Kaganovich and the Other Members of the Political Bureau of the Central Committee, Ukraine C.P.(B.)”, letter of 26 April 1926, Works, volume 8, pp. 157–163 (Moscow, 1954)“. marxists.org.

[32] **Joseph Stalin.** „“Congress of the Peoples of the Terek Region”, report and concluding remarks of 17 November 1920, Works, volume 4 (Moscow, 1953)“. marxists.org.

[33] **Andrea Graziosi.** „Lettere da Kharkov. La carestia in Ucraina e nel Caucaso del Nord nei rapporti dei diplomatici italiani, 1932-33 (1991)“. iris.unina.it.

[34] **СНК СССР и ЦК ВКП(б).** „«Об обязательной поставке зерна государству колхозами и единоличными хозяйствами», 19 января 1933 г.; Электронная библиотека исторических документов“. docs.historyrussia.org.

[35] **Joseph Stalin.** „“The Immediate Tasks of the Party in the National Question”, theses of 10 February 1921, Works, volume 5 (Moscow, 1954)“. marxists.org.

[36] **V. I. Lenin.** „Letter to Mikhail Frunze, 18 May 1921“. marxists.org.

[37] **V. I. Lenin.** „Note to V. M. Mikhailov with a draft Politburo resolution on food work in Ukraine, 9 November 1921“. leninism.su.

[38] **Council of People’s Commissars.** „On the Surrender of Arms, 10 December 1918, Article 933 and accompanying instruction“. istmat.org.

[39] **All-Ukrainian Revolutionary Committee.** „Declaration on military policy in Ukraine, 22 January 1920, section 4“. docs.historyrussia.org.

[40] **Library of Congress.** „Lenin’s telegram ordering public hangings in Penza, 11 August 1918“. loc.gov.

[41] **Harvard Ukrainian Research Institute.** „Blacklisted Localities, MAPA Digital Atlas of Ukraine“. gis.huri.harvard.edu.

[42] **Vladimir Lenin.** „Draft resolution on party unity, Tenth Party Congress, March 1921“. marxists.org.

[43] **Joseph Stalin.** „The Foundations of Leninism (1924), chapter VIII, The Party“. marxists.org.

[44] **V. I. Lenin.** „To J. V. Stalin and all members of the Politburo, 26 August 1921; Collected Works, vol. 45, pp. 268–270“. marxists.org.

[45] **House of Lords.** „Famine in Russia, 11 August 1921; Lord Emmott’s description of the Russian public relief committee, HL Deb vol. 43, cols. 508–509“. api.parliament.uk.

[46] **V. I. Lenin.** „Letter to D. I. Kursky, 17 May 1922; Collected Works, vol. 33, pp. 358–359“. marxists.org.

[47] **Bundesarchiv.** „Lipezk: secret Reichswehr aviation school and testing site, including the agreement of 15 April 1925“. weimar.bundesarchiv.de.

[48] **German cabinet minutes, 2 October 1931.** „Soviet timber, petrol and grain against German goods or credit“. aktenreichskanzlei.bundesarchiv.de.

[49] **Stalin to Mikhail Sholokhov, 6 May 1933.** „official archival record“. docs.historyrussia.org.

[50] „Внешняя торговля Союза Советских Социалистических Республик за первую пятилетку (за период с 1928 по 1933 г.) (1933), Table Va, p. 45; year-end supplement, pp. 96–97“. istmat.org.

[51] „Внешняя торговля СССР за 20 лет, 1918–1937 гг. (1939), pp. 86, 90, 94: Germany wheat, rye and barley“. istmat.org.

[52] **Внешняя торговля СССР за 20 лет, 1918–1937 гг. (1939).** „statistical definitions“. istmat.org.

[53] **Политбюро ЦК ВКП(б).** „Директивы к переговорам с Германией о расширении советского экспорта (15 октября 1931 г.), пп. 2–4“. istmat.org.

[54] **Народный комиссариат внешней торговли СССР.** „Докладная записка «Внешне-торговая политика СССР» (12 января 1934 г.), разделы I и III (Германия)“. istmat.org.

[55] **U.S. Wheel Track Layer Corporation / Amtorg Trading Corporation.** „Гусенично-колесный танк «Кристи»: договор (28 апреля 1930 г.), преамбула и §§ 1, 9–10“. t34inform.ru.

Menschenverluste und Geografie

[56] **Harvard Ukrainian Research Institute.** „MAPA Great Famine Project“. gis.huri.harvard.edu.

[57] **Рудницький, Левчук, Воловина, Шевчук і Ковбасюк.** „Демографія штучно викликаної людської катастрофи: масовий голод 1932–1933 рр. в Україні (2015)“. dse.org.ua.

[58] **Andrei Markevich, Natalya Naumenko and Nancy Qian.** „“The Causes of Ukrainian Famine Mortality, 1932–33”, Review of Economic Studies 92(5), October 2025, pp. 3276–3305“. academic.oup.com.

[59] **Andrei Markevich, Natalya Naumenko and Nancy Qian.** „“The Causes of Ukrainian Famine Mortality, 1932–33”, author-linked published advance-access full text, DOI 10.1093/restud/rdae091 (2024)“. drive.google.com.

[60] **Andrei Markevich, Natalya Naumenko and Nancy Qian.** „“The Causes of Ukrainian Famine Mortality, 1932–33”, NBER Working Paper 29089, July 2021, revised November 2022; Yale-hosted copy“. economics.yale.edu.

[61] **Oleh Wolowyna, Nataliia Levchuk and Alla Kovbasiuk.** „“Monthly Distribution of 1933 Famine Losses in Soviet Ukraine and the Russian Soviet Republic at the Regional Level” (2020), Nationalities Papers 48(3), pp. 530–548“. doi.org.

[62] **Holodomor Research and Education Consortium.** „Conquest Prize2025: Markevich, Naumenko and Qian“. holodomor.ca.

[63] **Omelian Rudnytskyi, Nataliia Levchuk, Oleh Wolowyna, Pavlo Shevchuk and Alla Kovbasiuk.** „Demography of a Man-Made Human Catastrophe: The Case of Massive Famine in Ukraine 1932–1933, Canadian Studies in Population 42, nos. 1–2 (2015), pp. 53–80“. history.org.ua.

[64] **Рудницький, Левчук, Воловина, Шевчук і Ковбасюк.** „Демографія штучно викликаної людської катастрофи, завершення українського перекладу, Демографія та соціальна економіка 3 (25), 2015, с. 43–63“. dse.org.ua.

[65] **Harvard Ukrainian Research Institute.** „MAPA, Total Direct Famine Losses in Ukraine by Region, 1932–1934“. gis.huri.harvard.edu.

[66] **Harvard Ukrainian Research Institute.** „MAPA, Demographic Research“. gis.huri.harvard.edu.

[67] **Nataliia Levchuk, Oleh Wolowyna, Omelian Rudnytskyi, Alla Kovbasiuk and Natalia Kulyk.** „Regional 1932–1933 Famine Losses: A Comparative Analysis of Ukraine and Russia, Nationalities Papers (2020)“. doi.org.

[68] **MAPA Digital Atlas of Ukraine.** „April1933 administrative division“. gis.huri.harvard.edu.

[69] **MAPA Digital Atlas of Ukraine.** „Sowing Grain Stocks Procurement Plan Fulfillment in Ukraine,1933“. gis.huri.harvard.edu.

Massensterben: Vergleiche und Schätzungen

[70] **R. J. Rummel.** „Death by Government, Table 1.5: Some Major Episodes and Cases of Democide“. hawaii.edu.

[71] **World Peace Foundation.** „Historic Famines, 1870–2024: reference table (2025)“. worldpeacefoundation.org.

[72] **World Health Organization.** „Plague: historical Black Death mortality in Europe“. who.int.

[73] **Jeffery K. Taubenberger and David M. Morens / CDC.** „1918 Influenza: the Mother of All Pandemics (2006)“. wwwnc.cdc.gov.

[74] **UNAIDS.** „Global HIV & AIDS statistics: 2025 data released in 2026“. unaids.org.

[75] **World Health Organization.** „COVID-19-associated excess mortality in 2020 and 2021 (5 May 2022)“. who.int.

[76] **United States Holocaust Memorial Museum.** „Introduction to the Holocaust“. encyclopedia.ushmm.org.

[77] **Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia.** „Understanding the ECCC“. eccc.gov.kh.

[78] **United States Holocaust Memorial Museum.** „Statement on the centenary of the Armenian genocide (2015)“. ushmm.org.

[79] **United States Holocaust Memorial Museum.** „Rwanda: genocide against the Tutsi“. ushmm.org.

[80] **United States Geological Survey.** „This Dynamic Planet: reported death toll of the 1556 Shaanxi earthquake“. pubs.usgs.gov.

[81] **Nicolas Werth / Sciences Po.** „Mass Crimes under Stalin, 1930–1953“. sciencespo.fr.

[82] **Our World in Data.** „Historical famine dataset: Great Hunger mortality in Ireland, citing Ó Gráda“. ourworldindata.org.

[83] **World Peace Foundation.** „Famine Datasets Methodological Annex (May 2025)“. worldpeacefoundation.org.

[84] **United States Holocaust Memorial Museum.** „How Many People did the Nazis Murder?“ encyclopedia.ushmm.org.

[85] **Erik van Ree.** „Problems of Communism: Gulag Authorities and Gulag Victims (2012)“. cambridge.org.

[86] **Israel Central Bureau of Statistics.** „On the Occasion of Holocaust Heroes and Remembrance Day: Jews in Israel and throughout the world (25 April 2022), release 133/2022“. cbs.gov.il.

[87] **United States Holocaust Memorial Museum.** „European Jewish population distribution, circa 1933“. encyclopedia.ushmm.org.

[88] **National Bureau of Statistics of China.** „Historical population series, 1949–1999“. stats.gov.cn.

[89] **Ministry of Human Resources and Social Security / NBS.** „China Labour Statistical Yearbook 2003, population and composition (end of year)“. mohrss.gov.cn.

[90] **H. G. W. Woodhead, editor.** „The China Year Book 1926–7, p. 3: 1923 postal estimates of provincial populations“. archive.org.

[91] **A. G. Wenley and John A. Pope.** „China, Smithsonian War Background Studies 20 (1944), p. 4: provincial populations from China Handbook 1937–43“. bpb-ca-c1.wpmucdn.com.

[92] **David Crockett Graham.** „Folk Religion in Southwest China, Smithsonian Miscellaneous Collections 142, no. 2 (1961), p. 15: early/mid-1930s provincial population estimates“. repository.si.edu.

[93] **Angela Shpolberg.** „On the “Russo-American fever”: Henry Wadsworth Longfellow Dana and the Gorki Fund, The New England Quarterly 88, no. 3 (2015), pp. 509–526“. doi.org.

[94] **Tamás Krausz.** „The Characteristics of the Nazi Genocide in the Soviet Union and in Hungary: pre-invasion population of occupied territories“. russianstudies.hu.

[95] **S. N. Prokopovich.** „Народное хозяйство СССР, historical population table: pre-event Soviet-territory population in 1917“. istmat.org.

[96] **Ю. А. Поляков, editor.** „Население России в XX веке, том 2: 1940–1959 (2001), pp. 12–13: the June 1941 population reconstruction“. djvu.online.

[97] **Leo Amery.** „Population Statistics, House of Commons, 22 October 1942: Bengal’s population in the 1941 census“. hansard.parliament.uk.

[98] **Pierre van der Eng.** „Mortality from the 1944–1945 famine in Java, Indonesia, Asia-Pacific Economic History Review 64, no. 2 (2024), pp. 192–212, Table 3“. onlinelibrary.wiley.com.

[99] **International Bank for Reconstruction and Development.** „The Polish Economy Today: population immediately before the Second World War“. documents1.worldbank.org.

[100] **United Nations.** „Report of the Group of Experts for Cambodia, A/53/850–S/1999/231 (16 March 1999), paragraph 35: April 1975 population estimates“. eccc.gov.kh.

[101] „Первые зарубежные оценки динамики населения СССР между переписями 1926 и 1939 годов, Демоскоп Weekly (2025), Table 3: start-1930 population reconstructions“. db.demoscope.ru.

[102] **World Bank.** „Bangladesh: Current Economic Performance and Short-Term Prospects, report 1038-BD (22 March 1976), Table 1.1: population estimates at January 1, 1960–1980“. documents1.worldbank.org.

[103] **Anne Applebaum.** „Inside the Gulag (The New York Review of Books, 15 June 2000)“. anneapplebaum.com.

[104] **Edwin Bacon.** „Glasnost’ and the Gulag: New Information on Soviet Forced Labour around World War II (Soviet Studies 44/6, 1992)“. doi.org.

[105] **Страна Советов за 50 лет.** „Численность населения СССР (Статистика, Москва, 1967, p. 15)“. istmat.org.

Andere Hungersnöte, Hungerplan und Holocaust

[106] **Frank Dikötter.** „Mao’s Great Famine: The History of China’s Most Devastating Catastrophe, 1958–1962“. bloomsbury.com.

[107] **United States Holocaust Memorial Museum.** „The German Army and the Racial Nature of the War against the Soviet Union“. encyclopedia.ushmm.org.

[108] **United States Holocaust Memorial Museum.** „The Treatment of Soviet POWs: Starvation, Disease, and Shootings, June 1941–January 1942“. encyclopedia.ushmm.org.

[109] **Національний музей Голодомору-геноциду.** „Голодомор-геноцид та масові штучні голоди: в чому різниця?“ holodomormuseum.org.ua.

[110] **Hoover Institution Library & Archives.** „American Relief Administration in Soviet Russia: Introduction & Background“. guides.hoover.org.

[111] **Bertrand M. Patenaude.** „The Big Show in Bololand: The American Relief Expedition to Soviet Russia in the Famine of 1921“. hoover.org.

[112] **John D. Hickerson / US Department of State.** „Memorandum to Robert A. Lovett, 27 May 1948: Postwar UNRRA aid (FRUS 1948, volume IV, document 589)“. history.state.gov.

[113] **Danielle Healy / Hoover Institution Library & Archives.** „A Delicate Balance in Ukraine“. histories.hoover.org.

[114] **Roman Serbyn.** „The First Man-Made Famine in Soviet Ukraine, 1921–1923, The Ukrainian Weekly (6 November 1988; archived)“. web.archive.org.

[115] **Andrij Makuch and Vasyl Markus.** „Famine of 1921–3, Internet Encyclopedia of Ukraine“. encyclopediaofukraine.com.

[116] **Andrij Makuch and Vasyl Markus.** „Famine of 1946–7, Internet Encyclopedia of Ukraine“. encyclopediaofukraine.com.

[117] **National Museum of the Holodomor.** „Famine of 21–23, exhibition (2018)“. holodomormuseum.org.ua.

[118] **National Museum of the Holodomor.** „Documentary and Photo Exhibition: Mass Famine of 1946–1947 in Soviet Ukraine (2016)“. holodomormuseum.org.ua.

[119] **Liberpedia.** „Holodomor (French research and source guide)“. fr.liberpedia.org.

[120] **Liberpedia.** „Holodomor (English research and source guide)“. en.liberpedia.org.

[121] **Iryna Yehorova.** „Ukraine : 1947, l’autre famine, interview with Yevhen Hryniv, Courrier international (9 November 2012)“. courrierinternational.com.

[122] **Helmut Heiber, editor.** „“Der Generalplan Ost”, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 6(3), July 1958, pp. 281–325; including Erhard Wetzel’s memorandum of 27 April 1942 (NG-2325)“. ifz-muenchen.de.

[123] **Deutsches Historisches Museum.** „“Generalplan Ost”, LeMO“. dhm.de.

[124] **Madi Kapparov.** „“Asharshylyk, Holodomor in Kazakhstan”, 48-post thread (14 October 2022), Thread Reader preservation“. threadreaderapp.com.

[125] **Z. E. Kabuldinov.** „“Голод среди казахов и массовые откочевки населения в начале 30-х годов XX века”, Qazaqstan tarihy“. e-history.kz.
[126] **Liberpedia.** „Asharshylyk“. en.liberpedia.org.
[127] **Liberpedia.** „Famine in Moldova“. en.liberpedia.org.
[128] **Stanford Global Studies.** „“The Moldavian Holodomor: The Great Famine in Soviet Moldova, 1946–1947”, event page“. sgs.stanford.edu.
[129] **International Military Tribunal.** „proceedings of 20 February 1946, presentation of the District Agricultural Leader’s File of 1 June 1941 (USSR-89)“. avalon.law.yale.edu.
[130] **Hans-Joachim Riecke.** „testimony to the Ministries Case commission, 13 August 1948, transcript pp. 16025–16027“. nuremberg.law.harvard.edu.
[131] **Sarah Cameron.** „“The Hungry Steppe: Famine, Violence, and the Making of Soviet Kazakhstan”, lecture of 28 February 2019, edited transcript published 14 March 2019“. voicesoncentralasia.org.
[132] **Bundesarchiv.** „Rundschreiben der NSDAP-Partei-Kanzlei zur Versorgungslage im Herbst/Winter 1944 (document dated 14 December 1944; institutional contextual essay)“. bundesarchiv.de.
[133] **Sarah Cameron.** „The Kazakh Famine of the 1930s, Library of Congress interview (24 August 2016)“. blogs.loc.gov.
[134] **Iaroslav Kovalchuk / Sarah Cameron.** „Mounting Socialism on Camel’s Back: An Interview with Sarah Cameron on the Famine in Kazakhstan (Commons, 22 November 2024)“. commons.com.ua.
[135] **Isabelle Ohayon.** „La famine kazakhe : à l’origine de la sédentarisation“. sciencespo.fr.
[136] **Niccolò Pianciola.** „Sacrificing the Qazaqs: The Stalinist Hierarchy of Consumption and the Great Famine of 1931–33 in Kazakhstan (2022)“. research.unipd.it.
[137] **United States Holocaust Memorial Museum.** „Frequently Asked Questions about the Holocaust for Educators“. ushmm.org.
[138] **United States Holocaust Memorial Museum.** „“Final Solution”: Overview“. encyclopedia.ushmm.org.
[139] **Dan Michman.** „Why Is the Shoah Called ‘the Shoah’ or ‘the Holocaust’? (2021)“. doi.org.
[140] **T4 Memorial.** „The registration form procedure“. t4-denkmal.de.
[141] **Viktor Brack.** „Affidavit of 14 October 1946, introduced at the Doctors’ Trial on 16 December 1946“. nuremberg.law.harvard.edu.
[142] **United States Holocaust Memorial Museum.** „Euthanasia Program and Aktion T4“. encyclopedia.ushmm.org.
[143] **Elena Volkava.** „The Kazakh Famine of 1930-33 and the Politics of History in the Post-Soviet Space (Sarah Cameron lecture report, Wilson Center, 2 May 2012)“. wilsoncenter.org.

Völkermord, Demozid und Verantwortung

[144] **R. J. Rummel.** „Death by Government (1994)“. hawaii.edu.
[145] **R. J. Rummel.** „Lethal Politics: Soviet Genocide and Mass Murder Since 1917 (1990)“. hawaii.edu.
[146] **R. J. Rummel.** „Statistics of Democide: Genocide and Mass Murder Since 1900 (1997)“. hawaii.edu.
[147] **R. J. Rummel.** „Definition of Democide: Chapter 2 of Death by Government (1994)“. hawaii.edu.
[148] **Bohdan Klid / Holodomor Research and Education Consortium.** „Was the Holodomor a Genocide?“ holodomor.ca.
[149] **R. J. Rummel.** „Power Kills: Democracy as a Method of Nonviolence (Transaction Publishers, 1997)“. hawaii.edu.
[150] **R. J. Rummel.** „“Why Does Power Kill?”, Power Kills, chapter 13“. hawaii.edu.
[151] **United Nations Office on Genocide Prevention.** „Definitions of Genocide and Related Crimes, including Article II of the 1948 Convention“. un.org.
[152] **Leon Trotsky.** „The Revolution Betrayed, chapter XI, section 2“. marxists.org.
[153] **Leon Trotsky.** „The Revolution Betrayed: edition information“. marxists.org.
[154] **International Spy Museum.** „Trotsky Ice Axe“. spymuseum.org.
[155] **Roberto Gutiérrez Alcalá, Gaceta UNAM.** „Hace 80 años murió asesinado León Trotski (18 August 2020)“. gaceta.unam.mx.
[156] **United States Holocaust Memorial Museum.** „Coining a Word and Championing a Cause: The Story of Raphael Lemkin“. encyclopedia.ushmm.org.
[157] **House of the Wannsee Conference.** „Raphael Lemkin“. ghwk.de.
[158] **Center for Jewish History.** „Raphael Lemkin, Photograph 6, American Jewish Historical Society“. flickr.com.
[159] **Wikimedia Commons.** „Raphael Lemkin, Photograph 6“. commons.wikimedia.org.
[160] **Institute of National Remembrance.** „The Katyn Massacre: Basic Facts (5 March 2020)“. eng.ipn.gov.pl.
[161] **US National Archives.** „Records Relating to the Katyn Forest Massacre“. archives.gov.
[162] **Stalin to Churchill and Roosevelt, 22 August 1944.** „FRUS 1944 III, document 1271“. history.state.gov.

[163] **Harriman to the Secretary of State, 22 August 1944.** „FRUS 1944 III, document 1272“. history.state.gov.
[164] **Jennifer Popowycz.** „The Allied Responses to the Warsaw Uprising of 1944 (National WWII Museum, 18 January 2022)“. nationalww2museum.org.
[165] **USHMM.** „The Warsaw Polish Uprising“. encyclopedia.ushmm.org.
[166] **Eden.** „Russia and Poland, HC Deb 27 September 1944, vol. 403, cols. 217–220“. api.parliament.uk.
[167] **Institute of National Remembrance.** „What was the Polish Operation by the NKVD? (28 November 2017)“. eng.ipn.gov.pl.
[168] **Institute of National Remembrance.** „NKVD Order No. 00485: bilingual documentary exhibition catalogue“. ipn.gov.pl.
[169] **National WWII Museum.** „The 1941 NKVD Prison Massacres in Western Ukraine (7 June 2021)“. nationalww2museum.org.
[170] **Center for Urban History.** „City scum, nationalists or ordinary people: interethnic violence on the streets of Lviv“. lia.lvivcenter.org.
[171] **Polish History Museum.** „Sowieci walczą o rząd. Dlaczego doszło do procesu szesnastu?“ muzhp.pl.
[172] **Harriman to the Secretary of State, 18 June 1945.** „FRUS 1945 V, document 262“. history.state.gov.
[173] **ICTY.** „Judicial Supplement49: Krstić appeal,19April2004“. icty.org.
[174] **United Nations Audiovisual Library of International Law.** „Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, introductory note“. legal.un.org.

Sowjetische Planung und Wirtschaftsrechnung

[175] **Ludwig von Mises.** „Economic Calculation in the Socialist Commonwealth (1920 essay; linked English edition, 1990)“. mises.org.
[176] **Ludwig von Mises.** „Socialism: An Economic and Sociological Analysis (German original, 1922; linked English edition, 1951)“. mises.org.
[177] **Jörg Guido Hülsmann.** „Mises: The Last Knight of Liberalism (2007)“. mises.org.
[178] **Фотографії старого Львова.** „Меморіальна дошка Людвіга фон Мізеса: photograph dated 2015“. photo-lviv.in.ua.
[179] **Center for Urban History, Lviv.** „Economics and Bureaucracy in an Open Society: 2011 conference programme“. lvivcenter.org.
[180] **Leszek Kołakowski.** „Main Currents of Marxism (especially Volume III: The Breakdown)“. wwnorton.com.
[181] **Vasyl Marochko.** „“Torgsin”: The Price in Gold of the Lives of Ukrainian Peasants during the Famine Years (1932–1933), translated by Marta D. Olynyk“. holodomor.ca.
[182] **Library of Congress / Historic American Engineering Record.** „Ford Assembly Plant, Rosie the Riveter National Historical Park, HAER CA-326-H, printed p. 28“. tile.loc.gov.
[183] **F. A. Hayek.** „Individualism and Economic Order“. press.uchicago.edu.
[184] **F. A. Hayek.** „The Road to Serfdom“. press.uchicago.edu.
[185] **F. A. Hayek.** „The Constitution of Liberty“. press.uchicago.edu.
[186] **F. A. Hayek.** „The Use of Knowledge in Society, American Economic Review 35(4), September 1945, pp. 519–530“. german.yale.edu.
[187] **Jörg Guido Hülsmann.** „Knowledge, Judgment, and the Use of Property, The Review of Austrian Economics 10(1), 1997, pp. 23–48“. mises.org.
[188] **Liberpédia.** „Impossibilité du calcul économique en régime socialiste“. fr.liberpedia.org.
[189] **Liberpedia.** „Impossibility of economic calculation in the socialist commonwealth“. en.liberpedia.org.
[190] **F. A. Hayek.** „The Pretence of Knowledge, Nobel Prize lecture, 11 December 1974“. nobelprize.org.
[191] **Nobel Foundation.** „The 1974 economics prize: Gunnar Myrdal and Friedrich August von Hayek“. nobelprize.org.
[192] **Jacek Kochanowicz.** „Introduction to the 1990 edition of Mises’s Economic Calculation in the Socialist Commonwealth, reproducing Oskar Lange’s statue remark“. mises.org.
[193] **Leszek Balcerowicz.** „Poland’s Transformation, Finance & Development 37(3), September 2000“. imf.org.
[194] **Ludwig von Mises.** „Liberalism: In the Classical Tradition“. mises.org.
[195] **Ludwig von Mises.** „Human Action: A Treatise on Economics“. mises.org.
[196] **Ludwig von Mises.** „Memoirs (Arlene Oost-Zinner translation; Mises Institute, 2009; manuscript, 1940–42; first published, 1978)“. mises.org.
[197] **University of Graz, Graz Schumpeter Centre.** „Ludwig Mises und das Wiener Privatarchiv“. privatarchiv-mises.uni-graz.at.
[198] **Oscar Mata.** „The Secret Passage: How Amzalak and Salazar Helped Ludwig von Mises Escape the Nazis (Mises Wire, 6 December 2024)“. mises.org.

[199] **Vatnik Soup.** „Switzerland's Neutrality Initiative: Neutrality, Sovereignty and the September 2026 Vote (NAFO Policy Papers, No. 1, September 2026)". vatniksoup.com.
[200] **Amartya Sen.** „Poverty and Famines: An Essay on Entitlement and Deprivation (1981)". academic.oup.com.
[201] **Amartya Sen.** „Development as Freedom (1999)". sen.scholars.harvard.edu.
[202] **Jean Drèze and Amartya Sen.** „Hunger and Public Action (1989)". academic.oup.com.
[203] **Amartya Sen.** „Democracy as a Universal Value, Journal of Democracy 10(3), July 1999, pp. 3–17". journalofdemocracy.org.
[204] **Royal Swedish Academy of Sciences.** „The 1998 Prize in Economic Sciences: Amartya Sen, press release, 14 October 1998". nobelprize.org.
[205] **R. W. Davies and Stephen G. Wheatcroft.** „"The Livestock Disaster", The Years of Hunger, pp. 301–331". link.springer.com.
[206] **Stephen Kotkin.** „"If Stalin Had Died…", The New York Review of Books, 6 November 2014". nybooks.com.
[207] **Robert C. Allen.** „Farm to Factory: A Reinterpretation of the Soviet Industrial Revolution (Princeton University Press, 2003)". jstor.org.
[208] **Yoram Gorlizki.** „"Scandal in Riazan: Networks of Trust and the Social Dynamics of Deception", Kritika 14(2), 2013, pp. 243–278". research.manchester.ac.uk.
[209] **F. A. Hayek.** „Why the Worst Get on Top, The Road to Serfdom, chapter X (1944; online excerpt)". mises.org.
[210] **Nikolai Bukharin.** „"Observations of an Economist: The Beginning of the New Economic Year" (International Press Correspondence, 19 October and 2 November 1928)". revolutionsnewsstand.com.
[211] **Joseph Stalin.** „"The Right Deviation in the C.P.S.U.(B.)" (April 1929), Works, volume 12, pp. 1–113 (Moscow, 1954)". marxists.org.
[212] **Joseph Stalin.** „"Grain Procurements and the Prospects for the Development of Agriculture" (brief record of Siberian statements, January 1928), Works, volume 11 (Moscow, 1954)". marxists.org.
[213] **V. I. Lenin.** „The Agrarian Programme of Social-Democracy in the First Russian Revolution, 1905–1907: Conclusion (1907)". marxists.org.
[214] **Joseph Stalin.** „Economic Problems of Socialism in the U.S.S.R. (1952), §2: Commodity Production Under Socialism". marxists.org.
[215] **Yoram Gorlizki.** „"Scandal in Riazan: Networks of Trust and the Social Dynamics of Deception", Kritika 14(2), 2013, pp. 243–278: opening passage reproduced on ResearchGate". researchgate.net.
[216] **Takeshi Hayashi.** „Historical background of technology transfer, transformation, and development in Japan (1979)". d-arch.ide.go.jp.
[217] **Committee of the Tokio General Chamber of Commerce.** „Report on treaty revision, enclosed in John A. Bingham to William M. Evarts, 24 October 1879 (FRUS 1880, No. 422)". history.state.gov.
[218] **Library of Congress.** „Revelations from the Russian Archives: "Collectivization and Industrialization"". loc.gov.
[219] **Joseph Stalin.** „"The Work of the April Joint Plenum of the Central Committee and Central Control Commission", report of 13 April 1928". marxists.org.
[220] **Joseph Stalin.** „"On the Grain Front", talk of 28 May 1928, published in Pravda on 2 June 1928". marx2mao.redspark.nu.
[221] **Elena Osokina.** „"Torgsin and Stalin's Quest for Gold", Cornell University Press". cornellpress.cornell.edu.
[222] **Liudmyla Hrynevych.** „"Stalin's Faminogenic Policies in Ukraine: The Imperial Discourse", East/West: Journal of Ukrainian Studies 8, no. 1 (2021), pp. 99–143, translated by Andrew Sorokowski". ewjus.com.
[223] **Mark Harrison.** „review of Robert C. Allen's Farm to Factory: A Reinterpretation of the Soviet Industrial Revolution, 6 May 2004, pp. 1–3". warwick.ac.uk.
[224] **Joseph Stalin.** „"National Factors in Party and State Affairs", theses for the Twelfth Party Congress, published 24 March 1923, Works, volume 5 (Moscow, 1954)". marxists.org.
[225] **Jörg Guido Hülsmann.** „"Knowledge, Judgment, and the Use of Property", The Review of Austrian Economics 10, no. 1 (1997), pp. 23–48; readable HTML edition". mises.org.
[226] **Elena Osokina.** „Stalin's Quest for Gold: The Torgsin Hard-Currency Shops and Soviet Industrialization, Cornell University Press, English digital edition (2021), JSTOR open-access edition". jstor.org.
[227] **V. I. Lenin.** „The Tax in Kind, completed 21 April 1921". marxists.org.
[228] **Joseph Stalin.** „The Results of the First Five-Year Plan, report of 7 January 1933". marxists.org.
[229] **London School of Economics.** „Friedrich A. von Hayek at LSE, 26 June 2024". blogs.lse.ac.uk.
[230] **LSE / STICERD.** „What Goes Around Comes Around: wartime evacuation and intellectual history". sticerd.lse.ac.uk.
[231] **Bruce Caldwell.** „Introduction to The Road to Serfdom, University of Chicago Press". press.uchicago.edu.
[232] **F. A. Hayek.** „Nobel Banquet Speech, 10 December 1974, authorised republication". libertarianism.org.

[233] **Bogdan Sekściński.** „“Methods of Collectivization of Agriculture in the Lublin Region in the Years 1950–1951” (Studia Iuridica Lublinensia 19, 2013)“. lsmll.journals.umcs.pl.
[234] **Dean Rusk.** „Memorandum to John F. Kennedy on Poland and PL 480 (15 November 1961), FRUS 1961–1963, XVI, document 47“. history.state.gov.
[235] **Hungarian historical encyclopedia.** „“A mezőgazdaság helyzete és arányai a nemzetgazdaságban” (Hungary in the Twentieth Century)“. mek.oszk.hu.
[236] **Hungarian National Archives.** „“A Kádár-korszak”, Pest County archive dossier“. mnl.gov.hu.
[237] **Nigel Swain.** „Collective Farms Which Work? (Cambridge University Press), chapter 1, “Family Labour in the Achievement and Consolidation of Collectivised Agriculture, 1946–68”“. cambridge.org.
[238] **US Department of State.** „Assessment of Hungary’s New Economic Mechanism and agriculture (FRUS 1981–1988, vol. X, document 330)“. history.state.gov.
[239] **Paul Gregory.** „“An Introduction to the Economics of the Gulag”, in The Economics of Forced Labor: The Soviet Gulag (2003)“. hoover.org.
[240] **The Henry Ford.** „“Assembly Line at Ford Motor Company Moscow Plant, 1930”, THF25098, object P.O.5827“. thehenryford.org.
[241] **University of Victoria Libraries.** „Reeling Silk in Large Skeins, Japan c. 1910 (Wikimedia Commons image record)“. commons.wikimedia.org.
[242] **Mark Harrison.** „Five-Year Plan, Encyclopedia of Modern Europe: Europe Since 1914 (2006), pp. 1097–1101“. warwick.ac.uk.
[243] **Mark Harrison.** „Soviet Industrial Production, 1928 to 1955: Real Growth and Hidden Inflation, Journal of Comparative Economics 28:1 (2000), pp. 134–155“. warwick.ac.uk.
[244] **Russian State Library / Wikimedia Commons.** „Кто кого? Догнать и перегнать, First AKhR Collective, poster [1929]“. commons.wikimedia.org.
[245] **Mises Institute / DickClarkMises.** „Friedrich August von Hayek (undated portrait)“. commons.wikimedia.org.
[246] **Yakov Guminer.** „Arithmetic of an industrial-financial counter-plan, 1931 (poster record)“. commons.wikimedia.org.
[247] **P. V. Alabin Museum.** „Soviet political posters, 1917–1967; Arithmetic of the counter-plan, 1931“. alabin.ru.
[248] **George Orwell.** „Nineteen Eighty-Four (1949), part III, chapter IV“. orwell.ru.
[249] **Eugene Lyons.** „Assignment in Utopia (1937), “Two Plus Two Equals Five”, book II, chapter XV, p. 240; selected passage reproduced by Readex“. readex.com.
[250] **George Orwell.** „Review of Assignment in Utopia by Eugene Lyons, New English Weekly, 9 June 1938“. garethjones.org.
[251] **George Orwell.** „Review of Bertrand Russell’s Power, The Adelphi, January 1939; reprinted in Bertrand Russell Society Quarterly 130–131, pp. 38–40“. bertrandrussellsociety.org.
[252] **Mises Institute.** „Economic Calculation in the Socialist Commonwealth, 2014 edition“. store.mises.org.
[253] **Elke Wetzig.** „Amartya Sen in Cologne, 28 November 2007 (photograph)“. commons.wikimedia.org.
[254] **Oxford University Press.** „Poverty and Famines (publisher listing and cover)“. books.apple.com.
[255] **Vintage / Penguin Random House.** „Development as Freedom, 2000 paperback (cover)“. penguinrandomhousehighereducation.com.
[256] **Kyle Orton.** „Socialism Could Never Have a Human Face (21 August 2022)“. kyleorton.com.
[257] **Glamorgan Archives.** „Hughes’s ironworks and the New Russia Company, 1868–1872“. glamarchives.gov.uk.
[258] **FRUS.** „NSC discussion of Soviet wheat purchases, 1 October 1963“. history.state.gov.
[259] **Ludwig von Mises.** „Omnipotent Government: The Rise of the Total State and Total War (1944)“. cdn.mises.org.

Völkermordabsicht und Anerkennung

[260] **Nicolas Werth / Sciences Po.** „The Great Ukrainian Famine of 1932–33 (2008)“. sciencespo.fr.
[261] **European Parliament.** „Resolution of 15 December 2022 recognising the Holodomor as genocide“. europarl.europa.eu.
[262] **Yad Vashem, Shoah Resource Center.** „Stalin and postwar antisemitic campaigns“. wwv.yadvashem.org.
[263] **Holodomor Research and Education Consortium.** „Conquest Prize for Contribution to Holodomor Studies: 2025 award to Markevich, Naumenko and Qian“. holodomor.ca.
[264] **National Museum of the Holodomor-Genocide.** „The History of the Holodomor“. holodomormuseum.org.ua.
[265] **Bohdan Klid and Alexander J. Motyl.** „Introduction to The Holodomor Reader (CIUS Press, 2012), publisher excerpt“. holodomor.ca.
[266] **Norman M. Naimark.** „“How the Holodomor Can Be Integrated into our Understanding of Genocide”, East/West: Journal of Ukrainian Studies 2, no. 1 (2015), pp. 117–131“. ewjus.com.

[267] **International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia.** „Prosecutor v. Goran Jelisić, IT-95-10-A, Appeals Chamber judgment, 5 July 2001, paragraphs 46–49“. icty.org.

[268] **Serhii Kornovenko and Oleksii Kompaniiets.** „The Policy of “Disarmament” as the Premise of Subjugation of the Ukrainian Countryside, East European Historical Bulletin 31 (2024), pp. 89–99“. eehb.dspu.edu.ua.

Zeugen, Berichterstattung und Leugnung

[269] **Gareth Jones.** „Berlin press release, 29 March 1933, as reported in the New York Evening Post“. garethjones.org.

[270] **Bohdan Klid and Alexander J. Motyl, editors.** „The Holodomor Reader: Survivor Testimonies, Memoirs, Diaries and Letters“. holodomor.ca.

[271] **Russian Embassy in the United States.** „Statement of 25 November 2023, reproduced by the Baltimore Council on Foreign Affairs on 26 November“. bcfausa.org.

[272] **Alexander Wienerberger / Wikimedia Commons.** „Girl and goat in Kharkiv, 1933: photograph and reuse record“. commons.wikimedia.org.

[273] **HREC Education.** „Historical Photographs of the Holodomor: Wienerberger authentication and context“. education.holodomor.ca.

[274] **Tamara Orlova / HREC sourcebook.** „Childhood memoir, published in The Day (2010), excerpt on p. 43“. holodomor.ca.

[275] **Vasyl Lypkivsky.** „Letters during the Holodomor (1933), HREC primary-source collection“. holodomor.ca.

[276] **US Department of State.** „Foreign Relations of the United States, The Soviet Union, 1933–1939: Recognition on 16 November 1933 (documents 1–59)“. history.state.gov.

[277] **HREC / Ukrainian Canadian Congress.** „85th-anniversary Holodomor educational material (29 August 2018)“. education.holodomor.ca.

[278] **The Pulitzer Prizes.** „Walter Duranty, 1932 winner in Correspondence“. pulitzer.org.

[279] **The Pulitzer Prize Board.** „Statement on Walter Duranty’s 1932 Prize (21 November 2003)“. pulitzer.org.

[280] **Walter Duranty.** „Russians Hungry, But Not Starving, The New York Times (31 March 1933; archived transcription)“. garethjones.org.

[281] **Walter Duranty.** „Soviet Industry Shows Big Gains, The New York Times (6 April 1933; archived transcription)“. garethjones.org.

[282] **Gareth Jones.** „Mr. Jones Replies, letter to The New York Times (13 May 1933; archived transcription)“. garethjones.org.

[283] **Stephen Koch.** „Interview with Derek Alger, Pif Magazine (1 April 2004)“. pifmagazine.com.

[284] **Sean McMeekin.** „The Red Millionaire: A Political Biography of Willi Münzenberg, Moscow’s Secret Propaganda Tsar in the West (Yale University Press, 2003)“. academic.oup.com.

[285] **Marco Carynnyk.** „The New York Times and the Great Famine, The Ukrainian Weekly (11 September 1983)“. subscription.ukrweekly.com.

[286] **Eugene Lyons.** „Assignment in Utopia (Harcourt, Brace, 1937): Moscow press corps and Gareth Jones“. garethjones.org.

[287] **Duchess of Atholl and others.** „Foreign Office debate, House of Commons (5 July 1933)“. api.parliament.uk.

[288] **Lord Ponsonby and Earl Stanhope.** „Russia debate, House of Lords (25 July 1934)“. api.parliament.uk.

[289] **US Department of State, Office of the Historian.** „Recognition of the Soviet Union, 1933“. history.state.gov.

[290] **Tatyana Smykovskaya.** „Личность и творчество Максима Горького на страницах прессы Гулага 1930-х годов [Gorky and the Gulag Press], Australian Slavonic and East European Studies 38 (2024), pp. 1–25“. arts.unimelb.edu.au.

[291] **Maxim Gorky, L. Averbakh and S. G. Firin, editors.** „Belomor: An Account of the Construction of the New Canal Between the White Sea and the Baltic Sea (English adaptation, 1935)“. books.google.com.

[292] **H. R. Knickerbocker.** „Famine Grips Russia, New York Evening Post (29 March 1933): Gareth Jones’s statement“. garethjones.org.

[293] **Gareth Jones.** „Famine Rules Russia, Evening Standard (31 March 1933)“. garethjones.org.

[294] **Walter Duranty.** „Portrait published in The Literary Digest History of the War (1919), Wikimedia Commons record“. commons.wikimedia.org.

[295] **S. J. Taylor.** „Stalin’s Apologist: Walter Duranty, The New York Times’s Man in Moscow (Oxford University Press, 1990), publisher preview“. api.pageplace.de.

[296] **Walter Duranty.** „Russians Hungry, But Not Starving, The New York Times (31 March 1933), p. 13“. nytimes.com.

[297] **Ray Gamache.** „“Contextualizing FDR’s Campaign to Recognize the Soviet Union, 1932–1933: Propaganda, Famine Denial, and Ukrainian Resistance”, Harvard Ukrainian Studies 37, nos. 3–4 (2020), pp. 287–321“. d3sa9iy9kp2h5k.cloudfront.net.

[298] **Time.** „“Foreign News: Stalin to Duranty” (8 January 1934)“. time.com.

[299] **US National Park Service.** „Arthurdale: A New Deal Community Experiment (Teaching with Historic Places, lesson 157), especially readings 1–2“. nps.gov.

[300] **US Commission on the Ukraine Famine.** „Investigation of the Ukrainian Famine, 1932–1933: Report to Congress (22 April 1988), chapter VI, “The American Response to the Famine”, excerpt pp. 167–176“. garethjones.org.

[301] **Louis Fischer.** „“Hearst’s Russian Famine”, The Nation (13 March 1935), datelined New York, 4 March“. garethjones.org.

[302] **Stanislav Kulchytsky.** „“Why Did Stalin Exterminate the Ukrainians? Comprehending the Holodomor. The Position of Soviet Historians” (2005), reproduced in The Holodomor Reader, scholarship extract, printed pp. 26–30“. holodomor.ca.

[303] **National Museum of the Holodomor-Genocide.** „“Історія, збережена у «цифрі»”: оцифровано аудіокасети зі свідченнями про Голодомор (25 June 2025)“. holodomormuseum.org.ua.

[304] **Beatrice Webb.** „typescript diary, entry of 9 April 1932, PASSFIELD/1/2/10, LSE Digital Library“. digital.library.lse.ac.uk.

[305] **Jars Balan.** „“Rhea Clyman: A Forgotten Canadian Eyewitness to the Hunger of 1932”, in Women and the Holodomor-Genocide: Victims, Survivors, Perpetrators, edited by Victoria Malko, 2019“. holodomor.ca.

[306] **Rhea G. Clyman.** „“Children Lived on Grass / Only Food in Farm Area / Grain Taken From Them”, Toronto Evening Telegram, 16 May 1933, pp. 1, 36; transcription in Jars Balan’s Ukraina Moderna documentary selection“. uamoderna.com.

[307] **David Vessey.** „“First-hand Accounts? Walter Duranty, William Henry Chamberlin and Eugene Lyons as Moscow Correspondents in the 1930s”, Journalism Studies 24, no. 2 (2023), pp. 209–225“. doi.org.

[308] **William Henry Chamberlin.** „“Famine proves potent weapon in Soviet policy”, Christian Science Monitor, 29 May 1934; reprint in The Ukrainian Weekly (1983)“. subscription.ukrweekly.com.

[309] **Natalia A. Feduschak.** „“New Chapters in the Ukrainian-Jewish Relationship Explored at Canada’s Limmud FSU (Part 1) – Rhea Clyman”, Ukrainian Jewish Encounter, 19 April 2017“. ukrainianjewishencounter.org.

[310] **Jars Balan.** „2017 Toronto Annual Famine Lecture, “Tell the Kremlin we are starving; we have no bread!” Rhea Clyman’s 1932 Odyssey through the “Famine Lands” of Ukraine, 28 November 2017“. holodomor.ca.

[311] **Ukrainian Institute of National Memory.** „1915 – народився Микола Лемик, член ОУН“. uinp.gov.ua.

[312] **Volodymyr Birchak.** „Убити одного, щоб врятувати мільйони. Атентат Миколи Лемика (21 October 2018)“. istpravda.com.ua.

[313] **A. Markoff.** „Famine in USSR (Paris: Russian Commercial Institute, 1933)“. archive.org.

[314] **Ewald Ammende.** „Muss Russland hungern? Menschen- und Völkerschicksale in der Sowjetunion (Vienna, 1935), photographs 10 and 20“. garethjones.org.

[315] **Maxim Gorky, L. Averbakh and S. G. Firin, editors.** „Беломорско-Балтийский канал им. Сталина: История строительства (1934), Russian State Library catalogue“. search.rsl.ru.

[316] **Maxim Gorky, L. Averbakh and S. G. Firin, editors; Amabel Williams-Ellis, English editor.** „Belomor (1935), digitised English text“. redstarpublishers.org.

[317] **Vatnik Soup.** „“MICE” (Soup 183, 21 May 2023)“. vatniksoup.com.

[318] **Merriam-Webster.** „Fellow traveler: definition and word history“. merriam-webster.com.

[319] **Yurko Romanovych Shvets.** „Letter to Hryhorii Petrovsky on procurement and hunger, September 1932 (Ukrainian transcription)“. lib.chmnu.edu.ua.

[320] **Vatnik Soup.** „Debunk of the Day 4: Whataboutism (1 February 2026)“. vatniksoup.com.

[321] **Ukrainian state archives / TsDAVO.** „Register of documentary heritage, fond 1, entry 176: letter of Yu. R. Shvets, 15 September 1932“. old.archives.gov.ua.

[322] **Aleksandr Volgarev.** „On the Holodomor in Ukraine, statement at the OSCE Permanent Council, 24 November 2022“. osce.org.

[323] **Russian Ministry of Foreign Affairs.** „Holodomor statement attributed to Maria Zakharova, 30 November 2022“. twitter.com.

[324] **British Council UK Films Database.** „Mr. Jones (2019), film credits and synopsis“. filmsandfestivals.britishcouncil.org.

[325] **WestEnd Films.** „Mr. Jones (2019), official distributor synopsis“. westendfilms.com.

[326] **Oni Press.** „In the Shadow of Stalin: The Story of Mr. Jones, by Andrea Chalupa and Ivan Rodrigues (2024)“. onipress.com.

[327] **Samuel Goldwyn Films.** „Mr. Jones: official press materials and theatrical poster“. samuelgoldwynfilms.com.

Die Auslöschung ukrainischer Staatlichkeit und Kultur

[328] **Encyclopedia of Ukraine.** „Petr Valuev and the 1863 restrictions on Ukrainian publishing“. encyclopediaofukraine.com.

[329] **Encyclopedia of Ukraine.** „Ems Ukase (1876): restrictions on Ukrainian publishing, imports and public performance“. encyclopediaofukraine.com.

[330] **Human Rights Watch.** „Education under Occupation: Forced Russification of the School System in Occupied Ukrainian Territories (20 June 2024)“. hrw.org.

[331] **Український інститут національної пам’яті.** „Були елітою нації: до роковин розстрілів в урочищі Сандармох“. uinp.gov.ua.

[332] **United Nations General Assembly.** „Territorial integrity of Ukraine, Resolution 68/262 (27 March 2014)“. docs.un.org.

[333] **International Court of Justice.** „Ukraine v. Russian Federation, provisional-measures order (16 March 2022)“. api.icj-cij.org.

[334] **Verkhovna Rada of Ukraine.** „Declaration concerning genocide committed by the Russian Federation in Ukraine, Resolution 2188-IX (14 April 2022)“. zakon.rada.gov.ua.

[335] **Encyclopedia of Ukraine.** „Central Rada“. encyclopediaofukraine.com.

[336] **Encyclopedia of Ukraine.** „Ukrainian National Republic“. encyclopediaofukraine.com.

[337] „Act of Unification of the Ukrainian People’s Republics (1919)“. en.wikipedia.org.

[338] **Encyclopedia of Ukraine.** „Ukrainization in the 1920s and its Stalinist reversal“. encyclopediaofukraine.com.

[339] **Radan Lášek / ÚSTR.** „Obrana Podkarpatské Rusi (Paměť a dějiny, 2009/1)“. ustrcr.cz.

[340] **Jiří Plachý / Vojenský historický ústav.** „Poválečné zbavení obyvatel Podkarpatské Rusi československého státního občanství“. vhu.cz.

[341] **Czech Ministry of Foreign Affairs.** „Pozbytí území Podkarpatské Rusi“. mzv.gov.cz.

[342] **Museum of the Occupation of Latvia.** „The Three Occupations of Latvia, 1940–1991: Soviet and Nazi Take-Overs and Their Consequences (2005), chapter Soviet–Nazi Collaboration, 1939–1941“. mfa.gov.lv.

[343] „Soviet occupation and annexation of the Baltic states“. en.wikipedia.org.

[344] **Museum of the Occupation of Latvia.** „Occupation, deportation and resistance, exhibition guide“. okupacijasmuzejs.lv.

[345] **Latvian Ministry of Foreign Affairs.** „The end of the Second World War and the continued occupation of the Baltic states“. mfa.gov.lv.

[346] **Latvian Embassy in Germany.** „Ambassador Alda Vanaga on the March 1949 Baltic deportations“. www2.mfa.gov.lv.

[347] **CVCE.** „The Zhdanov Doctrine and the Cominform“. cvce.eu.

[348] **US Department of State.** „Soviet domination of Czechoslovakia, assessment of 1949“. history.state.gov.

[349] **Ukrainian Institute of National Memory.** „Акт Злуки: unification of the Ukrainian republics in 1919“. unr.uinp.gov.ua.

[350] **Encyclopedia of Ukraine.** „Ukrainian Soviet Socialist Republic: formation, Moscow control and the 1922 union“. encyclopediaofukraine.com.

[351] **Czech Ministry of Defence.** „Vzpomínka na Jáchymovské peklo potřiadvacáté (25 May 2012)“. mocr.mo.gov.cz.

[352] **Czech National Heritage Institute.** „Hornický region Erzgebirge/Krušnohoří: Jáchymov and the Red Tower of Death“. npu.cz.

[353] **ÚSTR.** „Tábory nucené práce, 1948–1954: administrative forced-labour camps“. ustrcr.cz.

[354] **Ústav pamäti národa.** „Zoznam osôb odvlečených do gulagov: Czechoslovak civilians deported to Soviet forced labour“. upn.gov.sk.

[355] **Ukrainian Institute of National Memory.** „Operation West, October 1947: deportation of resistance families and labour allocation“. uinp.gov.ua.

[356] **Oleh Bazhan.** „Операція «Захід», Local History (21 October 2021)“. localhistory.org.ua.

[357] **Marta Craveri / INED, European Memories of the Gulag.** „Супротив у таборах: Ukrainian prisoners and camp resistance“. gulagmemories.eu.

[358] **Moscow Patriarchate.** „Statements of September 1943, Журнал Московской Патриархии no. 1 (12 September 1943), pp. 5, 6, 11, 16; translated in Seventeen Moments in Soviet History“. seventeenmoments.web.illinois.edu.

[359] **Ukrainian Greek Catholic Church / Taras Bublyk.** „“The Lviv Pseudo-Council of 1946: The History of the Russian World’s Special Operation” (30 May 2024)“. ugcc.ua.

[360] **Russian Orthodox Church.** „Journals of the Holy Synod, 7 June 2022, journal no. 59 (Department for External Church Relations)“. mospat.ru.

[361] **UN Human Rights Office.** „Report on the Human Rights Situation in Ukraine, 1 September–30 November 2024 (31 December 2024), paragraphs 70–73, printed pp. 16–17“. ukraine.ohchr.org.

[362] **Cordell Hull.** „Memorandum of conversation with Franklin D. Roosevelt, Harry Hopkins and Soviet ambassador Constantine Oumansky (11 September 1941), FRUS 1941, volume I, document 778, pp. 832–834“. history.state.gov.

[363] **Sumner Welles to William Phillips.** „Telegram on religious freedom in the Soviet Union (31 July 1941), FRUS 1941, volume I, document 955“. history.state.gov.

[364] **Kathryn David.** „“At the Kremlin in 1943” / “How Stalin enlisted the Orthodox Church to help control Ukraine”, Aeon (13 March 2023)“. aeon.co.

[365] **Elbridge Durbrow to the Secretary of State.** „Telegram reporting Soviet recognition of Israel (18 May 1948), FRUS 1948, volume V, part 2, document 286“. history.state.gov.

[366] **Joshua Rubenstein.** „“Jewish Anti-Fascist Committee”, The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe (2010)“. encyclopedia.yivo.org.

[367] **Patriarch Kirill.** „Sermon after the liturgy at the Alexander Nevsky Skete (25 September 2022), official Moscow Patriarchate publication“. patriarchia.ru.

[368] **World Russian People’s Council.** „“The Present and Future of the Russian World”: mandate of the XXV Council, approved 27 March 2024 under Patriarch Kirill, official Moscow Patriarchate publication“. patriarchia.ru.

[369] **World Russian People’s Council.** „“Наказ XXV Всемирного русского народного собора «Настоящее и будущее Русского мира»” (27 March 2024), full-text republication in Biblioteka Arkhivarius“. biblioteka-arhivarius.ru.

[370] **World Council of Churches.** „“WCC ‘cannot reconcile’ World Russian People’s Council decree describing Ukraine conflict as ‘Holy War’” (12 April 2024)“. oikoumene.org.

[371] **Liberpedia.** „Kremlinism/Genocide“. en.liberpedia.org.

[372] **USSR State Defence Committee.** „Resolution No. 5859-ss, “On the Crimean Tatars” (11 May 1944)“. nkvd.tomsk.ru.

[373] **Ukrainian Institute of National Memory.** „“18 травня – День пам’яті жертв депортації кримськотатарського народу” (18 May 2021)“. uinp.gov.ua.

[374] **UNESCO.** „Ornek, a Crimean Tatar ornament and knowledge about it, Representative List of the Intangible Cultural Heritage of Humanity (2021)“. ich.unesco.org.

[375] **Office of the UN High Commissioner for Human Rights.** „Ten Years of Occupation by the Russian Federation: Human Rights in the Autonomous Republic of Crimea and the City of Sevastopol, Ukraine (28 February 2024)“. ukraine.ohchr.org.

[376] **East SOS.** „“Ukrainian Literature Banned: Evidence from the Temporarily Occupied Territories by East SOS” (30 September 2025)“. east-sos.org.

[377] **International Criminal Court, Pre-Trial Chamber II.** „“Situation in Ukraine: ICC judges issue arrest warrants against Vladimir Vladimirovich Putin and Maria Alekseyevna Lvova-Belova” (17 March 2023)“. icc-cpi.int.

[378] **Office of the UN High Commissioner for Human Rights.** „Human rights situation during the Russian occupation of territory of Ukraine and its aftermath, 24 February 2022 to 31 December 2023 (20 March 2024)“. ukraine.ohchr.org.

[379] **Mykola Zhulynsky.** „“Дзюба Іван Михайлович”, Encyclopedia of Modern Ukraine, volume 7 (2007; online revision September 2026)“. esu.com.ua.

[380] **Vladimir Putin.** „“On the Historical Unity of Russians and Ukrainians” (12 July 2021), original Kremlin English URL“. en.kremlin.ru.

[381] **Vladimir Putin.** „“On the Historical Unity of Russians and Ukrainians” (12 July 2021), English text reproduced by New Cold War on 19 July 2021“. newcoldwar.org.

[382] **Vladimir Lenin.** „Telegram to Yevgenia Bosch, 9 August 1918“. marxists.org.

[383] **Oleg Khlevnyuk.** „“The Economy of the OGPU, NKVD, and MVD of the USSR, 1930–1953”, in The Economics of Forced Labor: The Soviet Gulag (2003), pp. 43–66“. hoover.org.

[384] **OGPU.** „Order No. 130/63, “On the Organisation of the OGPU Camp Administration”, 25 April 1930“. document.wikireading.ru.

[385] **Mikhail Morukov.** „“The White Sea–Baltic Canal”, in The Economics of Forced Labor: The Soviet Gulag (2003), pp. 151–162“. hoover.org.

[386] **Nicolas Werth.** „“The NKVD Mass Secret Operation No. 00447, August 1937–November 1938” (24 May 2010)“. sciencespo.fr.

[387] **OHCHR.** „The impact of the armed conflict and occupation on children’s rights in Ukraine, 24 February 2022 — 31 December 2024 (21 March 2025)“. ukraine.un.org.

[388] **Sergej Sumlenny.** „Soviet Antisemitism, thread of 16 May 2021“. twitter.com.

[389] **Sergej Sumlenny.** „Thread on the Soviet antisemitic legacy, 6 October 2023“. twitter.com.

[390] **Izabella Tabarovsky.** „Soviet Anti-Semitic Cartoons, Tablet, 6 June 2019“. tabletmag.com.

[391] **Aleksandr Dugin.** „Основы геополитики (1997), Part V, sections 4.4 and 5.6“. grachev62.narod.ru.

[392] **Тимофей Сергейцев.** „Что Россия должна сделать с Украиной (RIA Novosti, 3 April 2022)“. web.archive.org.

[393] **Izyum district party bureau.** „On work with settlers, 31 May 1934 (museum reproduction)“. bbc.com.

[394] **N. I. Yezhov.** „NKVD Operational Order No. 00447, 30 July 1937, with M. I. Frinovsky’s covering note; published primary text“. istmat.org.

[395] **Germany and the USSR.** „Treaty of Nonaggression, 23 August 1939 (Molotov–Ribbentrop Pact), Avalon Project“. avalon.law.yale.edu.

[396] **Czechoslovakia and the USSR.** „Treaty concerning the Trans-Carpathian Ukraine, 29 June 1945; UN Treaty Series, vol. 504, No. 607“. treaties.un.org.

[397] **George F. Kennan to the US Secretary of State.** „Subcarpathian Ruthenia and Communist control, 25 January 1945; FRUS 1945, vol. IV, document 506“. history.state.gov.

[398] **Roy Rosenzweig Center for History and New Media, George Mason University.** „Gulag: Many Days, Many Lives, introductory exhibition transcript“. gulaghistory.org.

[399] **Yale Humanitarian Research Lab.** „Intentional, Systematic, & Widespread: Russia’s Program of Coerced Adoption and Fostering of Ukraine’s Children (3 December 2024)“. medicine.yale.edu.

[400] **Independent International Commission of Inquiry on Ukraine.** „“I am still looking for my daughter”: crimes against humanity committed by Russian authorities against children from Ukraine, A/HRC/61/CRP.8 (9 March 2026)“. ohchr.org.

[401] **Meduza.** „Lvova-Belova’s statement on Mariupol children’s attitudes being transformed into “love for Russia” (28 September 2022)“. meduza.io.

[402] **Vatnik Suppe.** „Patriarch Kirill“. vatniksoup.com.

[403] **Vatnik Suppe.** „Russische orthodoxe Kirche“. vatniksoup.com.

[404] **Vatnik Suppe.** „Dekadentes Russland 1: Religiöse Verfolgung“. vatniksoup.com.

[405] **Vatnik Suppe.** „Völkermord im Donbass“. vatniksoup.com.

[406] **Vatnik Suppe.** „Aleksandr Dugin (REBREW)“. vatniksoup.com.

[407] **Vatnik Suppe.** „Wladimir Putin 1/2“. vatniksoup.com.

[408] **Vatnik Soup.** „“Genocide in Ukraine” (7 November 2022)“. vatniksoup.com.

[409] **UN Secretary-General.** „Situation of human rights in the temporarily occupied territories of Ukraine, including the Autonomous Republic of Crimea and the city of Sevastopol, A/80/315 (6 August 2025)“. ukraine.ohchr.org.

[410] **Presidential Commissioner for Children’s Rights of the Russian Federation.** „annual activity report for 2022, “Помощь детям Донбасса”, p. 117“. deti.gov.ru.

[411] **Paige Farrenkopf, Caitlin N. Howarth, Nathaniel A. Raymond et al., Yale Humanitarian Research Lab.** „Ukraine’s Stolen Children: Inside Russia’s Network of Re-Education and Militarization (16 September 2025)“. ysph.yale.edu.

[412] **Эмпатия Манучи.** „Мария Львова-Белова: развод, свадьба, дети, Гаага (October 2025 video interview)“. rutube.ru.

[413] **Юлия Сабаева, ОстроВ.** „Уполномоченная РФ по правам ребенка Львова-Белова: «Я украла мариупольского ребенка» (21 October 2025)“. ostro.org.

[414] **National Assembly of Czechoslovakia.** „Act No. 247/1948 on forced-labour camps, 25 October 1948, sections 2–3“. zakonyprolidi.cz.

[415] **Library of Congress.** „Revelations from the Russian Archives: Repression and Terror (Stalin in Control; Kirov Murder and Purges)“. loc.gov.

[416] **Paul R. Gregory.** „“Martyred for Communism”, adapted from Politics, Murder, and Love in Stalin’s Kremlin: The Story of Nikolai Bukharin and Anna Larina (Hoover Press, 2010)“. hoover.org.

[417] **John Barber and Mark Harrison.** „“Patriotic War, 1941 to 1945”, in The Cambridge History of Russia, vol. 3 (2006), pp. 217–242; author postprint“. warwick.ac.uk.

[418] **Hoover Institution.** „“Enemy Of The State” (3 February 2016), excerpt from One Day We Will Live Without Fear: Everyday Lives Under the Soviet Police State“. hoover.org.

[419] **Marc Jansen and Nikita Petrov.** „Stalin’s Loyal Executioner: People’s Commissar Nikolai Ezhov, 1895–1940 (Hoover Institution Press, 2002), chapter 4, “The Great Terror”, pp. 79–111“. hoover.org.

[420] **Marc Jansen and Nikita Petrov.** „Stalin’s Loyal Executioner: People’s Commissar Nikolai Ezhov, 1895–1940 (Hoover Institution Press, 2002), chapter 8, “Enemy of the People”, pp. 181–193“. hoover.org.

[421] **Gill Bennett / UK Foreign Office Historians.** „What’s the Context? 20 December 1917: formation of the Cheka, the first Soviet security and intelligence agency“. history.blog.gov.uk.

[422] **Iain Lauchlan.** „The Okhrana: security policing in late imperial Russia (author manuscript, 2005)“. dspace.stir.ac.uk.

[423] **Moscow city memorial-plaques register.** „Felix Dzerzhinsky at 11 Bolshaya Lubyanka, April 1918–December 1920“. um.mos.ru.

[424] **A. I. Kokurin and N. V. Petrov.** „Лубянка. Органы ВЧК-ОГПУ-НКВД-НКГБ-МГБ-МВД-КГБ. 1917-1991 (documentary handbook, 2003)“. docs.historyrussia.org.

[425] **Federal Security Service of the Russian Federation.** „official website and Bolshaya Lubyanka contact address“. fsb.ru.

[426] **Russian Historical Society.** „Sergey Naryshkin unveils a monument to Felix Dzerzhinsky, 11 September 2023“. historyrussia.org.

[427] **Vladimir Putin interviewed by Sergey Slyusarenko.** „Putin, Kommersant, 30 July 1998“. kommersant.ru.

[428] **Monument to Felix Dzerzhinsky, Moscow.** „original Lubyanka monument and the 2023 replica“. en.wikipedia.org.
[429] **Bundesarchiv, Bild 102-00032.** „Felix Dzerzhinsky, portrait, 1923“. commons.wikimedia.org.
[430] **Vladimir Lenin at Gorki, 1923.** „photograph with Anna Yelizarova-Ulyanova and one of his doctors“. commons.wikimedia.org.
[431] **The Metropolitan Museum of Art.** „Faking It: Manipulated Photography Before Photoshop, Politics and Persuasion“. metmuseum.org.
[432] **Nikolai Yezhov with Stalin, Molotov and Voroshilov, 1937.** „original photograph record“. commons.wikimedia.org.
[433] **Stalin, Molotov and Voroshilov, 1937.** „retouched photograph with Yezhov removed“. commons.wikimedia.org.
[434] **Vladimir Ivanov.** „interview on the Dzerzhinsky replica at SVR headquarters, Podyom, 11 September 2023“. pdmnews.ru.
[435] **Moskva 24.** „restoration director Sergey Balyasnikov on the Dzerzhinsky monument, 9 December 2013“. m24.ru.
[436] **Moskovsky Komsomolets.** „Neizvestnye fakty o pamyatnike Dzerzhinskomu, 24 June 2015“. mk.ru.
[437] **Gorbachev Foundation.** „Mikhail Gorbachev: biography; USSR presidency, March 1990–December 1991“. gorby.ru.
[438] **George H. W. Bush.** „Statement on the Attempted Coup in the Soviet Union, 19 August 1991 (American Presidency Project transcript)“. presidency.ucsb.edu.
[439] **Liberpedia.** „Aleksandr Dugin: Russian quotations and source links“. en.liberpedia.org.
[440] **NEWSru.com.** „Calls to dismiss Aleksandr Dugin after his ANNA-News interview“. classic.newsru.com.
[441] **Aleksandr Dugin.** „ANNA-News call for killing, preserved video extract“. liberpedia.net.
[442] **Roman in Ukraine.** „Contemporary reproduction of Aleksandr Dugin’s genocide post, 25 August 2014“. romaninukraine.com.
[443] **Aleksandr Dugin.** „VK post, August 2014“. vk.com.
[444] **Aleksandr Dugin.** „Discussion with Western journalists, March 2022: preserved full English recording“. commons.wikimedia.org.
[445] **Aleksandr Dugin.** „Original publication of the March 2022 discussion“. youtube.com.
[446] **CBS News, 60 Minutes.** „Dugin’s geopolitical programme, 12 April 2022“. cbsnews.com.
[447] **United Nations.** „Commission concludes that deportation and forcible transfer of Ukrainian children and enforced disappearances amount to crimes against humanity, 12 March 2026“. ukraine.un.org.
[448] **Vladimir Putin.** „Address of18March2014 on Crimea“. en.kremlin.ru.
[449] **Vladimir Putin.** „Address at the30September2022 annexation ceremony“. en.kremlin.ru.
[450] **ОстроВ.** „Сепаратист Губарєв: Якщо українці не захочуть ставати росіянами – ми їх усіх вб’ємо,11October2022“. ostro.org.
[451] **ОстроВ.** „Сепаратист Губарев: Если украинцы не захотят становиться русскими – мы их всех убьем,11October2022“. ostro.org.
[452] **Pavel Gubarev.** „Video excerpt embedded by The Ukrainian Tribune“. youtube.com.
[453] **RTVI.** „Бывшего «народного губернатора» ДНР Павла Губарева задержали у здания суда после ареста Стрелкова“. rtvi.com.
[454] **Council of the European Union.** „Decision (CFSP) 2023/572, entry 82: Pavel Gubarev“. eur-lex.europa.eu.
[455] **The Moscow Times.** „«Основателя ДНР» обвинили в дискредитации российской армии, 18 February 2026“. ru.themoscowtimes.com.
[456] **Library of Congress.** „Soviet Independent Press, 1987–1992: glasnost and perestroika“. guides.loc.gov.
[457] **Stanislav Kulchytsky.** „The Ukrainian Holodomor against the Background of the Communist Onslaught, 1929–1938“. holodomor.ca.
[458] **Ukrainian Institute of National Memory.** „The 1 December1991 independence referendum“. uinp.gov.ua.
[459] **Viktor Kotyhorenko.** „Національний потенціал суспільних криз в Україні, Наукові записки3–4(83–84),2016, p.160: official1991 regional referendum results“. ipiend.gov.ua.
[460] „Budapest Memorandum on Security Assurances,5December1994, UNTS3007,I-52241“. treaties.un.org.
[461] „WeaponizingArchitecture —1991 Ukrainian independence referendum map geometry, CC BY4.0“. commons.wikimedia.org.
[462] **OHCHR.** „Killings of Civilians: Summary Executions and Attacks on Individual Civilians in Kyiv, Chernihiv and Sumy Regions,7December2022“. ohchr.org.
[463] **OHCHR.** „Forced Displacement from Territory of Ukraine Occupied by the Russian Federation,20March2026“. ukraine.ohchr.org.
[464] „Vatnik Soup226 —2014 Odesa clashes,19September2023“. vatniksoup.com.

Hunger als Waffe

[465] **Council of the European Union.** „Sixteenth sanctions package, including vessels transporting stolen Ukrainian grain (24 February 2025)“. consilium.europa.eu.

[466] **UN Human Rights Monitoring Mission in Ukraine.** „Protection of Civilians in Armed Conflict, March 2026 (10 April 2026)“. ukraine.ohchr.org.

[467] **Alex de Waal and Bridget Conley.** „“Hunger als Kriegswaffe”, Aus Politik und Zeitgeschichte / bpb (3 January 2020)“. bpb.de.

[468] **Bellingcat Investigation Team and Lloyd’s List.** „“Russia’s Smuggled Grain Finds New Market in Saudi Arabia” (12 December 2025)“. bellingcat.com.

[469] **United Nations.** „“Ukraine: UN Chief on Black Sea Grain Initiative — Media Stakeout” (17 July 2023), official video publication“. youtube.com.

[470] **UN Human Rights Monitoring Mission in Ukraine.** „“The UN Human Rights Office warned of the far-reaching human rights consequences of the attacks by the Russian Federation on Ukraine’s grain infrastructure” (23 August 2023)“. ukraine.un.org.

[471] **United Nations.** „Operational update from the Office of the UN Coordinator for the Black Sea Grain Initiative (15 July 2023)“. ungeneva.org.

[472] **OTR.** „Пленарное заседание XXV Петербургского международного экономического форума, 17 June 2022; Kremlin transcript“. otr-online.ru.

[473] **Vatnik Suppe.** „Margarita Simonjan (RT Chefredakteurin)“. vatniksoup.com.

[474] **Minval Politika.** „dated repost of Simonyan’s famine statement, 21 June 2022“. t.me.

[475] **Halya Coynash / Kharkiv Human Rights Protection Group.** „Chief Russian propagandist: “All our hope is pinned on famine”, 24 June 2022“. khpg.org.

[476] **RT.** „РТ поздравил европейцев с Рождеством видеороликом про «сказку о хомячке», 23 December 2022“. russiatoday.ru.

[477] **Dmitry Chernobrov.** „Strategic Humor and Post-Truth Public Diplomacy, CPD Perspectives, Paper 3, November 2023“. uscpublicdiplomacy.org.

Russische Geschichtsgesetze und Erinnerungspolitik

[478] **Russian Ministry of Foreign Affairs.** „Official channel post of 17 March 2026 quoting Medvedev’s article of 24 December 2025“. t.me.

[479] **Wilson Center.** „Khrushchev at his Most Khrushchevian (2011)“. wilsoncenter.org.

[480] **Leszek Kołakowski.** „Main Currents of Marxism, Book Three, chapter XIII, §1: De-Stalinization (one-volume pp. 1148–1153; related digital text)“. djvu.online.

[481] **Nikita Khrushchev.** „On the Cult of Personality and Its Consequences (25 February 1956; abridged English selection)“. marxists.org.

[482] **Bertrand M. Patenaude / Hoover Institution Library & Archives.** „America to the Starving People of Russia“. hoover.org.

[483] **Herbert Hoover.** „On Russian Famine Relief in 1921–1923 (statement of 2 July 1959, printed pp. 64–65; includes Soviet acknowledgement of 10 July 1923)“. hoover.archives.gov.

[484] **Jacob D. Beam.** „Telegram from Moscow, 4 April 1953, FRUS 1952–1954, volume VIII, document 577: collapse of the Doctors’ Plot“. history.state.gov.

[485] **Deutsche Welle.** „“Wall of Grief confronts Stalin-era crimes” (30 October 2017)“. amp.dw.com.

[486] **Meduza.** „“На «Таганской» в Москве открыли горельеф со Сталиным — и тут началось” (19 May 2025)“. meduza.io.

[487] **Reuters, Moscow bureau.** „“Extracts from Putin’s speech on Ukraine” (21 February 2022), syndicated by KFGO“. kfgo.com.

[488] **Human Rights Watch.** „Russia’s Legislative Minefield: Tripwires for Civil Society since 2020 (7 August 2024), section VII, Censoring Historical Debate“. hrw.org.

[489] **Russian Federation.** „Federal Law No. 278-FZ of 1 July 2021, adding Article 6.1 to the law commemorating Soviet victory, reproduced by Garant“. base.garant.ru.

[490] **Amnesty International.** „“Russia: Closure of human rights group highlights accelerating attacks on civil society” (29 December 2021)“. amnesty.org.

[491] **Kommersant.** „“В Мариуполе демонтировали памятник «Жертвам голодомора»” (19 October 2022)“. kommersant.ru.

[492] **Nikita Khrushchev.** „Speech to the Twentieth Congress of the CPSU, 25 February 1956 (unabridged English archive transcription)“. marxists.org.

[493] **National Museum of the Holodomor-Genocide.** „A monument to the Holodomor victims was destroyed in occupied Luhansk (18 July 2024)“. holodomormuseum.org.ua.

[494] **Christopher Hitchens.** „Unmitigated Galloway, contemporary reproduction of I'm Not the Only One". washingtonexaminer.com.
[495] **Jackson Hinkle.** „Interview with Alex Jones, 9 November 2023, original video". banned.video.
[496] **Knowledge Fight 870.** „Contemporary excerpts from the 9 November 2023 Hinkle interview". podscripts.co.
[497] **Nick Fuentes.** „America First 1590, 4 November 2025, archived show transcript". fight.fudgie.org.
[498] **Radio Svoboda.** „Shattered Stalin bust brought to Zaporizhzhia Holodomor memorial, 25 November 2017". radiosvoboda.org.
[499] **Iryna Balachuk, Ukrainska Pravda.** „Lenin installed in occupied Henichesk, 18 April 2022". pravda.com.ua.
[500] **KPRF.** „Stalin bust opened in Melitopol, 8 May 2025". kprf.ru.
[501] **Tochka, Ivan Zheyanov.** „Restalinization, 1 October 2023". pointmedia.io.
[502] **Agentstvo.** „Stalin monuments in Russia opened at twice the rate, 27 May 2025". agents.media.
[503] **Serhii Plokhii.** „The Revolt of the Center, Goodbye Lenin, Harvard MAPA (2017)". gis.huri.harvard.edu.
[504] **Ukrainian Institute of National Remembrance.** „Lenin removals during decommunisation". old.uinp.gov.ua.
[505] **Катерина Коваленко / Tribun.** „Росіяни спалюють українські книжки на окупованій Луганщині, — Східний (12 April 2024)". tribun.com.ua.
[506] **Vatnik Suppe.** „9. Mai: zweideutige Beziehung des Kremls zum Nationalsozialismus". vatniksoup.com.
[507] **Vatnik Soup.** „Degenerate Russia: Nazi vatniks (Soup 395, 16 August 2026)". vatniksoup.com.
[508] **Internet Encyclopedia of Ukraine.** „Khrushchev, Nikita". encyclopediaofukraine.com.
[509] **US Department of State, Office of Intelligence Research.** „"Khrushchev Reaches Top After Long, Steady Rise", report 6839, 17 February 1955 (FRUS 1955–1957, volume XXIV, document 8)". history.state.gov.
[510] „Mark Kramer. "Why Did Russia Give Away Crimea Sixty Years Ago?" Wilson Center, CWIHP e-Dossier No. 47, 19 March 2014". wilsoncenter.org.
[511] „Treaty of Friendship, Cooperation and Partnership between Ukraine and the Russian Federation, 31 May 1997, Article 2". zakon.rada.gov.ua.
[512] „Treaty between Ukraine and the Russian Federation on the Ukrainian-Russian State Border, Kyiv, 28 January 2003". zakon.rada.gov.ua.
[513] „Russian Federal Law No. 24-FZ of 22 April 2004, ratifying the Russian-Ukrainian State Border Treaty; signed V. Putin". consultant.ru.
[514] „United Nations Treaty Collection. Ukraine–Russian Federation State Border Treaty, UNTS vol. 3161, No. 54132". treaties.un.org.
[515] „Internews Ukraine. Ре-візія історії: російська історична пропаганда та Україна (2019), p. 22, note 55". internews.ua.
[516] **Vatnik Suppe.** „Elon Musk 2". vatniksoup.com.
[517] „Elon Musk. Crimea proposal using "Khrushchev's mistake", Twitter post, 3 October 2022, status 1576969255031296000". twitter.com.
[518] „Vatnik Soup No. 189. "Roger Waters", 29 May 2023". vatniksoup.com.
[519] „Sky News. "Pink Floyd star Roger Waters addresses UN at Russia's request after denying incendiary claims in row with ex-bandmate", 9 February 2023". news.sky.com.
[520] **Charles E. Bohlen.** „Minutes of the Roosevelt–Churchill–Stalin dinner, Tehran, 29 November 1943". history.state.gov.
[521] **United States and Soviet Union.** „Agreement concerning liberated prisoners of war and civilians, Yalta, 11 February 1945". history.state.gov.
[522] **State–War–Navy Coordinating Committee.** „Memorandum and forced-repatriation directive, 21 December 1945". history.state.gov.
[523] **Robert Murphy and Parker W. Buhrman.** „Dachau repatriation report, 14 February 1946, enclosing report of 28 January 1946". history.state.gov.
[524] **US District Court for the District of Columbia.** „Wolfe v. Froehlke, 358 F. Supp. 1318, 1 June 1973". law.justia.com.
[525] **William C. Bullitt.** „"How We Won the War and Lost the Peace", LIFE, 30 August 1948, p. 94". books.google.com.
[526] **Laurence A. Steinhardt.** „Telegram on Stalin's proposals to Finland, Moscow, 13 October 1939, FRUS 1939, vol. I, document 1065". history.state.gov.
[527] **United States Military Academy, Department of Military Art and Engineering.** „The Soviet-Finnish War, 1939–1940 (1948 edition; July 1941 foreword), historical background and operations". ibiblio.org.
[528] **Laurence A. Steinhardt.** „Telegram on Soviet recognition of Kuusinen's Finnish government, Moscow, 2 December 1939, FRUS 1939, vol. I, document 1125". history.state.gov.
[529] **League of Nations.** „Council resolution expelling the USSR, 14 December 1939, Official Journal 1939, p. 506; Assembly resolution p. 540". ibiblio.org.
[530] **Oleg V. Khlevniuk.** „Stalin: New Biography of a Dictator (2015; English paperback 2017)". yalebooks.yale.edu.

[531] **Stephen Kotkin.** „Stalin: Paradoxes of Power, 1878–1928 (2014; paperback 2015)“. penguin.co.uk.
[532] **Simon Sebag Montefiore.** „Stalin: The Court of the Red Tsar (2003; paperback 2021)“. weidenfeldandnicolson.co.uk.
[533] **Richard Overy.** „The Dictators: Hitler’s Germany and Stalin’s Russia (2004; paperback 2005)“. penguin.co.uk.
[534] **Roger Moorhouse.** „The Devils’ Alliance: Hitler’s Pact with Stalin, 1939–1941 (2014; UK paperback 2016)“. penguin.co.uk.
[535] **Constantine Pleshakov.** „Stalin’s Folly, author’s published extract in Russian Life, 1 May 2005“. russianlife.com.
[536] **Martin Amis.** „Koba the Dread: Laughter and the Twenty Million (2002; paperback 2003)“. penguin.co.uk.
[537] **Simon Sebag Montefiore.** „Stalin: The Court of the Red Tsar, publisher’s chapter-one extract, “The Georgian and the Schoolgirl”“. penguinrandomhousehighereducation.com.
[538] **Allan Todd.** „History for the IB Diploma Paper 3: The Soviet Union and Post-Soviet Russia, 1924–2000, Cambridge publisher extract“. assets.cambridge.org.
[539] **Hoover Institution.** „Stephen Kotkin Presents New Biography of Stalin, 29 January 2015“. hoover.org.
[540] **Stephen Kotkin.** „Why Does Joseph Stalin Matter?, Hoover Uncommon Knowledge, recorded 25 January 2018“. hoover.org.
[541] **Oleg V. Khlevniuk.** „The New Biography of a Dictator, Yale University Press extract, 16 October 2017“. yalebooks.yale.edu.
[542] **Jonathan Brent.** „Doctors’ Plot, YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe“. encyclopedia.yivo.org.
[543] **Simon Sebag Montefiore.** „Young Stalin: published author extract, The Bank Robbery“. penguinrandomhousehighereducation.com.
[544] **Nicholas Bethell.** „The Last Secret of World War II, reprinted in the Congressional Record, 20 August 1974, pp. 29460–29462“. congress.gov.
[545] **Jeremy Murray-Brown.** „A footnote to Yalta, The New Criterion, October 1992“. bu.edu.
[546] **Stalin, Batum police photograph, 1902.** „original Wikimedia Commons reproduction“. commons.wikimedia.org.
[547] **Churchill, Roosevelt and Stalin at the Yalta Conference.** „U.S. Army photograph, NARA 531340“. commons.wikimedia.org.
[548] **Serhii Plokhii.** „Lenin Falls, Goodbye Lenin, Harvard MAPA (2017)“. gis.huri.harvard.edu.
[549] **Niels Ackermann and Sébastien Gobert.** „Looking for Lenin (FUEL, 2017)“. fuel-design.com.
[550] **Niels Ackermann.** „Looking for Lenin, with Sébastien Gobert (official photographic project)“. nack.ch.
[551] **Fisheye Magazine.** „Niels Ackermann: Looking for Lenin, 4 July 2017“. fisheyemagazine.fr.
[552] **Harvard Mapping Cultural Space Across Eurasia.** „Raining Lenins, map of dated removals, December 2013–October 2014“. eurasia.omeka.fas.harvard.edu.
[553] **OONI / Roskomsvoboda.** „How Internet censorship changed in Russia during the 1st year of military conflict in Ukraine, 24 February 2023“. ooni.org.
[554] **РБК.** „Песков признался в использовании VPN, 2 April 2022“. rbc.ru.
[555] **Прокуратура Санкт-Петербурга.** „Новое в законе: борьба с кибермошенничеством, контроль над финансовыми операциями и персональными данными, 17 September 2025“. epp.genproc.gov.ru.
[556] **Manchester Guardian.** „Report, 17 March 1956“. theguardian.com.
[557] **Hoover Institution.** „The Speech That Shook the World (2006)“. hoover.org.
[558] **US Department of State.** „Release of Khrushchev’s Secret Speech, 4 June 1956 (FRUS 1955–1957, volume IX, document 199)“. history.state.gov.
[559] **Wikiwlh.** „Polish edition of Khrushchev’s Secret Speech, Warsaw, March 1956 (photograph, 2017)“. commons.wikimedia.org.
[560] **Serhii Plokhii.** „Goodbye Lenin: A Memory Shift in Revolutionary Ukraine, Harvard MAPA, full paper“. gis.huri.harvard.edu.
[561] **Vatnik Soup.** „Censorship and VPNs“. vatniksoup.com.
[562] **Stéphane Courtois and Marc Lazar.** „Histoire du Parti communiste français (2nd ed., 2000)“. search.worldcat.org.
[563] **Library of Congress.** „Leszek Kołakowski: Kluge Prize biography“. loc.gov.
[564] **Bert Verhoeff / Anefo.** „Leszek Kołakowski, Amsterdam, 9 March 1971 (portrait crop)“. commons.wikimedia.org.
[565] **Grigory Goldstein.** „Lenin addressing troops in Moscow, 5 May 1920 (photograph record)“. commons.wikimedia.org.
[566] **Marxists Internet Archive.** „Lenin making a speech in Sverdlov Square, 5 May 1920“. marxists.org.
[567] **Arlen Blum.** „«Путешествие» Оруэлла в страну большевиков: documentary chronicle (2003)“. orwell.ru.
[568] **David Remnick.** „Soviets Will Publish 1984 (The Washington Post, 13 May 1988)“. washingtonpost.com.

[569] **George Orwell.** „Избранное (Mir, Moscow, 1989): edition and colophon record“. orwell.ru.
[570] **Bundesarchiv, Bild183-H27337.** „Stalin und Ribbentrop im Kreml,23August1939“. commons.wikimedia.org.
[571] **Embassy of Israel in the Czech Republic.** „Bilateral Relations“. embassies.gov.il.
[572] **ČT24, Historie.cs.** „Přítel Izrael“. ct24.ceskatelevize.cz.
[573] **National Archives of the Czech Republic.** „Slánský“. na.gov.cz.
[574] **Michal Frankl, YIVO Encyclopedia.** „Slánský Trial“. encyclopedia.yivo.org.
[575] **Vatnik Soup.** „Euromaidan: The Revolution of Dignity (Soup 123, 13 March 2023)“. vatniksoup.com.
[576] **Vatnik Suppe.** „Maidan-Revolution (Suppe 123, German translation)“. vatniksoup.com.
[577] **Vatnik Soup.** „Euromaidan: Revolution of Dignity (Historical Memory Dossier, forthcoming)“. vatniksoup.com.
[578] **FIDH.** „Russia: “Crimes Against History” (June 2021), no. 770a“. fidh.org.
[579] **FIDH.** „Russie : « Crimes contre l’histoire » (juin 2021), no 770f“. fidh.org.
[580] **European Court of Human Rights.** „Kashapov and Others v. Russia (15 May 2025), application 17942/17, Luzgin, appendix entry 22“. hudoc.echr.coe.int.
[581] **European Court of Human Rights.** „Suprun and Others v. Russia (18 June 2024; final 18 September 2024)“. hudoc.echr.coe.int.
[582] **PEN International.** „Yuri Alexeyevich Dmitriev: case record“. pen-international.org.
[583] **UN Special Procedures.** „Communication AL RUS 10/2020 concerning Yuri Dmitriev and Sandarmokh (26 January 2021)“. spcommreports.ohchr.org.
[584] **United States Holocaust Memorial Museum.** „World War II: Key Dates“. encyclopedia.ushmm.org.
[585] **Michael Thumann.** „Ein Zweitschlag auf San Francisco. Danach eingelegte Gurken (Die Zeit,23 May2025)“. zeit.de.
[586] **Bunker-42.** „Contacts / separate visitor entrance“. bunker42.com.
[587] **Бункеры Москвы.** „Бункер-42 на Таганке. Достоверная история спецобъекта“. bunkermoscow.ru.
[588] **Max Weber Stiftung.** „Stellungnahme der Max Weber Stiftung zur Listung des Deutschen Historischen Instituts Moskau als „unerwünschte Organisation“ in Russland“. maxweberstiftung.de.
[589] **Max Weber Stiftung.** „Geschichte,2024entry: closure decision for DHI Moscow“. maxweberstiftung.de.
[590] **MI5.** „Klaus Fuchs“. mi5.gov.uk.
[591] **Harvey Klehr and John Earl Haynes.** „On the Trail of a Fourth Soviet Spy at Los Alamos (Studies in Intelligence63/3, September2019)“. cia.gov.
[592] **SÚRAO.** „Bratrství repository: forced labour at the former Jáchymov uranium mine“. surao.gov.cz.
[593] **Volkovgeology JSC.** „Company history: the1948 expedition and the Kurday uranium deposit“. vg.kz.
[594] **International Agency for Research on Cancer.** „SEMI-NUC: About SEMI-NUC“. semi-nuc.iarc.fr.

Bücher

[595] **Anne Applebaum.** „Red Famine: Stalin’s War on Ukraine“. anneapplebaum.com.
[596] **Timothy Snyder.** „Bloodlands: Europe Between Hitler and Stalin“. hachettebookgroup.com.
[597] **Serhii Plokhy.** „The Gates of Europe: A History of Ukraine“. hachettebookgroup.com.
[598] **Timothy Snyder.** „Black Earth: The Holocaust as History and Warning“. penguinrandomhouse.com.
[599] **Eugene Finkel.** „Intent to Destroy: Russia’s Two-Hundred-Year Quest to Dominate Ukraine“. hachettebookgroup.com.
[600] **Serhii Plokhy.** „The Russo-Ukrainian War“. penguin.co.uk.
[601] **Robert Conquest.** „The Harvest of Sorrow: Soviet Collectivization and the Terror-Famine“. global.oup.com.
[602] **Stephen Kotkin.** „Stalin: Waiting for Hitler, 1929–1941“. penguinrandomhouse.com.
[603] **Yaroslav Hrytsak.** „Ukraine: The Forging of a Nation“. hachette.co.uk.
[604] **Jade McGlynn.** „Memory Makers: The Politics of the Past in Putin’s Russia“. bloomsbury.com.
[605] **Timothy Snyder.** „The Road to Unfreedom: Russia, Europe, America“. penguinrandomhouse.com.
[606] **Anne Applebaum.** „Gulag: A History“. anneapplebaum.com.
[607] **Richard Pipes.** „Russia Under the Bolshevik Regime“. penguinrandomhouse.com.
[608] **R. W. Davies and Stephen G. Wheatcroft.** „The Years of Hunger: Soviet Agriculture, 1931–1933“. link.springer.com.
[609] **Sarah Cameron.** „The Hungry Steppe: Famine, Violence, and the Making of Soviet Kazakhstan“. academic.oup.com.
[610] **Terry Martin.** „The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939“. jstor.org.
[611] **Bohdan Klid and Alexander J. Motyl, editors.** „The Holodomor Reader: A Sourcebook on the Famine of 1932–1933 in Ukraine“. holodomor.ca.

[612] **Ian Ona Johnson.** „Faustian Bargain: The Soviet–German Partnership and the Origins of the Second World War“. amazon.co.uk.

[613] **Sean McMeekin.** „Stalin’s War: A New History of World War II“. hachettebookgroup.com.

[614] **Roger Moorhouse.** „The Devils’ Alliance: Hitler’s Pact with Stalin, 1939–1941“. hachettebookgroup.com.

[615] **Stephen Koch.** „Double Lives: Stalin, Willi Münzenberg, and the Seduction of the Intellectuals (revised and updated edition, 2004)“. books.google.com.

[616] **Sheila Fitzpatrick.** „Stalin’s Peasants: Resistance and Survival in the Russian Village after Collectivization“. academic.oup.com.

[617] **Pekka Kallioniemi and Morten Hammeken.** „Vatnik Soup: The Ultimate Guide to Russian Disinformation“. vatniksoup.com.

[618] **Stéphane Courtois.** „Lénine, l’inventeur du totalitarisme (2024)“. lisez.com.

[619] **Stéphane Courtois, editor, with Nicolas Werth and other contributors.** „Le livre noir du communisme (1997)“. bnfa.fr.

[620] **Nicolas Werth.** „Un État contre son peuple. De Lénine à Poutine (2025)“. lesbelleslettres.com.

[621] **Thierry Wolton.** „Histoire mondiale du communisme, vol. I, Les bourreaux (2015)“. grasset.fr.

[622] **Thierry Wolton.** „Une histoire mondiale du communisme, vol. III, Les complices (2017)“. grasset.fr.

[623] **Thierry Wolton.** „Histoire mondiale du communisme, vol. II, Les victimes (Grasset, 2015)“. grasset.fr.

[624] **Piotr R. Frankowski.** „The Secret Red Alliance: How the Soviet Union Planned to Use Germany to Take Over the World (forthcoming, Pen & Sword Military)“. pen-and-sword.co.uk.

Holodomor-Gedenken und Gedenkstätten

[625] **Office of the President of Ukraine.** „Holodomor Remembrance Day 2019 in Kyiv: Bitter Memory of Childhood“. commons.wikimedia.org.

[626] **Office of the President of Ukraine.** „Holodomor Remembrance Day 2020 in Kyiv: offerings at the memorial“. commons.wikimedia.org.

[627] **DixonD.** „Holodomor Remembrance Day 2013 in Lviv: candles and ears of grain“. commons.wikimedia.org.

[628] **DixonD.** „Holodomor Remembrance Day 2013 in Lviv: candlelight detail“. commons.wikimedia.org.

[629] **National Museum of the Holodomor-Genocide.** „Restored and Intact: Statue of Girl with Ears of Grain Is Back“. holodomormuseum.org.ua.

[630] **TSN.** „Коли життя дешевше хліба: Україна вшановує пам’ять жертв Голодомору, 26 November 2011“. tsn.ua.

[631] **Президент України.** „Указ № 1310/98, 26 листопада 1998 року“. zakon.rada.gov.ua.

[632] **Holodomor Museum Fund.** „Project history“. holodomor-museum-fund.org.

Bildnachweise

S. 1 — Bittere Erinnerung an die Kindheit: Titelgravur. Titelgravur: „Bittere Erinnerung an die Kindheit“. Fotovorlagen: President.gov.ua, 23. November 2019 und 28. November 2020, CC BY 4.0. Titelbild: KI-gestützte Interpretation als Gravur, in neutrale Graustufen umgewandelt.
S. 2, 157 — Russische Truppen verlassen Lwiw mit Beute, 22. Juni 1915. Russische Truppen verlassen Lwiw mit Beute, 22. Juni 1915; österreichisch-ungarische Postkarte, Künstler unbekannt, bearbeitet.
S. 5 — Bittere Erinnerung an die Kindheit, Kyjiw, 23. November 2019. President.gov.ua. Fotovorlage, CC BY 4.0; Fotografie unverändert.
S. 10 — Kasachische Flüchtlinge kehren in das Gebiet Pawlodar zurück, 1932. Dmitri Bagajew, „Die Rückkehr“, 1932, PKM 651. Hausmuseum D. P. Bagajew / Regionalmuseum Pawlodar. Quelle und Archivzuordnung. Vollständiges Bild erhalten.
S. 12 — Gedenkstein, Almaty, 30. Juni 2009. Ds02006, ALAGolod.jpg, 30. Juni 2009. Vom Fotografen als gemeinfrei freigegeben. Fotografie unverändert.
S. 15 — Lenin auf dem Swerdlow-Platz, Moskau, 5. Mai 1920. Grigori Goldstein, 5. Mai 1920. Fotozuordnung und Gemeinfreiheitsnachweis; datierte Bildunterschrift. Reproduktion, unverändert.
S. 17 — Jakow Guminer, Arithmetik des Gegenplans, 1931. Jakow Guminer, 1931; ISOGIS, Moskau–Leningrad. Plakat und Gemeinfreiheitsnachweis; Katalog des Alabin-Museums, КП-17673/81/27. Reproduktion, unverändert.
S. 18 — Getreidewagen mit dem Banner Zuerst das Brot dem Staat. Historische Fotografie; Fotograf unbekannt. Ukrainische Banneraufschrift: „ПЕРШИЙ ХЛІБ ДЕРЖАВІ“.
S. 19 — Sowjetische Viehbestände vor und nach der Kollektivierung. Von Vatnik Suppe neu gezeichnetes Diagramm nach den gerundeten Gesamtzahlen für die Sowjetunion bei Stephen Kotkin, „If Stalin Had Died…“, 6. November 2014. Der Vorher-nachher-Vergleich folgt seiner Darstellung der Umgestaltung von 1928–33; die Bezugsjahre der einzelnen Reihen können abweichen.
S. 20 — Bauer! Gib dem Rotarmisten deine Waffen, 1919. Wassili N. Kostjanizyn (1881–1940), 1919. Farblithografie, Moskau, Literatur- und Verlagsabteilung der Politischen Verwaltung des Revolutionären Militärrats. Russische Staatsbibliothek, 01006567374; Wikimedia Commons, Reproduktion eines gemeinfreien Werks. Vollständiges Original mit 3.977 × 6.022 Pixeln.
S. 21 — Auf schwarze Listen gesetzte Staatsbetriebe und Unternehmen, 1932–1933. Harvard Ukrainian Research Institute, MAPA Digital Atlas of Ukraine. Vollständige ausgewählte Karte erhalten.
S. 22 — Der Hunger treibt die Bauern auf die Wanderschaft, 1933. Alexander Wienerberger, 1933; Tafel 10 in Ewald Ammende, Muss Russland hungern? (1935). Scan: Nigel Colley; Nachweis bei Wikimedia Commons.
S. 24 — Hungeropfer, Charkiw, 1933, Innitzer-Album. Alexander Wienerberger, Frühjahr–Sommer 1933. Innitzer-Album (1934), S. 9, PD 10, Diözesanarchiv Wien. HREC Holodomor Photo Directory. Vollständiges Albumblatt des Scans mit 8.703 × 6.242 Pixeln erhalten.
S. 24 — Oleksandra Radtschenko. Porträt, wiedergegeben vom Ukrainischen Institut für Nationales Gedenken und von Istorychna Pravda; Fotograf nicht genannt.
S. 25 — Geschätzte zusätzliche Todesfälle in der sowjetischen Ukraine nach Jahren, 1932–34. Vatnik Soup. Diagramm nach Omelian Rudnytskyi, Nataliia Levchuk, Oleh Wolowyna, Pavlo Shevchuk und Alla Kovbasiuk, Demography of a Man-Made Human Catastrophe (2015), Tabelle 6, S. 65. Zusätzliche Todesfälle nach Jahren; ausgebliebene Geburten nicht enthalten.
S. 26 — Zusätzliche Todesfälle nach Regionen in der sowjetischen Ukraine, 1932–34. Für Vatnik Soup neu gezeichnet. MAPA Digital Atlas of Ukraine, Ukrainian Research Institute, Harvard University. © 2018 The President and Fellows of Harvard College. Daten: Oleh Wolowyna, Omelian Rudnytskyi, Nataliia Levchuk, Pavlo Shevchuk, Alla Kovbasiuk.
S. 26 — Der Massenfriedhof – ein Dünenmeer, 1933. Alexander Wienerberger, 1933; Tafel 20 in Ewald Ammende, Muss Russland hungern? (1935). Scan: Nigel Colley; Nachweis bei Wikimedia Commons.
S. 27 — Mädchen und Ziege, Charkiw, 1933. Aufnahme aus Charkiw, 1933: Alexander Wienerberger, Mädchen und Ziege; Sammlung Innitzer, Diözesanarchiv Wien. Gemeinfreiheitsnachweis bei Wikimedia Commons; vollständiges Bild erhalten.
S. 28 — Ukraine 1932: genug Getreide, um die Hungersnot zu verhindern. Vatnik Soup. Eigenes Diagramm nach Markevich, Naumenko und Qian, The Causes of Ukrainian Famine Mortality, 1932–33 (2024/2025), Tabelle 1 und Abschnitt 3. Getreideproduktion und staatliche Einziehungen; unterschiedliche Bevölkerungsbezüge für Tageswerte. Restbestand ist kein gemessener Verbrauch.
S. 29 — Sowjetische Getreideexporte, 1929–1933. Streudiagramm von Vatnik Soup nach der Zeile „Хлебные культуры“ in TsUNKhU des Gosplan, *СССР в цифрах*, Moskau, 1935, S. 574–575, Tabelle 5. Quellenscan. Gesamtmengen für die Sowjetunion in Tonnen; fünf Jahrespunkte mit geraden Verbindungslinien.
S. 29 — Wichtigste sowjetische Warenausfuhren, 1926/27–1933. TsUNKhU des Gosplan, *СССР в цифрах* (*Die UdSSR in Zahlen*), Moskau, 1935, S. 574–575. Scan bei Liberpedia; ursprünglicher Dateinachweis. Vollständige Doppelseite unverändert erhalten.
S. 31 — Mykola Lemyk. Mykola Lemyk, Fotograf und Datum nicht genannt. Porträt in Wolodymyr Birtschaks „Убити одного, щоб врятувати мільйони. Атентат Миколи Лемика“, 21. Oktober 2018.
S. 32 — Famine en U.R.S.S., 1933. Russian Economic Bulletin; Karte zu A. Markoff, Famine in USSR (Paris, 1933). Vollständige Reproduktion bei Wikimedia Commons.
S. 33 — New York Evening Post, Titelseitenausschnitt, 29. März 1933. H. R. Knickerbocker, *New York Evening Post*, 29. März 1933. Originaler Titelseitenausschnitt aus dem Familienarchiv Gareth Jones; unverändert wiedergegeben.
S. 34 — Montageband im Moskauer Ford-Werk, 6. November 1930. Aus den Sammlungen von The Henry Ford. Schenkung der Ford Motor Company. „Assembly Line at Ford Motor Company Moscow Plant, 1930“, Aufnahmedatum 6. November 1930; THF25098, Objekt P.O.5827. Vollständiger Museumsdownload.
S. 35 — Häuser in Arthurdale, Juni 1935. Walker Evans, „Homes. Arthurdale project. Reedsville, West Virginia“, Juni 1935. Library of Congress, Prints and Photographs Division, LC-DIG-fsa-8c52916; LC-USF342-000840-A. Objektnachweis, FSA/OWI-Sammlung, keine bekannten Beschränkungen.
S. 36 — Wer schlägt wen? Einholen und überholen, sowjetisches Plakat, 1929. Erstes Kollektiv der Assoziation der Künstler der Revolution (AChR); einzelner Künstler unbekannt. Unter der Redaktion von Glawpolitproswet nach Gosplan-Material erstelltes Plakat, [1929]. Russische Staatsbibliothek, 01008529874; Nachweis bei Wikimedia Commons, als gemeinfrei gekennzeichnet. Vollständige Reproduktion unverändert.
S. 38 — Walter Duranty, 1919 veröffentlichtes Porträt. Porträt in *The Literary Digest History of the War*, 1919, S. x; Funk & Wagnalls, zusammengestellt von Francis Whiting Halsey. Fotograf nicht genannt. Dateinachweis bei Wikimedia Commons, in den Vereinigten Staaten gemeinfrei; Bild unverändert.
S. 40 — Friedrich August von Hayek, undatiertes Porträt. Vom Mises Institute (DickClarkMises) freigegebenes Porträt, über Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0; Bild unverändert.
S. 41 — Walter Duranty, Russians Hungry, But Not Starving, 31. März 1933. Walter Duranty, „Russians Hungry, But Not Starving“, *The New York Times*, 31. März 1933, S. 13. Zeitungsausschnitt; unverändert wiedergegeben. Originalartikel, The New York Times; archivierte Transkription.
S. 43 — Gareth Jones, Famine Rules Russia, Evening Standard, 31. März 1933. Gareth Jones, „Famine Rules Russia“, *Evening Standard*, 31. März 1933. Originalausschnitt aus dem Familienarchiv Gareth Jones; vollständiges Bild unverändert wiedergegeben. Ursprünglicher Fotograf der eingefügten Aufnahme nicht genannt.
S. 44 — Mr. Jones: offizielles Filmplakat (2019). Offizielles Filmplakat zu *Mr. Jones* (2019), Regie: Agnieszka Holland. Bild: Pressematerial von Samuel Goldwyn Films.
S. 44 — In the Shadow of Stalin: The Story of Mr. Jones: Buchcover (2024). Cover von *In the Shadow of Stalin: The Story of Mr. Jones* (Oni Press, 2024), von Andrea Chalupa, illustriert von Ivan Rodrigues. Bild: Oni Press.
S. 48 — Raphael Lemkin (1900–1959). Undatierte Fotografie. American Jewish Historical Society, Raphael Lemkin Collection, P-154, Box 1, Folder 15, Photograph 6. Digitalisat: Center for Jewish History, über Wikimedia Commons. Undatierte Fotografie; Fotograf unbekannt. Rechtehinweis der Institution bei Flickr Commons: keine bekannten urheberrechtlichen Beschränkungen. Vollständiges Bild beibehalten.
S. 57 — Wladimir Lenin in Gorki, 1923. Wladimir Lenin in Gorki, 1923. Im Dateinachweis bei Wikimedia Commons Maria Uljanowa zugeschriebene Fotografie; gemeinfrei. Reproduktion, unverändert.
S. 58 — Felix Dserschinski, 1923. Felix Dserschinski, 1923: Bundesarchiv, Bild 102-00032; Fotograf nicht genannt. Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0 Deutschland; beschnitten.
S. 59 — Dserschinski-Nachbildung an der SWR-Zentrale, 2023. Fotografie der Enthüllung an der SWR-Zentrale in Jassenewo, Moskau, 11. September 2023; Fotograf unbekannt. Bericht zur Zeremonie, Russische Historische Gesellschaft. Fotografie vollständig und unverändert wiedergegeben.
S. 60 — Lenins Erhängungsbefehl vom 11. August 1918: beide Originalmanuskriptseiten. W. I. Lenin. Library of Congress, Revelations from the Russian Archives: Seite 1, Seite 2. Vollständige Archivreproduktionen, unverändert.

S. 61 — Stalin, Polizeifotografie aus Batum, 1902. Gendarmerieverwaltung Batum, Polizeifotografie, 1. April 1902; Fotograf unbekannt. Archiv II der Akademie des georgischen Innenministeriums (früher IMEL), laut Dateinachweis bei Wikimedia Commons; dort wiedergegeben nach Ronald Grigor Suny, Stalin: Passage to Revolution (2020), Tafel 18. Gemeinfreie Reproduktion; der Fotokarton wurde weggeschnitten.
S. 63 — Stalin-Porträt und Titelseite des Buchs über den Weißmeer-Ostsee-Kanal, 1934. Fotograf unbekannt. Die abgebildete Titelseite von 1934 nennt Maxim Gorki, L. L. Awerbach und S. G. Firin als Herausgeber. Vollständige Fotografie, unverändert.
S. 65 — Jeschow aus der Fotografie am Moskau-Wolga-Kanal entfernt. Originale und retuschierte Fassung der Fotografie am Moskau-Wolga-Kanal, 1937; Fotograf unbekannt. Verwandte Abzüge: David King Collection, Ausstellungsnachweis des Metropolitan Museum. Original und retuschierte Fassung, Gemeinfreiheitsnachweise bei Wikimedia Commons. Vergleich, vollständig ohne weitere Änderungen wiedergegeben.
S. 67 — Antisemitische Bildsprache bei der Moskauer Maiparade, 1. Mai 1972. © Vladimir Sichov. Moskau, 1. Mai 1972. Durch Bildunterschrift und unmittelbare Fotografennennung identifizierte Aufnahme in Izabella Tabarovsky, „Soviet Anti-Semitic Cartoons“, Abbildung 1. Original erhalten.
S. 68 — Im selben Gespann: sowjetische antisemitische und antiukrainische Karikatur. Sowjetukrainische Karikatur „В одній упряжці“ („Im selben Gespann“). Künstler und ursprüngliches Veröffentlichungsdatum unbekannt. Wiedergegeben in Sergej Sumlennys Beitrag vom 6. Oktober 2023, erhalten bei Thread Reader, Beitrag 9. Vollständiges Quellbild.
S. 70 — Stalin und Ribbentrop im Kreml, Moskau, 23. August 1939. Bundesarchiv, Bild 183-H27337; Fotograf unbekannt. Archivnachweis der Fotografie, CC BY-SA 3.0 Deutschland. Reproduktion, ohne weitere Bearbeitung übernommen.
S. 73 — Churchill, Roosevelt und Stalin in Jalta, Februar 1945. U.S. Army Signal Corps. Churchill, Roosevelt und Stalin bei der Konferenz von Jalta, Liwadija-Palast, Februar 1945. National Archives, 531340, 111-SC-260486; Reproduktion bei Wikimedia Commons. Gemeinfreie Fotografie der US-Bundesregierung; vollständiges Bild unverändert.
S. 74 — Stalin lächelt und winkt, Moskau, 1. Mai 1946. Keystone. Roter Platz, 1. Mai 1946. Fotografische Reproduktion ohne Zusätze, veröffentlicht von Watson. Heruntergeladenes Originalbild erhalten.
S. 76 — Weizen und Himmel in den Nationalfarben der Ukraine. Illustration mit Weizen und Himmel; Urheber nicht genannt.
S. 77 — Seidenhaspeln in Japan, um 1910. University of Victoria Libraries. „Reeling Silk in Large Skeins“, Japan, um 1910; handkoloriertes fotografisches Glasplattendia. Fotograf unbekannt. Reproduktion bei Wikimedia Commons, mit dem Hinweis keine bekannten urheberrechtlichen Beschränkungen; vollständiges Bild unverändert.
S. 82 — Ludwig-von-Mises-Gedenktafel, Lwiw. Mises-Gedenktafel, Lwiw, Fotografie von 2015: Фотографії старого Львова. Fotograf nicht genannt.
S. 84 — Ludwig von Mises, Economic Calculation in the Socialist Commonwealth, Ausgabe von 2014. Mises Institute. Buchcover des Verlags.
S. 85 — F. A. Hayek, Individualism and Economic Order, Ausgabe der University of Chicago Press. University of Chicago Press. Buchcover des Verlags.
S. 86 — Amartya Sen in Köln, 28. November 2007. Amartya Sen in Köln, 28. November 2007. Foto: Elke Wetzig (Elya). Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0.
S. 86 — Amartya Sen, Poverty and Famines. Amartya Sen, *Poverty and Famines*. Englische Ausgabe, Oxford University Press. Oxford University Press / Apple Books.
S. 86 — Amartya Sen, Development as Freedom. Amartya Sen, *Development as Freedom*. Vintage-Taschenbuchausgabe, 2000. Penguin Random House.
S. 88 — Leszek Kołakowski, Amsterdam, 9. März 1971. Bert Verhoeff / Anefo, Nationaal Archief, 924-3417, 9. März 1971. Porträtausschnitt über Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0 Niederlande. Vorhandener Ausschnitt ohne weitere Änderungen wiedergegeben.
S. 93 — WAPLITE-Schriftsteller, Charkiw, 1926–1927. Fotograf unbekannt. WAPLITE-Gruppenaufnahme, Wikimedia Commons.
S. 95 — Polnische Ausgabe von Chruschtschows Geheimrede, Warschau, März 1956. Fotografie von Wikiwlh, 25. Februar 2017, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0. Polnischer Druck für den innerparteilichen Gebrauch, Warschau, März 1956. Vollständige Originalfotografie unverändert.
S. 96 — Holodomor-Gedenkmarsch, Winnipeg, 1983. Fotoarchiv der Winnipeg Free Press, Datensatz 48934.
S. 97 — Von der Perestroika zur Unabhängigkeit — 1991. WeaponizingArchitecture, CC BY 4.0. Zustimmung zur Unabhängigkeit nach Regionen, 1. Dezember 1991. Regionale Prozentwerte gerundet; veröffentlichtes landesweites Ergebnis: 90,32%. Central Electoral Commission / Kuras Institute, p. 160. Vatnik Soup: neue Farbgebung, Beschriftung und Überschrift.
S. 99 — Anweisung des Parteibüros des Bezirks Isjum, 31. Mai 1934. Reproduktion des Holodomor-Museums, veröffentlicht mit dem Bericht von BBC Ukrainian vom 2. Juni 2015; die roten Unterstreichungen sind spätere redaktionelle Markierungen.
S. 101 — Krimtatarische Frauen, Postkarte vom frühen 20. Jahrhundert. Postkarte des Verlags Granbergs Konstindustri Aktiebolags Förlag, Stockholm; Fotograf nicht genannt. Dateinachweis bei Wikimedia Commons, gemeinfreie Fotografie; vollständiges Originalbild unverändert erhalten.
S. 101 — Krimtatarische Tracht, Ukraine, 2021. Beyé Shevkiyeva, Fotografie krimtatarischer Tracht, CC BY-SA 4.0; Originalfotografie unverändert.
S. 104 — Wolodymyr Selenskyj, Butscha, 4. April 2022. Ronaldo Schemidt / AFP über Getty Images, Bild 1239740939, 4. April 2022. Größeres Original bei The Kyiv Independent; 6.340 × 3.972 Pixel, unverändert erhalten.
S. 106 — Margarita Simonjan über die ganze Hoffnung auf Hunger, 17. Juni 2022. Internationales Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg, 17. Juni 2022. Standbild mit UkraineWorld-Kennzeichnung und englischen Untertiteln, ohne weitere Änderungen wiedergegeben. Russische Transkription, OTR/Kreml; datierte Video-Wiederveröffentlichung.
S. 107 — Das imaginierte „Weihnachten 2023“ in RTs Propagandasketch. RT. Standbild aus dem im Text genannten Weihnachtssketch, mit RT-Logo und den ursprünglichen englischen und russischen Einblendungen. Vollständige Aufnahme ohne weitere Änderungen wiedergegeben.
S. 111 — Pawel Gubarew: sechs Videostandbilder, Oktober 2022. Sechs vollständige Standbilder eines mit Russian Media Monitor gekennzeichneten Videos, mit englischen Untertiteln und der ursprünglichen Kennzeichnung Военкор Котенок Z. Sprecher: Pawel Gubarew. Originalbilder ohne Beschnitt oder Veränderung; die vollständige Aussage wird in der zugehörigen Bildunterschrift übersetzt. Datierter zeitgenössischer Bericht; Video.
S. 114 — Maria Lwowa-Belowa. Standbild aus einem Videoausschnitt von UNITED24 mit englischen Untertiteln. Standbild mit UNITED24-Kennzeichnung, englischen Einblendungen und Untertiteln. Der Ausschnitt nennt „russian media“ als Quelle des ursprünglichen Filmmaterials. Vollständige Aufnahme ohne weitere Änderungen wiedergegeben.
S. 116 — Holodomor-Leugnung des russischen Außenministeriums, 30. November 2022. Russisches Außenministerium, @mfa_russia, 30. November 2022. Bildschirmaufnahme.
S. 117 — Rekonstruiertes Relief zu Ehren Stalins in der Moskauer Metrostation Taganskaja, eingeweiht am 15. Mai 2025. Evgenia Novozhenina / Reuters. Vollständige Fotografie unverändert wiedergegeben.
S. 119 — Wellen der Entfernung von Lenin-Denkmälern. Grafik von Vatnik Suppe nach Harvard MAPA und dem Ukrainischen Institut für Nationales Gedenken.
S. 119 — Zahlen neuer Stalin-Denkmäler. Grafik von Vatnik Suppe nach Tochka und Agentstwo.
S. 120 — Lenin in Darth Vader verwandelt, Odesa, 21. November 2015. © Niels Ackermann / Lundi13, Odesa, 21. November 2015, aus *Looking for Lenin*, mit Sébastien Gobert. Veröffentlichte Fotografie und Bildunterschrift; Fotografie unverändert.
S. 120 — Erfasste Entfernungen von Lenin-Statuen, Dezember 2013–Oktober 2014. „Raining Lenins“, Mapping Cultural Space Across Eurasia, Harvard University, „Map of Ukraine showing the dates and locations of all Lenin statues toppled since 2013“. Vollständige vorhandene Karte wiedergegeben; die ursprüngliche Legende reicht von Dezember 2013 bis Oktober 2014.
S. 121 — Lenins leerer Sockel, Kyjiw, 8. Dezember 2013. Pohorynsky, Good Bye, Lenin! (01).JPG, 8. Dezember 2013, CC BY-SA 3.0. Vollständige Fotografie erhalten.
S. 121 — Zertrümmerte Stalin-Büste, Saporischschja, 25. November 2017. Mykyta Dolinnikov / Facebook, wiedergegeben von UNIAN, 25. November 2017. Fotografie unverändert erhalten.
S. 121 — Unter Besatzung aufgestellter Lenin, Henitschesk, April 2022. Hennadiy Maliukov / Facebook, wiedergegeben von Ukrainska Pravda, 18. April 2022. Vollständiges Bild erhalten.
S. 121 — Unter Besatzung enthüllte Stalin-Büste, Melitopol, 8. Mai 2025. Pressestelle der KPRF. Bericht des Veranstalters, 8. Mai 2025; Fotografie wiedergegeben von Ukrainska Pravda. Vollständige Aufnahme der Büste erhalten.
S. 124 — Verbrannte ukrainische Schulbücher, aus dem besetzten Gebiet Luhansk gemeldet. Vom Telegram-Kanal Skhidnyi (@samotniyskhid) veröffentlichte Fotografie, wiedergegeben in Tribun, 12. April 2024.
S. 125 — Russische Schulbücher und Annexionserzählung in einer Schule in Borowa, November 2022. © 2022 Human Rights Watch. Aufnahmen aus Borowa, Gebiet Charkiw, November 2022; Education under Occupation, 20. Juni 2024. Die fotografierte Geschichtsbuchseite gibt Putins Ansprache vom 18. März 2014 wieder. CC BY-NC-ND 3.0 US.
S. 127 — Wolodymyr Selenskyj und Olena Selenska am Mahnmal, 23. November 2024. Präsident der Ukraine, Gedenken an die Holodomor-Opfer, 23. November 2024, Fotografie 460849. Original mit 1.280 × 853 Pixeln, unverändert. Website-Hinweis: CC BY-NC-ND 4.0.
S. 129 — Holodomor-Gedenkkerzen, Lwiw. Gedenkkerzen, Lwiw, 23. November 2013: DixonD, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0; Fotografie unverändert.

VATNIK SUPPE / DOSSIER ZUR HISTORISCHEN ERINNERUNG

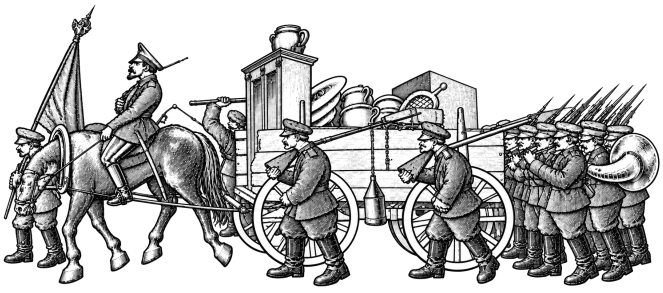
Nr. 1

Der Holodomor: Völkermord durch Aushungerung

Dossier zur historischen Erinnerung von Vatnik Suppe

November 2026

Wahrheit zählt. Geschichte zählt. Erinnerung zählt. Bei Vatnik Suppe recherchieren wir gründlich und widerlegen Kremlpropaganda, die zur Rechtfertigung von Aggression und Besatzung dient. Mit historischen Beispielen treten wir auch dem Geschichtsrevisionismus der Vatniks entgegen.



Russische Truppen verlassen Lwiw mit ihrer Beute, 22. Juni 1915.



Vatnik SOUP

www.vatniksoup.com/de

Warum wir Suppe kochen

Über Vatnik Suppe

Unterstützen Sie unsere Arbeit

Alle Dossiers zur historischen Erinnerung